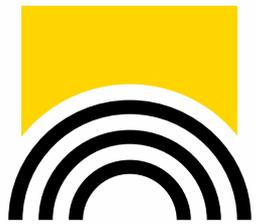


Landkreis Nachrichten



BADEN-WÜRTTEMBERG

BERICHTE • MEINUNGEN • HINTERGRÜNDE



Schwerpunkt:

Nachhaltige Kreislaufwirtschaft – kommunaler Beitrag zum Klimaschutz

Themen:

Mobilfunkversorgung in Baden-Württemberg
Einladung zu den 19. Reichenauer Tagen zur Bürgergesellschaft

Runder Tisch zur Vermeidung von Stromschulden und Stromsperren

Nachrichten:

Landkreise werden Land bei Aufnahme von Flüchtenden aus der Ukraine konsequent unterstützen



Geschäftsstelle, Panoramastraße 37, Stuttgart

HERAUSGEBER:

Landkreistag Baden-Württemberg
Panoramastraße 37, 70174 Stuttgart
Telefon 0711 / 22 46 20
Telefax 0711 / 22 46 23
www.landkreistag-bw.de
posteingang@landkreistag-bw.de

REDAKTION:

Hauptgeschäftsführer
Prof. Dr. Alexis v. Komorowski,
Michael Schlichenmaier und
Nadine Steck

STÄNDIGE MITARBEIT:

Pressestellen der Landratsämter
in Baden-Württemberg

EMPFÄNGER:

Die Mitglieder der Kreistage,
des Landtags und des Bundestags,
Landes- und Kommunalbehörden,
Verbände und kommunalpolitisch
interessierte Persönlichkeiten.
Artikel, die mit dem Namen des Verfassers
gekennzeichnet sind, geben nicht
unbedingt die Meinung der Redaktion
wieder. Nachdruck, auch auszugsweise,
nur mit Zustimmung der Redaktion.

BILDNACHWEIS:

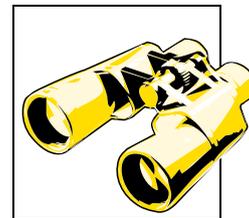
Titelseite: Grafische Werke Stuttgart;
Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises
Göppingen; Sophia Häußler; Abfallwirt-
schaftsbetrieb Böblingen; AWG Abfallwirt-
schaft Landkreis Calw GmbH; EDi Hohen-
lohe; Eigenbetrieb Abfallwirtschaft des
Landkreises Lörrach; AWN Abfallwirt-
schaftsgesellschaft des Neckar-Odenwald-
Kreises mbH, Martin Hahn; AVR Umwelt-
Service GmbH; AVR Kommunal AöR;
Manfred Beathalter.

Rückseite: Landratsamt Karlsruhe

SATZ UND DRUCK:

Offizin Scheufele Druck und Medien
Tränkestraße 17, 70597 Stuttgart

Gedruckt auf umweltfreundlich,
chlorfrei hergestelltem Papier.



INHALT

THEMEN

- Editorial
Von Hauptgeschäftsführer Prof. Dr. Alexis v. Komorowski Seite 6
- Kommunale Kreislaufwirtschaft als gelebter Klimaschutz
Erfolge – Herausforderungen – Ziele
Von Thekla Walker MdL, Ministerin für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg, Stuttgart Seiten 9
- Was leistet die kommunale Abfallwirtschaft für den Klimaschutz?
Von Dr. Holger Thärichen, Berlin Seite 11
- Quo vadis kommunale Abfallwirtschaft?
Von Martin Kneisel, Stuttgart, und Dirk Kurzschinkel, Landkreis Göppingen Seite 13
- Nachhaltige Maßnahmen für den Klimaschutz: Abfallwirtschaftsbetrieb Böblingen setzt auf moderne Antriebstechniken, regenerativ erzeugten Strom und Verschenken statt Wegwerfen
Von Wolfgang Hörmann und Kerstin Hoechst, Landkreis Böblingen Seite 15
- Energiestandort Neubulach: Bioabfallvergärungsanlage und Photovoltaik ergänzen sich perfekt
Von Anja Riedhamer, Landkreis Calw Seite 21
- Energie aus Klimawald und Sonne – die nachhaltige Kreislaufwirtschaft bei der Abfallbewirtschaftung im Landkreis Esslingen
Von Manfred Kopp, Landkreis Esslingen Seite 24
- „60 Liter kann (fast) jeder!“: Das neue Sammel- und Gebührenkonzept im Landkreis Göppingen
Von Dirk Kurzschinkel, Landkreis Göppingen Seite 28
- Organische Abfälle gehören in die Biotonne, nicht in den Restmüll! – Kampagne des Landkreises Heilbronn soll mehr Bewusstsein für Kreislaufwirtschaft schaffen
Von Susanne Breuer, Landkreis Heilbronn Seite 32
- Regional, nachhaltig und einfach: Hohenlohekreis geht mit zwei Pionierprojekten neue Wege beim kommunalen Klimaschutz
Von Caroline Bogenschütz, Hohenlohekreis Seite 34
- Einbindung der Bürgerinnen und Bürger durch ein nachhaltiges und umfangreiches Entsorgungsangebot
Von Carol Adam, Landkreis Karlsruhe Seite 38
- Gut für die Biotonne, gut für alle! – Abfallmonster sensibilisieren im Landkreis Lörrach für korrekte Nutzung der Biotonne
Von Silke Bienroth und Anna Sebastian, Landkreis Lörrach Seite 41
- Kreislaufwirtschaft im Neckar-Odenwald-Kreis: Grüngutsystem und Biomassezentrum im Z.E.U.S. in Buchen
Von Martin Hahn, Neckar-Odenwald-Kreis Seite 43

- Klimaschutz- und Nachhaltigkeitsstrategie des Ostalbkreises – Nachhaltige Kreislaufwirtschaft ist integraler Bestandteil des Konzepts
Von Arne Grewe und Ralf Bodamer, Ostalbkreis Seite 48
- Nachhaltige Kreislaufwirtschaft für regionalen Klimaschutz: Die „grüne AVR Unternehmensgruppe“ steht für Kompetenz und Innovation
Von Stephan Grittmann, Rhein-Neckar-Kreis Seite 51
- Nachhaltige Abfallwirtschaft im Rhein-Neckar-Kreis: Jeder kann seinen Beitrag leisten
Von Tim Heringer, Rhein-Neckar-Kreis Seite 54
- Reparieren statt Wegwerfen – Reparatur-Cafés im Schwarzwald-Baar-Kreis sind erfolgreiche Initiativen
Von Martina Christmann, Schwarzwald-Baar-Kreis Seite 57
- Gelungene Klimaschutzprojekte im Landkreis Waldshut am Beispiel der Kreismülldeponien Lachengraben, Lottstetten, Tiengen und Münchingen
Von Hansjörg Rotzinger, Landkreis Waldshut Seite 60

WEITERE THEMEN

- Mobilfunkversorgung in Baden-Württemberg
Von Michael Schlichenmaier, Stuttgart Seite 61
- Quartiersentwicklung in den Landkreisen
Von Lisa Frauhammer, Stuttgart Seite 65
- Einladung zu den 19. Reichenauer Tagen zur Bürgergesellschaft
Von Daniel Werthwein, Christine Stutz und Lisa Frauhammer, Stuttgart Seite 69
- Meine.Deine.Unsere Heimat!? – ein dynamisches Vernetzungsprojekt im Landkreis Göppingen für Fachkräfte und bürgerschaftlich Engagierte
Von Monica Roy-Greve und Franziska Völker, Landkreis Göppingen Seite 70
- Einblicke in die Umsetzung und das Wirken des regionalen Europäischen Sozialfonds (ESF) – Projektbesuch im Landkreis Tuttlingen beim ESF-Projekt „Frauen/Gewalt/Arbeit“ des Vereins Frauenhaus Tuttlingen – Förderjahr 2021
Von Isabelle Riklin, Landkreis Tuttlingen Seite 72
- Flächenkreislaufwirtschaft: Kommt Hilfe von der Bodenwertsteuer?
Von Prof. Dr. Daniel Mühlleitner, Ortenaukreis Seite 74
- Landratsamt Böblingen nutzt „Tess“-Anrufdienst
Von Carolin Reiser, Stuttgart, Marion Rüdinger, Landkreis Böblingen, und Reinhard Hackl, Landkreis Böblingen Seite 76
- Interkommunale Zusammenarbeit im Bereich Schuldigitalisierung: Rhein-Neckar-Kreis und vier Pilotkommunen auf gemeinsamen Weg zur digitalen Bildung von morgen
Von Leonie Conteh, Rhein-Neckar-Kreis Seite 77
- Der Runde Tisch zur wirksamen Vermeidung von Stromschulden und Stromsperrern im Landkreis Tübingen – Ein Erfahrungsbericht
Von Thomas Frisch, Landkreis Tübingen Seite 78

NACHRICHTEN**Pressemeldungen des Landkreistags**

- Ministerium der Justiz und für Migration, Landkreistag, Städtetag und Gemeindetag sowie Regierungspräsidien verständigen sich auf enge Zusammenarbeit zur Aufnahme von Flüchtenden aus der Ukraine vom 27. Februar 2022 Seiten 81
- Landkreise werden Land bei Aufnahme von Flüchtlingen aus der Ukraine konsequent unterstützen vom 25. Februar 2022 Seiten 81
- Zumeldung des Landkreistags Baden-Württemberg zur Pressemitteilung des Ministeriums für Ernährung, Ländlicher Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg Nr. 23/2022 – Minister Hauk MdL: „Mit 108 Millionen Euro ist die Förderung ein starkes Zeichen für die Wertschätzung unseres Ländlichen Raums und der Menschen, die dort leben und arbeiten“ vom 25. Februar 2022 Seiten 82
- Landkreistag zum Tod von Hans-Ulrich Sckerl: „Engagierter Fürsprecher der Landkreise“ vom 15. Februar 2022 Seiten 82
- Einrichtungsbezogene Impfpflicht: Landkreistagspräsident Joachim Walter schreibt an Bundesgesundheitsminister Prof. Dr. Karl Lauterbach „Staatsverdrossenheit zu fördern, kann nicht unser Ziel sein“ vom 10. Februar 2022 Seiten 82
- Einrichtungsbezogene Impfpflicht gilt, aber rechtswirksame Aussetzung wünschenswert vom 9. Februar 2022 Seiten 82
- Landkreise verteidigen den neuen Handlungsleitfaden des Landes zum Umgang mit Corona-Infektionen in Schulen und Kitas gegen aufkommende Kritik – Landkreistagspräsident Walter: „Ganze Klassen und Kita-Gruppen in Quarantäne zu schicken, ist nach Auffassung unserer Gesundheitsämter nicht erforderlich. Der Präsenzunterricht und der staatliche Bildungsauftrag müssen nun wieder absolute Priorität haben.“ vom 3. Februar 2022 Seiten 83
- Landkreise erleichtert über Lösung für Gebäudeförderung vom 1. Februar 2022 Seiten 83
- Antisemitismus bekämpfen, jüdisches Leben fördern und schützen, Erinnerung wach halten – Landkreistagspräsident Walter zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocausts vom 26. Januar 2022 Seiten 83
- Landkreise erwarten von Bund und Land finanzielle Unterstützung für Kliniken – Landkreistagspräsident Walter: „Krankenhäuser dürfen wirtschaftlich nicht ins Schlingern geraten!“ vom 27. Dezember 2021 Seiten 84
- Landkreistag unterstützt Haltung des Ministerpräsidenten zur Entschuldung von Kommunen – Landkreistagspräsident Walter: „Entschuldung von Kommunen ist Ländersache!“ vom 15. Dezember 2021 Seiten 84
- Landkreistag begrüßt Karlsruher Entscheidung zum Recht auf schulische Bildung – Landkreistagspräsident Walter: „Gut, dass die Hürden für Schulschließungen höher gelegt wurden“ vom 30. November 2021 Seiten 84
- Landkreise wollen flächendeckende Schließungen von Bildungs- und Betreuungseinrichtungen unbedingt vermeiden – Landkreistagspräsident Walter: „Erneute Schul- und Kitaschließungen würden Kindern und Jugendlichen massiv schaden.“ vom 27. November 2021 Seiten 85

Spektrum

Seite 86



Die kommunale Abfallwirtschaft – ein „Hidden Champion“ des tagtäglichen Klimaschutzes

Liebe Leserinnen und Leser!

Als diese Ausgabe der Landkreisnachrichten konzipiert wurde, bestand die berechnete Hoffnung, dass nach zwei von der Corona-Pandemie geprägten Jahren das Zukunftsthema Klimaschutz wieder verstärkt in den Fokus rücken würde. Wir wollten dieses Momentum nutzen, um den Blick auf die kommunale Abfallwirtschaft zu lenken. Denn hier wird abseits des medialen Scheinwerflichts seit Jahrzehnten tagtäglich und überaus wirkungsvoll an der Klimawende gearbeitet.

Nicht ahnen konnten wir, als wir dieses Heft auf den Weg brachten, dass die Welt nach dem 24. Februar 2022 eine andere sein würde. Entsetzt blicken wir auf das immense menschliche Leid, das durch den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Putins hervorgerufen wird. Unser Mitgefühl und unsere Solidarität gilt der ukrainischen Bevölkerung, die Opfer des kriegerischen Überfalls auf ihr Land ist.

Die Landkreise sind seit den ersten Kriegstagen mit hohem Engagement dabei, die Unterbringung und Versorgung der aus der Ukraine geflüchteten Menschen zu organisieren. Der Präsident des Landkreistags, der Tübinger Landrat Joachim Walter, hat dies wie folgt auf den Punkt gebracht: „Die Aufnahme flüchtender Menschen ist die konkreteste Form der Unterstützung, die Land-



kreise aktuell leisten können. Und die vorbehaltlose Unterstützung der Ukrainerinnen und Ukrainer ist für uns das Gebot der Stunde.“

Dabei wird man sich nichts vormachen dürfen. Allein schon das Thema Unterkunft wird die Landkreise, aber auch die Städte und Gemeinden, vor kaum zu überschätzende Herausforderungen stellen. In der Tat dürfte die Nachfrage nach Unterbringungskapazitäten ein bisher nicht gekanntes Ausmaß erreichen. Durch die Bereitstellung von Wohnraum wie auch durch die anschließende Betreuung sowie Unterstützung von aus der Ukraine geflüchteten Frauen und Männern, Kindern und Jugendlichen

werden die Ressourcen der Landratsämter wie auch der Rathäuser massiv beansprucht werden. Und dies zu einem Zeitpunkt, zu dem auch die Corona-Pandemie nach wie vor Aufmerksamkeit fordert und Kräfte bindet.

Doch verbietet sich deshalb eine Ausgabe der Landkreisnachrichten zur kommunalen Abfallwirtschaft als „Hidden Champion“ des tagtäglichen Klimaschutzes?

Ich meine, nein. Das genaue Gegenteil ist der Fall. Denn Putins makabres Spiel würde an dieser Stelle aufgehen, wenn wir über die durch seinen Krieg ausgelösten Fluchtbewegungen die uns wichtigen Themen aus dem Blick verlieren oder sie auch nur an den Rand rücken würden.

Es wird daher in diesem Heft tatsächlich um die nachhaltige Kreislaufwirtschaft als Beitrag zum Klimaschutz gehen. Der Klimaschutzbeitrag der Kreislaufwirtschaft steht dabei sicherlich nicht so im Fokus wie der des Verkehrs- oder des Energiesektors. Aber dass er keinesfalls vernachlässigt werden darf, dies illustrieren die zahlreichen Beiträge dieser Ausgabe. Und da die Kommunen seit jeher das Rückgrat unserer Kreislaufwirtschaft bilden, haben sie einen entscheidenden Anteil daran, dass die Treibhausgasemissionen im Sektor Abfallwirtschaft seit 1990 um rund 77 % abgesenkt werden konnten. Zugleich sehen sie sich in

der Pflicht, die nachhaltige Kreislaufwirtschaft weiter voranzubringen. Die Landkreise sind hier in unterschiedlichen Funktionen gefordert, aber auch schon konsequent unterwegs – als öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger, Abfallrechtsbehörden sowie als Betreiber von Abfallanlagen etwa zur biologischen Abfallverwertung, von Wertstoffhöfen und Deponien.

Auch durch die nachhaltige, abfallarme Beschaffung von Bau-, Liefer- und Dienstleistungen tragen die Kommunen zu einer zukunftsorientierten Kreislaufwirtschaft und damit zu einem immer wirksameren Klimaschutz bei. Die diesbezüglichen Pflichten der öffentlichen Hand wurden durch das neue Landes-Kreislaufwirtschaftsgesetz nochmals erweitert. Es versteht sich dabei von selbst, dass die Landkreise zu ihrer Vorbildfunktion stehen.

Baden-Württemberg hat sich das ehrgeizige Ziel gesetzt, spätestens bis zum Jahr 2040 Klimaneutralität zu erreichen. Die kommunale Abfallwirtschaft ist dabei der viel zitierte „hidden champion“ im Kampf gegen den Klimawandel. Ihre Potenziale gilt es in gemeinsamer Anstrengung von Land und öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern weiter auszuschöpfen. Gerade auf dem Feld der Kreislaufwirtschaft bewährt sich dabei die hierzulande traditionell enge Partnerschaft zwischen Land und Kommunen.

Den größten Beitrag zur Senkung von Treibhausgasemissionen im Abfallsektor liefern diejenigen Maßnahmen, die zu geringeren Methanemissionen aus Deponien führen. Dies geschieht durch die bessere Erfassung und energetische Nutzung der Deponiegase, vor allem aber durch das seit Juni 2005 geltende Ablagerungsverbot für nicht vorbehandelte organisch abbaubare Siedlungsabfälle.

Auch das stoffliche Recycling von Wertstoffen und die hochwertige stoffliche und energetische Verwertung getrennt erfasster Bioabfälle mindern CO₂-Emissionen. Werden heute etwa 50 bis 60

Prozent des anfallenden Bioabfalls getrennt erfasst und verwertet, sollte dies künftig nahezu vollständig erfolgen. Aus ökobilanzieller Sicht kann dieser organische Abfall dann zu hochwertigem regenerativen Biogas umgesetzt werden, das zur Strom- und Wärmeerzeugung zur Verfügung steht.

Schließlich kann durch die Nachnutzung ehemaliger Deponieflächen als Standorte für Photovoltaik-Anlagen ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz und zur Energiewende geleistet werden.

In der vorliegenden Ausgabe der Landkreisnachrichten werden für dieses Themenspektrum verschiedenste Best-Practice-Beispiele aufgezeigt, die zu einer nachhaltigen Kreislaufwirtschaft vor Ort führen, denn:

Abfälle sind zu wertvoll zum Wegwerfen. Zurückgewonnenes Phosphor, Kunststoffe, Metalle, Glas und Papier – diese Wertstoffe können hervorragend wiederverwendet werden. Dadurch werden natürliche Rohstoffe geschont. Dies schützt das Klima, da beim Recycling weniger Energie benötigt wird als bei der Neugewinnung von Rohstoffen. Zu bedenken ist auch, dass die Ressourcengewinnung mit vielfachen Umweltbelastungen verknüpft ist und massive Umweltschäden hervorrufen kann. Wer den Umweltschutz ernst nimmt, muss die Rohstoffgewinnung daher auf ein Mindestmaß begrenzen.

Der beste Abfall ist der, der gar nicht erst entsteht. Wir brauchen eine klare Fokussierung auf die Abfallvermeidung, die sich unter anderem in einer Stärkung der Mehrwegsysteme und dem Bekenntnis zu sicheren Absatzmärkten für klimafreundliche Sekundärrohstoffe, Sekundärbaustoffe und Recyclate ausdrückt. Hier sagen wir klar: Es sollten künftig keine Verpackungen oder Produkte mehr in den Wirtschaftskreislauf gelangen, die praktisch nicht recycelbar sind. Dazu ist ein intelligentes Produktdesign notwendig, das den Anteil an Schadstoffen im Produkt minimiert und gleichzeitig eine einfache Demontage sowie die

Rückgewinnung sortenreiner Fraktionen gewährleistet.

Die Abfallvermeidung ist unverzichtbarer Teil eines längst notwendigen, umfassenden Umstiegs in eine nachhaltige Bewirtschaftung der global zur Verfügung stehenden Ressourcen. Kreislaufwirtschaft ist Voraussetzung für eine hohe Ressourceneffizienz und gerade für ein rohstoffarmes Land wie Baden-Württemberg unverzichtbar. Auch aufgrund unserer Abhängigkeit von Rohstoff- und Energielieferungen aus dem Ausland muss der Weg von der Abfallwirtschaft zu einer umfassenden Kreislaufwirtschaft und Sekundärrohstoffwirtschaft weiter zügig vorangetrieben werden. Dass solch eine Abhängigkeit ganz schnell zu einem Politikum werden kann und uns in unseren Handlungsoptionen stark eingrenzt, führt uns Putins schrecklicher Krieg vor Augen.

Alles, was nicht vermieden, wiederverwendet oder recycelt werden kann, soll wenigstens Energie liefern. Gas aus Vergärungsanlagen und Deponien, Wärme und Strom aus thermischer Müllbehandlung und Klärschlämmen oder statt Öl und Kohle sogenannte Ersatzbrennstoffe aus nicht recycelbaren Kunststoffen seien hier beispielhaft genannt.

Die Ankündigung des Landes, eine Recyclingstrategie zu entwickeln und Maßnahmen zu ergreifen, um den Rohstoffbedarf und die Importabhängigkeit des Landes zu senken und den Standort resilienter zu machen, begrüßen wir daher ausdrücklich. Laut Koalitionsvertrag sollen in diesem Zusammenhang auch der Rohstoffdialog Baden-Württemberg wieder aufgenommen und die Forschung für innovative Recyclinglösungen und den Ersatz kritischer Rohstoffe gefördert werden.

Auf Bundesebene wollen die Koalitionspartner in einer „Nationalen Kreislaufwirtschaftsstrategie“ bestehende rohstoffpolitische Strategien bündeln. Ziel sollen eine Senkung des primären Rohstoffverbrauchs und geschlossene Stoffkreisläufe sein. Die Abfallvermeidung

soll durch gesetzliche Vorgaben und ökologisch vorteilhafte Mehrweg-, Rücknahme- und Pfandsysteme sowie Branchenvereinbarungen gestärkt werden. Geplant ist auch die Einführung eines Recycling-Labels. Qualitätsgesicherte Abfallprodukte sollen aus dem Abfallrecht entlassen werden und einen Produktstatus erlangen. Auch dieses Maßnahmenpaket stärkt die kommunale Abfallwirtschaft.

Von einer einheitlichen Wertstoffeffassung in kommunaler Zuständigkeit scheinen wir allerdings noch weit ent-

fernt. Dieser Ansatz wurde von den Koalitionären auf Bundesebene bedauerlicherweise nicht aufgegriffen, obgleich er unserer Einschätzung nach zur Schließung von Stoffkreisläufen beitragen würde. Eine grundsätzliche Novellierung des Verpackungsgesetzes ist damit vorerst nicht wahrscheinlich.

Ich darf nochmals betonen: Die baden-württembergischen Landkreise sehen den Klimawandel als die zentrale ökologische und ökonomische Herausforderung unserer Tage an. Und wir sind willens und bereit, unseren Beitrag zu

leisten. Lassen Sie uns daher gemeinsam für eine umfassenden Kreislaufwirtschaft und Sekundärrohstoffwirtschaft eintreten. Auch und gerade in diesen erschütternden Kriegstagen.

Yur
Alexis v. Komorowski

Prof. Dr. Alexis v. Komorowski,
Hauptgeschäftsführer,
Landkreistag Baden-Württemberg



THEMEN

Kommunale Kreislaufwirtschaft als gelebter Klimaschutz Erfolge – Herausforderungen – Ziele

Von Thekla Walker MdL, Ministerin für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg, Stuttgart

Der Klimaschutz ist die zentrale Herausforderung für die Menschheit. Und insbesondere für einen hochentwickelten Wirtschaftsstandort wie Baden-Württemberg eine unverzichtbare Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung. Gerade die aktuell deutlich gewordenen Abhängigkeiten Deutschlands von Rohstoff- und Energielieferungen aus anderen Staaten machen für jeden eindrücklich verständlich: Nur mit einer deutlichen Verminderung unseres Rohstoffverbrauches und nur mit einer drastischen und schnellen Umstellung unserer Energieversorgung hin zu erneuerbaren Energien schaffen wir ein belastbares und zukunftssicheres Fundament für unsere gemeinsame Zukunft. Klimaschutz rückt daher in der aktuellen Debatte nicht nach hinten, sondern im Gegenteil ganz nach vorne, wenn es um die Grundlagen für unser künftiges Leben in Baden-Württemberg geht. Der Kreislaufwirtschaft kommt bei diesem Umstellungsprozess eine wichtige, eine zentrale Rolle zu.

Damit rücken auch die kommunalen Akteurinnen und Akteure der Kreislaufwirtschaft noch stärker als bisher ins Scheinwerferlicht: Als verlässliche Garanten der Daseinsvorsorge kümmern sie sich um Fragen der Abfallvermeidung, gestalten eine umfassende Erfassung der Siedlungsabfälle, organisieren eine hochwertige energetische und stoffliche



Quelle: Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg, Regensburg

Verwertung und betreiben Deponien für eine umweltverträgliche Beseitigung nicht mehr verwertbarer Reststoffe. Schon seit langem tragen Abfallverbrennungsanlagen durch die energetische Verwertung unserer Siedlungsabfälle in hohem Maße zum Klimaschutz bei und entlasten die bundesdeutsche Klimabilanz um jährlich nahezu sieben Millionen Tonnen CO₂-Emissionen.

Das System der kommunalen Kreislaufwirtschaft gilt es nun aber angesichts der aktuellen Herausforderungen zu überprüfen und vor dem Hintergrund der Anforderungen des Klimaschutzes weiter zu entwickeln. Dafür brauchen wir die Kommunen und ihre Kenntnisträ-

gerinnen und -träger, die durch verschiedenste Maßnahmen, wie beispielsweise die Steigerung der Energieeffizienz, die Substitution von Primärenergieträgern oder die Nutzung von Sonne und Wind auf abfallwirtschaftlich geprägten Flächen, dazu beitragen können, dem Klimawandel wirkungsvoll zu begegnen.

Uns allen ist bewusst: Auch in anderen Feldern als der Müllverbrennung ist der Klimaschutz für die kommunale Kreislaufwirtschaft keineswegs neu. Mit der Umstellung der Deponierung auf ausschließlich vorbehandelte Abfälle und durch umfangreiche Investitionen in die Oberflächenabdeckung unserer Deponien konnten die klimarelevanten Emissionen der deutschen Deponien seit 1990 von 34,8 auf nur noch 8,4 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente zurückgefahren werden. Mit einer Optimierung der Deponiegaserfassung und der Belüftung der Deponierung für einen aeroben Abbau wollen wir jetzt eine weitere deutliche Reduktion der Emissionen um bis zu 70 Prozent und zugleich eine Erhöhung der Energieausbeute erreichen. Daher freue ich mich sehr, dass sich die deutschen Deponiebetreiber in einer freiwilligen Selbstverpflichtung darauf verständigt haben, bis 2027 eine weitere Million Tonnen CO₂-Äquivalente gegenüber 2016 zu vermeiden. Praxisbeispiele im Land haben die Erreichbarkeit dieses Ziels bereits nachgewiesen. Nun gilt es,

diese Maßnahmen auch in der Fläche umzusetzen.

Aber auch nach dem eigentlichen Deponiebetrieb wollen wir unsere Deponieflächen nutzen und durch den Aufbau von Photovoltaik-Anlagen eine hohe Energiegewinnung erzielen. Die LUBW Landesanstalt für Umwelt Baden-Württemberg hat im Auftrag des Umweltministeriums auf 79 ehemaligen Deponien ein Flächenpotenzial von 126 Hektar ermittelt. Dort ließen sich eine installierbare Nennleistung von 125 MW_{PEAK} und ein jährlicher Ertrag von 132.000 MWh realisieren. Dies entspricht immerhin 25 mittleren Windkraftanlagen und könnte pro Jahr 85.000 Tonnen CO₂ einsparen. Diese Einsparung ließe sich sogar verdoppeln, würden alle theoretisch nutzbaren Altdeponien für den Bau von Photovoltaik-Anlagen genutzt. Lassen Sie mich an dieser Stelle an alle Deponieverantwortlichen appellieren, dieses hohe Potenzial auch zu nutzen und zur Energiegewinnung beizutragen. Nie war dieser Schritt wichtiger als heute.

Von hoher Bedeutung für den Klimaschutzbeitrag der kommunalen Kreislaufwirtschaft ist die Erfassung und Verwertung unserer Bio- und Grünabfälle, die mit ihrem energetischen und stofflichen Doppelnutzen eine wertvolle Ressource darstellen. Je nach Verwertungsart der Bioabfälle können pro Tonne Abfall bis zu 194 kg CO₂ eingespart werden. Mit der Verstromung einer einzigen Bananenschale kann eine LED-Lampe 60 Minuten betrieben werden. Allerdings werden im Land bislang nur 57 Prozent der gesammelten Bioabfälle für die Biogaserzeugung genutzt – ein Problem, das wir gemeinsam so schnell wie möglich angehen müssen. Wir wollen hierzu im neuen Abfallwirtschaftsplan und bei der Planung unserer Klimaschutzmaßnahmen ehrgeizige Ziele setzen.

Bei den Bioabfällen beginnt der Klimaschutz jedoch schon bei der Sammlung. Unser Ziel muss sein, das verfügbare Potenzial an häuslichen Bioabfällen und Grünabfällen so vollständig wie möglich

zu erfassen und zugleich den Fremdstoffgehalt der gesammelten Bioabfälle deutlich abzusenken. Es ist untragbar, dass – wie das Umweltbundesamt (UBA) im letzten Jahr in einer Studie veröffentlicht hat – etwa 38 Prozent unserer Restabfälle noch immer aus biogenem Material bestehen. Eine Ressourcenverschwendung dieses Umfangs können wir uns heute nicht mehr leisten. Mein Haus wird daher alles daransetzen, gemeinsam mit den kommunalen Akteuren Lösungen für dieses Problem zu finden und eine flächendeckende und umfassende Erfassung aller häuslichen Bioabfälle sicherzustellen.

Auch den Fremdstoffgehalten in den Bioabfällen müssen wir uns im Interesse des Klimaschutzes stärker als bisher widmen. Bioabfallkomposte werden im Gartenbau und in der Landwirtschaft, besonders aber im ökologischen Landbau als Nährstoff und Bodenverbesserer dringend benötigt. Komposte tragen durch die Kohlenstoffbindung im Boden auch erheblich zum Klimaschutz bei. So kann durch eine Tonne Kompost im Boden eine CO₂-Bindung von bis zu 260 Kilogramm erreicht werden. Bereits heute sind 70 bis 77 Prozent unserer gütegesicherten Komposte für den Ökolandbau geeignet. Diesen Anteil wollen und müssen wir deutlich erhöhen und dafür die Fremdstoffanteile weiter absenken.

Bund und Länder haben sich dieser Sache angenommen und bei der Novelle zur Bioabfallverordnung erstmals auch Qualitätsziele für den Input in Bioabfallverwertungsanlagen festgelegt. Jetzt ist die kommunale Kreislaufwirtschaft am Zug, mit geeigneten Maßnahmen die Qualität der Bioabfälle zu erhöhen und Fremdstoffe weiter zurückzudrängen. Die Ausgangslage dafür ist in Baden-Württemberg gut. Ich bin daher zuversichtlich, dass wir dieses Ziel erreichen können.

Wenn es um Kreislaufwirtschaft und Klimaschutz geht, steht auch der Bausektor im Fokus. Er zählt zu den ressourcen-

intensivsten Wirtschaftssektoren und ist von der Menge her auch der abfallträchtigste. Werden EU-weite Durchschnittswerte zugrunde gelegt, entfallen auf die Bauwirtschaft rund 50 Prozent aller geförderten Rohstoffe. Ihre Weiterverarbeitung zu Bauprodukten ist mit dem Eintrag erheblicher grauer Energie und damit mit einem hohen Klimabeitrag verbunden. So werden mit der Herstellung jeder Tonne Zement 587 Kilogramm CO₂ emittiert. Zirkuläres Bauen und Bauabfallrecycling sind daher weitere wichtige Bausteine unserer Klimaschutzplannungen.

Für die Kommunen als Deponiebetreiber bedeutet das: Deponiert werden darf nur noch, was unter Anlegung strenger Maßstäbe nicht mehr verwertet werden kann. Dies ist nach dem Kreislaufwirtschaftsrecht eigentlich selbstverständlich, in der Praxis aber nicht immer anzutreffen. Eine konsequente Zurückweisung eigentlich noch verwertbarer Bauabfälle schont nicht nur unsere knappen Deponiekapazitäten, sondern trägt auch zur Durchsetzung des zirkulären Bauens bei. Dafür engagiert sich das Land seit Jahren neben dem Tiefbau auch im Hochbau intensiv. Wir wollen den Einsatz von Recycling-Beton fördern und legen dafür im Rahmen des Klimaschutz-Sofortprogramms ein attraktives Förderprogramm auf. Immerhin lässt sich mit Recycling-Beton (R-Beton) gegenüber herkömmlichem Beton bis zu zwölf Prozent des Klimabeitrages einsparen. Ich bitte daher alle kommunalen Bauherrinnen und Bauherren, sich unserer Initiative anzuschließen und bei Baumaßnahmen umfassend auf die Nutzung von Recycling-Beton zu setzen. Ich bin zuversichtlich, dass es uns damit gelingen wird, die bisherigen Schwierigkeiten beim Aufbau eines flächendeckenden Angebots für R-Beton zu überwinden. Lassen Sie mich noch ein weiteres Themenfeld ansprechen, das mir sehr am Herzen liegt: Der Ausbau des stofflichen Recyclings bei unseren Siedlungsabfällen, besonders Kunststoffen. Nach der

Erhebung des Umweltbundesamtes haben Wertstoffe noch immer einen Anteil von 27 Prozent am Restmüll aus unseren Haushalten, dies umfasst in hohem Maße auch Kunststoffe. Hier müssen wir in Zukunft stärker ansetzen. Jede Tonne an Recyclingkunststoff, die anstelle von Neuware zum Einsatz kommt, vermeidet zwischen 1,5 und 3,2 Tonnen an klimarelevanten Treibhausgasen. Die weitestgehende Erfassung der Altkunststoffe, aber auch der sonstigen Wertstoffe aus den Haushalten, sind daher unverzichtbare Aufgaben wenn es darum geht den Klimabeitrag unserer Kreislaufwirtschaft zu vermindern. Die durch das Land Ba-

den-Württemberg lange Zeit geforderte Wertstofftonne wurde durch den Bund nicht aufgegriffen, sollte aber weiterhin in der Diskussion bleiben. Angesichts eines Restmüllanteils von nur einem Drittel in der grauen Tonne und erheblicher Wertstoffanteile im Sperrmüll sollte auch eine Vorsortierung von Sperrmüll und Restmüll keinem Denkverbot unterliegen. Auch an dieser Stelle muss die Diskussion um eine klimagerechte Weiterentwicklung der Kreislaufwirtschaft engagiert geführt werden. Wir sehen also: Es bestehen zahlreiche Ansatzpunkte, den Beitrag der kommunalen Kreislaufwirtschaft zum Klima-

schutz über das bisher geleistete weiter auszubauen und damit unserem Ziel einer klimagerechten Gesellschaft näherzukommen. Die kommunale Kreislaufwirtschaft steht sicher vor großen Herausforderungen, erschließt sich aber zugleich auch erhebliche Chancen. Klimaneutralität, da bin ich mir sicher, ist nur mit konsequenter Kreislaufwirtschaft möglich. Lassen Sie uns – Land und Kommunen – den aufgezeigten Weg gemeinsam gehen und mit guten Lösungen zu einem umweltgerechteren Umgang mit unseren Ressourcen beitragen.

Was leistet die kommunale Abfallwirtschaft für den Klimaschutz?

Von Dr. Holger Thärichen, Berlin

Klimaschutz als globale und nationale Herausforderung

Das Erreichen der Treibhausgasneutralität Deutschlands im Jahr 2045 stellt auch die Abfallwirtschaft vor große Herausforderungen. Dabei kann sich die bisherige Bilanz durchaus sehen lassen: Namentlich durch den Ausstieg aus der Deponierung unbehandelter Siedlungsabfälle im Jahr 2005 ist es Deutschland gelungen, die abfallstämmigen Treibhausgasemissionen um ca. 75 % zu reduzieren und damit die Entsorgungswirtschaft zum Spitzenreiter bei den Klimaschutzbemühungen zu machen. Allerdings liegen noch große Aufgaben vor uns. Denn zum einen gilt es, die insbesondere noch aus den Deponien austretenden Methanemissionen von aktuell ca. 9 Mio. Tonnen bis zum Jahr 2030 auf 4 Mio. Tonnen CO₂-Äquivalente zu reduzieren. Zum anderen ist zu beachten, dass bei der thermischen Behandlung (TAB) von Siedlungsabfällen ca. 9 Mio. Tonnen fossiles CO₂ freigesetzt werden, wobei auf-



Dr. Holger Thärichen

Quelle: Verband kommunaler Unternehmen e.V.

grund der energetischen Verwertung dieser Abfälle diese Emissionen nicht dem Sektor Abfallwirtschaft, sondern dem Sektor Energiewirtschaft zugerechnet werden. Dies ändert aber nichts daran, dass die Reduzierung auch dieser Treibhausgasemissionen von der kommunalen Abfallwirtschaft angegangen werden muss. Welche Instrumente aber hierfür zielführend sind, ist aktuell politisch höchst umstritten.

Klimaschutz durch Getrenntsammlung und Recycling

Klimaschutz ist bereits integrales Ziel der Abfall- und Kreislaufwirtschaft. Je höherrangig der Entsorgungsweg nach der Abfallhierarchie ist, desto stärker sind auch die positiven Klimaschutzeffekte. Deshalb sind vorrangig Abfallvermeidung, (Vorbereitung zur) Wiederverwendung und hochwertiges Recycling – inklusive der hierzu erforderlichen getrennten Sammlung – zu stärken und auszubauen. Das Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) nimmt hier bereits zentrale Weichenstellungen vor und verpflichtet die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger u.a. dazu, Getrenntsammlungssysteme für acht verschiedene Abfallfraktionen einzurichten (§ 20 Abs. 2 KrWG). Eine besondere Bedeutung kommt insoweit der Getrenntsammlungspflicht für Kunststoffe zu (§ 20 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 KrWG) zu. Jüngste Studien kommen zu dem Ergebnis, dass beim typischen Müllverbrennungsanlagen(MVA)-Input die

Fraktion Kunststoffe & Verbunde einen Anteil am Gesamt-Kohlenstoff von ca. 40 % sowie einen Anteil am fossilen Kohlenstoff von ca. 87 % ausmacht. Wenn es also gelänge, die Getrenntsammlung von Kunststoffabfällen konsequent umzusetzen, könnte nicht nur das Recycling gestärkt, sondern der Siedlungsabfall nachhaltig „defossilisiert“ werden. Bei dessen energetischer Verwertung würde also deutlich weniger fossiles CO₂ freigesetzt werden.

Nun gehören die Kunststoffverpackungen nicht in die Erfassungszuständigkeit der Kommunen, sondern in diejenige der dualen Systeme nach dem Verpackungsgesetz. Für eine verstärkte Abschöpfung sämtlicher Kunststoffe aus dem Siedlungsabfall bietet sich jedoch das Instrument der Wertstofftonne an, die vielerorts bereits auf der Basis von entsprechenden Abstimmungsvereinbarungen zwischen Kommunen und dualen Systemen (§ 22 Abs. 5 VerpackG) eingeführt ist. Würde es durch eine bundesweit verbindliche einheitliche Wertstoffsammlung gelingen, 6 kg pro Einwohner und Jahr zusätzlich an Kunststoffen aus dem Restmüll herauszuholen und stofflich zu verwerten, so könnten auf diesem Weg 1 Mio. Tonnen CO₂ eingespart werden. Es lohnt sich also gerade auch unter Klimaschutzgesichtspunkten die Weiterentwicklung der Wertstoffsammlung konzeptionell anzugehen.

Ökodesign als entscheidende Stellschraube

Die Rezyklierbarkeit der Abfälle hängt dabei entscheidend vom Produktdesign ab, dieses muss konsequent auch auf Klima- und Umweltschutzaspekte, Langlebigkeit, Reparierbarkeit und Recycling ausgerichtet werden. Der Anteil an Sekundärrohstoffen in der Produktion muss erhöht werden, z.B. durch einen gesetzlich vorgeschriebenen Mindestanteil. Kosten für die Entsorgung sind konsequent auf die Produkte umzulegen, sei es die EU-Kunststoffsteuer, Littering-

kosten nach der EU-Einwegkunststoffrichtlinie oder Zertifikatkosten des Emissionshandels.

Wo anwendbar, sollten zudem Mehrwegverpackungen, -systeme und -produkte flächendeckend gefordert und ggf. gefördert werden. Die Qualität der getrennt gesammelten Abfälle ist maßgeblich von der sauberen getrennten Erfassung der Abfälle am Anfallort durch die Erzeuger abhängig. Bioabfall, Leichtverpackungen, Papier, Glas, Elektroaltgeräte, Textilien... bei allen getrennt gesammelten Fraktionen für das Recycling sind weitere Anstrengungen erforderlich, um die Verschmutzung der Fraktionen mit Fremd- und Störstoffen zu verringern.

Aus Sicht des VKU kommt daher der Eindämmung von Fehlwürfen in den Verwertungsfractionen und damit der Qualitätssicherung der Verwertungsabfälle eine immer größere Bedeutung zu. Hierzu sind sowohl Maßnahmen der Abfallberatung und Öffentlichkeitsarbeit als auch gezielte Tonnenkontrollen und Sanktionierungen von Fehlbefüllungen notwendig. Für letztere muss allerdings stets eine solide satzungsrechtliche Grundlage geschaffen werden.

Die energetische Abfallverwertung muss sich quantitativ und qualitativ ändern, sie bleibt aber unverzichtbar für die Entsorgungssicherheit

Die Zerstörung von Keimen, Krankheitserregern und Schadstoffen ist – je nach Abfallart – bei der Abfallbehandlung unverzichtbar, wie auch jüngst die Corona-Pandemie gezeigt hat. Die Nutzung des Energiegehaltes der Abfälle ist zugleich eine inländische treibhausgasneutrale dezentrale Energiequelle. Nicht hochwertig recycelbare Siedlungsabfälle sind deshalb energetisch zu verwerten. Nur durch das gut ausgebaute Netz von thermischen Abfallbehandlungsanlagen ist es Deutschland gelungen, die Deponierung von Siedlungsabfällen als die mit Abstand klima- und umweltschäd-

lichste Abfallbehandlungsform zu überwinden.

Es ist daher entschieden abzulehnen, die thermische Abfallbehandlung in den nationalen Emissionshandel nach dem Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG) mit aufzunehmen, wie dies von Teilen der Bundesregierung geplant wird. Die Logik des Emissionshandels, durch kontinuierlich steigende Preise den Verbrauch fossiler Brennstoffe tendenziell auf 0 zu reduzieren, passt überhaupt nicht für Siedlungsabfälle, die zwingend entsorgt werden müssen und nicht gezielt als „Brennstoff“ zur Energiegewinnung hergestellt wurden. Auch sonst sprechen zahlreiche Argumente gegen eine Ausweitung des Emissionshandels auf die Siedlungsabfallentsorgung:

- Bei einem nationalen Alleingang im BEHG entstünde ein hohes Risiko für vermehrte Müllexporte ins Ausland, gerade auch bei Kunststoffabfällen (Carbon Leakage). Auch auf europäischer Ebene macht ein CO₂-Preis für die Siedlungsabfallverbrennung keinen Sinn, da hier noch über 50 Mio. Tonnen Siedlungsabfälle deponiert werden.
- Ein CO₂-Preis auf die Siedlungsabfallverbrennung würde lediglich eine Erhöhung der Abfallgebühren ohne Lenkungswirkung bewirken. Den Kommunen würde die Kontrolle über die Gebührenentwicklung weitgehend entzogen, da mit dem Emissionshandel eine Preissteigerungsspirale in die Abfallgebühren eingebaut würde.
- Die Abfallgebühren haben in der Vergangenheit insgesamt inflationsdämpfend gewirkt, diese Funktion ginge verloren.
- Mit einer CO₂-Bepreisung würde den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern Kapital/Gebührenaufkommen für notwendige Investitionen in den Klimaschutz (Fuhrparkumbau, Anlagenertüchtigung, etc.) entzogen.
- Ein Emissionshandel kann in der energetischen Abfallverwertung keine Steuerungswirkung erreichen, da die

verursachten Treibhausgasemissionen maßgeblich durch das Produktdesign, namentlich von Kunststoffprodukten, vorgegeben sind. Finanzielle Anreize müssen also bei den Produktherstellern ansetzen, nicht bei den Abfallgebührenzählern.

Weiter ist zu beachten, dass die thermischen Abfallverwertungsanlagen zu den größten Erneuerbare-Energien-Anlagen gehören und im Übrigen auch Deutschlands Abhängigkeit von Energieimporten verringern. Etwa die Hälfte der aus den Abfällen zurückgewonnenen Energie ist erneuerbar, die andere Hälfte als Abwärme des Entsorgungsprozesses ebenfalls klimafreundlich. Und wären alle Produkte aus nachwachsenden Rohstoffen, dann wäre auch diese Energie komplett erneuerbar.

Insbesondere für die Wärmewende im Gebäudesektor ist die Fernwärme aus der energetischen Abfallverwertung unverzichtbar und sollte systematisch ausgebaut, nicht durch unsinnige Kostenbelastungen behindert werden. Und in jüngerer Zeit engagieren sich die Betreiber von thermischen Abfallbehandlungs-

anlagen mittels Elektrolyse auch in der Wasserstoffproduktion. Mit dem so gewonnenen Wasserstoff können dann Müllsammelfahrzeuge mit Brennstoffzellentechnik klimaschonend angetrieben werden – Kreislaufwirtschaft par excellence.

Klar ist aber auch, dass die thermische Abfallbehandlung ihren Charakter ändern wird. Recycelbare Abfälle müssen noch konsequenter über gut ausgebaute Getrennsammelsysteme einer stofflichen Verwertung zugeführt werden, was den Durchsatz der Anlagen verringern dürfte. Der Anlageninput ist weitgehend frei von fossilen Kunststoffen zu halten, was aber ohne die Mitwirkung der Hersteller der Konsumprodukte – namentlich der Kunststoffindustrie – nicht gelingen kann. Und schließlich wird auch die Abtrennung und Nutzung des Kohlenstoffs aus dem Rauchgas eine Rolle spielen müssen. Dann könnte die thermische Abfallbehandlung bei vollständig regenerativen Inputmaterialien sogar klimapositiv werden.

Ausblick

Die kommunalen Akteure unternehmen bereits vielfältige erfolgreiche Klimaschutzanstrengungen. Aber im kommunalen Bereich sind viele dieser Maßnahmen (noch) nicht ökonomisch selbsttragend oder würden zu erheblichen Gebührenerhöhungen führen. Deshalb ist die öffentliche Förderung unabdingbar. Dies gilt z.B. auch für die Umstellung der kommunalen Fuhrparks auf alternative Antriebe, da bspw. wasserstoffbetriebene Müllsammelfahrzeuge bis zu einer Mio. € kosten können. Auch vor diesem Hintergrund wäre es nicht vertretbar, auf die Abfallgebühren staatlich induzierte Zusatzkosten wie einen CO₂-Preis aufzuschlagen. Vor uns liegen also eine Fülle von Herausforderungen, denen sich die kommunale Entsorgungswirtschaft aber mit großem Engagement stellen wird!

Dr. Holger Thärichen ist Geschäftsführer der Sparte Abfallwirtschaft und Stadtsauberkeit VKS im Verband kommunaler Unternehmen e.V.

Quo vadis kommunale Abfallwirtschaft?

Von Martin Kneisel, Stuttgart, und Dirk Kurzschnekel, Landkreis Göppingen

Die letzte umfassende Neustrukturierung der kommunalen Abfallwirtschaft fand auf Grundlage des im Jahr 1972 in Kraft getretenen Gesetzes über die Beseitigung von Abfällen (Abfallbeseitigungsgesetz) statt. In der Folge haben die meisten baden-württembergischen Landkreise die Zuständigkeiten zur Abfallbeseitigung von den Gemeinden übernommen. Vor dem Hintergrund eines erwachten Umweltbewusstseins, ausgelöst durch den Dioxin-Skandal in Seveso, der Ölkrise oder wachsender Verpackungsberge erlebte die Abfallwirtschaft seither viele Rechtsänderungen: die Novellierung des Abfallgesetzes

(1986), die Verpackungsverordnung (1991), die Technische Anleitung Siedlungsabfall (1993), das Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz (1994) und die Abfallablagereverordnung (2001), um nur die wichtigsten zu nennen.

Ging es zunächst darum, die bestehenden Abfälle schadlos zu erfassen und zu beseitigen, verschob sich der Schwerpunkt der Entwicklung schließlich in den Bereich der verbesserten Ressourcennutzung. Abfälle wurden als wertvolle Ressource begriffen und Möglichkeiten der Sekundärrohstoffgewinnung aus Abfällen zunehmend ausgebaut. Ziel dieser Entwicklung sollte eine um-

fassende Kreislaufwirtschaft sein, in der zunächst alle Möglichkeiten der Abfallvermeidung genutzt, die unvermeidlichen Abfälle aber in einem permanenten Kreislauf gefahren werden sollten.

Heute findet vor dem Hintergrund der nationalen und internationalen Klimaschutzanstrengungen eine bedeutende Weiterentwicklung dieser Sichtweise statt. Im Zentrum stehen mittlerweile weniger Fragen der energetischen und stofflichen Verwertung, sondern weitaus umfassender die Klimafolgen der Ressourcennutzung und die Möglichkeiten, diese durch eine integrative Betrachtung



Rohstoffgewinnung

Quelle: Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises Göppingen

„von der Wiege bis zur Bahre“ und darüber hinaus in den nachfolgenden Nutzungszyklen zu ermitteln und minimieren. Produktplanung und Produktverantwortung, Lebensdauerverlängerung durch verbesserte Reparierbarkeit, Recycling und Sekundärrohstoffgewinnung, Nutzung sekundär gewonnener Rohstoffe in möglichst vielen Bereichen, energetische Verwertung stofflich nicht mehr nutzbarer Abfälle und schließlich einer optimalen Beseitigung der nicht mehr verwertbaren Reste bis hin zur Nachnutzung von Deponiestandorten rücken unter dem Dach des Klimaschutzes zusammen und binden die Kreislaufwirtschaft in eine alle Bereiche des Wirtschaftens umfassende klimagerechte Lebensweise ein.

Diese Entwicklung bietet große Chancen für den Aufbau einer auch langfristig tragfähigen Nutzung unserer zunehmend beschränkten Ressourcen. Sie stellt jedoch alle Akteure in den klassischen Bereichen der Kreislaufwirtschaft vor große Herausforderungen. Für den Bereich der kommunalen Abfallwirtschaft liegt auf der Hand, dass das bisherige Vorgehen bei der Abfallsammlung und der Abfallverwertung – soweit sie überhaupt in kommunaler Hand stattfinden – einen zunehmend kleineren Teil der für eine umfassend klimagerechte Ressourcenwirtschaft erforder-

lichen Maßnahmen umfasst. Wichtige Verknüpfungen, etwa bei Produktplanungen oder die optimierte Gewinnung von Sekundärrohstoffen, stehen der kommunalen Abfallwirtschaft nicht zur Verfügung. Die technische Weiterentwicklung der Abfallbehandlungsanlagen sind dabei mit enormen Investitionen verbunden und erfordern ein hohes technisches Know-how. Die kommunale Abfallwirtschaft muss sich vor diesem Hintergrund fragen, wie ihre zukünftige Entwicklung aussehen kann: Soll man das eigene Portfolio durch Aufbau zusätzlicher Abfallbehandlungsanlagen erweitern oder steht am Ende der Entwicklung eine reine Verwaltungsbehörde ohne jede technische-operative Aufgabe?

Entwicklungen am Entsorgungsmarkt

Seitdem das Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz vor fast 30 Jahren die Zuständigkeit bei der Verwertung von Gewerbeabfällen nicht mehr ausschließlich in der kommunalen Hand belassen hat, breiten sich private Firmen auf dem Entsorgungsmarkt aus und versuchen die kommunale Abfallwirtschaft immer weiter auf die Rolle einer Rückfallebene zu reduzieren. Was keinen Profit verspricht, sollen die Kommunalen erledigen.

Gleichzeitig fand in den letzten zwanzig Jahren ein sich verstärkender Verdrängungswettbewerb auf dem Entsorgungsmarkt statt. Mit der Folge, dass immer weniger, aber dafür größere Entsorgungsunternehmen den Markt beherrschen. Dieser Zustand führt dazu, dass bei kommunalen Ausschreibungen von Entsorgungsdienstleistungen selten mehr als zwei oder drei relevante Angebote vorliegen. In Folge davon ziehen zwangsläufig die Preise bei den Ausschreibungsergebnissen kontinuierlich an. Die Zeiten, in denen sich die Landkreise über sinkende Kosten bei Neuvergaben freuen konnten, sind lange vorbei. Wollen sich die Landkreise nicht weiter mit der reinen Einsammlung von Abfällen begnügen, führt kein Weg an einem Einstieg in deren Aufbereitung und Vermarktung vorbei. Die Bioökonomie, bei der unter anderem organische Abfälle zur Herstellung von Produkten und Energie genutzt werden, könnte dabei ein erfolgversprechender Ansatz sein. Die private Entsorgungswirtschaft hat es uns vorgelebt: wer den Erstzugriff auf Abfallströme hat, besitzt auch die notwendige Voraussetzung für die sich anschließende Wertschöpfungskette. Oft werden freilich noch Ausschreibungen zur Sammlung und Verwertung von Abfallfraktionen in einem Paket vergeben. Das mag im ersten Moment zwar einfacher zu organisieren sein. Dadurch verengt sich jedoch der potenzielle Bieterkreis auf wenige größere Bieter, die über ein eigenes Stoffstrommanagement verfügen. In der Regel fallen kleine Sammelfirmen durch das Raster und werden irgendwann einmal von den größeren Unternehmen übernommen. Hier könnten Landkreise zumindest die maßgeblichen strategischen Schlüsselpositionen in der Wertschöpfungskette selbst besetzen, beispielsweise durch den Betrieb von Zwischenlagern, Umschlagstellen oder Sortieranlagen. Bestenfalls wäre es dann zur Vermarktung der eigenen Sekundärrohstoffe nur noch ein kleiner Schritt. Das potenzielle Aktionsfeld der

Kreise ist dabei weit gespannt: Angefangen bei der öffentlichen Bewusstseinsbildung zur Abfallvermeidung durch den Konsum langlebiger Produkte mit rohstoffschonendem Materialeinsatz, der Weiternutzung von gebrauchsfähigen Konsumgütern bis hin zur Rohstoff-Rückgewinnung, wie Phosphat aus Klärschlamm.

Anforderungen an die Stadt- und Landkreise

Die sich daraus ergebenden Anforderungen an die Kreise sind vielfältig und komplex: Die im heutigen Restmüll immer noch vorhandenen Wertstoffanteile müssen in einem ersten Schritt noch stärker als bislang aus der schwarzen Tonne und dem Sperrmüll ausgeschleust werden. In vielen Kommunen besteht mehr als die Hälfte des Restmülls aus Wertstoffen, die in der Regel in Müllverbrennungsanlagen thermisch entsorgt werden. Zwar wird daraus dann Energie gewonnen, die enthaltenen Rohstoffe werden jedoch ein für allemal vernichtet. Die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger werden nicht umhinkommen, die Restmüllmenge zu reduzieren, indem entweder die Getrennthaltungssysteme oder die Sortierung von Abfallgemischen massiv ausgebaut werden. Anders lassen sich die gesetz-



Grüngut

Quelle: Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises Göppingen

lichen Sammelquoten schon bald nicht mehr erfüllen. Beim Hausmüllaufkommen erscheint ein Pro-Kopf-Wert von jährlich 100 Kilogramm realistisch zu sein, zumal in Baden-Württemberg bereits in Jahr 2020 jeder vierte Stadt- und Landkreis darunter lag.

Ein maßgebliches Kriterium spielt hierbei die Ausrichtung der entsprechenden Erfassungssysteme. Liegt die Zukunft im Ausbau bereits vorhandener oder neuer Bringsysteme, wie Wertstoffhöfe, Grüngutplätze und Depotcontainerstandorte? Alleine die zunehmende Flächenproblematik zeigt hierbei schnell die Grenzen des Machbaren auf. Oder versucht man möglichst viele Menschen

mittels komfortablen, aber deutlich teureren Holsystemen, wie beispielsweise einer Wertstofftonne, zum Mitmachen zu animieren?

Insbesondere die Getrennterfassung organischer Abfälle stand in den letzten Jahren im Fokus der Landesregierungen. Immerhin steht nach einem jahrzehntelangen, zähen Ringen zwischen Umweltministerium und einzelnen Landkreisen mittlerweile die flächendeckende Bioabfallsammlung im Land. Doch spiegeln die erfassten Bioabfallmengen bei weitem nicht deren wirkliches Potenzial wider. Dies belegen erst jüngste Sortieranalysen des Umweltbundesamtes, wonach im Mittel mehr als ein Drittel des Restmülls aus Organik besteht. Zudem werden Bioabfälle oftmals noch kompostiert, um damit zwar natürlichen Dünger für die Landwirtschaft herzustellen. Die in der Organik enthaltenen Energie lässt sich dabei jedoch nicht separat nutzen, und das bei einem unstillbaren Energiebedarf der kommenden Jahre. Die Vergärung, als mittlerweile ausgereifte Technologie, wird noch viel zu selten eingesetzt. Bedauerlich auch deswegen, weil damit der Einstieg in die Energieerzeugung bis hin zur Wasserstoff-Produktion möglich wäre. Auch die Vermarktung von hergestellten Komposten oder weiter veredelter Kompostprodukte wären in zahlreichen Kreisen



Wertstoffeffassung

Quelle: Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises Göppingen

sicherlich noch ausbaubar. Hier ist der fehlende Entwicklungsschritt vom traditionellen Entsorger, hin zum Ressourcenlieferanten besonders anschaulich, ließen sich – etwa durch Zusammenarbeit der Kreise und Schaffung einer gemeinsamen „Kompostmarke“ – interessante Marktchancen eröffnen.

Und wem diese Zukunftsaufgaben noch nicht reichen, der sei nur der Vollständigkeit halber auf zunehmende Schwierigkeiten bei der Personalfindung hingewiesen, unabhängig davon, ob Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Müllabfuhr, den Wertstoffhof, zur Durchführung von Ausschreibungen und immissionsschutzrechtlicher Genehmigungsverfahren oder der Planung und den späteren Betrieb technischer Anlagen gesucht werden.

Oder der wachsende Anspruch der Öffentlichkeit an den „Dienstleister Abfallwirtschaftsbetrieb“. Es reicht nicht mehr nur eine reibungslose Müllabfuhr, eine kostengünstige und doch bequeme Entsorgungsinfrastruktur oder die lange als oberstes Ziel geltende Entsorgungssicherheit zu gewährleisten. Bürgerinnen und Bürger erwarten heute auch von Verwaltungen, zeitgemäße digitale



Mitbestimmung

Quelle: Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises Göppingen

Kommunikationsstrukturen zur Verfügung gestellt zu bekommen, um Anträge, Fragen und Reklamationen online mühelos von zuhause aus erledigen zu können.

Die klassische Pressearbeit ist nur noch ein einzelner Baustein im weiten Spektrum einer modernen Informationsgesellschaft. Heute reicht die klassische Weitergabe von Botschaften über Broschüren, Pressemitteilungen oder die eigene Homepage nicht mehr aus. In einer schnelllebigen Zeit, in der viele nicht mehr bereit sind, sich Informa-

tionen selbst umständlich zusammenzusuchen, müssen neue Formate gefunden werden. Von themenbezogenen Fernseh- und Radiobeiträgen, Smartphone taugliche Kurznachrichten, möglichst unterhaltsame kurze Erklärfilme bis hin zu eigenen Internetauftritten auf den gängigen Social-Media-Kanälen erstreckt sich der Anspruch an die Landkreise.

Das Ganze wird durch die Forderung nach mehr Mitsprachemöglichkeiten bei solchen Entscheidungen ergänzt, die das eigene Abfallverhalten oder die Verwendung der Gebühreneinnahmen betreffen. Den Beschlüssen der gewählten politischen Gremien müssen Infoabende, Runde Tische, Online-Bürgerbefragungen oder Bürgerbeteiligungsverfahren vorausgehen. Diese gehören in vielen Kommunen zwischenzeitlich zum Standardrepertoire ihrer Öffentlichkeitsarbeit.

Interkommunale Zusammenarbeit als Voraussetzung künftiger kommunaler Kreislaufwirtschaft?

Die Liste der anstehenden Herausforderungen ließe sich noch mühelos verlängern. Alleine werden sich auf Dauer nur wenige Landkreise vor dem Hintergrund dieser umfassenden Herausforderungen behaupten können. Entweder stellen sich die öffentlich-rechtlichen



Bürgerdienste

Quelle: Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises Göppingen

Entsorgungsträger der Situation, entwickeln sich und ihr Angebot weiter und werden operativ stärker tätig oder sie bündeln ihre Kräfte mit denen anderer Landkreise in Form interkommunaler Zusammenarbeit auf Augenhöhe. Das zarte Pflänzchen einer gemeinsamen Deponiekonzeption auf kommunaler Ebene ist ein erster Anfang, reicht jedoch bei weitem nicht aus, sich für die Zukunft zu rüsten. Hier werden Landkreise ohne eigenes Deponievolumen nicht umhinkommen, belastbare Vereinbarungen mit Nachbarlandkreisen zu schließen. Wem das alles nicht schmeckt und die Abfallwirtschaft als reine Verwaltungsaufgabe versteht, wird sich damit zum Spielball der eigentlichen Player in der Entsorgungsbranche machen. Frei nach der Erkenntnis: „Der Wind, der dir entgegenbläst, ist der gleiche, der dich auch abheben lässt. Wer sich schuttsuchend

wegduckt, braucht sich nicht wundern, wenn andere ihm davonfliegen!“

Zukunftswerkstatt „kommunale Kreislaufwirtschaft“

Um es jedoch nicht soweit kommen zu lassen, entstand auf der letzten Tagung der AG Abfallwirtschaft auf Anregung des Umweltministeriums die Idee einer „Zukunftswerkstatt“ als gemeinsame Arbeitsgruppe der Stadt- und Landkreise, der Landesanstalt für Umweltschutz und des Umweltministeriums. Ziel dieser Arbeitsgruppe sollte sein, Möglichkeiten für die Weiterentwicklung der kommunalen Abfallwirtschaft zu diskutieren, Ansätze für den Ausbau der interkommunalen Zusammenarbeit auszuloten und im Austausch über nationale und internationale Best-Practice-Beispiele Anregungen für ganz neue Vorgehens-

weisen beim Umgang mit kommunalen Abfällen zu finden. Um die vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Ministerium und kommunaler Familie – Städte, Gemeinden und Landkreise – in Baden-Württemberg, werden wir von den Kolleginnen und Kollegen anderer Bundesländer zurecht beneidet. Nutzen wir dieses gegenseitige Vertrauen und entwickeln gemeinsam Perspektiven für die Abfallwirtschaft von Morgen.

Dirk Kurzschinkel ist Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Abfallwirtschaft des Landkreistags Baden-Württemberg und Betriebsleiter des Abfallwirtschaftsbetriebs des Landkreises Göppingen.

Martin Kneisel ist Leiter Referat 25 „Kommunale Kreislaufwirtschaft, Abfalltechnik“ im Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg.

Nachhaltige Maßnahmen für den Klimaschutz: Abfallwirtschaftsbetrieb Böblingen setzt auf moderne Antriebstechniken, regenerativ erzeugten Strom und Verschenken statt Wegwerfen

Von Wolfgang Hörmann und Kerstin Hoechst, Landkreis Böblingen

Der Abfallwirtschaftsbetrieb Böblingen setzt bei seinen Kernaufgaben seit Jahren auf Nachhaltigkeit und legt vor allem beim Neukauf und dem Ersatz ausgedienter Fahrzeuge großen Wert auf innovative und nachhaltige Antriebstechniken, um umweltschädliche Emissionen wie CO₂, Stickoxide, Feinstaub und Lärm weitgehend zu reduzieren. Er besitzt einen Fuhrpark mit über 100 Fahrzeugen, der im gesamten Landkreis zum Transport von Wertstoffen, Rest- und Biomüll unterwegs ist.

Nach der Beschaffung eines Lkws für die Sperrmüllabfuhr mit vollelektrischem

Nebenantrieb für das Presswerk und zwei gasbetriebenen Abfallsammelfahrzeugen setzt man auch bei notwendigen Ersatzbeschaffungen von Transportern und Dienstwagen auf CO₂-Einsparung und Klimaschutz. Auf diese Weise soll in den kommenden Jahren der sukzessive Umstieg im Fuhrpark des Abfallwirtschaftsbetriebs von Dieseltreibstoff zu alternativen Antriebsstoffen und -techniken vorangetrieben werden. Um bei der Fahrleistung von fast zwei Millionen Kilometern pro Jahr die damit einhergehenden Emissionen zu verringern, werden 2021 zusätzlich zu den bereits

vorhandenen drei vollelektrischen Fahrzeugen auch zwei Dienstwagen für die Verwaltung mit Plug-in-Hybridantrieb und einen Kleintransporter für den Betriebshof angeschafft.

Seit Ende 2021 gehört ein zu 100 % batteriebetriebener Kleintransporter als Testfahrzeug zu einer Flotte von insgesamt fünf Fahrzeugen, die beim Einsammeln illegaler Müllablagerungen und der Reinigung der Containerstandorte eingesetzt werden. Wenn sich dieses Fahrzeug im laufenden Betrieb bewährt, sollen auch die restlichen vier Fahrzeuge für die Standortreinigung durch vollelektri-



Hybrid-Sperrmüllfahrzeug

Quelle: Abfallwirtschaftsbetrieb Böblingen



Vollelektrischer Kleintransporter

Quelle: Abfallwirtschaftsbetrieb Böblingen

sche Fahrzeuge ersetzt werden – damit lassen sich jährlich ca. 16 Tonnen CO₂ einsparen.

Besonders stolz ist der Abfallwirtschaftsbetrieb auf zwei innovative, mit Wasserstoff betriebene Brennstoffzellen-Lkw, die noch in diesem Jahr ausgeliefert werden sollen. Die Fahrzeuge verfügen über drei Brennstoffzellen und vier Wasserstofftanks, mit denen sich eine Reichweite von bis zu 400 km erzielen lässt. Da sich die Anschaffungskosten auf über das Vierfache des Preises für ein herkömmliches Müllfahrzeug belaufen, hat sich der Abfallwirtschaftsbetrieb beim Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur erfolgreich im Programm für „Maßnahmen der Marktaktivierung im Rahmen des Nationalen Innovationsprogramms Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie“ um eine Förderung beworben. Neben der Vermeidung von CO₂-Emissionen hat der Elektromotor einen weiteren Vorteil gegenüber einem Dieselmotor: Er erzeugt wesentlich weniger Lärm sowohl beim Fahren als auch im Standbetrieb beim Leerungsvorgang. Deshalb sind die beiden Fahrzeuge in erster Linie für die Fahrten in Innenstädten mit hoher Bebauungsdichte vorgesehen. Allein durch den Einsatz der beiden Brennstoffzellenfahrzeuge können die CO₂-Emissionen um jährlich ca. 100 t reduziert werden.

Mit seinem 2020 aufgestellten Abfallvermeidungskonzept verfolgt der Abfallwirtschaftsbetrieb das ehrgeizige Ziel, möglichst viele Abfälle erst gar nicht entstehen zu lassen. Man kommt damit einer Forderung der Kreispolitik nach, die Vermeidung von Abfällen künftig stärker in den Vordergrund zu rücken. Zusammen mit den Mitgliedern des Umwelt- und Verkehrsausschusses des Kreistages wurden in einem Workshop Ideen und Vorschläge für künftige Abfallvermeidungsmaßnahmen erörtert und entwickelt.

Ein Baustein bei den Vermeidungsmaßnahmen sind die Verschenk-Häusle,

die auf drei der insgesamt 31 Wertstoffhöfe im Landkreis jedem Besucher offenstehen. Noch gut erhaltene Gegenstände, die man selbst nicht mehr benötigt, können hier weiter verschenkt werden.

Spielsachen, Haushaltswaren, Bücher und DVDs, kleinere Sportgeräte etc. werden auf diese Weise nicht sofort zu Abfall, sondern erhalten ein „zweites Leben“. Die Verschenk-Häusle werden rege genutzt und das Feedback aus der Bevölkerung ist durchweg positiv: Viele Menschen sind froh, ihre noch brauchbaren Gegenstände weiter verschenken zu können.



Verschenk-Häusle

Quelle: Abfallwirtschaftsbetrieb Böblingen

Gebrauchte Dinge können darüber hinaus auch bequem über die kostenlose Online-Plattform www.verschenkenundmehr.de weitergegeben werden. Außerdem sind hier einfach umzusetzende Tipps gegen die Lebensmittelverschwendung, Abgabestellen für Lebensmittel oder im Landkreis ansässige ReUse-Initiativen zu finden.

Weitere Maßnahmen sind bereits früher umgesetzt worden. So hat der BB-Pfandbecher für den Coffee-to-go im Februar 2019 im Landkreis Einzug gehalten: Den RECUP-Becher im Landkreis-Design gibt es als Alternative zum Einwegbecher im Pfandsystem bei Bäckereien, Cafés und Gaststätten. Wer den Becher bei einem teilnehmenden Betrieb wieder abgibt, erhält das Pfand von 1,- Euro zurück.

Im vergangenen Jahr hatte der Abfallwirtschaftsbetrieb im Rahmen der deutschlandweiten Aktionstage „Essen in Mehrweg“ die örtliche Gastronomie auf diese Aktionswoche aufmerksam gemacht und interessierte Betriebe mit Plakaten und Öffentlichkeitsarbeit unterstützt.

Auch der zunehmenden Lebensmittelverschwendung möchte man Einhalt gebieten und dazu beitragen, Lebensmittelabfälle möglichst zu reduzieren. Unterstützt werden Foodsharing sowie andere örtliche Initiativen. Sogenannte Fairteiler in verschiedenen Städten und Gemeinden – Örtlichkeiten, bei denen die Bürgerinnen und Bürger Lebensmit-



Fairteiler in Hildrizhausen

Quelle: Sophia Häußler

tel abgeben und mitnehmen können – erhalten vom Abfallwirtschaftsbetrieb Transportboxen für Lebensmittelreste als „Starterpaket“.

Das Abfallvermeidungskonzept soll in den nächsten Jahren als wesentlicher Bestandteil in die Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes des Landkreises integriert und um weitere Maßnahmen, Aktivitäten und Handlungen im Bereich der Abfallvermeidung ergänzt werden. Zudem stellt es eine gute Ausgangsbasis etwa hin zu einem „Zero-Waste-Land-

kreis“ dar und bildet einen wichtigen Baustein in der Nachhaltigkeitsstrategie des Landkreises Böblingen.

Im November 2020 ging die größte Photovoltaikanlage im Kreis Böblingen auf der Sindelfinger Deponie in Betrieb. Die Naturstrom GmbH, eine 100%ige Tochter des Abfallwirtschaftsbetriebs, produziert zusammen mit den Stadtwerken Sindelfingen mit dieser Freiflächenanlage ca. 1,5 Millionen Kilowattstunden Sonnenstrom jährlich. Mit ihren zehn PV-Anlagen auf kreiseigenen Gebäuden und den beiden Freiflächenanlagen auf der Böblinger und Sindelfinger Deponie speist die Naturstrom GmbH jährlich insgesamt knapp 2,5 Millionen kWh Strom aus Sonnenenergie ins Netz ein und versorgt damit rund 2.200 Personen. Dies spart über 850 Tonnen CO₂ pro Jahr.

Seit vielen Jahren setzt man beim Abfallwirtschaftsbetrieb auf eine hochwertige Kaskadenverwertung der Bioabfälle. Mit dem aus der Vergärung der biologisch abbaubaren Abfälle erzeugten Biogas wurde in Blockheizkraftwerken Strom erzeugt und ins Netz eingespeist. Die Gärreste wurden anschließend durch



BB-Pfandbecher

Quelle: Abfallwirtschaftsbetrieb Böblingen



PV-Anlage auf der Deponie Sindelfingen

Quelle: Abfallwirtschaftsbetrieb Böblingen

Kompostierung in hochwertigen Dünger zur Bodenverbesserung umgewandelt. Bei der Bioabfallbehandlung kooperieren die beiden Landkreise Böblingen und Esslingen seit 2019 in der Form einer gemeinsamen GmbH. Nach dem Brand der Vergärungsanlage Leonberg im September 2019 laufen derzeit die Planungen zum Bau einer neuen modernen Vergärungsanlage am bisherigen Standort, in der ab 2025 jährlich rund 60.000 Tonnen Bioabfälle aus beiden Landkreisen verwertet werden sollen. In die Planungen einbezogen werden auch technische und ökonomische Nutzungsoptionen für Biogas, wie beispielsweise die Herstellung von „Grünem Wasserstoff“. Damit ließe sich idealerweise der Kreislauf schließen, indem mit dem selbst erzeugten Wasserstoff die eigene Fahrzeugflotte betankt wird. Darüber hinaus beteiligt sich der Abfallwirtschaftsbetrieb an einer Studie zum Aufbau einer ganzheitlichen Wasserstoffkonzeption im Landkreis Böblingen.

Im Landkreis befinden sich drei ehemalige Hausmülldeponien, deren Betrieb seit Ende der 1990er Jahre eingestellt ist. Der Abfallwirtschaftsbetrieb hat in den letzten Jahren die Oberflächen der Deponien Böblingen und Sindelfingen

aufwändig nach dem neuesten Stand der Technik abgedichtet. Im Jahre 2021 begannen die Baumaßnahmen zur Oberflächenabdichtung der Deponie Leonberg. Nach Abschluss der Oberflächenabdichtung soll auch hier – wie bereits bei den anderen beiden Deponien – eine Anlage zur Schwachgasbehandlung errichtet werden, um das immer noch, jedoch in viel geringeren Mengen austretende Methan, schadlos zu ver-



Schwachgasbehandlung, Leonberger Deponie

Quelle: Abfallwirtschaftsbetrieb Böblingen

brennen und damit klimafreundlich Strom zu erzeugen.

Selbstverständlich hat sich der Abfallwirtschaftsbetrieb auch ganz allgemein die Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsaspekten bei der Beschaffung von Dienstleistungen und Erzeugnissen sowie bei der Vergabe von Bauaufträgen auf die Fahne geschrieben. So sind vor jedem Beschaffungsantrag ausführliche Überlegungen anzustellen, wie wirtschaftliche, ökologische und soziale Nachhaltigkeitskriterien berücksichtigt werden können. In vielen Produktbereichen gibt es bereits ausreichend Angebote, die Sozial- und Umweltaspekte beachten und insbesondere unter Berücksichtigung der Lebenszykluskosten nicht zwingend unwirtschaftlicher sind. Als Beispiele genannt werden können der Einsatz von CO₂-neutralem Recyclingpapier in der Verwaltung oder die Beschaffung von Müllbehältern, die überwiegend aus Kunststoffrecyclaten hergestellt sind.

Die beschriebenen, vielfältigen Maßnahmen des Abfallwirtschaftsbetriebes Böblingen zeigen eindrucksvoll, welchen bedeutenden Beitrag die kommunale Abfallwirtschaft zum Umwelt- und Klimaschutz heute schon leistet. Die Themen Abfallvermeidung, Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz spielen für den Abfallwirtschaftsbetrieb auch in seiner künftigen Ausrichtung die entscheidende Rolle und rücken bei der Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes in den Mittelpunkt.

Wolfgang Hörmann ist Werkleiter beim Abfallwirtschaftsbetrieb Böblingen.

Kerstin Hoechst arbeitet in der Öffentlichkeitsarbeit im Abfallwirtschaftsbetrieb Böblingen.

Energiestandort Neubulach: Bioabfallvergärungsanlage und Photovoltaik ergänzen sich perfekt

Von Anja Riedhamer, Landkreis Calw

Das zentral im Landkreis Calw gelegene Neubulach-Oberhaugstett ist Standort dreier wichtiger Säulen der nachhaltigen Kreislaufwirtschaft.

Auf dem Recyclinghof, einem von 8 Standorten im Landkreis Calw, werden nahezu alle Abfallarten getrennt angenommen. So können sie einer möglichst hochwertigen Verwertung oder einer sicheren Entsorgung zugeführt werden. Den komfortablen Bringsystemen sowie der bequemen Abholung von Restabfall, Bioabfall, Papier, Glas und Leichtverpackungen am Haus sind die regelmäßigen Spitzenplätze in der Abfallbilanz Baden-Württemberg zu verdanken. Zum einen bei den geringsten Restabfallmengen pro Kopf (69 kg/a im Vergleich zum Land 146 kg/a) und zum anderen bei den hohen Sammelmengen bei Wertstoffen (214 kg/a im Vergleich zum Land 168 kg/a).

Auf 18.000 Quadratmetern der stillgelegten Deponie Oberhaugstett sammeln Fotovoltaikmodule die Sonnenstrahlen, um sie in Strom umzuwandeln. Sie ist damit die größte Anlage der Abfallwirt-



Blick von der stillgelegten Deponie auf den Recyclinghof und die Bioabfallvergärungsanlage

Quelle: AWG Abfallwirtschaft Landkreis Calw GmbH

schaft und sorgt bereits mit 1.200 MWh/a für den Löwenanteil der Stromerzeugung. Sechs Fotovoltaikanlagen sind es insgesamt, die mit einer Gesamtleistung von knapp 1.300 MWh/a für eine CO₂-Einsparung von 615 t/a sorgen. Die neueste Anlage auf dem Dach der Verwaltung speist unter anderem acht Ladepunkte für Elektroautos. Apropos Elektroautos. Der PKW-Fuhrpark der Abfallwirtschaft wird nach und nach auf Hybrid- bzw. Elektrofahrzeuge umgestellt.

Und die Bioabfallvergärungsanlage wandelt die gesamten Bioabfälle des Landkreises in Strom und Wärme um. Jährlich erzeugt sie 4.200 MWh Strom und das besonders flexibel als Spitzenlaststrom. Weitere 1.990 t Kohlendioxid-Einsparung gehen so auf das Kontingent der innovativen Bioabfallvergärungsanlage. Die neue Technik der BAVA (Bioabfallvergärungsanlage) stellen wir hier genauer vor.

Die Bioabfallvergärungsanlage

Rohstoffe

Die 18.000 t öffentlich gesammelten Bio- und Grünabfälle liefern den Rohstoff für die Vergärung. Die Rohstoffe kommen überwiegend aus dem Landkreis Calw. Der Abfuhrhythmus der Biotonne ist 14-täglich, die Bioabfälle werden direkt vom Sammelfahrzeug auf der Anlage angeliefert. Die Grünabfälle bringen die Bürger des Landkreises zu den Recyclinghöfen. Der Anlage werden dann je nach Bedarf von diesen Anlieferungen Mengen zugesteuert.



Die Fotovoltaikanlage Oberhaugstett

Quelle: AWG Abfallwirtschaft Landkreis Calw GmbH

Aufnahme und Aufbereitung

Der für die Aufbereitung benötigte Strom kommt von der eigenen Fotovoltaikanlage auf dem benachbarten Deponiekörper. Die Luft der Annahmehalle wird stetig abgesaugt und den Trocknern und dem anschließenden Luftwäscher zugeführt. Damit wird Geruchsbildung außerhalb der Halle vermieden. Zusätzlich gewährt ein Notstromaggregat rund um die Uhr die Versorgungssicherheit der Biogasanlage.

In der ersten Aufbereitungsstufe wird durch einen Einwellenbrecher (Schredder) das Substrat (die Bioabfälle und das Grüngut) auf eine Korngröße von ca. 25 mm heruntergebrochen. Anschließend findet eine Ausschleusung der Eisenmetalle durch einen Bandmagneten statt. Durch die zeitverzögerte Aufbereitung ist ein Zwischenbunker notwendig.

Die Hammermühle trennt die Störstoffe von der Organik. Diese wird auf < 12 mm

geschlagen und durch Zugabe von Rezirkulat (und/oder Brauch-, Regen- bzw. Frischwasser) verflüssigt.

Fermenter Biogasanlage

Das Substrat in den Vorlagebehältern wird homogenisiert. Der Sand, der sich absetzt, wird durch eine Schnecke ausgelesen. Eine kontinuierliche Fütterung von den Vorlagebehältern in die Fermenter sorgt für eine konstante Nahrungsversorgung der Bakterien. Die speziellen Bakterien zersetzen das Material unter Luftausschluss (anaerob) und produzieren dabei Gas.

Der Fermenter wird im mesophilen Temperaturbereich (zwischen 38–45 °C) betrieben. Das entstehende Gas wird in den Tragluftdächern des Fermenters und den Gärrestlagern aufgefangen, entschwefelt und auf dem Weg zu den Blockheizkraftwerken getrocknet, bevor es dort zu Strom umgewandelt wird.



Fermenter mit einem der Rührwerke

Quelle: AWG Abfallwirtschaft
Landkreis Calw GmbH

Gärrestbehandlung

Nach der Fermentation wird das Substrat in fest und flüssig separiert (getrennt). Dabei werden noch kleine im Substrat enthaltene Störstoffteilchen durch eine Siebvorrichtung aussortiert. Ein Teil der Flüssigkeit wird zum Verflüssigen der neu angelieferten Bioabfälle in der Mühle bereitgestellt (Rezirkulat). Der übrige Teil der Flüssigkeit wird in den Pasteurierungsanlagen hygienisiert (eine Stunde bei 70°C). Dadurch erreicht man eine thermische Entkeimung.

Im Gärproduktlager wird der flüssige Gärrest, ein wertvolles natürliches Düngemittel, gelagert, bis es in die Landwirtschaft ausgebracht werden kann.

Das feste Gärprodukt wird getrocknet und ebenfalls durch Erwärmung hygienisiert. Danach wird es in eine Fein- und Grobfraction getrennt. Das feine Gärprodukt kann ebenfalls in der Landwirtschaft als natürliches Düngemittel ausgebracht werden.

Das Gärprodukt unterscheidet sich nur in einer Weise vom bekannten Kompost: Ein festes Gärprodukt ist unter anaeroben Verhältnissen entstanden (d.h. unter Luftausschluss). Es hat daher keinen aeroben Zersetzungsprozess (Behandlung unter Luftzufuhr) gehabt und darf deswegen nicht Kompost genannt werden.



Hammermühle

Quelle: AWG Abfallwirtschaft Landkreis Calw GmbH



Pasteurierungsbehälter

Quelle: AWG Abfallwirtschaft Landkreis Calw GmbH

Das grobe Material wird nochmals getrocknet und als Biobrennstoff vor Ort zur Wärmeerzeugung eingesetzt.

Biowärme

Der Biobrennstoff (zum Beispiel das Überkorn der festen Gärreste oder verholzte Grünabfälle) wird im Drehrohr-ofen thermisch genutzt. Die Wärme wird im Pufferspeicher zusammen mit der Abwärme der Blockheizkraftwerke gespeichert bis diese benötigt wird. Der Drehrohr-ofen hat eine Leistung von 500 kW. Er hat in der Rauchgasreinigung einen Zyklon- und einen Gewebefilter.



Blick in das Innere des Drehrohr-ofens

Quelle: AWG Abfallwirtschaft
Landkreis Calw GmbH

Die Luft aus der Annahmehalle wird als Zuluft der Trockner verwendet. Dadurch reichert sich die Luft mit Ammoniak an. Dieser ist der Hauptbestandteil des wahrnehmbaren und unangenehmen Geruches in der Abluft.

Danach wird die Luft im Luftwäscher gereinigt. In dem Wäscher befindet sich ein Wabenfilter, der mit saurem Wasser (Wasser mit Schwefelsäure) benetzt wird. Zwischen Wasser und den Verunreinigungen in der Luft entsteht eine Reaktion (Absorption), die, einfach ausgedrückt, die Geruchsstoffe herausfiltert.

Stromerzeugung

Die 2 x 600 kW Blockheizkraftwerke verstromen das erzeugte Biogas. Die Anlage läuft im Flexbetrieb, das heißt der Strom wird nur zur Spitzenlastabdeckung bereitgestellt. Zum Beispiel morgens oder am Abend, wenn viel Strom benötigt wird. Außerhalb dieser Zeiten (z. B. nachts) wird kein Strom erzeugt. Das schont die Stromnetze und füllt die Versorgungslücken von Solar- oder Windenergie.

Der Strom von Biogasanlagen im Flexbetrieb ist die einzige regenerative Energie, die das kann.



Die beiden Blockheizkraftwerke

Quelle: AWG Abfallwirtschaft Landkreis Calw GmbH

Zertifizierung der Gärprodukte

Zudem wird dort aus den Gärprodukten ein natürlicher rückstands- und geruchsfreier Flüssigdünger produziert. Frei von Mikroplastik, dafür voller wertvoller Mineralstoffe. Die Gärprodukte wurden mit Inbetriebnahme der Biogasanlage unter die Aufsicht der Gütegemeinschaft Gärprodukte e.V. (GGG e.V.) gestellt.

Die GGG e.V. verleiht die RAL-Gütezeichen sowohl für feste als auch flüssige Gärprodukte.

Wie geht die Gütegemeinschaft vor?

Die Gütegemeinschaft sendet unabhängige Probennehmer zur Fremdüberwachung der Anlage wie folgt:

- 12 Untersuchungen pro Jahr im Anerkennungsverfahren
- 12 Untersuchungen pro Jahr im Überwachungsverfahren

Anja Riedhammer ist im Bereich Öffentlichkeitsarbeit in der AWG Abfallwirtschaft Landkreis Calw GmbH tätig.

Energie aus Klimawald und Sonne – die nachhaltige Kreislaufwirtschaft bei der Abfallbewirtschaftung im Landkreis Esslingen

Von Manfred Kopp, Landkreis Esslingen

Der Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises Esslingen setzt bereits seit dem Beginn seiner Zuständigkeit für die öffentliche Abfallbewirtschaftung Maßnahmen zur Steigerung der Nachhaltigkeit des Wirtschaftens um. Ziel ist es, nicht nur den ökologischen Fußabdruck der Abfallbewirtschaftung möglichst klein zu halten, sondern auch den Gedanken der Kreislaufwirtschaft und der Nachhaltigkeit zu leben. Dazu sind bisher im Landkreis zahlreiche Projekte umgesetzt worden. Dass eine nachhaltige Kreislaufwirtschaft zwar Geld kostet, aber nicht teuer sein muss, zeigen die Abfallgebühren für die Einwohnerschaft im Landkreis Esslingen: Diese stagnieren seit Jahren auf einem sehr niedrigen Niveau.

Schwerpunkte der nachhaltigen Kreislaufwirtschaft im Landkreis Esslingen mit etwa 530.000 Einwohnern sind das Recycling von Wertstoffen, die effiziente Verwertung von Abfallstoffen sowie die Gewinnung regenerativer Energien. Im Überblick:

Recycling von Wertstoffen

Es gibt im Landkreis insgesamt 62 Höfe des Abfallwirtschaftsbetriebs, die als Recyclinghöfe, Grünabfallsammel- und Kompostierungsplätze ausgebaut sind. Einige der Höfe sind als größere, sogenannte Kombiplätze eingerichtet. Dort werden mehrere Wertstoffe gesammelt und aufbereitet. Auf den Recyclinghöfen werden recycelbare Stoffe sortenrein erfasst. Hierdurch kann eine hohe Qualität der einzelnen Stoffe erreicht werden wie Papier/Pappe/Kartonagen, Glas und Schrott, an acht Abgabestellen zudem Elektroschrott, Verpackungen, Styropor, Altkleider, Kork, CDs, Druckerpatronen und -patronen sowie Batterien. Auf drei Entsorgungsstationen im Landkreis können neben den Wertstoffen auch sämtliche Abfallfraktionen erfasst werden. Insgesamt sind 142 geringfügig Beschäftigte und etwa 28 Vollzeitbeschäftigte mit dem Betrieb der Höfe und Stationen betraut. An den größeren Wertstofffraktionen wurden im vergangenen Jahr rund 59.000 Tonnen Material erfasst, dabei sind Verpackungen noch nicht mit

eingerechnet. Dies zeigt die Größenordnung der jährlichen Verwertung im Landkreis Esslingen.

Schwachgasbehandlungsanlagen auf Hausmülldeponien

Im Landkreis Esslingen gab es insgesamt vier größere und drei kleinere Deponien für Hausmüll. Sie wurden im Zuge des novellierten Abfallgesetzes 1971 und mit Gründung des Landkreises im Jahr 1973 von den Städten und Gemeinden übernommen. Die Hausmülldeponien zeugen von einer wechselhaften Geschichte der Abfallentsorgung im Landkreis. In den vergangenen Jahren rückten dabei mehr und mehr die Aspekte des Umwelt- und Klimaschutzes in den Mittelpunkt. Zum Beispiel stand 2014 auf der Deponie Ramsklänge westlich von Filderstadt-Plattenhardt die Errichtung einer neuen Entgasung an. Die Gasmenge war sukzessive zurückgegangen, und die alte Anlage konnte nur noch periodisch betrieben werden. Als Ersatz wurde eine neue Anlagentechnik der Schwachgasbehandlung projektiert. Diese ermöglichte die Reali-

sierung des sogenannten Inspiro-Verfahrens des Ingenieurbüros Contec, wodurch die erfassten Gasmengen gesteigert und die Emissionen an Methan-Deponiegas um mindestens 50 Prozent, prognostiziert sogar um rund 70 Prozent gegenüber einem Referenzszenario bis 2025 gemindert werden kann. Gleichzeitig werden die Behandlungsdauer und die Anzahl der notwendigen Ersatzanlagen minimiert. Diese Technik wurde auf der Ramsklinge so erstmalig in Deutschland realisiert.

Im Rahmen der Umsetzung wurden Begleituntersuchungen durchgeführt. Deren Ergebnisse ermutigten den Abfallwirtschaftsbetrieb, die Verfahren auch auf den weiteren Deponien des Landkreises umzusetzen. Die Gesamtkosten der Investition auf der Ramsklinge betragen rund 400.000 Euro und wurden vom Projektträger Jülich im Auftrag des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit im Rahmen der Nationalen Klimaschutz Initiative zu 50 Prozent gefördert.

Auch die Maßnahmen auf den Deponien Blumentobel nordöstlich von Beuren und Katzenbühl nördlich von Esslingen kamen in den Genuss der Förderung durch die Projektträger. Auf der Deponie Katzenbühl wurde die Schwachgasbehandlung ausschreibungsbedingt durch ein anderes Unternehmen ausgeführt, und auf der Deponie Blumentobel konnte die Schwachgasbehandlung durch einen Stirlingmotor zur Stromerzeugung ergänzt werden. Im Gegensatz zum Otto-Motor findet beim Gas-Stirling-Motor die Verbrennung extern statt. Das Arbeitsgas, welches die Zylinder antreibt, das Brennstoffgas und das Abgas der Verbrennung sind dadurch voneinander getrennt. Die Maßnahmen weisen eine hohe Klimawirksamkeit auf, da Methan als Hauptbestandteil des Deponiegases eine 28-mal klimaschädlichere Wirkung als Kohlendioxid besitzt. Insgesamt können so etwa 8,4 Millionen Kubikmeter Methanemissionen verhindert werden.

Dies entspricht etwa 150.000 Tonnen CO₂-Äquivalenten.

Die Deponien geraten derzeit wieder in den Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit. Da die diffusen Emissionen von Deponien nur schwer kontrollierbar sind, ist es wichtig, die Entgasung zu optimieren. Dies ist nur mit der Erhöhung der Absaugmenge möglich. Hierdurch werden die diffusen Emissionen und der Methangehalt des Deponiegases stark vermindert. Dessen Behandlung bis zu einem Methangehalt von drei Prozent ist nur durch die beschriebenen Schwachgasbehandlungsanlagen möglich. Normale Gasverbrennungsanlagen benötigen Methanhalte größer 15 Prozent.

Kompostierung und Hackschnitzelnutzung

Der Abfallwirtschaftsbetrieb betreibt im Landkreis fünf große Kompostplätze. Diese sind bei der Gütegemeinschaft Kompost angemeldet und dürfen das Zertifikat „Qualitätskompost mit RAL-Gütesicherung“ führen.

Die organischen Inhalte der Biotonne werden im Kompostwerk in Kirchheim verwertet. Dieses wird von den Landkreisen Böblingen und Esslingen gemeinsam betrieben. Hier können bis zu 60.000 Tonnen organische Abfälle zu etwa 18.000 Tonnen gebrauchsfertigen Feinkompost verarbeitet werden. Dieser kann inzwischen den Bedarf beim Verbraucher kaum noch decken und dient häufig nicht nur zur Düngung, sondern führt auch zur Substituierung des Torfeinsatzes im Garten. Neben dem hohen Düngewert wird mit dem Feinkompost die Bodenstruktur erheblich verbessert. Die Kompostierung von Grünschnitt führt organisches Material auf die Böden zurück und schließt damit Kreisläufe, die zur nachhaltigen Bodensicherung führen. Zur Strukturverbesserung des Bodens reicht der Grünschnittkompost aus. Die Grünguterfassung über die Sammel- und Kompostierungsplätze sowie die Sammelstellen des Obstbaumschnit-

tes liefert rund 92.000 Schütt-Kubikmeter. Vom verholzten Baumschnitt werden knapp zwei Drittel zur Gewinnung von nachhaltiger Wärme und Strom verwendet. Dies entspricht einer Heizölmenge von rund 2,1 Millionen Litern.

Für die Gewinnung des Obstbaumschnitts haben der Landkreis, der Abfallwirtschaftsbetrieb sowie Städte und Gemeinden das Projekt „Energetische Nutzung von Obstbaumschnittholz“ gestartet. Damit werden Bewirtschafter von Streuobstwiesen bei der Entsorgung des Obstbaumschnitts unterstützt und es wird zugleich eine wichtige Energieressource nutzbar gemacht. Im Rahmen des Projektes werden zur Obstbaum-Schnittsaison zusätzliche Sammelplätze für das Schnittgut eingerichtet, welches dann vor Ort gehäckselt und dann in einem Holzheizkraftwerk energetisch verwertet wird. In diesem Jahr unterstützen 21 von insgesamt 44 Städten und Gemeinden das Projekt und richten zusätzliche Sammelplätze ein.

Im vergangenen Jahr konnten auf 28 Sammelplätzen von Mitte Februar bis Anfang April 8.200 Kubikmeter Holz hackschnitzel erzeugt werden. Durch die energetische Verwertung im Holzheizkraftwerk Scharnhäuser Park in Ostfildern wurden damit rechnerisch mehr als eine dreiviertel Million Liter Heizöl eingespart. Die Einrichtung temporärer Sammelplätze und der damit verbundene geringere Aufwand bei der Baumschnittentsorgung hat zudem viele Eigentümer ermutigt, die Obstbäume in ihrer Bewirtschaftung wieder oder weiterhin zu schneiden.

Kurzumtriebsplantage als Klimawald

Auf der Deponie Ramsklinge wurde die sogenannte Verebnungsfläche für die Errichtung einer Photovoltaikanlage vermietet. Der angrenzende Böschungsbereich konnte in der Standzeit der PV-Anlage für eine Kurzumtriebsplantage genutzt werden. Der Anbau von

Gehölzen dient vorwiegend der Gewinnung von Holzhackschnitzeln, die wiederum als Brennmaterial zur Energie- und Wärme Gewinnung eingesetzt werden. Dazu wurde im Hangbereich der Deponie eine Oberflächenabdeckung mit Erdmaterial aufgebracht, die eine gute Voraussetzung für eine Bepflanzung bot. Die Gehölze stabilisieren mit ihrem Bewuchs das Gelände und verhindern zudem, dass Regenwasser in die Deponie versickert. Die Ernte auf der Deponie ist durch ein ausgeklügeltes Wegesystem vollmaschinell möglich.

Durch den Anbau von nachwachsenden Rohstoffen leistet der Abfallwirtschaftsbetrieb auch hiermit einen wertvollen Beitrag zur Minderung der CO₂-Emission und damit zum Klimaschutz. Für den Energie- oder auch Klimawald wurden auf einer Fläche von 33.000 Quadratmetern rund 33.000 Stecklinge schnell wachsender Hybridpappeln gepflanzt. Alle fünf bis sieben Jahre kann geerntet werden, und das über einen Zeitraum von 20 Jahren hinweg ohne Neuanpflanzung, weil die Pflanzen nach der Ernte erneut austreiben. Sie liefern etwa zwölf Tonnen Trockenmasse je Hektar und Jahr in Form von Holzhackschnitzeln. In 20 Jahren entspricht dies einer rechnerischen Menge von rund 340.000 Litern Heizöl.



Auf der Deponie Weißer Stein ist eine PV-Anlage auf einer Fläche von 2,4 Hektar gebaut worden.

Quelle: Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises Esslingen

Photovoltaikanlagen

Der Abfallwirtschaftsbetrieb hat seit 2006 bereits vier Photovoltaikanlagen errichtet. Die größte davon auf der Deponie „Weißer Stein“ zwischen Plochingen, Aichwald und Baltmannsweiler hat eine Spitzenleistung von 1,5 Megawatt peak. Insgesamt haben die Anlagen eine

Leistung von 2,2 Megawatt. Für die Errichtung der Anlagen wurden für die Aufständigung der Module Wannen und Gestelle gesetzt bzw. Träger in den Deponiekörper eingerammt. Alleine auf der Deponie „Weißer Stein“ sind rund 6.100 Module verbaut. Im vergangenen Jahr konnten durch die Photovoltaikanlagen 2,2 Millionen Kilowattstunden Strom erzeugt und ins Netz eingespeist werden. Dies reicht für den Jahresbedarf von etwa 553 Mehrpersonenhaushalten aus.

Optimierung des Ressourceneinsatzes

Im Kompostwerk Kirchheim wurde durch die konsequente Ausrichtung elektrischer Geräte auf Energieeffizienz der Gesamtverbrauch an elektrischer Energie von 2001 mit 7,2 Millionen Kilowattstunden noch im Jahr 2001 auf 3,3 Millionen Kilowattstunden in 2020 reduziert. Dies wurde durch die Installation eines Energiemanagementsystems im Rahmen der Zertifizierung des Unternehmens erreicht.



Ernte im Klimawald, der Minibagger kappt die Hybridpappeln mit einer Baumschere

Quelle: Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises Esslingen

Im Kompostwerk wurden auch sämtliche Leuchten in LED-Beleuchtungssysteme umgebaut. Dabei wurde in einem ersten Projekt in verschiedenen Hallenteilen die bestehende Beleuchtung aus HQL-Strahlern, Röhrenbändern und Rasterleuchten durch LED-Leuchten mit Steuerung ersetzt. Insgesamt wurden 211 Lichtpunkte des Altbestandes durch 204 neue Lichtpunkte ausgetauscht. Einer Prognose zufolge können somit rund 117.000 Kilowattstunden pro Jahr eingespart werden. Insgesamt werden damit bis zu rund 1.400 Tonnen CO₂ über die Lebensdauer vermieden. Die Gesamtkosten der Investition betragen etwa 125.000 Euro (netto) und wurden im Rahmen der „Nationalen Klimaschutz Initiative“ vom Projektträger Jülich im Auftrag des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit zu 30 Prozent gefördert.

Im Lauf eines zweiten Projektes wurde die bestehende Beleuchtung aus HQL-Strahlern und Leuchtstoffröhren auf den Fahrwegen des Kompostwerkes durch LED-Leuchten ersetzt. Hier wurden 47 alte durch eine gleiche Anzahl neuer Lichtpunkte ausgetauscht. Die Einsparung beträgt hier rund 15.000 Kilowattstunden per anno oder 179 Tonnen CO₂. Die Gesamtkosten der Investition betragen etwa 23.000 Euro (netto) und wurden von den Projektträgern zu 25 Prozent gefördert.

Eigenverwertung Elektroschrott

Die Fraktion der Großgeräte und der Kleingeräte des Elektroschrottes werden vom Abfallwirtschaftsbetrieb optiert, das heißt in eigener Regie recycelt. Bei den Großgeräten kann so der große Schrottanteil maximal genutzt werden. Dies waren im vergangenen Jahr 3.500 Tonnen.

Die Kleingeräte (700 Tonnen 2021) werden von Mitarbeitenden eines örtlichen Sozialunternehmens geprüft und nach Möglichkeit in den eigenen Geschäften wieder zur Verwendung verkauft. Die



Der Verschenke-Container in Leinfelden-Echterdingen ist von einem Graffiti-Künstler verschönert worden.
Quelle: Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises Esslingen

Geräte, die nicht mehr wiederverwendet werden können, werden zerlegt und in Teilen recycelt. Dies schafft Arbeitsplätze für Langzeitarbeitslose, die sich bei dieser Beschäftigung an den Arbeitsmarkt „herantasten“ können. Auch dies ist eine Form der Nachhaltigkeit, wenn soziale Strukturen für Menschen geschaffen werden.

Aufbau eines Verschenkmarktes

Auf der Homepage des Abfallwirtschaftsbetriebes (www.awb-es.de) können nicht mehr benötigte aber noch gebrauchsfähige Gegenstände kostenlos eingestellt und Anderen angeboten werden. Hierdurch wird der höchsten Stufe der Kreislaufwirtschaft, der Wiederverwendung Rechnung getragen. Ergänzend hierzu wurde als Pilotprojekt ein Verschenke-Container auf der Entsorgungsstation Sielminger Straße in Leinfelden-Echterdingen errichtet.

Wichtig bei der Umsetzung dieser Vorhaben ist das Engagement und somit auch die Einbeziehung der Mitarbeitenden auf den Anlagen. Nur wenn diese sich mit der Einrichtung identifizieren, können solche Projekte gelingen. Der Betrieb von Verschenke-Containern ist nämlich kein Selbstläufer; es bedarf der ständigen Betreuung, um die Container sauber und für Kunden attraktiv zu gestalten. Hilfr-

reich war dazu die optische Gestaltung des Containers auf der Entsorgungsstation Sielminger Straße, die ein örtlicher Graffiti-Künstler fachgerecht vorgenommen hat, und dabei auch die Anregungen der Mitarbeitenden berücksichtigte.

Die Außenhülle des Containers ist somit zu einem echten „Hingucker“ geworden. Inzwischen nehmen etwa zehn bis 15 Kunden werktäglich Waren aus dem Container mit oder bringen etwas für andere Interessenten vorbei.

Alles in einer App

Zu einer nachhaltigen Kreislaufwirtschaft gehört es auch, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher über die verschiedenen Möglichkeiten und Angebote zeitgemäß informiert werden. Dazu hat der Abfallwirtschaftsbetrieb eine App entwickeln lassen, die Angebote und Dienstleistungen des Betriebs per Smartphone und anderen Endgeräten quasi bis aufs Sofa des Nutzers transportiert. In der App werden Abholtermine per Push-Nachricht gesendet und die Möglichkeiten zur nachhaltigen Kreislaufwirtschaft aufgezeigt. Der Verschenkemarkt ist mit den aktuellsten Angeboten ebenso abrufbar wie die Standorte mit den verschiedenen Entsorgungseinrichtungen, Ausgabestellen für Mülltonnen und Verkaufsstellen für Wertmarken.

Fazit

Eine wirksame, nachhaltige Kreislaufwirtschaft ist eine Schlüsselstrategie auf dem Weg zu einer klimaneutralen und ressourceneffizienten Abfallbewirtschaftung – nicht nur im Landkreis Esslingen. Zum guten Gelingen tragen mehrere Faktoren bei. Zunächst muss die nachhaltige Kreislaufwirtschaft als Thema im Abfallwirtschaftsbetrieb überhaupt als positives Thema erkannt und dann mit großem Willen umgesetzt werden. Dazu gehören die Ausrichtung der Unternehmensziele des Abfallwirts-

chaftsbetriebs ebenso wie die Befähigung der Mitarbeitenden, diese Ziele umzusetzen. Desweiteren bedarf es zwingend einer positiven Grundhaltung der Landkreisverwaltung sowie des Kreistags diesem Thema gegenüber, denn nur so können Projekte mit finanziellem Aufwand überhaupt verwirklicht werden. Ein weiterer wichtiger Faktor dabei ist zudem die finanzielle Förderung innovativer Projekte. Dies bedarf der Kenntnis von Förderstrukturen ebenso wie der Auslotung und Bewerbung bei entsprechenden Förderprojekten. Zu guter Letzt braucht es bei allen

Verantwortlichen – dabei eingeschlossen auch die Verbraucherinnen und Verbraucher – die Überzeugung, dass mit einer nachhaltigen Kreislaufwirtschaft im Abfallwirtschaftsbetrieb und einem ressourcenschonenden Konsum gleichermaßen Klimaschutz sinnvoll betrieben werden kann.

Manfred Kopp ist Leiter des Abfallwirtschaftsbetriebs des Landkreises Esslingen (AWB). Der Abfallwirtschaftsbetrieb ist ein Eigenbetrieb des Landkreises Esslingen.

„60 Liter kann (fast) jeder!": Das neue Sammel- und Gebührenkonzept im Landkreis Göppingen

Von Dirk Kurzschinkel, Landkreis Göppingen

Bis vor Kurzem hatte der Landkreis Göppingen im Vergleich der 44 Stadt- und Landkreise mit das höchste Restmüllaufkommen in Baden-Württemberg. Im Jahr 2020 entsorgten jede Bürgerin und jeder Bürger – vom Kleinkind bis zum Greis – im Durchschnitt 170 Kilogramm Hausmüll über die (schwarze) Restmülltonne. Damit lag der Landkreis fast 40 Prozent über dem Landesdurchschnitt.

Eine Sortieranalyse der Universität Stuttgart ergab: Gerade einmal ein Drittel des Inhaltes der Restmülltonnen im Landkreis Göppingen bestand originär aus Restmüll. Bei dem weit überwiegenden Anteil handelte es sich um organische Küchenabfälle und sonstige Wertstoffe, die nicht verbrannt, sondern zu verwerten sind. Die Mengen der Küchenabfälle, die im Landkreis Göppingen mittels



Biobeutel

Quelle: Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises Göppingen



Sortieranalyse

Quelle: Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises Göppingen

Sacksystems (blauer Biobeutel) eingesammelt werden, entsprachen gerade einmal 20 Prozent der Zielvorgabe des Umweltministeriums Baden-Württemberg für dieses Sondersammelsystem. Die Gründe, die zu diesem Missstand führten, waren vielschichtig. So verfügte der Landkreis seit knapp 50 Jahren über eine Müllverbrennungsanlage, die scheinbar immer genügend Brennstoff-

bedarf hatte. Die Restmülltonnen waren im Vergleich zum über die Jahre kontinuierlich sinkenden Restmüllanfall mit 240 und 120 Litern viel zu groß. Sie gehörten zudem den Haushalten, die sich an reichlich Platz zur Entsorgung ihrer unterschiedlicher Abfallfraktionen gewöhnt hatten und deswegen auch nicht bereit waren, kleinere Tonnen zu kaufen. Trotz frühzeitigem Einstieg in die vergleichsweise teure Abfallverbrennung lagen im Jahr 2021 die Abfallgebühren für einen Vierpersonen-Haushalt bei 146,40 Euro und somit rund 15 Prozent unter dem Landesdurchschnitt. Somit war auch finanziell wenig Anreiz geboten, auf einen längeren Abholrhythmus umzusteigen, 80 Prozent aller Haushalte wählten daher eine 14-tägliche Leerung.

Leidtragende dieser Fehlentwicklung waren kleine Haushalte oder solche, die schon früh ihre Wertstoffe trennten und die dafür vorgesehenen Entsorgungswege konsequent nutzen. Diese finanzierten mit ihren Müllgebühren die Bequemlichkeit der anderen quasi mit. Bislang lag auf Grundlage der Abfallwirtschaftssatzung des Landkreises das kleinstmögliche Tonnenvolumen für einen Einpersonenhaushalt bei 30 Liter pro Woche. Inzwischen wird in der

Wissenschaft das häusliche Restmüllvolumen mit rund sechs Liter pro Person und Woche angegeben.

Der Landkreis Göppingen hatte daher schon im Jahr 2013 die Abfallwirtschaft als eines von zwölf kreispolitisch bedeutenden Schlüsselthemen benannt. Der Anlass für die Systemumstellung lag primär im Klimaschutzgedanken und in der Notwendigkeit, durch Kreislauf-führung möglichst vieler Wertstoffe, die knapper werdenden natürlichen Ressourcen zu schonen. Dieses Ziel sollte vor allem durch Senkung der Restmüllmengen erreicht werden.

Der Landkreis Göppingen beauftragte deswegen im Jahr 2018 das Beraterbüro INFA, um zusammen mit dem Abfallwirtschaftsbetrieb Vorschläge für eine Trendumkehr zu entwickeln. Darin flossen auch die Ergebnisse einer Bürger-Onlineumfrage mit ein, die der Abfallwirtschaftsbetrieb durchführte.

Nach einem halben Jahr intensiver Diskussion, bei der unterschiedliche Gestaltungsvarianten beleuchtet wurden, hat der Kreistag mit großer Mehrheit die Empfehlungen des Beratungsbüros übernommen und mit der Einführung einer kleineren 60-Liter-Restmülltonne auch ein leerungsabhängiges Sammel- und Gebührensystem beschlossen. Die

Systemumstellung sollte zum 1. Januar 2022 erfolgen.

Wesentliche Eckpunkte des neuen Sammel- und Gebührenkonzeptes sind:

- Einführung einer 60-Liter-Restmüll-Tonne.
- Tonnen werden vom Abfallwirtschaftsbetrieb zur Verfügung gestellt, wobei die bisherige private Tonne weitergenutzt werden kann, sofern mit einem elektronischen Chip nachrüstbar.
- Abfallgebühren setzen sich aus einer haushaltsgrößenbezogenen Jahresgebühr und einer Leerungsgebühr zusammen. Die Leerungsgebühr hängt von der Bereitstellungsanzahl und der Größe der Restmülltonne ab.
- Zählungen der Leerungen erfolgen mittels elektronischem Chip. Zehn bis 26 Leerungen pro Jahr sind je nach individuellem Abfallaufkommen möglich.
- Zehn Mindestleerungen werden vorerst vorgegeben, insbesondere um illegale Abfallentsorgung zu vermeiden.
- Die ohne Zusatzgebühr zu entsorgende Sperrmüllmenge verdoppelt sich von zwei auf vier Kubikmeter und kann alternativ an den drei Wertstoffzentren des Landkreises angeliefert werden.

Das Beraterbüro kam in einer Modellberechnung auf ein Einsparpotenzial für den Landkreis Göppingen von jährlich rund 860.000 Euro. Diese Einsparungen ergeben sich aus einem Rückgang der teuren Verbrennungsmenge bei gleichzeitiger Erhöhung der geringeren Verwertungskosten für Bioabfall und sonstige Wertstoffe. Für das Umstellungsjahr 2022 wurde eine Reduzierung der Hausmüllmenge um rund 30 Prozent in Aussicht gestellt.

Mit der erwarteten Nachfrage nach der kleinen 60-Liter-Tonne wurde mit einem deutlich geringeren Jahresvolumen der eingesetzten Restmülltonnen gerechnet. Da die Gesamtkosten für die Abfallwirt-



Müllheizkraftwerk Göppingen

Quelle: Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises Göppingen

schaft im Landkreis Göppingen jeweils hälftig über die Jahresgebühr und die Leerungsgebühr finanziert werden, steigt durch das damit verbundene geringere Gesamtjahresvolumen zwangsläufig der Gebührenanteil pro Tonnenleerung. Dies gilt insbesondere für diejenigen Haushalte, die ihr Jahresvolumen nicht reduzieren.

Die zur Systemumstellung personell aufgestockte Abfallberatung erstellte diverse Informationsunterlagen für die Haushalte, um aufzuzeigen, welche Abfälle gegenwärtig überhaupt noch Restmüll sind und wie die restlichen Abfallfraktionen korrekt zu entsorgen sind. Daraus begründete sich die grundsätzliche Empfehlung an die Haushalte, ausgehend von ihrem heutigen Tonnenvolumen, auf die nächst kleinere Tonne umzusteigen. Wer sich dagegen entschied, war mit teils erheblichen Gebührenerhöhungen konfrontiert. Dies führte zu einer – nicht ganz unbeabsichtigten – kritischen Auseinandersetzung mit dem eigenen Trennverhalten. Nachdem frühere Maßnahmen auf Basis von Appellen und finanziellen Anreizen das in weiten Kreisen der Bevölkerung tief verwurzelte, unzeitgemäße Abfallverhalten nicht nachhaltig ändern konnten, wurden mit der Systemumstellung die finanziellen Auswirkungen eines solchen Fehlverhaltens deutlich stärker vom Jahresvolumen der Restmülltonne abhängig gemacht. Denn es war klar: Der Schlüssel zum Erfolg liegt maßgeblich darin, die Haushalte und Gewerbebetriebe dazu zu bringen, ihr individuelles Restmüllaufkommen drastisch zu reduzieren.

Wer sein bisheriges Trennverhalten nicht verbessert, zahlt künftig deutlich höhere Abfallgebühren. Darauf wurden Haushalte und Gewerbebetriebe in persönlichen Anschreiben eindringlich hingewiesen. Wer die Trennpflicht konsequent verfolgt und damit der gesetzlichen Trennpflicht nachkommt, kann entweder auf kleinere Restmülltonnen umsteigen oder die Anzahl der Tonnenbereitstel-



Chip-Mülltonne

Quelle: Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises Göppingen

lungen auch bei Beibehaltung seiner bisherigen Tonnengröße reduzieren. Die individuellen Abfallgebühren lassen sich dadurch im Vergleich zu den Gebühren des Vorjahres stabil halten oder sogar reduzieren.

Die Systemumstellung wurde von einer breit angelegten Öffentlichkeitskampagne begleitet. Neun Monate vor der Systemumstellung wurden Sonderveröffentlichungen an alle Haushalte verteilt. Zeitgleich wurde zusammen mit einem regionalen Fernsehsender ein Kurzfilm produziert (www.awb-gp.de/download/medienarchiv/). Der Film wie auch Informationsbroschüren mit den wichtigsten Fakten wurden in mehrere Fremdsprachen übersetzt.

Danach wurden alle Haushalte und Gewerbebetriebe zu ihrem künftigen Bedarf der Tonnengröße befragt. Nur wer mit der Empfehlung, die nächst kleinere Tonne zu nutzen nicht einverstanden war, brauchte sich zurückmelden, was zum Schluss gerade einmal drei Prozent taten. Parallel wurde das Thema in Presse, Funk und Lokalfernsehen intensiv platziert. Über vier Wochen hinweg wurden Sonderseiten in den Tageszeitungen veröffentlicht. Um die kreispolitische Bedeutung der Umstellung zu unterstreichen, wurde eine Leser-Telefonaktion

durchgeführt, an der sich Landrat Edgar Wolff sowie die beiden Betriebsleiter des AWB den kritischen Fragen der Bevölkerung stellten.

In diesem Zuge wurde schnell klar, dass es durch die neue Gebührenstruktur auch zu sozialen Härten kommen kann. Betroffen sind insbesondere Haushalte, die ihr Restmüllvolumen durch Verhaltensänderung nur unwesentlich verringern können, wie beispielsweise mit Wickelkindern oder Inkontinenzfällen.

Das Thema „Windeltonne“ wurde in einer eigens vom Kreistag gebildeten Fachgruppe beleuchtet. Zwar wäre es grundsätzlich möglich, betroffenen Haushalten für die Dauer des erhöhten Windelanfalls kostenlos eine separate Tonne oder eine größere Restmülltonne zur Verfügung zu stellen. Da es sich hierbei jedoch um Freiwilligkeitsleistungen handelt, dürfen solche sozialen „Wohltaten“ allerdings nicht über den Abfallgebührenhaushalt, sondern müssten über den allgemeinen Kreishaushalt finanziert werden. Anderweitige finanzielle Lösungen wären mit einem erheblichen rechtlichen Risiko verbunden.

Um solche Risiken für den Kreishaushalt zu vermeiden, beschloss der Kreistag stattdessen die Förderung von Mehrwegwindel-Systemen, die es zwischen-



Beschlussfassung

Quelle: Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises Göppingen

zeitlich auch für Erwachsene gibt. Als Maßnahme zur Abfallvermeidung bestehen ähnliche Förderprogramme bereits in etlichen anderen Landkreisen in Baden-Württemberg.

Im Vorfeld des eigentlichen Umstellungstermins zum 1. Januar 2022 wurden in vier Monaten insgesamt 117.000 Restmülltonnen und 1,1-m³-Container beschafft und im kompletten Landkreis ausgeliefert. Knapp 60 Prozent der Bevölkerung entschied sich dabei für die neue kleine 60 Litertonne, 35 Prozent für 120 Litertonnen, 5 Prozent für 240 Litertonnen und 1 Prozent für 1,1-m³-Container.

Viel Kritik musste sich der Landkreis im Vorfeld auch an der Beauftragung der neuen Entsorgungsfirma aufgrund schlechter Erfahrungen bei der Einsammlung der gelben Säcke anhören. Alleine das befürchtete Chaos bei der

Restmüllsammlung blieb aus. Wie bei jedem Unternehmerwechsel unterliefen der neuen Firma gleichwohl anfangs fast schon zu erwartende Fehler: In einzelnen Straßen wurden versteckt liegende Grundstücke oder enge Straßenabschnitte übersehen und nicht angefahren. Das frühere Unternehmen hatte mit etlichen Hausverwaltungen privatrechtliche Verträge über Ausnahmen der satzungsgemäßen Tonnenbereitstellung am Straßenrand geschlossen, ohne den Landkreis darüber zu informieren. In Unkenntnis dessen, blieben beim ersten Abholtermin in neuen Jahr etliche Container ungeleert, was zu vielen entrüsteten Anrufen führte. Die neue Firma reagiert jedoch schnell und ging auf die betroffenen Wohnobjekte mit passenden Angeboten zu. Alle aufgetauchten Problemfälle werden in dem neuen elektronischen Reklamationsstool dokumentiert, das

den Abfallwirtschaftsbetrieb online mit der Disposition der Sammelfirma verbindet.

Auch wenn es für eine erste Prognose zu den Auswirkungen der Systemumstellung noch etwas zu früh ist: Der gewünschte Effekt einer besseren Mülltrennung lässt sich schon nach ein paar Wochen klar erkennen. So sind die Wertstoffmengen bereits deutlich angestiegen. Das gilt insbesondere für Glas und Papier, aber auch für andere Wertstofffraktionen. Derweil sind vor allem die Sammelmengen der Küchenabfälle fast explodiert. In den ersten beiden Monaten seit der Systemumstellung hat sich gegenüber dem Vergleichszeitraum der Vorjahre die Menge verfünffacht. Wenn sich diese Entwicklung so fortsetzt, wird das vorgegebene Sammelziel bis zum Jahresende deutlich überschritten.

In gleichem Maße wie die Wertstoffmengen steigen, sinken die Hausmüllmengen, die noch zur Verbrennungsanlage gehen. Gegenüber früher hat sich die Restmüllmenge fast halbiert und liegt noch über den anfänglichen Erwartungen des Gutachters. Damit rückt das angestrebte Ziel, die Hausmüllmenge innerhalb von wenigen Jahren auf unter 100 Kilogramm pro Einwohner zu senken, bereits im ersten Jahr nach der Umstellung in greifbare Nähe.

Dirk Kurzschinkel ist Betriebsleiter des Abfallwirtschaftsbetriebs des Landkreises Göppingen.

Organische Abfälle gehören in die Biotonne, nicht in den Restmüll! – Kampagne des Landkreises Heilbronn soll mehr Bewusstsein für Kreislaufwirtschaft schaffen

Von Susanne Breuer, Landkreis Heilbronn



Quelle: Landratsamt Heilbronn

Bioabfall ist wertvoll! Bioabfälle gehören zu den wertvollsten Ressourcen, die wir im Alltag produzieren. Annähernd die Hälfte unseres Mülls im Haushalt sind Naturabfälle und dienen als Nährstoff, Humuslieferant und als regenerative, grundlastfähige Energiequelle. Ein Kreislauf ist aber nur dann möglich, wenn die Bürgerinnen und Bürger Bioabfall getrennt erfassen und nicht in die Restmülltonne werfen. Naturabfälle zu nutzen, ist die älteste Kreislaufwirtschaft der Welt: bewährt, logisch und heute gleichzeitig ein wichtiger Bestandteil der Bioökonomie.

Der Landkreis Heilbronn hat das Potenzial schon früh erkannt und bereits 1995 eine separate Biotonne eingeführt. Eine Analyse hat jedoch ergeben, dass im Restmüll je nach Siedlungsstruktur 25 bis 30 Prozent organische Abfälle landen. Ein Großteil dieses Potenzials geht also verloren, wenn bundesweit Millionen Tonnen an Gemüse-, Obst- und anderen Essensabfällen falsch getrennt werden und in Restmüll-Verbrennungsanlagen landen.

Der Abfallwirtschaftsbetrieb hat wiederholt über dieses Thema informiert. Im nächsten Schritt hat er sich zum Ziel gesetzt, den Nutzen dieser Ressource in einer groß angelegten crossmedialen Kampagne noch besser zu verdeutlichen.

In Zusammenarbeit mit einer Werbeagentur hat der Abfallwirtschaftsbetrieb modernes Informationsmaterial entwickelt. Es veranschaulicht, dass es notwendig ist, organische Stoffe vom Restmüll zu trennen und zeigt den Nutzen der getrennten Sammlung. Restmüll zu reduzieren spart Geld und dient der Umwelt. Biogas als Stromlieferant und Kompost als Bodenverbesserer sind schlagkräftige Argumente.

Die Kampagne beantwortet auch Fragen zur richtigen Nutzung der Biotonne. Die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger kämpfen besonders in Großwohnanlagen gegen Plastiktüten oder Verpackungsabfälle in der Biotonne. Dem Thema haben sich auch die LUBW und das Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft angenommen

und eine Arbeitsmappe „Biotonne richtig nutzen“ zusammengestellt.

In Großwohnanlagen ist die Anonymität hoch und die Sammelmenge sowie die Qualität des Bioabfalls eher unterdurchschnittlich. Dieses Problem gibt es auch im Landkreis Heilbronn. Der Abfallwirtschaftsbetrieb hat in Kooperation mit der Wohnungsbaugenossenschaft GEWO in einer Anlage mit 86 Wohneinheiten analysiert, wo Verbesserungspotenzial besteht. Bei einer Stellplatzanalyse und einer Haustürbefragung in der Wohnanlage haben die Bewohner und Bewohnerinnen die Hürden benannt: „Ich mache das alles korrekt, aber mein Nachbar schmeißt immer Plastiktüten und Verpackungen in die Biotonne“. Schwierig ist die Situation bei Gemeinschaftstonnen, da falsches Material nicht dem Verursacher zugeordnet und damit schlecht gehandelt werden kann. Für die geringe Bioabfallmenge im Vergleich zur Restmüllmenge ist Bequemlichkeit und ein Informationsdefizit verantwortlich. Mit zielgruppenorientierten, bebilderten Informations-



Quelle: Landratsamt Heilbronn



Quelle: Landratsamt Heilbronn



Quelle: Landratsamt Heilbronn



Quelle: Landratsamt Heilbronn

material, Hausflurplakaten und einem Gewinnspiel konnte die Menge des gesammelten Bioabfalls um das Doppelte gesteigert werden. Auch die Qualität hat sich durch verstärkte Kontrolle verbessert. Einzelne Störstoffe, wie verpacktes Obst oder Gemüse, fanden sich bei der abschließenden Sichtkontrolle aber dennoch.

Mit einer wohnanlagenunabhängigen digitalen Umfrage bei über 500 Bürgerinnen und Bürgern als Teil einer Bachelorarbeit wurde gefragt, was getan werden kann, damit die Bevölkerung Bioabfälle besser trennt. Hierbei hat „Nutzen erklären“ besonders gut abgeschnitten. Dieses Ergebnis zeigt, dass es nicht nur wichtig ist, zu verstehen, wie Abfälle getrennt werden sollen, sondern auch weshalb.

Der Abfallwirtschaftsbetrieb informiert außerdem bei Wochenmärkten und auf Recyclinghöfen in persönlichen Gesprächen über den Nutzen der Biotonne. Dabei werden kostenlos 10-Liter-Vorsortierbeutel aus Papier verteilt. Diese Beutel verschickt der AWB auf formlose Anfrage auch unentgeltlich an die Bürgerinnen und Bürger, was sehr gut angenommen wird.

Pressemitteilungen, digitale Formate, Plakate, bedruckte Kuverts beim Versand von Bescheiden, Zusatzseiten des Abfallkalenders und ein Bus im Landkreis machen auf die Botschaft aufmerksam: „Bioabfall ist wertvoll!“

Die „Kleine“ Novelle der Bioabfallverordnung rückt die Biotonne bei vielen Abfallwirtschaftsbetrieben wieder verstärkt in den Blickpunkt. Das Bestreben, Kunst- und Fremdstoffe in der haushaltsnahen Sammlung der Bioabfälle zu minimieren, fordert die Abfallwirtschaftsbetriebe und Anlagenbetreiber heraus. Die Novelle sieht unter anderem einen Kontrollwert für den Kunststoffgehalt vor. Wird dieser überschritten, kann der Anlagenbetreiber die Bioabfälle zurückweisen. Der Landkreis Heilbronn setzt hier auf Kontrolleure, die strichprobenar-



Quelle: Landratsamt Heilbronn

tig die Tonnen checken. Bei wiederholten Störstoffen im Bioabfall bleibt die Tonne ungeleert stehen und muss nachsortiert werden.

Neben den mutwilligen falschen Einwürfen in die Biotonne häufen sich in den vergangenen Jahren Verunsicherungen: „Welches Material darf in die Biotonne? So wächst der Marktanteil biologisch abbaubarer Kunststoffe. Fehlwürfe in Biotonnen sind nicht selten. Der Begriff

„Bioplastik“ bedeutet eben nicht, dass diese Verpackungen in die Biotonne gehören. Selbst der Aufdruck „100 Prozent kompostierbar“ bezieht sich zumeist auf Bedingungen, die weder auf dem heimischen Kompost noch in vielen industriellen Kompostieranlagen vorhanden sind. Die als kompostierbar beworbenen Verpackungen müssen mühsam aus dem Bioabfall entfernt und anschließend verbrannt werden.

Fazit: „Dauerbrenner“ Biotonne – unser Beitrag zum Klimaschutz

Beate Fischer, Amtsleiterin des Abfallwirtschaftsbetriebs, erklärt: „Die Biotonne ist kein Selbstläufer, sondern eine Daueraufgabe. Da braucht es einen langen Atem“. Trotz vielfältiger Aktionen gibt es noch Luft nach oben auf dem Weg zu „voll gut“ befüllten Biotonnen. Der Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises Heilbronn wird deshalb die getrennte Sammlung und die Biotonne verstärkt bewerben, zum Beispiel bei der diesjährigen Gartenschau in Eppingen.

Weitere Informationen:

www.landkreis-heilbronn.de/biotonne

Susanne Breuer ist Mitarbeiterin im Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises Heilbronn.

Regional, nachhaltig und einfach: Hohenlohekreis geht mit zwei Pionierprojekten neue Wege beim kommunalen Klimaschutz

Von Caroline Bogenschütz, Hohenlohekreis

In vielen Lokalen, Restaurants, Metzgereien und Weinstuben im Hohenlohekreis können Kundinnen und Kunden seit Sommer 2021 sagen: „Ich hätte gerne Hohenlohe to go.“ Gemeint ist damit das kreisweite Mehrwegsystem für den Einkauf von Lebensmitteln oder zubereiteten Speisen. Gegen eine Pfandgebühr von 5 Euro für Schalen bzw. 2,50 Euro für einen Kaffeebecher erhalten sie statt einer Einwegverpackung ein schickes schwarzes Behältnis mit eigenem kreiertem Logo. Dieses wird beim nächsten Besuch in einem der teilnehmenden Betriebe zurückgegeben, vor Ort professionell gereinigt und an den nächsten

Kunden oder die nächste Kundin ausgegeben.

Gegen die Plastikflut: „Hohenlohe to go“

Bequem, unkompliziert und mit lokaler Identifikation: So schwebte es den Initiatorinnen und Initiatoren im Hohenlohekreis zu Beginn des Jahres 2021 vor, als sie erste Überlegungen zu einem kreisweit einheitlichen Mehrwegsystem anstellten. Anlässe dazu gab es genügend: Mit der zeitweisen Schließung der Gastronomiebetriebe im Zuge der Schutzmaßnahmen während der Corona-Pan-

demie erhöhte sich die Nutzung von Mitnahmeangeboten – und damit der Verpackungsmüll. Im Jahr 2020 betrug dieser in Deutschland satte 35 Kilogramm pro Person.¹ Das globale Plastikproblem zeigt sich in den Ozeanen, aber auch an Straßenrändern, wo immer mehr Müll zu finden ist.

Zugleich unternimmt die Europäische Union erste Schritte zur Eindämmung der Plastikflut: Zum 3. Juli 2021 trat ein Verbot für Einweggeschirr und -besteck, Trinkhalme und Rührstäbchen aus Plastik sowie bestimmte Einwegbecher aus Kunststoff in Kraft. Seit diesem Jahr sind alle Einweg-Getränkeflaschen und



Regionaler Genuss zum Mitnehmen: Die Behältnisse von „Hohenlohe to go“ gibt es in vier verschiedenen Formaten.

Quelle: Wolfgang Reiher

-dosen pfandpflichtig und ab 2023 wird das Angebot einer Mehrwegalternative für Restaurants, Cafés und andere Anbieter von Mitnahmeangeboten für Speisen und Getränke verpflichtend.

Im Hohenlohekreis waren solche Mehrwegbehältnisse noch nicht weit verbreitet – gute Startbedingungen für die Einführung eines kreisweit einheitlichen Systems. Innerhalb von vier Monaten konnten die ersten Betriebe die schwarzen Schalen an ihre Kundinnen und Kunden ausgeben, sodass der Hohenlohekreis nun der erste Landkreis in Deutschland ist, der mit „Hohenlohe to go“ ein einheitliches Mehrwegsystem für die lokale Gastronomie samt Branding und Förderprogramm anbietet.

Die Idee wurde als gemeinsames Projekt vom Hohenlohekreis, der Wirtschaftsinitiative Hohenlohe, der Abfallwirtschaft Hohenlohekreis und der Touristikgemeinschaft Hohenlohe mit Unterstützung der DEHOGA-Kreisstelle Hohenlohe umgesetzt.

Zur Wahl des passenden Systemdienstleisters wurde ein Bottom-Up-Ansatz gewählt, um die Anbieterinnen und Anbieter von Beginn an mitentscheiden zu lassen. Dazu lud die Projektgruppe zu drei digitalen Dialogforen im März und

April 2021 ein, die auf große Resonanz in allen Interessengruppen stießen.

Im Prozess stellten sich sieben unterschiedliche Anbieter von Mehrwegsystemen vor und beantworteten Fragen. Die verschiedenen Schalen waren im Anschluss auch im Landratsamt zum Anschauen und Anfassen für die Gastronomen ausgestellt – selbstverständlich coronakonform. Nach eingehender Beleuchtung der Vor- und Nachteile entschieden sich die Teilnehmenden am

Ende für das Mehrwegsystem von „Local to go“ aus Cleebronn. Ausschlaggebende Punkte waren ganz im Zeichen der Nachhaltigkeit die Herstellung und Rücknahme der Schalen durch ein Unternehmen in Deutschland sowie die lange Lebensdauer der Behältnisse. Hervorgehoben wurden ebenfalls die Rückgabemöglichkeit der Schalen bei der wachsenden Anzahl an „Local to go“-Partnern in der Region, die auslaufsicher verschließbaren Becherdeckel sowie das eckige Schalenmodell mit Trennsteg. Letzteres wurde von den Gastronomen als besonders passend für die eigenen Gerichte bezeichnet, da hier auch eine Beilage wie Salat oder Pommes mit eingepackt werden kann, ohne sie mit dem Hauptgericht zu vermischen. Zudem spielte der schon zu Beginn des Austauschs geäußerte Wunsch nach einem individualisierbaren Design eine Rolle bei der Wahl. Für die Schalen gestaltete die Sparkasse eine Silhouette mit Wahrzeichen aus dem Hohenlohekreis. Auch der Name des Mehrwegsystems wurde in dieser Runde gefunden: „Hohenlohe to go“. Schon im Juli 2021, vier Monate nach Projektstart, konnten die ersten Kundinnen und Kunden ihr Mittagessen in den neuen Behältnissen erwerben.



Partner der ersten Stunde: Übergabe der ersten Behältnisse für „Hohenlohe to go“ durch Caroline Bogenschütz (links), Geschäftsführerin der Wirtschaftsinitiative Hohenlohe, an den Biomarkt Roland Geist in Öhringen.

Quelle: Landratsamt Hohenlohekreis

Um die Entscheidung für den Einstieg in das kreisweite Mehrwegsystem zu erleichtern und die stark durch die Pandemie angeschlagene Branche zu unterstützen, hat die Wirtschaftsinitiative Hohenlohe mit Unterstützung der Sparkasse für Gastronomiebetriebe und andere Anbieter ein Förderprogramm aufgelegt. Sie übernimmt für die ersten 100 Teilnehmenden die Monatsgebühr in Höhe von 41,65 Euro brutto für sechs Monate, wenn ein Vertrag von mindestens einem Jahr mit dem Anbieter „Local to go“ abgeschlossen wird.² Darüber hinaus stellen sieben Gemeinden kommunale Fördermittel bereit, sodass Gastronomiebetriebe das Mehrwegsystem im ersten Jahr komplett kostenfrei testen und einführen können. Mittlerweile machen Betriebe in acht der 16 Kommunen des Landkreises mit, darunter Restaurants, Metzgereien, ein Biosupermarkt und Winzerstuben. Viele weitere sind noch in der Beratungsphase. Nun heißt es, „Hohenlohe to go“ durch aktive Öffentlichkeits- und Pressearbeit in der Bevölkerung bekannter zu machen und weitere Anbieter für die Teilnahme zu gewinnen. Zu diesem Zweck werden ab Frühjahr 2022 auch zwei Busse des Nahverkehrs in „Hohenlohe to go“-Design durch den Landkreis fahren.

Neue Wege in der Kreislaufwirtschaft: „Jeder Tropfen zählt“

Auch bei einem zweiten Thema, das derzeit viele Menschen umtreibt, ist der Hohenlohekreis als Vorreiter im Land aktiv geworden: der Energiewende. Nicht erst seit diesem Jahr, doch verstärkt durch die zunehmend strengeren Maßnahmen für nachhaltige Energiegewinnung und steigende Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt, werden Strom und Kraftstoffe immer teurer. Daher ist es notwendig, alternative Quellen zu erschließen. Dabei gibt es neben der stark vorangetriebenen Elektrifizierung weitere Möglichkeiten, Kraftstoffe für die Mobilität zu gewinnen. Im Hohen-



Vom Altspeisefett zum sauberen Biodiesel

Quelle: EDi Hohenlohe

lohekreis wird seit Oktober 2021 ein innovativer Ansatz zur Gewinnung von Biokraftstoff erprobt – und zwar aus Altspeisefetten. Als erster Landkreis in Baden-Württemberg beteiligt sich der Hohenlohekreis an der Initiative „Jeder Tropfen zählt“.

Dahinter steht die Firma „Altfettrecycling Lesch“ aus Thalmässing bei Nürnberg, die mit Mitteln der Deutschen Bundesstiftung Umwelt das Tochterunternehmen „Jeder Tropfen zählt“ gegründet hat. Das Projekt hat zwei Ziele: Zum einen sollen Abfall- und Reststoffe zielgerichtet weiterverwertet werden. Zum anderen können durch die Verwendung biologisch basierten Treibstoffs die CO₂-Emissionen im Straßenverkehr gesenkt werden.

Nach dem Start in Thalmässing 2018 wurde „Jeder Tropfen zählt“ in mittlerweile 14 Landkreisen in Bayern eingeführt. Im Landkreis Roth sammeln seit November 2021 sogar alle Kommunen ihre Altspeisefettreste über das System. Mit dem Hohenlohekreis ist nun erstmals ein baden-württembergischer Landkreis dabei. Als Pilotkommune wurde die Große Kreisstadt Öhringen mit rund 25.000 Einwohnerinnen und Einwohnern ausgewählt. Projektpartner der Abfallwirtschaft Hohenlohekreis ist das in Öhringen ansässige Unternehmen EDi Energie-Direkt Hohenlohe.

Die praktische Umsetzung der Idee ist einfach und bequem: Gesammelt wird in wiederverwendbaren 1,2 Liter Flaschen aus recyceltem Kunststoff, die an speziellen Sammelstellen zurückgegeben werden können. Wer eine Flasche abgibt, erhält vom Automat einen neuen leeren Behälter. In Öhringen erfolgte Anfang Oktober 2021 mit Hilfe der Jugendfeuerwehr die kostenlose Erstaussgabe von 11.000 Sammelbehältern an alle Haushalte in der Stadt und den Teilorten. Zugleich wurden vier Sammelautomaten im Stadtgebiet verteilt aufgestellt. Das gesamte System wird von „Jeder Tropfen zählt“ zur Verfügung gestellt.

Bereits nach zwei Wochen waren 500 gefüllte Behälter in den Sammelstellen abgegeben worden, nach drei Monaten waren schon 2.600 Kilogramm Altspeisefett gesammelt. Ein wichtiger Baustein für den nachhaltigen Erfolg der Aktion ist damit bereits gelegt: die Bereitschaft und Mitmachfreude der Bevölkerung, einen konkreten Beitrag zu mehr Umweltschutz und Nachhaltigkeit zu leisten. Für die Bürgerinnen und Bürger hat „Jeder Tropfen zählt“ auch ganz persönliche Vorteile, denn nun gibt es in der Stadt eine einfache, elegante und kostenlose Möglichkeit, Altspeisefette zu entsorgen. Bislang stand hier keine zufriedenstellende Lösung zur Verfügung. Die Entsorgung erfolgte besten-



Start der Sammelaktion in Öhringen im Oktober 2021: Hubert Zenk, Geschäftsführer von „Jeder Tropfen zählt“, Sebastian Damm, Geschäftsführer der Abfallwirtschaft Hohenlohekreis, Landrat Dr. Matthias Neth, Öhringens Oberbürgermeister Thilo Michler und Roland Weissert, Geschäftsführer von EDi, zeigen, wie die Abgabe funktioniert.

Quelle: EDi Hohenlohe

falls, indem das Altspesiefett in eine PET-Flasche abgefüllt und zu einem Recyclinghof gebracht wurde. In der Realität werden aber viele Altöl- und Altfettreste über den Abguss oder das WC entsorgt. Davor warnt Tim Hermann vom Umweltbundesamt: „Die Fette werden bei Kälte hart und können in den Abwasserkanälen zu Verstopfungen führen.“³ Im Extremfall bilden sich sogenannte Fettberge, die für die Kanalisation zum Problem werden. Die Kosten dafür haben die Kommunen und damit die Allgemeinheit zu tragen. Daraus ergibt sich der konkrete Vorteil von „Jeder Tropfen zählt“ für die öffentliche Hand: Jeder Liter Speiseöl, der über den Ausguss oder das WC entsorgt wird, spart im Schnitt für Folgekosten von bis zu 70 Cent. Zudem kontaminiert unzureichend entsorgtes Altöl Frischwasser. Bereits ein Kilo Fett kann bis zu 40.000 Liter Wasser verunreinigen.

Zudem bleibt auch bei korrekter Sammlung festzustellen: Hier wird ein wertvoller Rohstoff nicht ausreichend genutzt. Altöl ist kein Müll, sondern ein Wertstoff. Statt die Fette als Restmüll zu verbrennen, kann ihr hoher Energieanteil

im Sinne einer nachhaltigen Kreislaufwirtschaft besser verwertet werden. In einer 1,2-Liter-Flasche steckt Kraftstoff für eine Autofahrt von 20 Kilometern – fast genug für eine Fahrt von der Kreisstadt Künzelsau in die Große Kreisstadt Öhringen.

Bausteine auf dem Weg zum klimafreundlichen Landkreis

Der jeweilige Erfolg von „Hohenlohe to go“ und „Jeder Tropfen zählt“ ist in hohem Maß auf die Akzeptanz und aktive Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger angewiesen. In beiden Fällen kann nach Ende der Startphase eine positive Bilanz gezogen werden. Dennoch bedarf es weiterhin der Aufklärung über Öffentlichkeitsarbeit, Beratungsangebote und finanzielle Unterstützung. Für „Hohenlohe to go“ sind ausreichend Mittel zur Startfinanzierung für interessierte Gastronomiebetriebe bereitgestellt worden, um das Mehrwegsystem kreisweit zu etablieren. Bei „Jeder Tropfen zählt“ läuft der geförderte Projektzeitraum zunächst bis Herbst 2023. Jedoch kann angesichts des großen Starterfolgs davon

ausgegangen werden, dass die Sammlung von Altspesiefetten in Privathaushalten nach Ablauf der Testphase auf das gesamte Kreisgebiet unbegrenzt ausgeweitet werden wird. Die Kosten dafür belaufen sich auf einen Euro pro Jahr und Haushalt, was über die Abfallgebühr erhoben werden soll.

Beide Projekte – „Hohenlohe to go“ und „Jeder Tropfen zählt“ – sind Bausteine auf dem Weg zu einem klimafreundlicheren Landkreis. Sie zeichnen sich durch ihre konkrete und unkomplizierte Lösung eines akuten Problems sowie durch ihre bürgernahe und niedrighschwellige Umsetzung aus. Neben ihrem unmittelbaren Nutzen durch Abfallvermeidung bzw. Rückführung in die Kreislaufwirtschaft reagieren die Einführung des Mehrwegsystems und die Sammlung von Altspesiefetten auf die zunehmende Bereitschaft der Bevölkerung, mehr für den Klimaschutz zu tun und ein nachhaltiges Leben zu führen. Dabei ist auch die Verwaltung gefragt, dies möglich zu machen. Der Hohenlohekreis hat auf diese Handlungsaufforderung reagiert und sichtbare Zeichen für mehr Klimaschutz gesetzt.

¹ Pressemitteilung des Bundesverbands der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft e.V. vom 20. Dezember 2021.

² Bei einer zweijährigen Vertragslaufzeit beträgt die monatliche Systemgebühr 35,70 Euro brutto.

³ Zitiert nach: Wie entsorgt man Speiseöl möglichst umweltfreundlich?, in: Süddeutsche Zeitung Magazin vom 3. November 2021.

Caroline Bogenschütz leitet das Amt für Wirtschaftsförderung und Tourismus im Landratsamt Hohenlohekreis und ist Geschäftsführerin der W.I.H. – Wirtschaftsinitiative Hohenlohe GmbH.

Einbindung der Bürgerinnen und Bürger durch ein nachhaltiges und umfangreiches Entsorgungsangebot

Von Carol Adam, Landkreis Karlsruhe

Die Einwohnerinnen und Einwohner im Landkreis Karlsruhe haben die Wahl, wenn es um ihre Abfälle und deren Entsorgung geht. Abholen lassen, selbst Bringen oder beides kombiniert: Mit Ausnahme des Restmülls ermöglicht der Abfallwirtschaftsbetrieb seinen Kunden zu entscheiden, wie ihre Abfälle gesammelt werden sollen. So können zum Beispiel Wertstoffe über die Tonne entsorgt oder auf einem der zahlreichen Wertstoffhöfe abgegeben werden. Gleiches gilt für die Bioabfallsammlung. Hier ist neben der Eigenkompostierung die Nutzung eines Bringsystems oder einer Tonne im Holzsystem möglich. Grünschnitt wird bevorzugt über einen der vielen Grünschnittplätze entsorgt. Schadstoffe können im Landkreis Karlsruhe in haushaltsüblichen Mengen beim Schadstoffmobil abgegeben werden.

Die Kontinuität bei Sammelsystemen über mehrere Jahre erleichtert die Akzeptanz für Mülltrennung in der Bevölkerung. Wenn sich diese immer wieder auf ein Neues mit Vorgaben zur richtigen Abfalltrennung auseinandersetzen muss, macht sich das bemerkbar: Im Landkreis Karlsruhe ist in Folge zu beobachten, dass Wertstoffe und Restmüll sorgfältig getrennt werden. Das bestätigen auch repräsentative Analysen der Hausmüllzusammensetzung. Mit der Einführung der getrennten Bioabfallsammlung erweiterte der Landkreis sein Entsorgungsangebot zuletzt im Jahr 2021. Genau wie die bereits bestehenden Angebote wird auch dieses von den Einwohnerinnen und Einwohnern sehr gut angenommen.

Transparente Gebührenstruktur fördert Mülltrennung und belohnt abfallvermeidendes Verhalten

Grund für den bewussten Umgang mit Abfall und seiner Trennung bietet auch die Struktur der Gebühren. Auf diese können Einwohnerinnen und Einwohner selbst Einfluss nehmen. Für die Entsorgung von Restmüll von privaten Haushalten gibt es zwei Bestandteile, die die Gebühren in Summe ergeben: Die Jahresgebühr richtet sich nach dem zur Verfügung gestellten Behältervolumen. Die Leerungsgebühr stellt die Kosten für eine Leerung je nach Behältergröße dar. In der Jahresgebühr sind bereits viele weitere Leistungen enthalten, zum Beispiel die Leerung der Wertstofftonne, eine Sperrmüllabholung und die Nutzung der Wertstoffhöfe und Grünabfallsammelplätze.

Durch die Möglichkeit, individuell Zahl und Größe der Behälter sowie die Häufigkeit der Bereitstellung auszuwählen,

kann die Höhe der Abfallgebühren direkt beeinflusst werden. Die persönlichen Abfallgebühren richten sich demnach an diesen Entscheidungen und Handlungen aus. Die Gebührenstruktur des Landkreises führt schließlich zu weniger Restabfall. Dadurch leisten die Einwohnerinnen und Einwohner gleichzeitig einen positiven Umweltbeitrag.

Die Bioabfallsammlung reduziert die Menge an Restmüll

Die Abfallstatistik des Landkreises Karlsruhe bestätigt ebenfalls die positive Wirkung des breiten Angebots und der Gebührenstruktur. Das durchschnittlich zur Verfügung gestellte Behältervolumen für den Hausmüll je Einwohner ist seit 2010 nahezu unverändert. Die entsorgten Hausmüllmengen je Einwohner aus den Bereichen Haushaltsrestmüll und Restsperrmüll zeigen einen Abwärtstrend. Zwar wurden diese positiven Auswirkungen durch die Corona-Pandemie

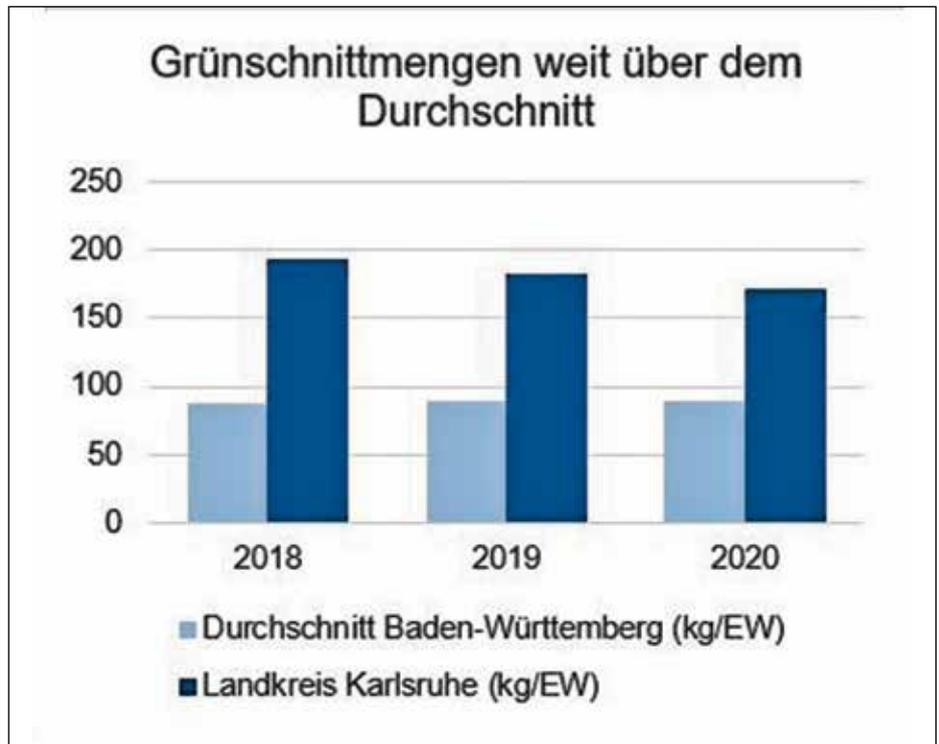


Quelle: Landratsamt Karlsruhe

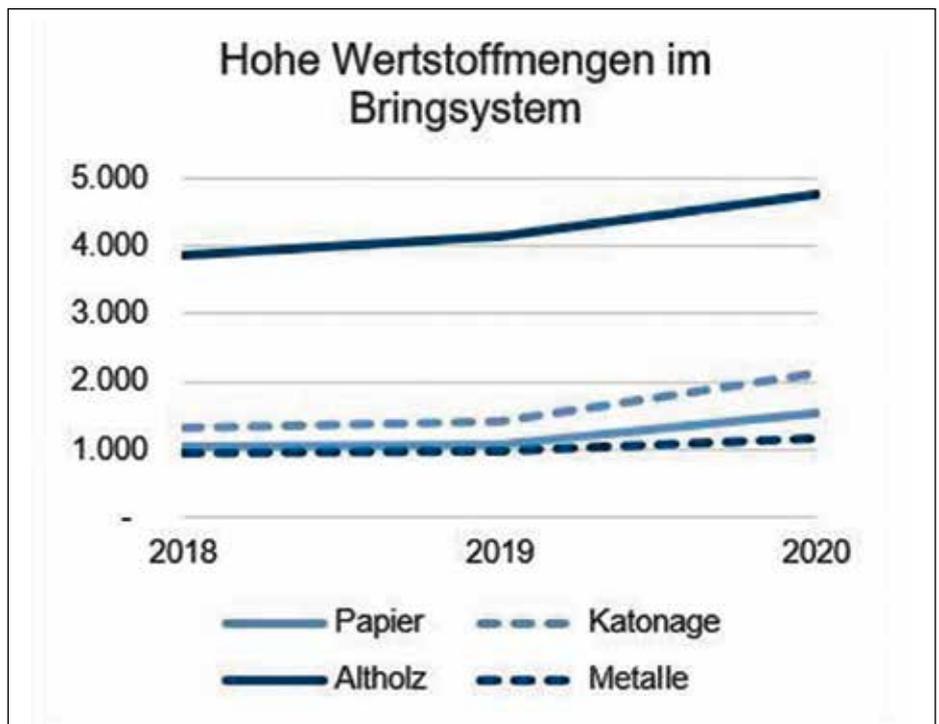
ausgehebelt, die Zahlen aus dem Jahr 2021 lassen die Fortsetzung dieses Abwärtstrends aber erkennen. Mit der Einführung der Biotonne konnte ein Großteil des bisher in der Restmülltonne entsorgten Bioabfalls separat gesammelt werden. Im Vergleich zum Vorjahr ist ein Rückgang der Restmüllmenge um über zwanzig Prozent zu verzeichnen. Des Weiteren bestätigen repräsentative Analysen, dass im Haushaltsrestmüll aus dem Landkreis nur noch ein geringer Anteil von Wertstoffen enthalten ist. Das wiederum korrespondiert mit den hohen getrennt erfassten Wertstoffmengen und zeigt, dass die Bevölkerung im Landkreis die verwertbaren Anteile weitgehend vom Restabfall trennt. Vor allem die Abgabe von Grünschnitt auf den Sammelstellen wird häufig genutzt.

Klimafreundliches dezentrales Entsorgungsangebot durch die Zusammenarbeit mit Städten und Gemeinden

Seit der Gründung des Eigenbetriebs Abfallwirtschaft im Landkreis Karlsruhe im Jahr 2000 unterstützen die Städte und Gemeinden den Kreis bei einzelnen Aufgaben. Diese Kooperation ermöglicht beispielsweise eine persönliche Beratung am Wohnort der Einwohnerinnen und Einwohner: In allen Bürgerbüros gibt es Informationen zu den Angeboten des Abfallwirtschaftsbetriebs und Hilfe bei Fragen dazu, wie der eigene Abfall am besten gesammelt werden kann. Die Städte und Gemeinden leisten darüber hinaus weitere wichtige Beiträge, damit die Entsorgung der Abfälle gewährleistet ist: Sie sammeln wilden Müll, betreiben Wertstoffhöfe und Grünabfallsammelplätze und unterstützen bei der Verwertung der Grünabfälle. Auf diese Weise kann der Landkreis bei der Ausgestaltung bestimmter Leistungen die örtlichen Anforderungen und Gegebenheiten besser berücksichtigen. Durch diese Zusammenarbeit kann der Abfallwirtschaftsbetrieb den Einwohnerinnen



Quelle: Landratsamt Karlsruhe



Quelle: Landratsamt Karlsruhe

und Einwohnern zudem alle Leistungen in unmittelbarer Nähe zum Wohnort anbieten. In jeder kreisangehörigen Stadt oder Gemeinde gibt es mindestens einen Wertstoffhof und einen Grünabfallsammelplatz. So kommen insgesamt

im Landkreis elf reine Wertstoffhöfe, 40 reine Grünabfallsammelplätze und 25 Kombihöfe, die beides annehmen, zusammen. Mit fast 70 Annahmestellen für Grünabfall ist der Landkreis landesweit Spitzenreiter in diesem Bereich.

Für die meisten Einwohnerinnen und Einwohner gehört der Weg zu einer Sammelstelle oder einem Wertstoffhof zur Routine. Wer seinen Abfall abgeben will, der muss dafür nicht unbedingt mehrere Standorte aufsuchen. Das umfangreiche Standardangebot an den einzelnen Wertstoffhöfen ermöglicht es, mehrere Arten von Abfall mit einer Fahrt abzugeben. Häufig wird die private Entsorgung mit weiteren Besorgungen, zum Beispiel dem Wocheneinkauf, verbunden. Dies gilt insbesondere für die Nutzerinnen und Nutzer des Bringsystems für die getrennte Bioabfallsammlung. Um dieses trotz der Synergieeffekte klimafreundlich zu gestalten, bietet der Abfallwirtschaftsbetrieb kleinere Sammelbehältnisse an. Diese passen gut auf das Fahrrad und der Transport von Biomüll funktioniert auch ohne Auto.

Der klimafreundliche Entsorgungsmix fördert die stoffliche Verwertung und ermöglicht die Gewinnung von Energie aus Abfall

Der Abfall im Landkreis soll aber noch mehr können. Nach der Sammlung ist der Landkreis bestrebt, möglichst viel aus den weggeworfenen Ressourcen zu erhalten und wiederzuverwerten. Dabei steht vor allem die stoffliche Verwertung im Vordergrund – erst in zweiter Linie ist die energetische Verwertung das Ziel. Die Entsorgung von Abfällen auf Deponien ist an mancher Stelle nicht vermeidbar, betrifft jedoch im Landkreis Karlsruhe weniger als 1 Prozent der häuslichen Abfälle. Fast zwei Drittel der Abfälle wurden im Jahr 2020 stofflich verwertet, rund ein Drittel energetisch. Diese Variante ist insbesondere für die häuslichen Restabfälle eine gute Lösung. Das Müllheizkraftwerk in Mannheim ist zum Beispiel in der Lage,

bei der Müllverbrennung effizient Strom und Wärme zu erzeugen. Im Jahr 2020 wurden auf diese Weise rund 150.000 MWh/a Energie erzeugt und damit nahezu 38.000 Tonnen Kohlendioxid eingespart.

Mit der Einführung der Biotonne hat der Landkreis nicht nur die Entsorgung erweitert, sondern auch zusätzliche positive Nebeneffekte beim Thema Abfall geschaffen. Die separat gesammelten Bioabfälle werden in Vergärungsanlagen zu Energie und Biokompost verwertet. Umgerechnet entspricht die erzeugte Energie etwa 2,4 Millionen Kilowattstunden Strom. Damit können etwa 800 Haushalte ganzjährig versorgt werden. Mit den rund 4.500 Tonnen Biokompost können die landwirtschaftlichen Böden verbessert und dabei teilweise auf mineralische Dünger verzichtet werden.

Der Landkreis will das Entwicklungspotential beim Thema Abfall weiter nutzen

Der Landkreis Karlsruhe setzt seit Jahren im Bereich der Abfallwirtschaft erfolgreich auf Nachhaltigkeit, Kontinuität und Stabilität. Das Angebot zur Abfallentsorgung wird von den Einwohnerinnen und Einwohnern aufgrund des Systems und der wohnortnahen Ansprechpartner sehr gut angenommen. Deshalb können hohe Wertstoffmengen separat gesammelt werden und die Menge an zu verbrennendem Restmüll sinkt im Umkehrschluss. Die stoffliche Verwertung hat Vorrang gegenüber der energetischen: Das Ziel des Landkreises ist es, nur einen minimalen Anteil an Abfällen auf Deponien abzulagern.

Mit der Einführung der getrennten Bioabfallsammlung hat der Landkreis eine weitere Chance zur Verbesserung des Klimaschutzes genutzt. Dieser Schritt

hat die Menge an Restmüll nochmal deutlich reduziert. Weiterhin werden große Mengen an Grünschnitt auf den Sammelstellen abgegeben. Für den Abfallwirtschaftsbetrieb bestätigt dies, dass das bestehende Sammelsystem etabliert ist. Durch ein zusätzliches Angebot entsteht keine ungewünschte Mengenverlagerung.

Ein wesentlicher Beitrag zum Klimaschutz im Landkreis Karlsruhe lässt sich demnach dem Abfallwirtschaftsbetrieb und seinen Anstrengungen zur Sammlung, Trennung und Verwertung von Abfällen zuschreiben. Durch die Reduktion der Restabfallmenge und kaum Ablagerung von häuslichen Abfällen auf Deponien wird CO₂ vermieden. Dezentrale Annahmestellen für Wertstoffe, Bioabfall und Grünschnitt sowie eine hohe Quote für stoffliche Verwertung reduzieren zusätzlich CO₂. Zudem wird Strom und Wärme im Müllheizkraftwerk und Energie aus Bioabfall gewonnen.

Auf dieser stabilen Basis kann der Landkreis sich weiteren klimaschutzrelevanten Projekten widmen. So wurde bereits die Bodenbörse gegründet, eine Plattform zur Vermittlung von Angebot und Nachfrage an Bodenmaterial. Das Ziel besteht darin, die Menge des auf Deponien entsorgten Bodenaushubs zu verringern und die Verwertung zu fördern. Weiterer Spielraum für Projekte besteht in Bezug auf die Nachnutzung der Deponien. Bei der Konzeption der finalen Abdichtung sollen künftig klimarelevante Aspekte berücksichtigt und innovative Nachnutzungspotentiale bewertet werden.

Carol Adam leitet den Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises Karlsruhe.

Gut für die Biotonne, gut für alle! – Abfallmonster sensibilisieren im Landkreis Lörrach für korrekte Nutzung der Biotonne

Von Silke Bienroth und Anna Sebastian, Landkreis Lörrach

Bioabfall ist ein wertvoller Rohstoff, aus dem Energie, Kompost und Dünger gewonnen wird. Abfälle korrekt zu trennen und sie somit ihrer geeigneten Verwertung zuzuführen, schont Ressourcen und trägt aktiv zum Umweltschutz bei. Dies hat der Gesetzgeber 2015 nochmals verdeutlicht: das Kreislaufwirtschaftsgesetz verpflichtet zur getrennten Erfassung und optimierten Verwertung der Bioabfälle.

Der Landkreis Lörrach hat die Bioabfallsammlung mit zweiwöchentlichem Abfuhrhythmus (im Wechsel mit Restmüll) 2016 eingeführt. Darüber hinaus sieht das Bioabfallkonzept des Landkreises eine möglichst regionale Bioabfallverwertung vor. Mittlerweile wird dieses Vorhaben gemeinsam mit dem Landkreis Waldshut verfolgt. Aktuell findet in diesem landkreisübergreifenden Projekt eine standortbezogene Vorplanung statt, um eine Realisierung auf der Deponie Lachengraben des Landkreises Waldshut vertieft zu prüfen sowie die erforderlichen Beauftragungen vorzubereiten. Eine regionale Verwertung würde auch Transportstrecken deutlich verringern – ein weiterer wichtiger Beitrag zum Klimaschutz.

Der gesetzlich verankerte Anschluss- und Benutzungszwang hat der Landkreis Lörrach in seiner Abfallwirtschaftssatzung festgelegt. Der Benutzungszwang wird derzeit jedoch nicht ausgeübt. Die Nutzung der Biotonne ist für die Bürgerinnen und Bürger freiwillig, das bedeutet Biotonnen werden nur auf Bestellung an die Haushalte ausgeliefert. In Kombination mit der vollständigen Finanzierung der Biotonne über die haushaltsbezogene Jahresgebühr beruht das Konzept



Quelle: Eigenbetrieb Abfallwirtschaft des Landkreises Lörrach

auf Motivation und Überzeugung. Die bereits erreichten 66 Kilogramm pro Einwohner und Jahr übertreffen das Landesmittel und erfüllen den Zielwert des Abfallwirtschaftsplans des Landes Baden-Württemberg von 60 Kilogramm. Dennoch ist es das erklärte Ziel, den Anschlussgrad sowie die Mengen weiter zu steigern. Auch sollen Fehlwürfe verringert und somit die Qualität der gesammelten Bioabfälle deutlich verbessert werden. Zur Erreichung dieser Anforderungen soll zukünftig auch ein

Detektionssystem eingesetzt werden. Ergänzend zu technischen Verbesserungen ist weiterhin die Öffentlichkeitsarbeit von zentraler Bedeutung für die richtige Nutzung der Biotonne, die über einen hochwertigen Input in die Verwertung auch einen hochwertigen stofflichen Output als Gärreste und Komposte garantiert.

Vergangenen Oktober startete eine öffentlichkeitswirksame Bewerbung der Biotonne unter den Slogans „Gut für die Biotonne, gut für alle!“ und „Schlecht



Quelle: Eigenbetrieb Abfallwirtschaft des Landkreises Lörrach

für die Biotonne, schlecht für alle!“. Dabei galt es, zunächst in der Fülle der Bewerbung zu verschiedenen Themen Aufmerksamkeit zu erregen und zum Austausch anzuregen. Außerdem sollte die Darstellung der abfallwirtschaftlichen Thematik möglichst plakativ und nonverbal sein.

Es entstanden daraus Abfallmonster – aktuell fünf gute und fünf schlechte – stellvertretend für typische Abfälle, die in die Biotonne gehören und solche, die es nicht tun. In dieser nonverbal verständlichen Kampagne sind die Abfallmonster durch ihre Gestaltung, aber auch durch eine klare Farbabgrenzung in grün und rot deutlich voneinander zu unterscheiden.

Die beiden Slogans unterstützen die visuelle Botschaft und verdeutlichen in zweiter Instanz die Bedeutung der Abfalltrennung und Verwertung der Abfälle für den Ressourcen- und Umweltschutz.

Klarer Schwerpunkt der Bewerbung liegt auf der Sichtbarkeit im öffentlichen Raum. Hierfür wurden die Müllfahrzeuge mit den Monstern versehen.

Darüber hinaus werden die Deckel der Biotonnen nach und nach mit „Kein Plastik in die Biotonne!“-Aufklebern beklebt. Ergänzt werden diese Maßnahmen durch die Präsenz der Abfallmonster auf der Homepage des Eigenbetriebs und auf Social Media, zum Beispiel in Form eines Fotowettbewerbs rund um



Quelle: Eigenbetrieb Abfallwirtschaft des Landkreises Lörrach

die Müllfahrzeuge auf dem Facebook-Account des Landratsamtes Lörrach.

Aktuell wird an dem Aufbau von Kooperationen mit den Hausverwaltungen gearbeitet. Ziel ist es, in Großwohnanlagen mittels Info-Workshops Aufklärung zu betreiben. Des Weiteren ist geplant, nach Möglichkeit auf den regionalen Einzelhandel einzuwirken, um idealerweise die unerwünschten Abfallplastiktüten, auch biologisch kompostierbare, aus dem Sortiment zu verbannen. Auch eine Belohnung der Kundschaft für korrekt befüllte Biotonnen ist angedacht.

Bisher ist die Rückmeldung der Bürgerschaft sehr positiv. Die Abfallmonster erregen die gewünschte Aufmerksamkeit. Messbare Steigerungen der Mengen sind bisher noch nicht zu verzeichnen und eine Qualitätsverbesserung wurde noch nicht evaluiert. Die Kampagne ist bei der Evaluation im Zusammenhang mit anderen Maßnahmen zu betrachten. Die Steigerung der Mengen zum Beispiel durch den verstärkten Anschluss von Großwohnanlagen wird sich voraus-



Quelle: Eigenbetrieb Abfallwirtschaft des Landkreises Lörrach

sichtlich auf die Qualität der eingesammelten Bioabfälle auswirken. Eine nachhaltige Bewertung ist erst möglich, wenn alle Maßnahmen umgesetzt und auch im Alltag der einzelnen Haushalte angekommen sind.

Die Monster sollen in den kommenden Jahren bei verschiedenen Aktionen rund um den Bioabfall als Erkennungszeichen und Sympathieträger eingesetzt werden und in Verbindung mit neuen Gestaltungen das Interesse aufrechterhalten.

Silke Bienroth ist Leiterin des Eigenbetriebs Abfallwirtschaft des Landkreises Lörrach. Anna Sebastian ist Pressesprecherin des Eigenbetriebs Abfallwirtschaft des Landkreises Lörrach.



Müllfahrzeug Abfallmonster

Quelle: Eigenbetrieb Abfallwirtschaft des Landkreises Lörrach



Quelle: Eigenbetrieb Abfallwirtschaft des Landkreises Lörrach

Kreislaufwirtschaft im Neckar-Odenwald-Kreis: Grüngutssystem und Biomassezentrum im Z.E.U.S. in Buchen

Von Martin Hahn, Neckar-Odenwald-Kreis

Sie gab es schon vor Jahrhunderten, die kompromisslose Kreislaufwirtschaft, nur vielen von uns ist dies nicht mehr bewusst, zumindest nicht in unseren „modernen“ Industrieländern: Nahrungsmittel wurden selbst produziert, fossile Brennstoffe gab es noch nicht, Plastik war noch nicht erfunden und die natürlichen Abfälle jeglicher Art landeten wieder als Dung und Kompost auf den Feldern. Genauso wie die Holzasche von den Feuerstellen.

Die negativen Auswirkungen des Klimawandels und der Erderwärmung sind offenkundig, Naturkatastrophen wie Stürme und Starkregenereignisse nehmen zu. Die Natur, wir sehen es an unseren Wäldern, kommt nur schwer mit den gestiegenen Temperaturen und dem damit einhergehenden Wassermangel klar.

Wir müssen was tun – das ist für die meisten von uns keine Frage. Ansätze gibt es viele verschiedene. Dies ist auch richtig und gut so, denn die „eine Lösung“ kann es bei der Komplexität der Materie gar nicht geben.

Kreislaufwirtschaft im Neckar-Odenwald-Kreis

Der ländlich strukturierte Neckar-Odenwald-Kreis (143.000 Einwohner, ca. 130 Einw./km²) ist sehr walddreich. Die Siedlungsstruktur ist geprägt von teilweise großzügigen Grundstücken, dem entsprechend und aufgrund des sehr komfortablen Grüngutsystems fällt relativ viel Grüngut an. Die durchschnittlichen Jahresmengen liegen bei rund 30.000 t. Gesammelt wird dieses über die 30 Grüngutplätze, einer Straßensammlung und über 150 dezentrale mobile Annahmemöglichkeiten über die gesamte Sommersaison.

Das Biomassezentrum am Deponiestandort in Buchen (Z.E.U.S., Zentrum für Entsorgung und Umwelttechnologie Sansenhecken) wurde über die vergangenen Jahre kontinuierlich ausgebaut. Dabei erwiesen sich die vorhandenen großen Hallen mit über 170 Metern Länge und 80 Metern Breite, Überbleibsel einer mechanisch-biologischen Abfallbehandlungsanlage, als idealer

Standort. Neben der Überdachung war hier eine gute Infrastruktur (Strom, Licht) vorhanden, das Regenwasser der gesamten Dachfläche fließt in eine große Zisterne mit 1.000 cbm und die Dächer sind vollgepackt mit Photovoltaik.

Beste Voraussetzungen also, um etwas Neues und Außergewöhnliches im Bereich Kreislaufwirtschaft zu entwickeln. Ziel war, die ohnehin vorhandenen Stoffströme nicht nur sinnvoll zu verarbeiten, sondern vor allem auch zu veredeln. Die dazu passenden Produkte sind beispielsweise hochwertige Pflanzenkohle und Edelsubstrate wie Nährhumus und die schwarze „Wundererde“ Terra Preta.

Pyreg-Anlage zur Herstellung von Pflanzenkohle

Wichtiger Bestandteil des Biomassezentrums ist eine Anlage zur Herstellung von Pflanzenkohle des deutschen Herstellers Pyreg. Hier werden jedes Jahr rund 200–300 t dieses Materials in bester Qualität (EBC-Zertifizierung Feed/Tierfutter) hergestellt. Das Inputmaterial, rund 700 t regionale Biomasse, ist in „Hülle und Fülle“ vorhanden und kommt auch aus den nahegelegenen Wäldern in Form von Hackschnitzeln aus Restholz (z.B. Kronenholz). „Das Eingangsmaterial für unsere Pyreg-Anlage muss für die angestrebte Pflanzenkohlequalität hochwertig sein“, so der verantwortliche AWN-Mitarbeiter Christian Gramlich. Auch ist es wichtig, dass sowohl die Kantenlänge von 20 mm nicht überschritten wird als auch die Restfeuchte bei rund 30 % liegt. „Aus dem Wald“, so Gramlich, „kommt das Holz mit rund 50 %“.



Das Biomassezentrum der AWN Abfallwirtschaftsgesellschaft des Neckar-Odenwald-Kreises mbH auf dem Zentrum für Entsorgung und Umwelttechnologien Z.E.U.S. in Buchen

Quelle: AWN Abfallwirtschaftsgesellschaft des Neckar-Odenwald-Kreises mbH, Martin Hahn



Die Pyreg-Anlage liefert über 200 Tonnen hochwertiger Pflanzkohle pro Jahr.

Quelle: AWN Abfallwirtschaftsgesellschaft des Neckar-Odenwald-Kreises mbH, Martin Hahn

Für die Trocknung der Hackschnitzel gibt es auf dem Biomassezentrum zwei Möglichkeiten: Aufgrund der topografischen Lage „auf dem Berg“ ist es ständig windig. Durch gezieltes Umschichten mit dem Radlader ist es so über einige Wochen technisch problemlos möglich, auf die gewünschte Restfeuchte zu kommen. Die zweite Möglichkeit ist die Trocknung mit Trocknungscontainern, die Wärme dafür liefert die Pyreg-Anlage „kostenlos“. Denn der Verkohlungsprozess läuft nach dem Start von selbst und gibt sogar noch Wärme, rund 130 kW, ab. Lediglich zum Anfahren der Maschine sind rund 30 kg Gas notwendig.

Die sinnvolle Nutzung dieser Abwärme ist sowohl Bestandteil der EBC-Zertifizierung als auch der Förderungsbedingungen des Umweltministeriums von Baden-Württemberg: Diese Anlage wurde im Rahmen eines Umweltschutzprojektes „zur ökologischen Optimierung der Grünabfallverwertung mit Hilfe eines neuen Verfahrens zur Herstellung von Pflanzkohle“ gefördert. Die Investitionen beliefen sich auf rund 600.000 € bei einer Förderquote von 50 %, die Inbetriebnahme war Anfang 2016.

In der Pyreg-Anlage läuft ein Karbonisierungsprozess ab, ähnlich wie es die Köhler früher im Wald ebenfalls durch-

geführt hatten. Bei diesem technischen Prozess wird das eingegebene Material unter Sauerstoffabschluss verkohlt und nicht verbrannt. Dies geschieht bei rund 500–700 °C. Synthesegase werden anschließend in einem Flox-Brenner bei über 1.000 °C vollständig verbrannt, sodass hier nur sehr geringe Abgasemissionen entstehen. In Bezug auf Kohlenstoffmonoxid (CO) emittiert diese Anlage nur ca. 1/10 der CO-Mengen eines üblichen Haushaltskamins mit Holzfeuerung, wenn man dies in Relation zur Energieleistung setzt. Nach gut 30 Minuten sind die Hackschnitzel vollständig in hochwertige Pflanzkohle umgewandelt.

Für diese Pflanzkohle gibt es heute vielfältige Anwendungsmöglichkeiten. Sie eignet sich für die Herstellung von Edelsubstraten wie z. B. Terra Preta, dient als Beimengung in Tierfutter zur Erhöhung des Tierwohls und auch als Einstreu zur Vermeidung von Gerüchen. Unabhängig davon laufen schon seit Jahren die verschiedensten Forschungsprojekte mit den unterschiedlichsten Anwendungen für Pflanzkohle. Die Beimischung im Verputz zur Verbesserung des Raumklimas oder die Rettung von Stadtbäumen durch gezielten Eintrag von Pflanzkohle an das Wurzelwerk sind nur einige Beispiele.

Auch im Biomassezentrum in Buchen ist man sich sicher, dass das Thema Pflanzkohle in Zukunft einen bedeutenden Raum beim Thema Klimaschutz einnehmen wird. „Eine Tonne Pflanzkohle ist in der Lage“, so AWN-Geschäftsführer Dr. Mathias Ginter, „rund drei Tonnen CO₂ über viele Jahrhunderte zu binden“. Die Bedingungen dafür sind klar: Die Pflanzkohle darf nach ihrer Herstellung weder verrotten noch darf sie verbrannt werden. Eine sehr sinnvolle Verfahrensweise ist das „Wegsperrn“ dieser Kohle in Form von Edelsubstraten wie Terra Preta auf unseren Feldern und Äckern – das Kohlendioxid wäre hier langfristig der Atmosphäre entnommen über viele Jahrhunderte gebunden. Ganz nebenbei hätte die Terra Preta auch überaus positive Eigenschaften in Bezug auf die Bodenqualität, den Humusaufbau und die Wasserspeicherungsfähigkeit. Überdies wäre es möglich, Mineraldünger langfristig vollständig zu ersetzen. Dieses Thema ist aktueller denn je – die Preise für Dünger sind in den letzten Monaten massiv gestiegen. An dieser Stelle soll allerdings auch nicht unerwähnt bleiben, dass zumindest im Moment nach deutschem Gesetz keine Pflanzkohle auf Äckern ausgebracht werden darf. Hier wird allerdings, das ist die gute Nachricht, eine Novelle kommen. Europäisches Recht ist es bereits, es muss eben noch in den jeweiligen Ländern, auch in Deutschland, umgesetzt werden. Unsere Nachbarländer Österreich und die Schweiz sind hier bereits deutlich weiter!

Diese „positiven Klimaleistungen“ in Form von Kohlenstoff-Senken können berechnet und inzwischen zertifiziert werden. Die durch diese Maßnahmen gebundenen CO₂-Äquivalente werden dann auf öffentlichen CO₂-Marktplätzen angeboten. Daraus ergeben sich Vorteile für gleich drei Akteure: Der Hersteller erhält eine höhere Vergütung und kann dadurch den erhöhten Kontroll- und Verwaltungsaufwand kompensieren. Der Anwender, in den meisten Fällen land-

wirtschaftliche Betriebe, kaufen dieses Material günstiger ein – dadurch wird oftmals ein rentabler Einsatz erst möglich gemacht. Als weiteren Benefit spart er auf Dauer Mineraldünger und baut wertvollen Humus auf. Wobei die Pflanzenkohle immer „aufgeladen“ z.B. in Form von Kompost oder Substrat auf die Felder muss – pure Pflanzenkohle würde dem Acker Nährstoffe entziehen. Und die Käufer der Zertifikate können die nicht durch andere Maßnahmen vermeidbare CO₂-Emissionen (z.B. Ersatz von Öl- oder Gasheizungen, Sanierungsmaßnahmen an Gebäuden) kompensieren. Bereits im Laufe des Frühjahrs 2022 wird, so die Planung, die AWN-Pflanzenkohle auch diesbezüglich zertifiziert sein.

Material von Grüngutplätzen: Brennstoffe und Komposte

Wie funktioniert die nachhaltige „Kreislaufwirtschaft“ mit dem anfallenden Grüngut? Von den rund 30.000 t Grüngut, die im Neckar-Odenwald-Kreis jährlich anfallen, kann rund die Hälfte im Buchener Biomassezentrum durch die AWN weiterverarbeitet werden. Der andere Teil geht in nahegelegene Kompostwerke. Auf einer Freifläche wird dieses Material gesammelt und regelmäßig zerkleinert und gesiebt. Eine äußerst kraftvolle Maschinenkombination aus Schredder und Sternsieb ist in der Lage, bis zu 500 t Material pro Tag zu verarbeiten. Dabei trennt das Sternsieb das geschredderte Material in Fein-, Mittel- und Überkorn. Wobei das Überkorn nochmals diesen Prozess durchlaufen darf und am Ende nur noch Fein- und Mittelkorn (Verhältnis rund 50:50) übrigbleibt.

Das Feinkorn geht direkt in die Weiterverarbeitung zu Kompost, das Mittelkorn mit einer Kantenlänge von bis zu 30 cm ist ein begehrter Brennstoff für Biomasseheizkraftwerke.

Das Feinkorn geht nun verschiedene Veredelungswege: Im Biomassezentrum entstehen Frisch- und Fertigkompost



Eine höchst effektive Maschinenkombination: Der Schredder und das nachgeschaltete Sternsieb verarbeiten bis zu 500 Tonnen Grüngut pro Tag.

Quelle: AWN Abfallwirtschaftsgesellschaft des Neckar-Odenwald-Kreises mbH, Martin Hahn

(ca. 5.500 Tonnen pro Jahr) sowie als „Königsklasse“ Nährhumus und Terra Preta (ca. 2.000 Tonnen pro Jahr). Generell gilt, dass dieses Material einen Hygienisierungsprozess durchlaufen muss. Über einen gelenkten Verrottungsprozess werden Temperaturen von ca. 65 °C über mehrere Tage erzeugt – dies ist notwendig, um „unerwünschte Gäste“ wie Schädlinge und Neophyten (Pflanzen wie Jakobskreuzkraut, Ambrosia oder der Feuerbrand bei Obstgehölzen) unschädlich zu machen. Erst dann dürfen die Komposte auf den Feldern ausge-

bracht werden. Dass dieser Vorgang streng überwacht und regelmäßig von externer Stelle geprüft wird, versteht sich von selbst (RAL, Gütegemeinschaft Kompost).

Frisch- und Fertigkompost entsteht in drei Fahrtilen mit jeweils 300 cbm Inhalt nach dem System „Biodegma“. Hier ist das Material über den gesamten Verrottungsprozess mit einer speziellen Membranfolie abgedeckt. Nach rund zwei bzw. vier Wochen ist der Frisch- und dann der Fertigkompost fertig und kann auf die Felder.



Für die Herstellung der Edelsubstrate Terra Preta und Nährhumus werden ausschließlich regionale und natürlich Stoffe verwendet.

Quelle: AWN Abfallwirtschaftsgesellschaft des Neckar-Odenwald-Kreises mbH, Martin Hahn

Hochwertige Substrate: Nährhumus und Terra Preta

Die Herstellung der beiden Premium-Produkte Nährhumus und Terra Preta nach dem Prinzip „Gelenkte aerobe Kompostierung nach Lübke-Hildebrandt“ ist ungleich aufwändiger. Das Ergebnis ist jedoch von einmaliger Qualität und aus rein natürlichen Bestandteilen, also ohne Chemie. Diese beiden Edelkomposte wirken als Bodenverbesserer und Vollwertnahrung für Pflanzen, lockern den Boden und sorgen für bessere Wasserspeicherung. Zudem wird das natürliche Bodenleben gefördert, die Düngung erfolgt auf natürliche Weise. Die Pflanzenwirkstoffe (Phosphat 3.400 mg/l, Kalium 7.300 mg/l, Stickstoff 5.100 mg/l) sind fest gebunden, pflanzenverfügbar und werden nicht ausgewaschen.

Die Bestandteile dieser Mieten sind Feinkorn von den Grüngutplätzen, Stallmist, tonhaltige Erde und Urgesteinsmehl, frisches Grün als „fastfood“ für die Bakterien und vorhandener Nährhumus zur Beimpfung (wie beim Sauerteig). Beim Spitzenprodukt Terra Preta wird noch zusätzlich 10 % hochwertige Pflanzenkohle aus eigener Produktion beigemischt. Die Miete ist eine 80 m lange und rund 2 m hohe Line in Dreieckform. Nach dem Aufsetzen des Materials mit dem Rad-



Die Edelsubstratmieten werden permanent überwacht: Christian Gramlich bei der Temperaturmessung.

Quelle: AWN Abfallwirtschaftsgesellschaft des Neckar-Odenwald-Kreises mbH, Martin Hahn

lader sorgt eine spezielle Wendemaschine („Gujer“ aus der Schweiz) für die Durchmischung und vor allem auch Bewässerung des Materials. Feuchtigkeit, Temperatur und Sauerstoff (über den CO₂-Gehalt) werden permanent überwacht.

Im Labor vor Ort können wichtige Parameter wie Humuswert und Inhaltsstoffe (Methan CH₄, Nitrat NO₃, Nitrit NO₂, Ammonium NH₄, Sulfid H₂S, PH-Wert) bestimmt werden. Dieses

ausgeklügelte Verfahren bewirkt übrigens auch, dass diese Miete zu keinem Zeitpunkt „riecht“. Die freiwerdenden Nährstoffe werden aufgrund der aeroben Kompostierung von der tonhaltigen Erde gebunden und bilden den Ton-Humus-Komplex, welcher wiederum auch für die wunderbar krümelige Struktur des Fertigproduktes verantwortlich ist. Gleichzeitig wird dadurch die Bildung von „übelriechenden“ Wasserstoffverbindungen wie Methan, Ammoniak, Schwefelwasserstoff und Lachgas unterbunden und die Nährstoffe bleiben im Substrat.

Über den Zeitraum von rund 10 Wochen schrumpft die Miete auf ungefähr die Hälfte des ursprünglichen Volumens zusammen – übrig bleiben 80 cbm hochwertiger Edelkompost. Eine solche Miete benötigt sehr viel Wasser, ebenso ungefähr 80 cbm. Hier leistet die vorhandene und bereits erwähnt Zisterne wertvolle und vor allem auch trinkwasserschonende Dienste. Der Name Terra Preta und das dazugehörige Verfahren sind übrigens patentrechtlich geschützt. Patentinhaber sind die AWN GmbH, Biochar Europe UG und Sonnenerde-Kulturerden GmbH.



Die 80 Meter langen Mieten müssen regelmäßig mit dem „Gujer“ gewendet und befeuchtet werden.

Quelle: AWN Abfallwirtschaftsgesellschaft des Neckar-Odenwald-Kreises mbH, Martin Hahn



„Darf's ein bisschen größer sein“ – der Verband Wohneigentum konnte sich im Rahmen eines Feldversuches von der Qualität der AWN-Edelsubstrate überzeugen.

Quelle: AWN Abfallwirtschaftsgesellschaft des Neckar-Odenwald-Kreises mbH, Martin Hahn

Der Nährhumus und die Terra Preta sind von krümeliger Struktur und fast schwarz. Das Gewicht ist mit rund 900 kg/cbm sehr hoch und liegt damit deutlich über dem von Kompost (rund 600 kg/cbm). Die Eigenschaften sind bestechend: Von der außergewöhnlich hohen Qualität dieses Nährhumus konnten sich über 20 Mitglieder des Verbandes Wohneigentum, Bezirksverband Neckar-Odenwald, 2019 überzeugen. Im Rahmen eines „Feldversuches“ wurden in den heimischen Gärten die gleichen Pflanzen jeweils „mit“ und „ohne“ Nährhumus angepflanzt und die Ergebnisse dokumentiert. „Unsere Mitglieder“, so der Kreisvorsitzende Peter Rupp aus

Schefflenz, „waren durchweg begeistert“. Dokumentiert wurden besseres Wachstum, kräftigere Wurzelbildung und je nach Bedingungen auch weniger Unkraut. „Und vor allem, ganz natürlich und ohne Chemie“, so Rupp. Eine bewährte Anwendungsmethode auf dem Beet sind rund 10 – 20 Liter dieses Premiumproduktes pro Quadratmeter flach einrechen oder im Blumentopf bzw. dem Hochbeet mit vier Teilen gutem Mutterboden oder Fertigkompost mischen.

Die Terra Preta, „Wundererde aus dem Amazonas“, besticht noch zusätzlich durch Eigenschaften, die der Pflanzenkohle zu verdanken sind: Da ein Gramm Pflanzenkohle über eine Oberfläche von

über 300 qm verfügt, können Nährstoffe und auch Feuchtigkeit sehr gut gespeichert werden. Wassermangel als eine Erscheinung des Klimawandels kann somit für die Pflanzen deutlich besser ertragen werden. Dies ist übrigens eine Eigenschaft, die sich im kommunalen Bereich bei der Pflege von Grünanlagen und Blumenbeeten durch einen spürbar geringeren Pflegeaufwand durchaus rechnen kann. Vermarktet werden die Komposte aktuell „ab Biomassezentrum“ für Privatpersonen, Gewerbe und Kommunen. Zukünftig sollen noch Gärtnereien als Stützpunkthändler hinzukommen.

Das Biomassezentrum in Buchen liefert somit einige best-practice-Beispiele zum Thema Kreislaufwirtschaft – aus der Region und für die Region. Bei den beschriebenen Verfahren bleibt tatsächlich nichts ungenutzt, es gibt keinerlei Reststoffe. Und vielleicht finden wieder viel mehr Familien Spaß am gärtnern, der Begriff „urban gardening“ ist ja in aller Munde. Die Komposte „mit Erfolgsgarantie“ wären auf jeden Fall vorhanden.

Weitere Info unter
www.awn-online.de/biomassezentrum

Martin Hahn ist Leiter der Unternehmenskommunikation der KWiN Kreislaufwirtschaft Neckar-Odenwald AöR in Buchen.

Klimaschutz- und Nachhaltigkeitsstrategie des Ostalbkreises – Nachhaltige Kreislaufwirtschaft ist integraler Bestandteil des Konzepts

Von Arne Grewe und Ralf Bodamer, Ostalbkreis

Mit über 400 Beschäftigten bietet die Gesellschaft im Ostalbkreis für Abfallbewirtschaftung mbH – GOA sowohl privaten als auch gewerblichen Kunden auf dem Gebiet der Abfallwirtschaft ein vielseitiges Leistungsspektrum. Der Ostalbkreis hält 49 Prozent Gesellschaftsanteile der GOA.

Abfallwirtschaft wird seit einigen Jahren nicht mehr individuell betrachtet. Sie steht immer mehr in Abhängigkeit zu den Themen Ressourcenschutz, Klimaschutz und Umweltverantwortung. Kunden und Partner erwarten ein nachhaltiges Denken. Deshalb hat sich die GOA in den letzten Jahren stetig weiterentwickelt und sich einen guten Ruf in der Bevölkerung und bei Geschäftspartnern weit über den Ostalbkreis hinaus erarbeitet.

Diese Erfolge beruhen überwiegend auf einer sehr guten Ausbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, auf hohem individuellem Fachwissen und auf einem starken Engagement vieler Beschäftigten. Die GOA versteht sich als Recyclingunternehmen und als Kompetenzzentrum für Abfallwirtschaft. Ihre Stärke ist die Vielfalt an Dienstleistungen. Dies minimiert die Abhängigkeiten von einzelnen Geschäftsfeldern in stark volatilen Weltmärkten. Jeder Betriebsangehörige ist ein wichtiger Teil der Organisation und macht das Unternehmen zu dem, was es ist. Die Beschäftigten und übergeordnete Prinzipien und Unternehmenswerte wie Verantwortung und Umweltverträglichkeit, Kundenorientierung und Dienstleistungsbereitschaft, Wirtschaftlichkeit und Wertschätzung machen die GOA aus.

Mit moderner Umwelttechnik und einem gut ausgebauten Sammel- und Sortiersystem garantiert die GOA einen verantwortungsbewussten Umgang mit Abfällen aus privaten Haushalten und Unternehmen im Ostalbkreis. Gegenstand des Unternehmens ist das Einsammeln, Transportieren, die Verwertung und Beseitigung von Abfällen zur Erfüllung der Pflichten des Ostalbkreises als öffentlich-rechtlichem Entsorgungsträger im Sinne von § 15 Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz sowie die Rekultivierung, Sanierung und Nachsorge von Deponien. Der Gegenstand umfasst auch den Handel, das Makeln und die Vermarktung von Abfällen, Sekundärrohstoffen und anderen Produkten aus dem Ostalbkreis sowie das Errichten und Betreiben von Abfall- und Sekundärrohstoffbehandlungsanlagen im Ostalbkreis.

Die Abfallhierarchie

Die Abfallhierarchie der Abfallbewirtschaftung sind die Prinzipien, auf denen die Arbeit der GOA basiert. Eine qualitativ hochwertige und umweltgerechte Ausführung aller Dienstleistungen sind fester Bestandteil der Unternehmensphilosophie. Den Rahmen bilden die gesetzlichen Bestimmungen (Gewerbeabfallverordnung, Deponieverordnung, Gefahrgutrecht, Bioabfallverordnung etc.). Die GOA ist als Entsorgungsfachbetrieb (Efb) gemäß § 56 des Kreislaufwirtschaftsgesetzes zertifiziert. Dies garantiert den GOA-Kunden die Abfallentsorgung im Sinne des Kreislaufwirtschaftsgesetzes. Zudem ist die GOA gemäß § 6 Abs. 3, § 10 und Anlage zur GewAbfV zertifiziert.

Darüber hinaus hat die GOA zusammen mit dem Ostalbkreis ein regionales Abfallwirtschaftskonzept etabliert, welches die strategische Planung unterstützt und Maßnahmen zur Umsetzung der gemeinsamen Ziele definiert.

Im Abfallwirtschaftskonzept sind folgende Maßnahmen definiert:

- Bildungskonzepte für die Schulen und den Unterricht (abfallpolitische Bildung)
- Öffentlichkeitskampagnen
- Strategie zur Schonung der noch vorhandenen Deponiekapazitäten
- Strategische Planung von Deponiekapazitäten
- Konzepte und Strategien zur langfristigen Abfallvermeidung bzw. -reduzierung

Die GOA macht es sich kontinuierlich und fokussiert zur Aufgabe, eine nachhaltige Entsorgungswirtschaft zu betreiben. Um der Verantwortung gegenüber Gesellschaft, Mensch und Umwelt gerecht zu werden und eine dauerhafte, nachhaltige Entsorgungssicherheit zu gewährleisten, wurden in den letzten Jahren bereits zahlreiche Maßnahmen erfolgreich umgesetzt. Hierzu zählt beispielsweise die Eigenaufbereitung von Grüngut und die Planung einer Aufbereitungsanlage für Bioabfälle.

Ziel in den kommenden Jahren wird sein, die Nachhaltigkeitsstrategie noch enger mit der Unternehmensstrategie zu verstehen und im gesamten Unternehmen zu etablieren. Die GOA ist nicht berichtspflichtig im Sinne des CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetzes, will jedoch auf freiwilliger Basis eine Nachhaltigkeitsberichterstattung im 2-Jahres-

Turnus etablieren. Zum einen, um das Informationsbedürfnis der Beteiligungsgruppen zu erfüllen und ihren Unternehmenscharakter sowie nachhaltiges Denken und Handeln noch besser und transparenter nach außen abzubilden. Zum anderen, um ihrer unternehmerischen Verantwortung gegenüber Umwelt, Mensch und Gesellschaft gerecht zu werden, den Stellenwert von Nachhaltigkeit im gesamten Unternehmen zu kommunizieren und die Berichterstattung als Instrument zur Steuerung aller Prozesse im Nachhaltigkeitsmanagement zu nutzen.

Nachhaltigkeit als Unternehmensstrategie

Die Erstellung eines Nachhaltigkeitsberichtes auf freiwilliger Basis sowie die bewusste Implementierung von Nachhaltigkeit in die Organisationsstruktur und das tägliche Betriebsgeschehen verstehen die Verantwortlichen der GOA als Chance, den Erfolg langfristig zu sichern.

Investition, Innovation, Versorgungssicherheit und Kreislaufwirtschaft

Um ihrem Beitrag zur Erhöhung von Verwertungsquoten, Schließung von Stoffkreisläufen und Nutzung von Sekundärrohstoffen über die gesetzlichen Anforderungen hinaus gerecht zu werden, investierte die GOA auch in den vergangenen Jahren in innovative Projekte und neue Sortiertechniken.

Die GOA verstärkt den Schutz des noch vorhandenen Deponievolumens für mineralische Abfälle weiter und nimmt keine großen gewerblichen Mengen aus anderen Regionen an. Dies stärkt die langfristige Entsorgungssicherheit für die regionale Bevölkerung und Wirtschaft. Die GOA unterstützt und bietet Dienstleistungen zur Umsetzung des Landeskreislaufwirtschaftsgesetzes für Abfallbesitzer, Bauwirtschaft und Projektträger an, erstellt Verwertungs-

konzepte für mineralische Abfälle und alternative Verwertungswege. Durch die Forcierung des Rückbaus der Bauschuttdeponie sollen mineralische Wertstoffe in den Kreislauf zurückgeführt werden. Hierfür mietet die GOA je nach Materialauslastung einen mobilen Brecher. Dabei können erfolgreich mineralische Wertstoffe in Form von RC-Beton gewonnen und vermarktet werden.

Durch die Wiederaufbereitung werden nicht nur wichtige Ressourcen geschont, sondern auch die Umwelt entlastet. Des Weiteren kann dieses Vorhaben zum Erreichen der EU- Klimaschutzziele beitragen.

Die Versorgung von Zementwerken mit Brennstoffen aus Abfall soll weiter ausgebaut werden bzw. neue Entsorgungswege für Ersatzbrennstoffe auf Basis langjähriger Lieferverträge sollen geschaffen werden, um den Einsatz primärer Energieträger weiter zu senken.

Um ein attraktives Stadtbild bei der Abfallsammlung zu gewährleisten und den Komfort für die Bürgerinnen und Bürger in den Städten und Gemeinden zu erhöhen, setzt die GOA künftig auf Unterflurcontainer für Altglas und Dosen. Mittlerweile wurden 20 Stand-

orte für Unterflurcontainer in Betrieb genommen. Als Pilotprojekt wird in einem Studentenwohnheim derzeit geprüft, ob auch die Entsorgung von Wertstoffen, Restabfällen, Altpapier und Bioabfällen über Unterflurcontainer möglich ist.

Klima- und Ressourcenschutz

Die GOA setzt zukünftig auf eine verstärkte Nutzung erneuerbarer Ressourcen. Die vorhandenen PV-Anlagen des Unternehmens sollen weiter ausgebaut werden. Außerdem erfolgt eine sukzessive Umstellung der Beleuchtung der Anlagen und des Fuhrparks auf LED-Technik. In naher Zukunft wird außerdem auf CO₂-neutralen alternativen Kraftstoff (HVO), der aus biogenen Rohstoffen hergestellt wird, gesetzt. Dieser Kraftstoff kann problemlos – ohne die Lkw-Motoren großartig verändern zu müssen – eingesetzt werden. Vorwiegend soll der Kraftstoff bei kommunalen Abfuhren eingesetzt werden. Dies bringt vor allem in den Innenstadtbereichen die Vorteile mit sich, dass der CO₂-Ausstoß reduziert wird, die Motoren weniger Feinstaub produzieren und die Lkws an sich leiser sind.



Die neuen Unterflurcontainer vor einem Jugendwohnheim

Quelle: Gesellschaft im Ostalbkreis für Abfallbewirtschaftung mbH – GOA

Zur Reduzierung des Treibstoffverbrauchs wird die GOA-Flotte sukzessive hinsichtlich Energieeffizienz und reduziertem Schadstoffausstoß umgerüstet. Die Nutzung von Hybrid- und Elektroantrieben soll, nicht zuletzt auch wegen einer verminderten Geräuschbelästigung, in den kommenden Jahren forciert werden. Im PKW-Bereich werden bereits ein Elektrofahrzeug und ein Hybridfahrzeug eingesetzt. Aktuell gibt es im Bereich der Entsorgungsfahrzeuge nur „seriennahe“ Prototypen – welche die Anforderungen an die Zuverlässigkeit noch nicht erfüllen.

Um eine bessere Auslastung der Samelfahrzeuge zu erzielen, soll die Tourenplanung unter Berücksichtigung der Kundenbedürfnisse weiter optimiert werden.

Im Rahmen ihres „Green IT“-Programms ist die GOA kontinuierlich an einem energie- und ressourcensparenden Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien bemüht. Im Zuge der Einführung eines ERP-Systems ab 2022 werden Prozesse „verschlankt“ (bspw. Fax-to-Mail, Verzicht auf Faxgeräte). Die Investition in moderne Kommunikationstechnik wird zudem dazu beitragen, externe Schulungen oder Geschäftsreisen zu minimieren und damit Ressourcen einzusparen.

Das Schulungsangebot im Bereich der Ressourcenschonung wird konsequent weiter ausgebaut. So werden beispielsweise seit 2009 Unterweisungen für die LKW-Fahrer angeboten, um in der Theorie und Praxis defensive Fahrtechniken zu vermitteln und die Fahrzeuge zu schonen.

Nachhaltigkeitsbewusstsein spielt innerhalb der gesamten Wertschöpfungskette der GOA-Tätigkeiten eine tragende Rolle. Oberstes Ziel beim Umgang mit Abfällen ist die Abfallvermeidung; aus diesem Grund wird großer Wert auf Aufklärung und Beratung der Kunden gelegt, um das Entstehen von Abfällen zu vermeiden, die Schadstoffe in den Abfällen gering zu halten und zur Ver-



Schon für die Kleinsten gibt es ein Magazin mit tollen Inhalten zur „Sauberen Ostalb“.

Quelle: Gesellschaft im Ostalbkreis für Abfallbewirtschaftung mbH – GOA

wertung beizutragen. Dazu tragen jährlich verschiedene Aktionen, Vorträge und Veranstaltungen bei, wie z. B. im Rahmen der Kampagne „Saubere Ostalb“ (www.saubere-ostalb.de).

Durch das Aufstellen von Altkleidercontainern auf Wertstoffhöfen und Entsorgungsanlagen und den Aufbau eines „Verschenkmarkts“ für nicht mehr gebrauchte, aber noch funktionstüchtige Kleidung, Möbel und anderen Gegenständen wird zudem ein weiterer Beitrag zur Abfallvermeidung geleistet.

Erweiterter Klimaschutzbeirat des Ostalbkreises

Aufgrund der beschriebenen Tätigkeiten und Vorhaben der GOA sind Unternehmensvertreterinnen und -vertreter im sogenannten erweiterten Klimaschutzbeirat des Ostalbkreises eingebunden und bringen dort ihre Erfahrung und Kompetenz ein.

Der Klimaschutzbeirat des Ostalbkreises ist das zentrale Kernelement des neu gegründeten Referats Klimaschutz und Nachhaltigkeit innerhalb der Landkreisverwaltung, welches zur Stärkung des

landkreiseigenen Engagements geschaffen wurde, um die Themenfelder Klimaschutz und Nachhaltigkeit zu bündeln und die betroffenen Geschäftsbereiche des Kreises bei der Umsetzung von konkreten Maßnahmen zu beraten und zu unterstützen.

Grundlage dafür ist die Eigen-Verpflichtung der 27 EU-Mitgliedstaaten, die EU bis 2050 zum ersten klimaneutralen Kontinent zu machen. Im Rahmen der Änderung des Bundes-Klimaschutzgesetzes wird das Ziel der Treibhausgasneutralität Deutschlands bis zum Jahr 2045 festgeschrieben. Auch die Neuausrichtung der Klimaschutzziele in Baden-Württemberg sieht eine Netto-Treibhausgasneutralität bis zum Jahre 2040 vor.

Der Ostalbkreis hat sich im Rahmen des Klimaschutzpakts zwischen den Kommunalen Landesverbänden und dem Land Baden-Württemberg bereits 2016 ebenfalls zum Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2040 eine weitgehend klimaneutrale Verwaltung zu erreichen.

Ausgehend von diesen gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen und um seiner Vorbildfunktion gerecht zu werden, wird sich daher der Ostalbkreis zukünftig noch intensiver den Themenfeldern Klimaschutz und Nachhaltigkeit widmen, denn diese sind existenzielle Querschnittsaufgaben in einer Gesellschaft und damit auch bedeutend für eine bürgernahe Landkreisverwaltung.

Auch aus der Bevölkerung erwächst ein steigender Anspruch, dass das Landratsamt sich kontinuierlich um Klimaschutz und Nachhaltigkeit kümmert. Bevölkerung und Kommunen, Gewerbe und Industrie erwarten zudem, dass die Landkreisverwaltung hier beispielgebend, jetzt und in Zukunft, glaubwürdig vorangeht. Nachhaltiges Handeln und Wirtschaften wird auch von der Landkreisverwaltung erwartet.

Kernelement dieses neuen Referats Klimaschutz und Nachhaltigkeit ist der „Klimaschutzbeirat Ostalbkreis“, der sich



Der interne Klimaschutzbeirat des Ostalbkreises konstituierte sich im Oktober 2021.

Quelle: Landratsamt Ostalbkreis

aus zwei Strukturelementen, dem internen Klimaschutzbeirat (hauptamtlich) und dem erweiterten Klimaschutzbeirat (ehrenamtlich) zusammensetzt.

Während im internen Klimaschutzbeirat hauptsächlich 14 Stabsstellen- und Geschäftsbereichsleitungen der Landkreisverwaltung abgeordnet sind, setzt sich der erweiterte Klimaschutzbeirat aus rund 30 Vertreterinnen und Vertretern aus den verschiedensten Bereichen aus der Breite der Gesellschaft zusammen. Hier sind neben den bekannten Natur- und Umweltschutzverbänden, den freien Zusammenschlüssen wie Klimabündnis

Ostalb, Fridays-for-Future oder Parents-for-Future auch Vertreter des Handwerks, der Landwirtschaft, der Industrie, der Kommunen, des Kreistags, der GOA und weiterer Organisationen vertreten.

Die Mitglieder des Klimaschutzbeirats entwickeln gemeinsam klimarelevante Maßnahmen zum Klimaschutz und für Nachhaltigkeit, die durch die federführenden Geschäftsbereiche umzusetzen sind. Durch den Klimaschutzbeirat werden Empfehlungen unter dem Gesichtspunkt der Klimaneutralität erarbeitet. Organisatorisch werden beide Elemente des Klimaschutzbeirats durch das Refe-

rat Klimaschutz und Nachhaltigkeit als Leitungs- und Organisationsebene unterstützt.

Dies geschieht vor allem durch die vor kurzem erfolgte Anstellung einer Referentin für Klimaschutz und Nachhaltigkeit. Ihre Aufgabe ist es, zusammen mit dem ehren- und hauptamtlichem Klimaschutzbeirat des Ostalbkreises, die hierfür relevanten Themenfelder voranzutreiben und schrittweise zur Umsetzung zu bringen.

Insbesondere die Aufgaben der Bestandsaufnahme und Bilanzierung des Prozesses zur klimaneutralen Verwaltung sowie die Entwicklung und Abstimmung eines zielkonformen Fahrplans zur Treibhausgasreduktion sollen den Ostalbkreis schnell in die Richtung der gewünschten Klimaneutralität bringen.

Arne Grewe ist Geschäftsführer der Gesellschaft im Ostalbkreis für Abfallbewirtschaftung mbH – GOA.

Ralf Bodamer ist Leiter des Referats für Klimaschutz und Nachhaltigkeit im Landratsamt Ostalbkreis und Geschäftsführer des EKO – EnergiekompetenzOstalb e. V.

Nachhaltige Kreislaufwirtschaft für regionalen Klimaschutz: Die „grüne AVR Unternehmensgruppe“ steht für Kompetenz und Innovation

Von Stephan Grittmann, Rhein-Neckar-Kreis

Eine intelligente und nachhaltige Kreislaufwirtschaft spielt eine zentrale Rolle auf dem Weg zu neuen, zukunftsfähigen Wirtschaftsmodellen. Denn nur durch den optimalen Gleichklang von Ökologie und Ökonomie lassen sich die ambitionierten Klimaziele erreichen und die biologische Vielfalt schützen.

Die Sinsheimer AVR Unternehmensgruppe hat diese Nachhaltigkeit fest im Blick! Aus dem reinen Abfallentsorger hat sich ein prosperierendes Umwelt- und Energieunternehmen entwickelt. Klassische Dienstleistungen wie Abfälle einsammeln, sortieren und verwerten werden heute durch innovative Produkte

und Projekte im Bereich der erneuerbaren Energien ergänzt. Das kompetente Netzwerk aus kreiseigenen Gesellschaften setzt die regionalen Klima- und Umweltschutzziele des Rhein-Neckar-Kreises konsequent um und bringt den Umwelt- und Klimaschutz in der Region engagiert voran.

Das erste wegweisende Projekt zum Ausbau „grüner Energien“ war das AVR-Biomasseheizkraftwerk, das seit Oktober 2011 Fernwärme an die angeschlossenen Haushalte, Gewerbebetriebe und öffentlichen Einrichtungen in der Stadt Sinsheim liefert. Der Brennstoff dafür kommt vorrangig von den Grünschnitt-Sammelplätzen im Rhein-Neckar-Kreis, was die Erzeugung der AVR KlimaWärme besonders umweltschonend macht. Durch den Bezug der „grünsten Fernwärme im Rhein-Neckar-Kreis“ werden jährlich rund 6.500 Tonnen CO₂ eingespart.

AVR UmweltService GmbH: Dienste für die Umwelt, Dienst an der Umwelt

Mit der Gründung der AVR Umweltservice GmbH im Jahr 2015 hat die „grüne AVR-Welle“ so richtig Fahrt aufgenommen. Als 100%ige Tochter des Rhein-Neckar-Kreises generiert das Unternehmen heute im engen Schulterschluss mit seinen operativen Tochtergesellschaften ökologische und ökonomische Mehrwerte. In ihrer Funktion als Holding fungiert sie als Denk- und Strategiezentrale. Hier laufen die Fäden zusammen, von hier aus werden die auf Nachhaltigkeit und konsequenten Klimaschutz ausgerichteten Projekte gesteuert und koordiniert. Das multifunktionale Produkt- und Dienstleistungsportfolio der Unternehmensgruppe unterstützt Kommunen, Industrie, Gewerbetreibende und Privatkunden dabei, auf regenerative Energien umzusteigen. Von der Energieerzeugung aus nachwachsenden Rohstoffen über die Projektsteuerung bei Photovoltaikanlagen bis zum Vertrieb von Ökostrom aus 100 % Wasserkraft sind alle Stufen der ökologisch-regionalen Wertschöpfungskette besetzt.

AVR Energie GmbH: Regionaler Partner für regenerative Energiekonzepte und Klimaschutz

Besteht durch gesetzliche Auflagen akuter Handlungsbedarf? Ist die Kraft-Wärme-Kopplung mittels eines Blockheizkraftwerkes mit 100 % regenerativer Wärme und Stromerzeugung eine sinnvolle Alternative? Die energetischen Konzepte der AVR Energie GmbH analysieren Verbrauchsmengen, überprüfen staatliche Fördermitteloptionen und berücksichtigen steuerliche Aspekte. Auf einer fundierten Grundlage werden zukunftsweisende Energiespar- und Energieerzeugungskonzepte mit dem Anspruch einer maximalen Energieeffizienz und optimalen Kostenstrukturen entwickelt und realisiert. Die Dienstleistungspalette reicht von der Konzeptionierung und Projektsteuerung für Photovoltaikanlagen über LED-Beleuchtungskonzepte und Energie-Effizienz-Beratungen bis hin zum Rundum-Sorglos-Paket beim Energie-Contracting. Thermografie-Checks und Ökostrom aus 100 % Wasserkraft runden das Angebot ab.

AVR GewerbeService GmbH: Recycling für Ressourcen

Welches Sammelsystem ist für welchen Müll geeignet, was passiert mit den Wertstoffen? Bei Industrie, Handel, Handwerk, Gewerbe und auf dem Bau fallen komplett unterschiedliche Abfallstoffe an. So differenziert wie die Abfälle, so differenziert ist das Leistungsportfolio. Als zertifizierter Entsorgungsfachbetrieb konzipiert die AVR GewerbeService GmbH perfekte Komplettlösungen für alle Anforderungsprofile und garantiert dabei in allen Stufen der Entsorgungskette eine durchgängige Qualität. Ziel ist es, Umweltschutz, Ressourcenschonung und Kostenoptimierung möglichst perfekt miteinander zu verbinden. Oberstes Prinzip: Abfall ist Wertstoff! Wertvolle Sekundärrohstoffe und recyc-

lefähige Materialien werden in den Stoffkreislauf zurückgeführt, daraus entstehen neue Produkte. Beispielsweise aus der Verarbeitung von Altpapier im hauseigenen Papierpressbetrieb. Oder im Bereich Glasrecycling, wo in der Stadt Heidelberg und dem gesamten Rhein-Neckar-Kreis jährlich rund 20.000 Tonnen Altglas einsammelt werden. Damit ist die AVR GewerbeService GmbH ein zentraler Baustein in der Wertschöpfungskette „aus Müll wird grüne Energie“.

AVR BioTerra GmbH & Co. KG: Biomüll als Ressource – Wachstum aus grüner Energie

Organische Abfälle als Energiequelle sind ein wesentlicher Baustein der Energiewende. Das mehrstufige ökologische und ökonomische Verwertungskonzept der AVR Bioabfallvergärungsanlage auf der AVR Deponie Sinsheim ist deshalb ein landesweites Leuchtturmprojekt. Die moderne Anlage erfüllt alle Kriterien für Nachhaltigkeit und Wirtschaftlichkeit und ist ein Musterbeispiel für einen ökologischen Ressourcenkreislauf, der regionalen Klimaschutz mit stabiler Rentabilität verbindet.

Gesammelt wird der Biomüll über die gebührenfreie AVR BioEnergieTonne, Grünschnitt kann – ebenfalls gebührenfrei – an den verschiedenen AVR Anlagen im Rhein-Neckar-Kreis abgegeben werden. Mit diesem intelligenten, bürgerfreundlichen Sammelsystem setzt die AVR Gruppe bereits seit 2011 die Vorgaben des Kreislaufwirtschaftsgesetzes um.

Als Betreiber der AVR Bioabfallvergärungsanlage leistet die AVR BioTerra GmbH & Co. KG einen wesentlichen Beitrag, die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen zu reduzieren, die regionale Wertschöpfung voranzubringen, hiesige Energiepotenziale zu nutzen und im Ergebnis die regionale Energiewende zu forcieren. Die jährlich rund 60.000 Tonnen biogener Abfälle im Rhein-Neckar-Kreis werden in der Anlage vergoren,



Gärrestkonditionierung

Quelle: AVR UmweltService GmbH

getrocknet und anschließend als gütegesicherter, zertifizierter Frischkompost vermarktet. Dieser Kompost zeichnet sich durch einen hohen Düngewert aus, er trägt zur Humusbildung bei und ist äußerst pflanzenverträglich. Die regionale Landwirtschaft verfügt damit langfristig über einen wertvollen, organischen Dünger, der zudem als Torfersatz im privaten und kommerziellen Gartenbau Verwendung finden wird. Nicht zu vergessen: Kompost bindet Kohlenstoff, der folglich nicht als klimaschädliches CO₂ in die Atmosphäre abgegeben wird.

AVR BioGas GmbH: Aus Biomüll wird grüne Energie

Das im Vergärungsprozess erzeugte Rohbiogas wird nach einer entsprechenden Vorreinigung von der AVR BioGas GmbH zu wertvollem Bio-Erdgas aufbereitet, das ins Erdgasnetz eingespeist oder als Energieträger für moderne Blockheizkraftwerke verwendet wird. Damit lassen sich große Mengen fossiler Brennstoffe einsparen. Pro Jahr werden in der AVR-Anlage rund 40 Millionen Kilowattstunden Bioerdgas erzeugt, was einem Jahresbedarf von etwa 2.700 Haushalten entspricht.

Rhein-Neckar-Phosphor-Recycling GmbH & Co. KG: Vom Schadstoff zum Nährstoff

Die Entsorgung von Klärschlämmen beschäftigt kommunalpolitische Gremien und Mandatsträger in der gesamten Republik. Warum? Weil es durch die im Januar 2017 vom Bundestag beschlossene Neuordnung für Kommunen und Zweckverbände deutlich teurer wird. Für Anlagenbetreiber von Abwasserbehandlungsanlagen mit einer Ausbaugröße ab 50.000 Einwohnern bedeutet sie faktisch den Ausstieg aus der bisher praktizierten Verwertungsform. Vor diesem Hintergrund haben sich nahezu alle kommunalen Kläranlagenbetreiber des Rhein-Neckar-Kreises, der Landkreis selbst und die AVR Kommunal AöR in einer gemeinsamen Gesellschaft zusammengeschlossen.

Mit der öffentlich-öffentlichen Kooperation unter dem Titel „Rhein-Neckar-Phosphor-Recycling GmbH & Co. KG“ ist eine wirtschaftlich starke Gesellschaft und ein potenter Auftraggeber entstanden, der den angeschlossenen Kläranlagenbetreiber zudem beratend und unterstützend zur Seite steht, um die neue Klärschlammverordnung konsequent und gesetzeskonform umzusetzen. Die „Rhein-Neckar-Phosphor-Recycling GmbH & Co. KG“ sichert die



Feinentschwefelung mittels Aktivkohlefilter Quelle: AVR UmweltService GmbH



Anlagen in Sinsheim: AVR Biomasseheizkraftwerk, AVR Bioabfallvergärungsanlage, AVR Biomethanaufbereitungsanlage

Quelle: AVR UmweltService GmbH

langfristige Entsorgungssicherheit und generiert gleichzeitig durch europaweite Bündelausschreibungen deutliche wirtschaftliche Vorteile.

Phosphor kommt vor allem als Dünger in der Landwirtschaft zum Einsatz. Da es in

Deutschland keine natürlichen Vorkommen gibt, ist man hierzulande bislang vollständig von Importen abhängig. Klärschlämme enthalten einen hohen Anteil an Phosphor. Durch die angestrebte, flächendeckende Rückgewinnung lässt sich

zukünftig etwa die Hälfte des nationalen Bedarfes decken und die Abhängigkeit von Importen kann verringert werden.

Herr Stephan Grittmann ist Pressesprecher der AVR UmweltService GmbH.

Nachhaltige Abfallwirtschaft im Rhein-Neckar-Kreis: Jeder kann seinen Beitrag leisten

Von Tim Heringer, Rhein-Neckar-Kreis

Neben der zuverlässigen Sammlung und fachgerechten Entsorgung von Abfällen im gesamten Rhein-Neckar-Kreis hat sich die AVR Kommunal AöR auch die Nachhaltigkeit in der Abfallwirtschaft auf die Fahne geschrieben. Dabei spielt die Bewusstseins-schaffung für den Umwelt- und Klimaschutz eine besondere Rolle.

„Wir als Abfallwirtschaftsunternehmen leisten jeden Tag unseren Beitrag, indem wir unserem öffentlichen Auftrag nachkommen, der weit über das bloße Einsammeln der Abfälle hinausgeht“, erklärt Katja Deschner, Vorstandin der AVR Kommunal AöR. „Es ist unser Anliegen, zu verdeutlichen, dass wir nur gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern den Anforderungen an eine moderne, leistungsfähige und effiziente Abfall- und Kreislaufwirtschaft gerecht werden können.“ Abfalltrennung und insbesondere Abfallvermeidung direkt im eigenen Haushalt sind Maßnahmen, mit denen jede und jeder einen aktiven Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz leisten kann. Wie einfach das geht, veranschaulicht die AVR Kommunal tagtäglich im Rahmen verschiedener Maßnahmen – von der pädagogischen Abfallberatung über den Tausch- und Verschenkmarkt bis hin zu crossmedialen und aufmerksamkeitsstarken Informationskampagnen im gesamten Rhein-Neckar-Kreis.

Die AVR-Pausenbrot-dose – eine Initiative zur Reduzierung von Abfall für Schulanfänger

Bereits seit 30 Jahren stattet die AVR Kommunal alle Erstklässlerinnen und Erstklässler des Rhein-Neckar-Kreises rechtzeitig zum Schulstart mit der exklusiven AVR-Pausenbrot-dose aus, um dadurch zu zeigen, wie einfach und kinderleicht unnötige Einweg-Verpackungen, wie Alu- oder Frischhaltefolie, vermieden

werden können. So werden Ressourcen geschont und aktiv Abfälle vermieden. Die Brot-dosen der AVR Kommunal werden in Deutschland produziert, sind recycelbar und frei von BPA und Weichmachern. Sie zeichnen sich durch eine besondere Robustheit und Langlebigkeit aus und können dadurch immer wieder verwendet werden. Somit werden unnötige Abfälle vermieden und unsere Umwelt geschont – und das kinderleicht.



Pausenbrot-dose mit Frühstück

Quelle: AVR Kommunal AöR

Der Tausch- und Verschenkmarkt – wertschätzen statt wegwerfen

Egal ob das Sofa oder der Esstisch, Möbel, die nicht mehr zur Einrichtung passen, oder der ausgemusterte Teppich – viele Dinge sind einfach zu schade für den Sperrmüll. Mit dem Tausch- und Verschenkmarkt, der sich stetig wachsender Beliebtheit erfreut, stellt die AVR Kommunal AöR eine kostenlose Online-Gebrauchtwarenbörse zur Verfügung. Tauschen und verschenken, 24 Stunden am Tag, 365 Tage im Jahr, unkompliziert und kostenlos. So werden Abfälle im Rhein-Neckar-Kreis vermieden und ein wertvoller Beitrag zur Ressourcenschonung geleistet. Sage und schreibe 154.064 Nutzerinnen und Nutzer besuchten im Jahr 2021 den Tausch- und Verschenkmarkt – absoluter Rekord, fast 65 Prozent mehr als im Vorjahr. Damit möglichst viele Nutzerinnen und Nutzer erreicht werden, ist der Tausch- und Verschenkmarkt der AVR Kommunal auch über die eigene AVR Abfall-App aufrufbar und obendrein mit den Tausch- und Verschenkmärkten in Heidelberg, Mannheim, Ludwigshafen und dem Neckar-Odenwald-Kreis verknüpft. Dadurch kann über die Grenzen des Rhein-Neckar-Kreises hinaus getauscht und verschenkt werden.

Das AVR Abfallvermeidungsregal

Das Thema Nachhaltigkeit ist in aller Munde, die Kritik an der Wegwerfgesellschaft seit langem ein Dauerthema. Aus diesem Grund verleiht die AVR Kommunal AöR bereits seit mehreren Jahren ihr **AbfallVermeidungsRegal** als Angebot an die Städte und Gemeinden des Rhein-Neckar-Kreises. Dort können Bürgerinnen und Bürger noch funktionstüchtige Alltagsgegenstände abgeben, die sie nicht mehr benötigen. Im Gegenzug können andere Produkte im Tausch mit nach Hause genommen werden. Eins rein, eins raus. Wertschätzen statt wegwerfen.



AbfallVermeidungsRegal

Quelle: AVR Kommunal AöR

Für diejenigen, die nicht warten möchten, bis das **AbfallVermeidungsRegal** in den eigenen Ort kommt, bietet die AVR Kommunal ein dauerhaftes **AbfallVermeidungsRegal** im AVR Service-Center im Verwaltungsgebäude in Sinsheim an. Darüber hinaus gibt es ein weiteres für die Mitarbeitenden der AVR Unternehmen, welches das gesamte Jahr über fleißig genutzt wird.

„Trenn’ doch einfach!“

Bereits seit vielen Jahren informieren die AVR Unternehmen die Bevölkerung des Rhein-Neckar-Kreises mit gezielten und aufmerksamkeitsstarken Maßnahmen

und Kampagnen über die richtige Abfalltrennung.

Bunt beklebte AVR Abfuhrfahrzeuge oder Großplakate, die überall im Rhein-Neckar-Kreis hängen, mit den kleinen, zum Leben erwachten grünen Comic-Tonnen, vermitteln eine eindeutige Botschaft: „Trenn’ doch einfach!“ – Titel der im Mai 2021 gestarteten Kampagne zur Verbesserung der Qualität in der Grünen Tonne plus. Ziel ist es, über den korrekten Umgang mit der Grünen Tonne plus aufzuklären und die Anzahl der Fehlwürfe – durchschnittlich ca. 30 Prozent – zu reduzieren. Die häufigsten Fehlwürfe, die zeit- und kostenintensiv und teilweise sogar von Hand aussortiert werden müs-



„Trenn doch einfach!“-Abfuhrfahrzeuge

Quelle: AVR Kommunal AöR

sen, sind gebrauchte Windeln, Mund-Nasen-Schutzmasken, Elektrogeräte und Hygieneprodukte, wie z.B. Feuchttücher, Wattestäbchen und Wattepad.

Seit dem Startschuss von „Trenn' doch einfach!“ wird in regelmäßigen Abständen ein umfangreiches und cross-mediales Maßnahmenangebot veröffentlicht. In einfachen, kurzen und verständlichen Fotostories, Grafiken und Clips werden den Bürgerinnen und Bürgern Informationen rund um die korrekte Trennung ihres Abfalls im täglichen Leben vermittelt. Das Spektrum der Themen ist vielfältig und reicht von der Wahl des richtigen Abfallbehälters über Tipps und Tricks zur Abfallvermeidung bis hin zu bebilderten Dokumentationen über die täglichen Aufgaben und Herausforderungen der Abfallwirtschaft. Dreh- und Angelpunkt der Onlinemaßnahmen ist die eigens für „Trenn' doch einfach!“ ins Leben gerufene Website (www.gtp-einfach-trennen.de), auf der alle Informationen auf einen Blick zu finden sind. Dort sind auch die eigens für die Kampagne kreierten Comic-Filme platziert, die auf unterhaltsame Art und Weise die korrekte Abfallentsorgung vermitteln. Begleitet werden die Onlineaktionen durch markante Brandings auf mehreren Bussen des ÖPNV im Rhein-Neckar-Kreis sowie durch einen Beileger zu den diesjährigen Abfallgebührenbescheiden, Briefkuverts und Postkarten mit Kampagnenmotiven, um so einen größtmöglichen Wiedererkennungswert zu schaffen.

„Kein Plastik in die Biotonne.“

Auch die nicht minder farbenfrohen Motive der parallel laufenden Kampagne #wirfuerbio sind den Bürgerinnen und Bürgern des Rhein-Neckar-Kreises seit Jahren bestens bekannt. Diese Kampagne dreht sich nämlich um ihre Bio-EnergieTonne. Unter dem Motto #wirfuerbio haben sich die AVR Unternehmen 2018 einer Informations- und Aufklärungskampagne der deutschen



#wirfuerbio-Fahrzeuge

Quelle: AVR Kommunal AÖR

Abfallwirtschaftsgesellschaften angeschlossen, die 2019 sogar mit dem VKU-Innovationspreis ausgezeichnet wurde. Das gemeinsame Ziel ist, die Bürgerinnen und Bürger für das bewusste Mülltrennen zu sensibilisieren und damit den Plastikanteil im Bioabfall zu reduzieren. Auf einer eigenen Website (www.avr-wirfuerbio.de) werden sämtliche Informationen gebündelt.

Handy-Sammelaktion

Von November bis Dezember 2021 beteiligte sich die AVR Kommunal AÖR an der alljährlichen „Europäischen Woche der Abfallvermeidung“ und initiierte gemeinsam mit Städten und Gemeinden im Rhein-Neckar-Kreis eine Sammelaktion für ausgediente Handys und Smartphones.

Stolze 684 Geräte wurden von Bürgerinnen und Bürgern in die Sammelboxen der AVR Kommunal gegeben, die meist in den Rathäusern der teilnehmenden Gemeinden aufgebaut waren. Die Bereitschaft der Städte und Gemeinden im Rhein-Neckar-Kreis, den Beitrag zur „Europäischen Woche der Abfallvermeidung“ zu unterstützen, war dabei phänomenal. Trotz der aktuellen Corona-Situation, in der die Rathäuser nicht so stark besucht werden wie sonst, konnten fast 700 Handys und Smartphones gesammelt werden.

Und jedes eingeworfene Gerät bewirkt etwas. Die dadurch wiedergewonnenen Rohstoffe, wie Gold, Silber, Kupfer und Palladium, müssen nicht abgebaut werden. Denn leider ist deren Abbau meist mit Menschenrechtsverletzungen und Naturzerstörung verbunden.

Mit alten Handys Gutes tun – das können Bürgerinnen und Bürger auch außerhalb der „Europäischen Woche der Abfallvermeidung“. Handys, Smartphones und andere Elektroaltgeräte können auf den AVR Anlagen in Sinsheim, Wiesloch, Ketsch und Hirschberg abgegeben werden. Zudem werden auf der AVR Homepage sämtliche Elektrohändler im Rhein-Neckar-Kreis, die Elektrokleingeräte zurücknehmen, veröffentlicht.

Fazit

Abfall, der sich schlichtweg nicht vermeiden lässt, sollte stets richtig getrennt und entsorgt werden. Mit Abfallvermeidung und -trennung in den eigenen vier Wänden leisten die Bürgerinnen und Bürger ihren ganz persönlichen und aktiven Beitrag zum Klima- und Umweltschutz.

Tim Heringer ist Mitarbeiter der Unternehmenskommunikation der AVR Kommunal AÖR.

Reparieren statt Wegwerfen – Reparatur-Cafés im Schwarzwald-Baar-Kreis sind erfolgreiche Initiativen

Von Martina Christmann, Schwarzwald-Baar-Kreis

Die Idee eines Repair Cafés wurde erstmals 2009 von der Niederländerin Martine Postma ins Leben gerufen. Sie wollte einladende Treffpunkte schaffen, bei denen Nachbarn ihre eigenen defekten Gegenstände unter fachkundiger Begleitung und in entspannter Atmosphäre reparieren können. Denn ein Produkt nicht sofort aufzugeben, weil es einen kleinen Defekt hat, sondern sich damit zu befassen und nach einer Lösung zu suchen, ist ein Lebensmotto: für mehr Nachhaltigkeit und gegen die Wegwerf-Mentalität!

Was klein begann, entwickelte sich zu einem weltweiten Netzwerk; viele Gleichgesinnte gründeten seither eine Vielzahl dieser Treffpunkte. Aktuell liegt die Anzahl der aktiven Reparatur-Initia-

tiven in Deutschland bei über 500 und alleine sechs davon sind im Schwarzwald-Baar-Kreis zu finden.

Reparatur-Cafés organisieren Veranstaltungen, bei denen defekte Alltagsgegenstände in angenehmer Atmosphäre gemeinschaftlich repariert werden. Kaum hat der Treffpunkt seine Türen geöffnet, strömen die ersten Besucher mit ihren Gegenständen nach innen. Formalitäten werden kurz geklärt, der kaputte Gegenstand wird erläutert und dann geht es auch schon mit der Hilfe zur Selbsthilfe los. Ob elektrische oder mechanische Geräte, Uhren, Kleidung, Spielzeug oder teils auch Fahrräder, die ehrenamtlich tätigen Helfer machen die defekten Geräte mit handwerklichem Geschick meist wieder flott. Und falls einmal ein ent-

sprechendes Ersatzteil benötigt wird, wartet man gerne bis dieses besorgt ist auf den nächsten Öffnungstermin des Reparatur-Cafés.

Initiativen im Schwarzwald-Baar-Kreis

Im Schwarzwald-Baar-Kreis startete 2014 die Umweltgruppe Südbaar in Donauschingen mit dem ersten Café in der Region, 2015 folgte die gemeinsame Initiative der Evangelischen Bezirksstelle 55+, der Stadt St. Georgen, der WIRKstatt St. Georgen sowie der Robert-Gerwig-Schule. Ein weiterer offener Treff gesellte sich 2016 in Furtwangen hinzu.

2017 eröffnete die Stadtverwaltung Bad Dürkheim im Rahmen des Projekts „Bürgerschaftliches Engagement“ ein Reparaturcafé und seit 2019 werden auch in VS-Villingen unter Leitung der Evangelischen Bezirksstelle 55+ defekte Dinge repariert.

Die jüngste Einrichtung wurde erst Ende 2021 ins Leben gerufen. Dort erweiterte die werkbox-VS e.V. in VS-Schwenningen ihr Angebot um ein Reparaturcafé.

Die jeweils angebotenen Termine werden sehr gut frequentiert. Die Besucher kommen zum Teil auch aus den umliegenden Gemeinden und haben meist ein reparaturbedürftiges Gerät dabei, welches dann erfolgreich wiederhergestellt werden kann. Manchmal gelingt dies zwar erst beim zweiten Termin, da noch das passende Ersatzteil besorgt werden muss. Allerdings liegt die Erfolgsquote der Reparaturen generell bei über 70 Prozent.

Über Besuchermangel können sich die Einrichtungen bisher nicht beklagen, teilweise gibt es an einigen Terminen



Jetzt tickt sie wieder richtig: Wanduhren mit oder ohne Pendel sind seine Spezialität. Frank Obrowski, Uhrmacher im Ruhestand, bringt sie beim Reparaturcafé wieder zum Laufen. Quelle: Manfred Beathalter



Geschick im Umgang mit Nadel und Faden: Irmgard Lupfer bringt die Jacke schnell wieder in Ordnung.

Quelle: WIRKstatt St. Georgen

sogar Wartezeiten. Das Spektrum der anfallenden Gegenstände und Geräte beinhaltet den kompletten Haushalt, Werkzeuge bis hin zum Hochdruckreiniger, Radio oder historische Geräte wie zum Beispiel Plattenspieler, aber auch Kleidungsstücke, an denen es etwas zu Nähen gibt.

Die häufigsten Ausfälle gibt es laut den Initiatoren bei verklebten oder ver-

schweißten Haushaltsgeräten, da sich diese meist nicht zerstörungsfrei öffnen lassen und eine Reparatur des Innenlebens daher nicht möglich ist. Hier sollte, wie auch bei der Lebensdauer eines Produktes, der Hersteller in die Pflicht genommen werden. Schön wäre zudem, wenn der Gesetzgeber bessere, praktikable und rechtssichere Möglichkeiten schaffen würde, um im Rahmen



Ihnen ist nichts zu schwer: Rainer Russ (Ingenieur für Elektronik) und Karl-Heinz Maas (Mechatroniker), beide im Ruhestand, reparieren eine defekte Küchenmaschine bei welcher der Antrieb blockiert ist. Anschließend wird das komplette Teil gereinigt, gewartet und die Elektrik nach VDE Vorschriften geprüft.

Quelle: Karl Lotz

des Elektrogesetzes Ersatzteile aus Elektroaltgeräten gewinnen oder aus Elektroschrott wiederverwendbare Geräte entnehmen zu können.



Reiner Loch zerlegt ein Radio, bei dem der Lautstärkereger nicht mehr richtig funktioniert. In diesem Fall musste nur ein elektronisches Bauteil gereinigt werden, um die Funktion wiederherzustellen.

Quelle: Sebastian Schlude



Jürgen Adams auf der Suche nach der Ursache eines elektronischen Defekts. Trotz vieler Jahre Berufserfahrung im Bereich Elektronik, war diese Reparatur eine Herausforderung: „Manchmal hilft nur geduldiges Messen und Interpretieren, aber die Hartnäckigkeit hat sich am Ende ausgezahlt.“

Quelle: Sebastian Schlude



Süßes für Besucher und Helfer: Zum Start des Reparaturcafés spendet das Amt für Abfallwirtschaft auch eine Schwarzwälder Kirschtorte.

Quelle: Landratsamt Schwarzwald-Baar-Kreis

Die Treffen finden in der Regel monatlich statt – meist am Wochenende, um zusammen bei Kaffee, Kuchen und netten Gesprächen Gegenstände vor dem Aus zu bewahren (Corona-bedingt ist dies aktuell nur eingeschränkt möglich).

Die Reparaturen erfolgen kostenlos, mit Ausnahme für eine eventuelle Ersatzteilbeschaffung. Allerdings sind Spenden erbeten, damit die ehrenamtlichen Helfer verschiedene Werkzeuge, Verbrauchsmaterial oder spezielle Prüf- und Testgeräte für die Reparaturen anschaffen können.

Das Amt für Abfallwirtschaft des Landratsamtes Schwarzwald-Baar-Kreis hat diese Reparatur-Initiativen von Anfang an sehr begrüßt und unterstützt. Neben der konkreten Bedeutung der Abfallvermeidung und Einsparung von Ressourcen, steht dahinter auch grundsätzlich die Motivation, den Verbraucher zu einer

Bewusstseinsveränderung beim Konsum und bei der Abfallentsorgung anzuregen. Die Reparatur-Cafés sind ein gelungenes Beispiel dafür, dass bürgerschaftliches, ehrenamtliches Engagement die Umwelt und die nachhaltige Lebensweise unterstützt.

Nebenbei können fähige Bastler und Tüftler, oftmals Personen im Ruhestand, ihre Erfahrungen konkret einbringen und erhalten das Gefühl, gebraucht zu werden. Für viele Bereiche stehen engagierte Spezialisten wie Uhrmacher, Elektroniker oder Mechaniker zur Verfügung, die in den ehemals namhaften Firmen der Region wie Kienzle, SABA, DUAL und weiteren tätig waren.

Das Wissen um die Möglichkeit, Geräte und Gegenstände teils ohne größeren Aufwand reparieren zu können, geht nicht verloren und führt zudem zu einer längeren Nutzung. Oftmals lassen sich somit auch lieb gewordene Erinnerungs-

stücke erhalten, die einen persönlich unbezahlbaren Wert haben oder aus anderen Gründen von Bedeutung sind.

Natürlich ist nicht immer ein Reparaturversuch von Erfolg gekrönt – aber dann bleibt zumindest das gute Gefühl, es versucht zu haben.

Voraussetzungen für den Start einer Reparatur-Initiative sind vor allem engagierte, ehrenamtliche Reparateure und geeignete Räumlichkeiten wie zum Beispiel Werkräume einer Schule. Allerdings können Landkreise und Abfallwirtschaftsbetriebe diese Initiativen ebenfalls unterstützen und fördern. Der Schwarzwald-Baar-Kreis hat die ansässigen Reparatur-Cafés jeweils mit einer einmaligen Pauschale zur Eröffnung unterstützt – als Beitrag zur Abfallvermeidung – und nach erfolgreicher Startphase einige Monate später mit einer zweiten, finanziellen Tranche begünstigt.

Die Landesförderung zur Unterstützung von Repair Cafés ist leider Ende 2021 ausgelaufen. Eine Fortsetzung ist bislang nicht vorgesehen. Unter Umständen soll aber eine neue Fördermöglichkeit für die Reparatur von haushaltsüblichen Elektrogeräten geschaffen werden. Dabei steht in Diskussion, ob in deren Genuss auch Repair Cafés kommen könnten.

Die Reparatur-Cafés sind im Schwarzwald-Baar-Kreis nicht mehr wegzudenken. Sie können also nicht nur in großstädtischen Räumen, sondern auch in kleineren Städten oder im ländlichen Raum sehr erfolgreich sein und dort einen wirksamen Beitrag zur Abfallvermeidung leisten.

Martina Christmann ist Mitarbeiterin im Amt für Abfallwirtschaft im Landratsamt Schwarzwald-Baar-Kreis.

Gelungene Klimaschutzprojekte im Landkreis Waldshut am Beispiel der Kreismülldeponien Lachengraben, Lottstetten, Tiengen und Münchingen

Von Hansjörg Rotzinger, Landkreis Waldshut

Der Lachengraben am Standort Wehr ist die aktuell einzige in Betrieb stehende Kreismülldeponie des Landkreises Waldshut. Drei weitere stillgelegte Deponien befinden sich an den Standorten Lottstetten, Tiengen und Münchingen. Um die Treibhausgasemissionen seiner Deponien zu senken, hatte der Landkreis in den Jahren 2016 und 2017 vier Potenzialstudien in Auftrag gegeben. Der Erfolg der daraus hervorgegangenen Maßnahmen für den Klimaschutz ist bereits heute beachtlich.

Für den Landkreis Waldshut ist der Klimaschutz von zentraler Bedeutung. Die Senkung des Treibhausgases Methan – neben der von Kohlenstoffdioxid (CO₂) – bildet dabei einen wichtigen Baustein seiner Klimaschutzstrategie. Vor diesem Hintergrund ließ der Landkreis vier Potenzialstudien in den Jahren 2016 und 2017 durchführen, um Einsparmöglichkeiten von Methangas zu identifizieren. Dabei wurden u.a. auch technisch und wirtschaftlich sinnvolle Aspekte betrachtet, um Wege zu finden, die Gasabsaugung und -behandlung auf den Deponien zu optimieren.

Auf Grundlage der Ergebnisse der Potenzialstudien konnte der Landkreis erfolgreich einen Förderantrag für investive Maßnahmen auf der ehemaligen Deponie Tiengen beim BMU im Jahr 2019 einreichen. Für die Reduzierung der Treibhausgas-Emissionen und des Emissionspotenzials durch Aerobisierung mittels Saugbelüftung erhielt er im Rahmen der „Nationalen Klimaschutzinitiative“ im Förderbereich „Reduzierung der Treibhausgasemissionen von stillgelegten Siedlungsabfalldeponien“ vom Bundesministerium für Umwelt, Natur-

schutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMU) Fördermittel in Höhe von rund 300.000 Euro (50 Prozent der Investitionssummen) für die Jahre 2020 und 2021 zugesagt.

Die vorgesehenen Maßnahmen beinhalteten die Modernisierung der Gas Erfassung, den Bau eines Methanoxidationsfilters sowie den Bau einer Gasförderstation. Im vergangenen Sep-



Am 26. November 2021 wurde die Entgasungsanlage auf der ehemaligen Kreismülldeponie in Waldshut-Tiengen feierlich eingeweiht. Von links: Joachim Lehner, Planer, Hansjörg Rotzinger, Eigenbetrieb Abfallwirtschaft, Antonia Kiefer, Kreisrätin, Niklas Nüssele, MdL, Staatssekretärin Rita Schwarzelühr-Sutter, MdB, Landrat Dr. Martin Kistler, Sabine Hartmann-Müller, MdL, Felix Schreiner, MdB.

Quelle: Landratsamt Waldshut



Der fertiggestellte Methanoxidationsfilter der Mülldeponie Tiengen

Quelle: Landratsamt Waldshut

tember wurde die Anlage in Betrieb genommen. Dabei zeigen bereits die ersten Monate das enorme Einsparpotenzial der neuen Anlage. So konnten die Treibhausgas-Emissionen gegenüber der bisherigen Deponieentgasung und Behandlung um 94 Prozent reduziert werden. Der Beitrag für den Klimaschutz gewinnt zusätzlich an Gewicht, wenn man bedenkt, dass Methangas 25-mal klimaschädlicher als CO₂ ist. Der Effekt durch die Vermeidung von Methangas-Emissi-

sionen zugunsten des Klimas ist somit beachtlich.

Eine weitere erfreuliche Nachricht im September 2021 nahm der Landkreis aus Berlin in Empfang – im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative (NKI) wurden dem Landkreis weitere Fördermittel für Maßnahmen zur Optimierung der Gaserfassungen für die Kreismülldeponie Lachengraben, Wehr, und die ehemalige Deponie Lottstetten zugesagt. Die dafür erforderlichen Baumaßnah-

men werden mit rund 1.087.000 Euro gefördert und sollen bis April 2023 abgeschlossen sein. Mit den Förderzusagen erhielt der Landkreis Waldshut auch zwei Urkunden des BMU für das vorbildliche Engagement in Sachen Klimaschutz.

Hansjörg Rotzinger ist stellvertretende Leiter des Eigenbetriebs Abfallwirtschaft Landkreis Waldshut.

Mobilfunkversorgung in Baden-Württemberg

Von Michael Schlichenmaier, Stuttgart

Eine möglichst flächendeckende Mobilfunkversorgung ist als zweite Säule einer grundlegenden digitalen Infrastruktur inzwischen mindestens genauso wichtig wie die stationäre Breitbandversorgung. Die Nutzung mobiler Datendienste hat in den letzten zehn Jahren in Deutschland um mehr als das 80-fache zugenommen, Tendenz weiter steigend. Allein der Zuwachs von 2019 auf 2020 betrug 44 %. Ende 2020 waren nach Erhebungen der Bundesnetzagentur 107,5 Mio. SIM-Karten in Deutschland aktiv. Mittlerweile wird über die Mobilfunknetze deutlich mehr telefoniert, als über das Festnetz. So wurden 2020 über 155 Mrd. abgehende Gesprächsminuten im Mobilfunknetz gemessen. Im Festnetz waren es „nur“ 104 Mrd. Minuten. Dieser rasant wachsende Bedarf verdeutlicht, wie wichtig flächendeckende und leistungsfähige Mobilfunknetze für die Zukunft des Wirtschaftsstandorts Baden-Württemberg sind.

Der Siegeszug des mobilen Internets begann mit der Einführung des Mobilfunkstandards der 3. Generation (3G), auch bekannt als UMTS (bzw. HSPA). Dieser wurde 2003 in Deutschland eingeführt. Während Telefonate bis heute weitge-

hend über den Vorgänger-Standard 2G laufen, wurde das UMTS-Netz 2021 von den Mobilfunkunternehmen weitgehend abgeschaltet. Der Nachfolgestandard LTE (= Long Term Evolution) bzw. 4G, der 2010 in Deutschland an den Start ging, gilt inzwischen als Maß der Dinge. Während mit 3G Geschwindigkeiten im einstelligen Megabit-Bereich erreichbar waren, lassen sich über LTE unter idealen Bedingungen auch Geschwindigkeiten von über 100 Mbit/s realisieren. Seit Anfang 2020 führen die Mobilfunknetzbetreiber in Deutschland den Mobilfunkstandard der 5. Generation (5G) ein, der nicht nur Geschwindigkeiten im Gigabit-Bereich ermöglicht, sondern auch extrem kurze Reaktionszeiten (Latenzen) und eine gezielte Ausrichtung von Funksignalen auf die Empfänger (Beamforming) ermöglicht. Weitere Vorteile sind ein deutlich geringerer Energieverbrauch für Sendeanlagen und damit die Möglichkeit, 5G auch bei der Geräte-zu-Geräte-Kommunikation (Internet of Things, Autonomes Fahren usw.) einzusetzen.

Anders als beim Breitbandausbau, bei dem Landkreise, Städte und Gemeinden inzwischen vielfach eine aktive Rolle beim Ausbau eingenommen haben,

beschränkt sich die Rolle der Kommunen in der Regel auf das in der Bundesimmissionschutzverordnung geregelte Zusammenspiel zwischen Kommune und Netzbetreiber bei der Standortidentifikation sowie die je nach Standort und Anlagengröße notwendigen Genehmigungsverfahren (ggf. Baugenehmigungsverfahren, eventuell einzuhaltende denkmal- oder naturschutzrechtlicher Vorschriften usw.). Gleichwohl besteht insbesondere bei denjenigen Landkreisen, in denen im Betreibermodell eigene kommunale Glasfasernetze gebaut wurden und werden, ein großes Interesse, über die eigenen Glasfasernetze auch Mobilfunksendeanlagen zu versorgen und diesbezüglich in Kooperation mit den Netzbetreibern¹ zu kommen.

Versorgungslage

Zum Stand Juli 2021 waren in Baden-Württemberg 94,01 % der Landesfläche mit 4G (LTE) versorgt. 5,33 % der Landesfläche sind sogenannte „weiße Flecken“ in der Mobilfunkversorgung. Das sind Gebiete, in denen keine Versorgung mit einer mobilen Sprach- und breitbandigen Datenübertragung (3G

oder besser) durch mindestens einen Netzbetreiber besteht. 10,15 % der Landesfläche sind sogenannte „graue Flecken“, in denen eine Mobilfunkversorgung von nur einem Netzbetreiber besteht. Aus diesen Zahlen wird deutlich, dass die Mobilfunkversorgung noch deutlich verbessert werden muss, um eine echte Flächendeckung für alle Nutzerinnen und Nutzer zu erreichen.

Baden-Württemberg hat neben Rheinland-Pfalz und Bayern bundesweit mit die schlechteste Versorgung aller Flächenländer. Als Gründe für die schlechte Versorgung führt die Landesregierung neben der anspruchsvollen Topographie vor allem die überdurchschnittlich vielen lokalen Widerstände aus der Bevölkerung gegen die Errichtung von Mobilfunkmasten ins Feld. Tatsächlich scheinen Widerstände gegen Mobilfunksendeanlagen in Baden-Württemberg und Bayern weitaus häufiger vorzukommen, als beispielsweise in Niedersachsen oder Nordrhein-Westfalen. Neben den Widerständen aus der Bevölkerung gilt es aus Sicht des Landkreistags aber auch die laut Netzbetreiber mangelnde Wirtschaftlichkeit des Betriebs einer Mobilfunksendeanlagen im ländlichen Raum stärker in den Fokus zu nehmen. Aus diesem Grund haben sich die Landkreise – sowohl auf Bundes- wie auch auf Landesebene – bereits vor Jahren dahingehend positioniert, dass für diese Gebiete eine staatliche Regulierung, entweder über entsprechende Versorgungsaufgaben im Rahmen von Frequenzvergaben oder über entsprechende Beihilfen (Förderprogramme), notwendig werden wird. Auch die Einführung von nationalem Roaming, was im Rahmen eines örtlich begrenzten „lokalen Roamings“² mit dem jüngst in Kraft getretenen neuen Telekommunikationsgesetz (TKG) durch die Bundesnetzagentur angeordnet werden kann, würde sehr kurzfristig zu einer deutlich besseren Versorgungslage sorgen – und das ohne, dass ein einziger zusätzlicher Mast gebaut werden müsste.

Die baden-württembergischen Landkreise haben sich bereits verschiedentlich für die Einführung von „lokalem“ Roaming ausgesprochen, zuletzt im Rahmen eines Positionspapiers mit dem Titel „Zukunft Mobilfunk“ aus dem Jahr 2019 (abrufbar auf der Website des Landkreistags Baden-Württemberg). Bislang gibt es leider keine Anzeichen dafür, dass diese Regelung auf absehbare Zeit zur Anwendung kommen wird.

Gleichwohl muss konstatiert werden, dass die Bundesregierung in jüngster Zeit einige Anstrengungen unternommen hat, um die Mobilfunkversorgung wenigstens mittelfristig zu verbessern. Während bei früheren Frequenzversteigerung die Maxime galt, die Erlöse für den Bund durch die Frequenzversteigerung zu maximieren, hat man bei der letzten Frequenzvergabe in 2019 im Zuge des Starts eines 5G-Netzes den Mobilfunknetzbetreibern erfreulich strenge Versorgungsaufgaben vorgegeben. Diese sehen wie folgt aus:

Bis Ende 2022:

- 98% der Haushalte je Bundesland mit mind. 100 Mbit/s
- Bundesautobahnen mit mind. 100 Mbit/s
- wichtigste Bundesstraßen mit mind. 100 Mbit/s
- Schienenwege mit mehr als 2000 Fahrgästen pro Tag mit mind. 100 Mbit/s
- Errichtung von 1000 5G Basisstationen
- Errichtung von 500 Basisstationen mit mind. 100 Mbit/s in weißen Flecken

Bis Ende 2024:

- alle übrigen Bundesstraßen mit mind. 100 Mbit/s
- alle Landes- und Staatsstraßen mit mind. 50 Mbit/s
- alle übrigen Schienenwege mit mind. 50 Mbit/s
- Seehäfen und Wasserstraßen mit mind. 50 Mbit/s

Die Folgen dieser strengeren Versorgungsaufgaben sind auf kommunaler Ebene bereits jetzt spürbar. Der Lückenschluss des 4G-Netzes hat an Fahrt aufgenommen. Dennoch gilt es festzuhalten, dass weitere Anstrengungen notwendig sein werden, um dem Ziel, eines wirklich flächendeckenden Mobilfunknetzes näher zu kommen.

Informations- und Kommunikationskampagnen von Bund und Land

Mit einem Schwerpunkt auf die Adressierung der Vorbehalte in der Bevölkerung gegen den Mobilfunkausbau hat die Landesregierung im November 2020 eine Informations- und Kommunikationsinitiative „Mobilfunk und 5G“ gestartet. Unter der damaligen Federführung des Wirtschaftsministeriums Baden-Württemberg hat man in mehreren Veranstaltungen die Grundlagen für eine Reihe an Publikationen erarbeitet, die im Frühjahr 2021 dann veröffentlicht wurden. Die Kommunalen Landesverbände waren in diesen Prozess mit eingebunden. Eines der zentralen Ergebnisse ist eine Broschüre, die kommunalen Entscheidern einen einfachen Zugang zu neutralen Informationen über 5G und die Wirkung von Mobilfunk auf Mensch und Umwelt ermöglichen sollte. Darüber hinaus wurde die Website www.mobilfunk-bw.de ins Leben gerufen, auf der eine FAQ-Seite sowie weitere Informationen wie ein Erklärfilm bereitgestellt wurden.

Parallel dazu hat die Bundesregierung im Dezember 2020 die Dialoginitiative „Deutschland spricht über 5G“ gestartet. Auch die Dialoginitiative hat verschiedene Materialien, die sich u.a. auch direkt an Kommunen richten, entwickelt und über die Kommunalen Spitzenverbände zur Verfügung gestellt. Die Dialoginitiative des Bundes legt allerdings einen besonderen Schwerpunkt auf den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern.

So bietet die Dialoginitiative auch eine direkte Unterstützung für Bürger-Infoveranstaltungen vor Ort an. Expertinnen und Experten des Bundes kommen bei Bedarf vor Ort in die Gemeindeverwaltungen und diskutieren gemeinsam mit Stakeholdern aus der jeweiligen Region offene Fragen des Mobilfunkausbaus. Das Dialogbüro unterstützt hierbei auch bei der Wahl des richtigen Veranstaltungsformats und bietet einen breiten Schatz an Erfahrungen, wie beispielsweise mobilfunkkritische Bürgerinnen und Bürger sinnvoll und zielführend in solche Veranstaltungen eingebunden werden können. Weitere Informationen zur Dialoginitiative finden sich im Netz unter www.deutschland-spricht-ueber-5g.de.

Mobilfunkinfrastrukturgesellschaft und Mobilfunkförderung

Während z.B. Bayern bereits Ende 2018 mit einem eigenen Förderprogramm für den Mobilfunkausbau an den Start gegangen ist, hat die baden-württembergische Landesregierung – trotz zwischenzeitlicher Forderungen von kommunaler Seite nach einer Landesinfrastrukturgesellschaft für den Mobilfunkausbau – keine Notwendigkeit gesehen, hier selbst tätig zu werden. Ende 2020 war es dann der Bund, der ein eigenes bundesweites Mobilfunkförderprogramm vorbereitet hat, das im Juni 2021 an den Start ging. Anders als die verschiedenen Förderprogramme für den Glasfaserausbau, die sich allesamt ausschließlich an Kommunen richten, sind die Adressaten der Mobilfunkförderung die Tower Companies. Die Förderung erfolgt auf Grundlage des Wirtschaftlichkeitslückenmodells. Für die Schließung von weißen Flecken im 4G-Netz hat der Bund insgesamt 1,1 Mrd. Euro an Fördermitteln zur Verfügung gestellt. Parallel hat die Bundesregierung eine Mobilfunkinfrastrukturgesellschaft (MIG) gegründet. Sitz der Gesellschaft ist in Naumburg (Saale) in Sachsen-Anhalt.

Organisatorisch ist die MIG eine Tochtergesellschaft der bundeseigenen Toll-Collect. Aufgabe der MIG soll es sein, zum einen das Förderprogramm des Bundes zu betreuen und gleichzeitig die bestehenden Förderprogramme der Bundesländer zu koordinieren. Weitere Aufgaben der MIG sind es, Genehmigungsprozesse wo möglich zu beschleunigen und Kommunen aktiv bei der Identifikation von geeigneten Standorten für Mobilfunksendeanlagen zu unterstützen.

Das Förderprogramm des Bundes kann allerdings nur dann zum Einsatz kommen, wenn die folgenden drei Bedingungen erfüllt sind:

- kein Mobilfunknetzbetreiber bietet eine Mobilfunkversorgung mit 3G oder besser,
- im Rahmen eines Markterkundungsverfahrens (MEV) wurde festgestellt, dass ein privatwirtschaftlicher Ausbau innerhalb der kommenden drei Jahre nicht erfolgt und
- aufgrund der Lizenzbestimmungen bestehen keine Versorgungsauflagen durch den Netzbetreiber (dies ist bspw. bei allen Autobahnen sowie Bundes- und Landesstraßen der Fall).

Das Förderprogramm des Bundes ist zweistufig aufgebaut. Nach Identifikation eines weißen Flecks führt die MIG ein MEV durch, bei dem sie prüft, ob im Zielgebiet nicht doch ein eigenwirtschaftlicher Ausbau möglich ist. Erst wenn das MEV negativ ausfällt, beginnt die MIG mit der Identifikation geeigneter Standorte, der Einholung von Vorgehmungen und dem Abschluss von Vorverträgen mit Netzbetreibern. Anschließend veröffentlicht die MIG einen Förderaufruf, auf den sich Tower Companies bewerben können. Diejenige Tower Company, die das beste Angebot einreicht, erhält den Zuschlag und einen Zuwendungsbescheid und darf den Standort bauen. Gefördert werden der Bau des Funkmasts, evtl. benötigte Ne-

bengebäude, die Miete gegenüber dem Grundstückseigentümer für die ersten 7 Jahre, der Stromanschluss, der Glasfaseranschluss und die Zuwegung zur Funkstation. Nicht gefördert wird die aktive Technik, diese ist vom Netzbetreiber zu stellen. Im Idealfall sind mehrere oder alle Netzbetreiber auf der geförderten Infrastruktur tätig. Garantieren kann die MIG aber nur, dass wenigstens ein Netzbetreiber tätig wird.

Damit offenbart sich auch schon eine der größten Schwächen des Mobilfunkförderprogramms des Bundes. Eine Förderung ist nämlich ausschließlich in weißen Flecken möglich, was bedeutet, dass Gebiete, in denen bereits einer von drei (bzw. vier) Netzbetreibern eine Versorgung bietet, von einer Förderung ausgeschlossen sind. Da der Endnutzer in der Regel aber nur über die SIM-Karte eines einzelnen Netzbetreibers verfügt, wird dieser eine Mehrheit der „grauen Flecken“, wie diese Gebiete genannt werden, ebenfalls als unversorgt empfinden. Anhand dieser Problematik wird abermals deutlich, wie wichtig in solchen Gebieten die Anordnung von nationalen Roaming in Form eines örtlich begrenzten „lokalen Roamings“ wäre. Leider wehren sich die Mobilfunknetzbetreiber massiv gegen eine solche Regelung, um sich gegenüber dem Kunden in Sachen Netzabdeckung weiterhin von Wettbewerbern abheben zu können.

Ebenfalls problematisch scheint aus Sicht der Geschäftsstelle die Begrenzung der Tätigkeit der MIG auf das 4G-Netz. Zwar müssen geförderte Mobilfunksendeanlagen grundsätzlich auf 5G aufrüstbar sein, aber ein paralleler 5G-Betrieb ist nicht erforderlich und eventuell zusätzliche kleinere Sendestandorte, die für einen 5G-Betrieb auf höheren Frequenzen womöglich erforderlich wären, werden auch nicht gefördert.

Das wohl drängendste Problem ist allerdings die Datengrundlage, auf der die MIG die weißen Flecken überhaupt identifiziert. Diese basieren nämlich rein auf

Meldungen der Mobilfunknetzbetreiber, die wiederum berechnet und nicht gemessen werden. Zahlreiche Messfahrten, teilweise auch im Auftrag von Landkreisverwaltungen, haben bereits offenbart, dass es zwischen den Versorgungskarten der Netzbetreiber und der tatsächlich gemessenen Versorgung massive Abweichungen nach unten gibt. Deshalb besteht die Gefahr, dass auch nach erfolgreicher Schließung aller weißen Flecken durch die MIG auf Basis der Datengrundlage des Bundes keine flächendeckende Mobilfunkversorgung gewährleistet ist. Dieses auch für die Bürgerinnen und Bürger frustrierende Szenario gilt es unbedingt zu vermeiden, weshalb die Kommunalen Landesverbände gemeinsam mit dem inzwischen ressortzuständigen Innenministerium Baden-Württemberg in regelmäßigem Austausch mit der MIG stehen, und im Rahmen dessen angeregt haben, die Berücksichtigung der Nutzerperspektive (Reality-Check) bei der Identifikation von weißen Mobilfunk-Flecken mit zu berücksichtigen. Parallel dazu, soll das Thema über die Kommunalen Spitzenverbände auf Bundesebene vorgebracht werden.

Über einen regelmäßigen Austausch zwischen den für Baden-Württemberg verantwortlichen Mitarbeitern der MIG und den Praktikern des geförderten Glasfaserausbaus aus den baden-württembergischen Landkreisen möchte die Geschäftsstelle künftig sicherstellen, dass sich die MIG über die speziellen Rahmenbedingungen, die sich bspw. durch den geförderten Breitbandausbau im Betreibermodell ergeben, bewusst wird. Ein zentrales Thema ist hierbei die Mitnutzung von kommunalen Glasfasernetzen bei der Anbindung von geförderten Mobilfunksendeanlagen. Unter keinen Umständen darf es zu einem Überbau kommunaler Netzinfrastrukturen im Rahmen des Baus einer vom Bund geförderten Mobilfunksendeanlage kommen. Seit Gründung der MIG wurden bundesweit 213 Markterkundungsverfahren ge-

startet, davon 35 in Baden-Württemberg. 111 Markterkundungsverfahren wurden bundesweit bereits abgeschlossen. In 57 Fällen der 111 Fälle wird ein eigenwirtschaftlicher Ausbau stattfinden. In 54 Fällen ist ein Förderverfahren geplant. Bislang wurden noch keine Förderverfahren gestartet (Stand: Januar 2022).

Die MIG hat nach eigener Aussage große Probleme am Standort Naumburg (Saale) ausreichend Personal zu finden. Nach wie vor ist offenbar ein großer Teil der Stellen unbesetzt. Vorgesehen ist ein personeller Aufbau auf bis zu 97,5 Stellen. Noch unklar ist außerdem, wie es mit der MIG unter dem neuen für den Mobilfunk zuständigen Bundesminister Volker Wising im Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) weitergehen wird.

5G-Innovationsregionen

Im Sommer 2019 hat die frühere Bundesregierung den 5G-Innovationswettbewerb ins Leben gerufen. Der Wettbewerb geht auf die 5 x 5G-Strategie zurück und soll die Erprobung von 5G-Anwendungen unter realen Bedingungen ermöglichen. Auf diese Weise sollten potenzielle Nachfrager und Anbieter von innovativen 5G-Mobilfunklösungen zusammgeführt und die Potenziale des 5G-Mobilfunks vor Ort sichtbar gemacht werden.

Der Wettbewerb war zweistufig angelegt. In der ersten Stufe wurden bundesweit 68 Regionen mit 100.000 Euro gefördert, davon elf aus Baden-Württemberg. Mit dieser Förderung können die ausgewählten Regionen ein Konzept zur Umsetzung ihrer Projektidee erstellen und sich für die zweite Stufe (Umsetzungsförderung) bewerben. Die Themen in Baden-Württemberg reichten von Logistik und ÖPNV über die Verbesserung des Rettungsdienstes und Gesundheitsanwendungen bis hin zu Smart Farming. Die fertigen Konzepte konnten bis August 2020 beim damaligen Bundesministerium für Verkehr und Digitale Infrastruktur (BMVI) eingereicht werden.

Alle elf Regionen aus Baden-Württemberg haben sich um die Umsetzungsförderung beworben. Im April 2021 stand dann fest, dass neun der elf baden-württembergischen Projekte eine Umsetzungsförderung vom Bund in Millionenhöhe erhalten und damit so viele wie in keinem anderen Bundesland.

Die Umsetzung der verschiedenen Projekte dauert – Stand Januar 2022 – nach wie vor an.

Ausblick

Mit der Neuaufgabe der grün-schwarzen Regierungskoalition in Baden-Württemberg im Frühjahr 2021 ging das Thema Mobilfunkversorgung, wie von Seiten des Landkreistags favorisiert, vom Wirtschaftsministerium (WM) auf das für Digitalisierung zuständige Innenministerium (IM) über und ist seitdem im Referat 73 „Digitale Infrastruktur“ angesiedelt, welches auch den leitungsgebundenen Breitbandausbau und die Breitbandförderung verantwortet.

Hierbei ist positiv hervorzuheben, dass sich das IM – anders als zuvor das WM – nicht einseitig auf das Thema Umgang mit mobilfunkkritischen Bürgerinnen und Bürgern konzentriert, sondern auch den Themen geförderter Mobilfunkausbau und Synergien mit dem leitungsgebundenen Glasfaserausbau eine größere Bedeutung einräumt.

Ende Januar 2022 hat Herr Innenminister Thomas Strobl zum Runden Tisch Mobilfunk eingeladen. Bei der Veranstaltung, die künftig halbjährlich stattfinden soll, und bei dem neben Land und Kommunalen Landesverbänden auch die Mobilfunknetzbetreiber am Tisch sitzen, sollen die zentralen Themen, Probleme und Herausforderungen und deren Lösung für den Mobilfunknetzausbau in Baden-Württemberg erörtert und diskutiert werden. In der ersten Sitzung wurden konkrete Themengebiete identifiziert, insbesondere im Bereich der Genehmigungsverfahren, an denen man weiterarbeiten möchte.

Inwieweit die bislang von der Bundesregierung getroffenen Maßnahmen tatsächlich dazu führen werden, dass bis Mitte der 20er Jahre eine flächendeckende Versorgung mit 4G und 5G auch in den letzten Winkeln der Republik besteht, lässt sich derzeit schwer abschätzen. Vieles wird davon abhängen, ob der mit der letzten Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen eingeschlagene Weg, weg von maximalen Versteigerungserlösen hin zu strengeren Versorgungsauflagen, bei künftigen Frequenzvergaben weiter beschritten wird. Gleichzeitig wird es erforderlich sein, die skizzierten

Problemlagen bei der Mobilfunkförderung zu beseitigen und die zur Verfügung stehenden Stellschrauben zur Regulierung der Marktteilnehmer zu nutzen.

¹ In Deutschland existieren drei große Netzbetreiber mit jeweils eigenen Mobilfunknetzen: die Deutsche Telekom, Vodafone und Telefónica (O2). Darüber hinaus gibt es Anbieter ohne eigene Netzinfrastruktur, sogenannte Mobile Virtual Network Operator (MVNO), häufig Mobilfunk-Discounter, in einigen Fällen auch Tochterunternehmen der Netzbetreiber. Die bislang als MVNO operierende 1&1 Drillisch hat angekündigt, im Zuge des 5G-Netzausbaus ein eigenes Mobilfunknetz aufbauen zu wollen.

² Lokales Roaming funktioniert so, dass wenn Kunden des Mobilfunkunternehmens A an einer bestimmten unterversorgten Stelle keinen Empfang haben, sie automatisch mit einem anderen, an dieser Stelle verfügbaren Mobilfunknetz (Mobilfunkunternehmen B) verbunden werden. Unternehmen A würde in diesem Fall Unternehmen B für die Mitnutzung entschädigen.

Michael Schlichenmaier leitet die Stabsstelle Presse- und Öffentlichkeitsarbeit beim Landkreistag Baden-Württemberg und ist gleichzeitig als stellvertretender Leiter der Stabsstelle Digitalisierung für das Thema Digitale Infrastruktur (Breitband und Mobilfunk) zuständig.

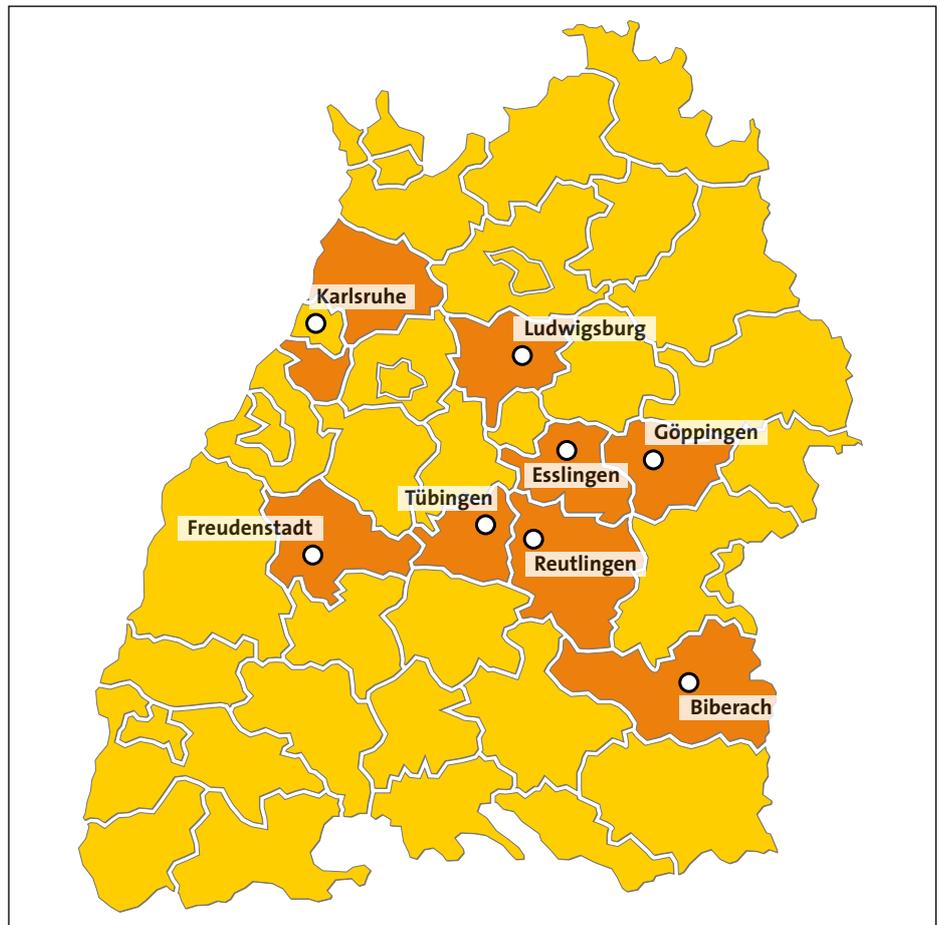
Quartiersentwicklung in den Landkreisen

Von Lisa Frauhammer, Stuttgart

Seit 2018 berät, begleitet und unterstützt die Fachberatungsstelle Quartiersentwicklung im Rahmen der Landesstrategie „Quartier 2030: Gemeinsam. Gestalten.“ die baden-württembergischen Landkreise bei Prozessen der Quartiersentwicklung. Seitdem haben bereits zwölf Landkreise in Kooperation mit Städten, Gemeinden und Zivilgesellschaft Quartiersprojekte im Rahmen der Förderprogramme des Landes umgesetzt bzw. setzen diese im Moment um. Im Herbst letzten Jahres habe ich acht dieser Projekte besucht. Dabei beeindruckte mich, wie unterschiedlich Quartiersentwicklung in den Landkreisen aussehen kann und wie kreativ die Landkreise den demografischen Wandel gestalten.

Landkreis Ludwigsburg¹

Mein erster Besuch führte mich in den Landkreis Ludwigsburg. Im Quartier „City-Ost“ in Ludwigsburg hat der Landkreis in Kooperation mit der Stadt Ludwigsburg und bürgerschaftlich Engagierten als Anlaufstelle für die Bürgerinnen und Bürger ein Quartiersbüro eingerichtet



Meine Besuche führten mich in die Landkreise Biberach, Esslingen, Freudenstadt, Göppingen, Karlsruhe, Ludwigsburg, Reutlingen und Tübingen.

Quelle: Landkreistag Baden-Württemberg



Wolfgang Rothenbacher vom Nachbarnetz Ludwigsburg im Quartiersbüro des Projekts „Wir in City-Ost“

Quelle: Landkreistag Baden-Württemberg, Lisa Frauhammer

und eine Quartiersmanagerin eingestellt. Im Quartiersbüro gibt es beispielsweise ein schwarzes Brett, auf dem Angebote von Nachbarn für Nachbarn ausgestellt werden, einen Brötchenservice und verschiedene Veranstaltungen zur Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. Darüber hinaus wurde zur weiteren Vernetzung eine digitale Plattform entwickelt, über die nachbarschaftliche Hilfe organisiert und vermittelt wird. Das Interesse des Landkreises, dieses Projekt anzustoßen und zu begleiten, war es, neue Strukturen zu erproben, um die Herausforderungen des demografischen Wandels anzugehen und die pflegerische Versorgung auch zukünftig sichern zu können.

Landkreis Esslingen²

Meine nächste Station war der Landkreis Esslingen. Der Landkreis Esslingen unterstützt seine kreisangehörigen Kommunen in der Bewältigung der Herausforderungen des demografischen Wandels. Vorrangiges Ziel ist es hierbei, die Strukturen im Quartier so zu gestalten, dass die Bewohnerinnen und Bewohner möglichst lange in ihrem vertrauten Umfeld wohnen können. Dafür werden sowohl Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der kreisangehörigen Kommunen als auch

Ehrenamtliche qualifiziert, in ihren Kommunen Altenhilfeangebote zu entwickeln und umzusetzen. Zusätzlich begleitet und berät der Landkreis ausgewählte Kommunen aktiv in der Erstellung einer Sozialraumanalyse, in der Entwicklung einer Quartiersstrategie und in der Gremienarbeit. Hierbei ist es dem Landkreis wichtig, kein starres Konzept anzuwenden, sondern die jeweiligen Kommunen stets ausgerichtet an deren Bedarfen zu unterstützen.



Franziska Hezinger (Altenhilfefachberaterin im Landkreis Esslingen) stellt die Ergebnisse der Befragung der Bürgerinnen und Bürger in der Gemeinde Großbottlingen vor.

Quelle: Landkreistag Baden-Württemberg, Lisa Frauhammer

Landkreis Freudenstadt³

Mein nächster Besuch führte mich zur Kreisvolkshochschule des Landkreises Freudenstadt. Dort wurden in Kooperation mit der Gemeinden Empfingen Digitalisierungs-Schulungen für Seniorinnen und Senioren angeboten. Das Ziel war allen voran, den älteren Menschen die Angst vor dem Umgang mit digitalen Geräten zu nehmen und sie so zur digitalen Teilhabe zu befähigen. So wurden alle Teilnehmenden mit Tablets ausgestattet und von VHS-Lehrkräften geschult. Die Schulungen wurden gut angenommen, was allen voran an der Kooperation des Landkreises und der Gemeinde mit dem Seniorenbeirat lag. Die Mitglieder des Seniorenbeirats wirkten als Multiplikatoren in die Zielgruppe und begleiteten teilweise selbst die Kursteilnehmenden. Die Idee, zusätzlich eine App zur Vernetzung der Empfängerinnen und Empfänger zu etablieren, stieß kaum auf Interesse. Die Seniorinnen und Senioren interessierten sich vielmehr dafür, wie sie Internet, E-Mails, Youtube und Messenger Dienste nutzen können.

Landkreis Reutlingen⁴

Im Landkreis Reutlingen lernte ich das Projekt „Familiencampus Hülben“ kennen. In enger Kooperation mit der Gemeinde Hülben entsteht in Hülben ein Gesundheitszentrum samt eines Präventions- und Nachsorgezentrums sowie einem Kindergarten. Im Laufe des Projekts wurde mit Fokus auf eine altersgerechte und sektorenübergreifende Gesundheitsversorgung das gesamte Quartier konzeptionell eingebunden. Dabei ging es um die Frage, wie zum einen die Einrichtungen gut miteinander verknüpft werden können und zum anderen insgesamt eine alters- und generationengerechte Dorfentwicklung funktionieren kann. In diesem Zuge ist es gelungen, die unterschiedlichen Disziplinen und Akteure miteinander zu vernetzen und ein gemeinsames Konzept für den Familiencampus zu entwickeln.

Landkreis Biberach⁵

Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels möchte der Landkreis Biberach in Kooperation mit der Gemeinde Schemmerhofen Erfahrungen sammeln, welche Strukturen Kommunen brauchen, damit die Bewohnerinnen und Bewohner möglichst lange zuhause leben können. Um dieser Frage auf den Grund zu gehen, wurden in Schemmerhofen in einem Beteiligungsprozess Seniorinnen und Senioren befragt, was sie im Alter für ein gutes Leben benötigen. In einem „Runden Tisch“, „Dorfgesprächen“, einer Online-Befragung und „Hausgesprächen“ kamen die kommunalen Mitarbeitenden und Verantwortlichen mit den älteren Menschen ins Gespräch. Als Ergebnis haben sich drei Arbeitsgruppen zu den Themen Barrierefreiheit, generationenübergreifende Freizeitaktivitäten und Vermittlung von Unterstützung gebildet. Diese Arbeitsgruppen werden nun Maßnahmen erarbeiten und in Umsetzung bringen, um die für Schem-

merhofen passenden Strukturen einer „sorgende Gemeinschaft“ aufzubauen.

Landkreis Tübingen⁶

Im Landkreis Tübingen lernte ich die Verantwortlichen des Landkreises und des Kreissenioresrates Tübingen e.V. für die Beratungsstelle zum Aufbau ambulant betreuter Wohngemeinschaften kennen. Als Alternative zur Pflegeheimversorgung fördert der Landkreis Tübingen seit 2018 den Ausbau sogenannter „Pflege-WGs“. Da der Landkreis den Ausbau über eine finanzielle Förderung hinaus unterstützen möchte, wurde zusätzlich eine Beratungsstelle beim Kreissenioresrat Tübingen e.V. eingerichtet. Die Arbeit der Beratungsstelle war in einem ersten Schritt die Idee einer ambulant betreuten Wohngemeinschaft im Landkreis zu streuen, in einem zweiten Schritt wurden Initiativen gesucht, die eine „Pflege-WG“ aufbauen möchten. Diese Initiativen werden nun konzeptionell beraten, unterstützt und begleitet. Es ist das Ziel, Best-Practice-Beispiele zu schaffen, die dann als Leuchtturmprojekte in den gesamten Landkreis wirken und weitere Projekte inspirieren.

Landkreis Karlsruhe⁷

Mein nächster Besuch führte mich ins Landratsamt nach Karlsruhe. In Kooperation mit der Großen Kreisstadt Waghäusel soll ein generationenübergreifender und integrativer Treffpunkt für Bürgerinnen und Bürger entstehen sowie ein Quartiersmanagement aufgebaut werden. Dieses Projekt ist Teil der Strategie des Landkreises zur Förderung der Quartiersentwicklung und soll für andere Städte und Gemeinden beispielgebend sein. Darüber hinaus unterstützt der Landkreis Quartiersentwicklung durch Informationsveranstaltungen, Projektvorstellungen und Vernetzungsangebote für Quartiersmanagerinnen und Quartiersmanager im Landkreis. Diese Strategie ist eine Antwort des Land-

kreises auf den demografischen Wandel und somit eine bewusste Investition in eine lebenswerte Zukunft. Um die Wichtigkeit des Themas darüber hinaus zu betonen, hat der Landkreis eine feste Stelle eingerichtet.

Landkreis Göppingen⁸

Als letzte Station meiner Tour besuchte ich den Landkreis Göppingen und die Gemeinde Bad Boll. Zur Sicherstellung der Nahversorgung in Bad Boll hat sich dort eine Dorfladengenossenschaft gegründet und einen Dorfladen eröffnet. Durch Einstellung einer Quartiersmanagerin, die halbtags zusätzlich als Mitarbeiterin im Dorfladen arbeitet, ist der Dorfladen zum Quartierszentrum geworden. Diese innovative Idee wird von weiteren Beteiligungsaktionen im Quartier flankiert. So können die Bürgerinnen und Bürger beispielsweise auf Bierdeckeln ihre Wünsche für ein gutes Leben in Bad Boll aufschreiben oder an digitalen Vorleseabenden und Dorfgespräche teilnehmen, um miteinander ins Gespräch zu kommen. Zusätzlich wurde ein Bürgerrat mit zufällig ausgewählten Bürgerinnen und Bürgern durchgeführt, die weitere Ideen für die Gemeinde entwickelten und diskutierten.



Die Quartiersmanagerin Kerstin Ensslen im Dorfladen Bad Boll

Quelle: Landkreistag Baden-Württemberg, Lisa Frauhammer

Darüber hinaus steht der Landkreis weiteren Kommunen in Quartiersprojekten beratend zur Seite. Mit dem Projekt in Bad Boll wurde hier ein herausragendes Beispiel geschaffen, das nun in die Fläche getragen werden kann.

Fazit

Ziel meiner Tour war es, zu erfahren, wie und warum sich die baden-württembergischen Landkreise für Quartiersentwicklung einsetzen, welche Faktoren zum Gelingen der Projekte beitragen und welche Stolpersteine aus dem Weg geräumt werden mussten. Gleichzeitig war die Rundreise durch die Kreise eine Zeit der Ernte, um aufzuzeigen, was nach dem Start der Landesstrategie im Jahr 2017 vor Ort realisiert wurde. Dabei hat sich gezeigt, dass die Landkreise die Herausforderungen des demografischen Wandels aktiv gestalten wollen und die Schaffung von alternativen Wohnformen und Versorgungsstrukturen für Menschen mit Unterstützungsbedarf fördern möchten. Gezeigt hat sich auch, dass es sehr viele unterschiedliche Ansätze für dieses Ziel gibt und die Gegebenheiten und Bedarfe vor Ort eine wichtige Rolle spielen. Besonders auffallend war, dass sehr viele meiner Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner betonten, dass der Erfolg der Projekte von dem Engagement und dem Einsatz der Beteiligten abhängt. Wenn die Projektverantwortlichen und -mitarbeitenden hinter dem Projekt stehen und mit Herz dabei sind, so gelingt es auch, trotz unvorher-

gehaltener Herausforderungen, das Projekt zum Erfolg zu führen und lebendige Nachbarschaften zu fördern.

Quartiersentwicklung unterstützt die Entwicklung von Quartieren. Quartiere können Nachbarschaften, Stadtviertel oder Dörfer sein. Ziel der Quartiersentwicklung ist es, Gemeinschaft, gegenseitige Unterstützung und Begegnung unter den Bewohnerinnen und Bewohnern der Quartiere zu ermöglichen. Was gebraucht wird, entscheiden die Menschen vor Ort. Quartiersentwicklung lebt von der Beteiligung und dem Engagement der Bewohnerinnen und Bewohner. Das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg unterstützt Quartiersentwicklung in Baden-Württemberg durch die Landesstrategie „Quartier 2030: Gemeinsam. Gestalten.“

Weitere Infos: www.quartier2030-bw.de

Sowohl die Fachberatungsstelle Quartiersentwicklung beim Landkreistag als auch die hier vorgestellten Projekte werden im Rahmen der Landesstrategie „Quartier 2030: Gemeinsam. Gestalten.“ aus Mitteln des Landes Baden-Württemberg unterstützt.



gesehener Herausforderungen, das Projekt zum Erfolg zu führen und lebendige Nachbarschaften zu fördern.

- ¹ Siehe Staatsanzeiger | Kreis & Kommune | Freitag, 22. Oktober 2021 | „Büro vernetzt Bürger und ihre Ideen“.
- ² Siehe Staatsanzeiger | Kreis & Kommune | Freitag, 29. Oktober 2021 | „Wie ein Landkreis seine Kommunen befähigt“.
- ³ Siehe Staatsanzeiger | Kreis & Kommune | Freitag, 5. November 2021 | „Youtube und persönlich eingerichtete Tablets kamen bei den über 80-Jährigen gut an“.
- ⁴ Siehe Staatsanzeiger | Kreis & Kommune | Freitag, 12. November 2021 | „Familiencamp ermöglicht kurze Wege zur Kita und zu Ärzten“.

- ⁵ Siehe Staatsanzeiger | Kreis & Kommune | Freitag, 19. November 2021 | „Wie Schemmerhofen gemeinsam mit Senioren eine „sorgende Gemeinschaft“ entwickelt“.
- ⁶ Siehe Staatsanzeiger | Kreis & Kommune | Freitag, 26. November 2021 | „Im Landkreis Tübingen sollen zehn Pflege-WGs entstehen“.
- ⁷ Siehe Staatsanzeiger | Kreis & Kommune | Freitag, 3. Dezember 2021 | „In Waghäusel soll ein generationenübergreifender integrativer Bürgertreffpunkt entstehen“.
- ⁸ Siehe Staatsanzeiger | Kreis & Kommune | Freitag, 10. Dezember 2021 | „Ein Dorfladen als Zentrum für Ideen“.

Lisa Frauhammer ist Fachberaterin für Quartiersentwicklung beim Landkreistag Baden-Württemberg.

Einladung zu den 19. Reichenauer Tagen zur Bürgergesellschaft

Von Daniel Werthwein, Christine Stutz und Lisa Frauhammer, Stuttgart



19. Reichenauer Tag

Quelle: Landkreistag Baden-Württemberg

Die 19. Reichenauer Tage zur Bürgergesellschaft widmen sich in diesem Jahr dem Thema „Engagement im digitalen Wandel“. Die traditionsreiche Fachtagung des Landkreistags Baden-Württemberg findet am 29. und 30. Juni 2022 am bewährten Tagungsort in Allensbach-Hegne statt. Eingeladen sind Führungs- und Fachkräfte der Kommunen und Verbände sowie Interessierte aus zivilgesellschaftlichen Organisationen. Prof. Dr. Alexis v. Komorowski, Hauptgeschäftsführer des Landkreistags Baden-Württemberg, freut sich sehr darauf, die Teilnehmenden am Bodensee begrüßen zu dürfen, nachdem im letzten

Jahr eine hybride Online-Veranstaltung stattfand.

Der digitale Wandel, verstanden als kontinuierlicher Transformationsprozess, beeinflusst alle Bereiche des Lebens. Wie verändert die fortschreitende Digitalisierung das bürgerschaftliche Engagement und die Quartiersentwicklung? Wie gelingt es, die Chancen der Digitalisierung für alle Generationen zu nutzen? Wie kann der digitale Wandel mitgestaltet werden? Wie kann Ausgrenzung vermieden und digitale Teilhabe für alle ermöglicht werden? Diese und weitere Fragen werden im Rahmen der Fachtagung diskutiert.

Inwiefern und auf welche Weise die voranschreitende Digitalisierung das bürgerschaftliche Engagement verändert, darüber referiert Katarina Peranić, Vorständin der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt in ihrem Impulsvortrag. Aktuelle Forschungsergebnisse über die Bedeutung der Digitalisierung für das Engagement von Jugendlichen präsentiert Dr. Stephanie Saleth, Leiterin der Familienforschung Baden-Württemberg im Statistisches Landesamt. Im Gespräch mit Barbara Bosch, Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung, wird das Thema Bürgergesellschaft und Digitalisierung beleuchtet. Anknüpfend daran diskutieren Katarina Peranić, Dr. Stephanie Saleth und Simone Fischer mit Moderator Dr. Thomas Pfohl und den Teilnehmenden über den Fortschritt in den Kommunen durch eine aktive Bürgergesellschaft.

Dass die Landkreisebene sich den Herausforderungen proaktiv und mit viel Kreativität annimmt und die Chancen strategisch nutzt, zeigen Good-Practice-Beispiele aus den Landkreisen Böblingen, Reutlingen, Tübingen und dem Bodenseekreis. Diese geben Einblick in vorbildliche Praxisprojekte: Smartphones für Nonliner, Internetcafés, PC-Treffs, Familiencampus Hülben, tūnews INTERNATIONAL und „jung und enga-



Manne Lucha MdL

Quelle: Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg



Katarina Peranić

Quelle: Ben Jeranek



Dr. Stefanie Saleth

Quelle: Privat



Barbara Bosch

Quelle: Trinkhaus



Simone Fischer

Quelle: Axel Dressel

giert“. Abgerundet wird der erste Tag durch einen Abschlussimpuls von Simone Fischer, Beauftragte der Landesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen.

Am zweiten Tag laden die Fachberatungen Bürgerschaftliches Engagement, Quartiersentwicklung und Europäischer Sozialfonds des Landkreistags zu Work-

shops ein. Im Mittelpunkt stehen Praxisbeispiele der Teilnehmenden, Informationen und Austausch.

Die Reichenauer Tage sind ein jährliches Highlight im Veranstaltungskalender des Landkreistags Baden-Württemberg. Sie werden vom Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg unterstützt. Die Fach-

beraterinnen Bürgerschaftliches Engagement und Quartiersentwicklung, Christine Stutz und Lisa Frauhammer, organisieren die Veranstaltung unter der Koordination von Daniel Werthwein, Landkreistag Baden-Württemberg.

Nähere Informationen und Anmeldung unter www.reichenauer-tage.de.

Meine.Deine.Unsere Heimat!? – ein dynamisches Vernetzungsprojekt im Landkreis Göppingen für Fachkräfte und bürgerschaftlich Engagierte

Von Monica Roy-Greve und Franziska Völker, Landkreis Göppingen

Das Projekt „Meine.Deine.Unsere Heimat!“ wurde mit Mitteln des Förderprogramms „Gemeinsam in Vielfalt IV“ des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration unterstützt. Die Vernetzung verschiedener Kooperationspartner in einer neuartigen, agilen Teamstruktur kann als Leuchtturmprojekt im Landkreis Göppingen gesehen werden. Allen Partnern gemeinsam ist die Botschaft eines Heimatbegriffs, der den Austausch und die Begegnung aller Menschen im Landkreis – unabhängig von Herkunft und Kultur – fördern und auch verschiedene Aspekte des Begriffs „Heimat“ vermitteln soll. Es war allen Partnern ein besonders Anliegen, Wissen zu vermitteln, Integration zu fördern und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken.

Verlauf

Alles nahm seinen Anfang im April 2018, als eine kleine Gruppe aus Göppingen in Herrenberg das Projekt „Lampedusa calling“ kennenlernte und diese Idee in den eigenen Landkreis bringen wollte. Der Plan gewann durch eine wachsende Zahl an Projektpartnerinnen und Projekt-

partnern aus unterschiedlichen Kommunen, Einrichtungen und Vereinen an Gestalt.

Im Sommer 2019 wurde das Vorhaben zu „Meine.Deine.Unsere Heimat!“ und im Dezember kam der Zuschlag für die Förderung durch „Gemeinsam in Vielfalt IV“. Damals plante man noch zwei Projektwochen mit einem Begegnungscontainer, der zuerst in Göppingen und später in Geislingen stehen sollte.

Letztlich kam es aber anders: Der Ausstellungscontainer konnte nicht mehr ausgeliehen werden und ein halbes Jahr später bremste die Pandemie das weitere Vorgehen. Die anvisierte Durchführung im Mai 2020 wurde auf den Juni 2021 verschoben.

So wurde es im Frühjahr 2021 für alle Partnerinnen und Partner nochmals arbeitsintensiv. Knapp fünf Wochen vor Projektstart musste auf Grund der pan-



Der hybride Auftaktgottesdienst wurde live im Internet übertragen.

Quelle: Landratsamt Göppingen

demischen Lage überlegt werden, ob man alles absagt oder ob man alles digitalisiert. Treffen und Begegnungen in Präsenz waren nicht möglich.

Dass die Gruppe aus verschiedensten Kooperationspartnern entschieden hat, den Kraftakt zu wagen und (fast) alles zu digitalisieren, zeigt, wie stark dieses Netzwerk geworden ist, wie resilient und überzeugt die Gruppe war, dass dieses Projekt wichtig ist – gerade in Zeiten der Pandemie.

Programm

Das Programm war in seiner finalen Durchführung so aufgebaut, dass man auf vielfältigen Wegen einen Zugang zum Thema „Heimat“ bekam. Der Begriff Heimat wurde nicht nur im Kontext von Zuwanderung und „Alteingesessenen“ gesehen. Mehrsprachige Stadt- und Kulturführungen, Klimawandel, Heimat für Tiere schaffen, Flucht und viele weitere Aspekte wurden in einem abwechslungsreichen Programmmix aus Vorträgen, Lesungen, Konzerten, Podiumsdiskussionen und Livestreams beleuchtet. In einer Schreibwerkstatt konnte man sich auch individuell sprachlich mit dem Thema beschäftigen. Bei der digitalen Durchführung wurde auf verschiedene Kanäle in den sozialen Medien zurückgegriffen. Der Zugang wurde möglichst unkompliziert gehalten und auch heute gibt es noch – ohne geschaltete Werbeanzeigen – stetig steigende Klickzahlen auf Facebook und YouTube. In einer im Durchführungszeitraum dauerhaft zugänglichen Kunstaustellung konnte man die künstlerische Auseinandersetzung mit dem Thema erleben. Auch für Schulklassen wurde ein Angebot entwickelt, das digital umgesetzt wurde.

Viele Menschen verbinden Heimat auch mit Essen. So wurde als weiterer pandemie-konformer Baustein zum Thema ein Kochbuch entwickelt. „So schmeckt Heimat im Landkreis Göppingen – Rezepte und Geschichten“ wurde zu einem



Cover vom Kochbuch mit dem Logo von Meine.Deine.Unsere Heimat!?

Quelle: Landratsamt Göppingen

wunderbaren Buch. Einwohnerinnen und Einwohner des Landkreises haben ihre Heimat-Rezepte und die persönlichen Geschichten dazu geteilt. So kann das Projekt auch nachhaltig weiterwirken: Wenn ein Gericht selbst gekocht, gerochen und geschmeckt und dazu die Geschichte gelesen wird, so fühlt man sich dem Koch/der Köchin ein Stück näher, lernt zu verstehen und mehr zu begreifen. Es war schön, dass auch die lokale Presse das Thema aufgegriffen, daraus eine Landkreis-Serie entwickelt und einige Rezepte vorgestellt hat. Gleichzeitig war das Kochbuch ein wunderbares Mittel, um die mitwirkenden Ehrenamtlichen zu würdigen. Die meisten der Autorinnen und Autoren sind für ihr Engagement im Kreis bekannt und freuten sich sehr über ihr „eigenes“ Kochbuch und die feierliche Übergabe.

Stärken des Projektes

„Meine.Deine.Unsere Heimat!?“ ist ein Projekt, das Brücken baut“, so beschrieb

es der Sozialdezernent des Landkreises Rudolf Dangelmayr beim Auftaktgottesdienst in Göppingen.

Das Besondere dabei ist, dass das nicht nur auf das Programm und die Gesprächsanlässe der Besucherinnen und Besucher zutrifft, sondern auch auf den überregionalen Wirkungskreis. Die fünf-



Sozialdezernent Rudolf Dangelmayr beim Auftaktgottesdienst

Quelle: Landratsamt Göppingen

stelligen Klickzahlen der online abrufbaren Veranstaltungen und Stadtführungen in verschiedenen Sprachen zeigen, dass durch die digitalen Angebote unglaublich viele Menschen erreicht werden konnten – auch über die Landesgrenzen hinaus, wie in Kommentaren zu lesen war.

Meine.Deine.UnsereHeimat!? hat zudem sehr viel Gutes für die Zusammenarbeit der Fachkräfte im Landkreis Göppingen getan. Man kennt sich nun besser untereinander, kennt und schätzt die Expertise des Gegenübers und kann nun auf „dem

kurzen Dienstweg“ Kooperationen eingehen und Synergieeffekte nutzen.

Obwohl das Projekt aufgrund seiner ungewöhnlichen Länge einen langen Atem aller Beteiligten erfordert hat, gibt es Lust auf mehr. Eine Vielzahl der Mitwirkenden entwickelt gerade ein Meine. Deine. Unsere Heimat!? 2.o. Nach zwei digitalen Treffen werden in einem digitalen Padlet erste Ideen und Grundsätze des Projekts gesammelt.

Dieser Austausch soll Ende März in einem Präsenz-Klausurtag vertieft werden. Gemeinsam wird ausgelotet, wie und mit

welchen Zielen das landkreisweite Begegnungsprojekt zum Thema „Heimat“ auch im folgenden Jahr durchgeführt werden kann.

Monica Roy-Greve ist die Beauftragte für Bürgerschaftliches Engagement und Bürgerbeteiligung im Landratsamt Göppingen.

Franziska Völker ist Flüchtlingsbeauftragte des Landkreises Göppingen.

Einblicke in die Umsetzung und das Wirken des regionalen Europäischen Sozialfonds (ESF) – Projektbesuch im Landkreis Tuttlingen beim ESF-Projekt „Frauen/Gewalt/Arbeit“ des Vereins Frauenhaus Tuttlingen – Förderjahr 2021

Von Isabelle Riklin, Landkreis Tuttlingen

Die Geschäftsführerin des Frauenhauses Frau Schmieder und die Mitarbeiterin des Projekts „Frauen/Gewalt/Arbeit“ Frau Riklin haben bei einer Zusammenkunft im Landratsamt Tuttlingen über den Verlauf des Projektes „Frauen/Gewalt/Arbeit“ berichtet. Frau Wenzler von der ESF-Geschäftsstelle des Landratsamtes Tuttlingen sowie die beiden Projektpaten, die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Tuttlingen Frau Faller und Herr Kreuz von der Beratungsstelle für die regionalen ESF-Arbeitskreise beim Landkreistag, erkundigten sich über den aktuellen Stand bei einem regen Austausch. Im Projekt wurden bis Jahresende 2021 13 Frauen mit ihren insgesamt 22 Kindern (inkl. 3 erwachsenen Töchtern) betreut. Bei gut der Hälfte der Frauen zeichnet sich ab, dass auch im Förderjahr 2022 eine Begleitung notwendig sein wird.

Das Projekt und seine Schwerpunkte

Das vom ESF geförderte Projekt „Frauen/Gewalt/Arbeit“ des Vereins Frauenhaus Tuttlingen unterstützt Frauen mit und

ohne Kinder nach ihrem Auszug aus dem Frauenhaus. Der Neuanfang in der eigenen Wohnung ist mit vielen Ängsten und Unsicherheiten verbunden. Nach dem Umzug in eine eigene Wohnung werden die Frauen oft mit Schwierig-



V.l.n.r.: Frau Riklin, Frau Schmieder und Frau Faller

Quelle: Beratungsstelle für die regionalen ESF-Arbeitskreise beim Landkreistag Baden-Württemberg

keiten in ihrer neuen Lebenssituation konfrontiert, die zu einer Überforderung führen können. Der Aufenthalt im Frauenhaus ist nur der erste Schritt zum Neuanfang nach oft jahrelanger Misshandlung. Es ist dringend erforderlich, die im Frauenhaus begonnenen Prozesse von Selbstständigkeit und Ablösung aus der Gewaltbeziehung weiterhin zu unterstützen. Auf dem Weg zur emotionalen, sozialen und wirtschaftlichen Selbstständigkeit benötigen die Frauen Hilfestellung in vielen Lebensbereichen wie beispielsweise Unterstützung bei der Alltagsbewältigung, bei der Regelung finanzieller Dinge, Hilfestellung bei Erziehungsfragen, Unterstützung beim Aufbau eines sozialen Netzwerks, Beratung und Begleitung bei der Arbeits-, bzw. Ausbildungsplatzsuche etc. Die Aufnahme, Wiederaufnahme von Arbeit steht am Ende auf dem langen Weg zu einer eigenständigen Lebensführung. Die Arbeit mit den einzelnen Frauen ist individuell sehr unterschiedlich. Sie orientiert sich immer am Bedarf der einzelnen Frauen. In der täglichen Arbeit mit den Frauen spielt die Beziehungsarbeit eine wichtige Rolle. Im Projekt „Frauen/Gewalt/Arbeit“ werden 10 – 15 Teilnehmerinnen betreut.

Informationen zum Umgang in der Betreuung der Teilnehmerinnen während der Pandemie

Während der Pandemie waren persönliche Kontakte zu den Projektteilnehmerinnen schwieriger aufrechtzuerhalten. Es konnten keine Hausbesuche stattfinden, telefonische Beratung war bei manchen Teilnehmerinnen aufgrund von Sprachbarrieren nicht möglich. Meist fand die persönliche Beratung, unter

Einhaltung strenger Hygienekonzepte, in den Beratungsräumen oder aber bei einem Spaziergang statt. Der direkte Kontakt zu den Kindern konnte während des ersten Lockdowns nur sehr eingeschränkt aufrechterhalten werden. Die Pandemie verunsicherte die Projektteilnehmerinnen zusätzlich. Daher war es wichtig, die Frauen durch die Zeit der Pandemie zu begleiten, Beständigkeit zu vermitteln, Ängste zu nehmen und die Beziehungsarbeit fortzuführen, indem der Kontakt gehalten wurde.

Die Arbeit im Frauenhaus wurde unter Einhaltung der Hygienemaßgaben während der Lockdowns fortgesetzt. Die Projektmitarbeiterin konnte neu aufgenommene Frauen im Frauenhaus kennenlernen und gegebenenfalls, nach Auszug aus dem Frauenhaus, in das Projekt aufnehmen. Neuaufnahmen konnten somit während der gesamten Zeit erfolgen.

An drei Beispielen zeigt sich die unterschiedliche Ausgangslage der Frauen

Katharina* (alle Namen geändert) ist 31 Jahre alt und möchte sich nach ihrem 5-monatigen Frauenhausaufenthalt auf eine Stelle als Verkäuferin bewerben. Sie bittet um Mithilfe bei der Erstellung ihrer Bewerbungsunterlagen und Unterstützung bei der Arbeitssuche.

Ayse* (36) hat mit ihren vier schulpflichtigen Kindern eine eigene Wohnung bezogen und wünscht sich Unterstützung beim Aufbau eines sozialen Netzwerkes für sich und ihre Kinder. Außerdem bittet sie darum, ihr bei den schriftlichen Dingen, im Umgang mit Ämtern und Schulen und bei der Unterstützung ihrer Kinder in schulischen Belangen zu helfen. Mit der Regelung ihrer Finanzen ist sie überfordert und braucht Anleitung. Um

selbstständiger zu werden, hat sie bereits während ihres Frauenhausaufenthaltes einen Deutschkurs besucht. Nach dessen Abschluss würde sie gerne eine Teilzeitbeschäftigung suchen. Gemeinsam wird überlegt, welche Stärken Ayse hat und in welcher Tätigkeit sie diese einsetzen könnte.

Sabine* ist 19 Jahre alt und hat zwei Kinder im Alter von 2 Jahren und 8 Monaten. Sabine lebte 7 Monate im Frauenhaus, bevor sie eine eigene Wohnung gefunden hat. Vor ihrem Frauenhausaufenthalt lebte sie in der Nähe von Frankfurt. Mit dem Umzug ins Frauenhaus musste sie aus Sicherheitsgründen die meisten Kontakte zu ihren Freunden abbrechen. Eigentlich wollte sie nach ihrem Realschulabschluss eine Lehre als Bürokauffrau beginnen. Als sie schwanger wurde, hat sie diesen Wunsch aufgegeben. Der Auszug aus dem Frauenhaus macht Sabine Angst. Sie ist unsicher, ob sie die Verantwortung für die beiden Kinder allein tragen kann. Gemeinsam wird überlegt, welche Hilfen sie zusätzlich in Anspruch nehmen könnte, um mehr Sicherheit zu bekommen. Sobald die Kinder tagsüber gut versorgt sind mit Kindergarten und Hort, hat Sabine die Absicht, sich nochmals um eine Ausbildung zu bemühen.

Der wertvolle Beitrag von Fördermitteln aus dem Europäischen Sozialfonds für die Verbesserung der Lebenssituation und der Gestaltung einer Perspektive für Frauen heraus aus Notlagen konnte den Teilnehmenden am Projektbesuch nachhaltig und spürbar vermittelt werden.

Isabelle Riklin ist Mitarbeiterin des ESF-Projekts „Frauen/Gewalt/Arbeit“ des Vereins Frauenhaus Tuttlingen e.V.

Flächenkreislaufwirtschaft: Kommt Hilfe von der Bodenwertsteuer?

Von Prof. Dr. Daniel Mühlleitner, Ortenaukreis

Problem Flächenverbrauch

Die mannigfaltigen negativen Folgen des Flächenverbrauchs in ökonomischer (z. B. erhöhte Infrastruktur- und Transportkosten), ökologischer (z. B. Zerschneidung von Lebensräumen, Störung der Bodenfunktionen) und sozialer Sicht (z. B. Segregation, schwere Erreichbarkeit von Versorgungseinrichtungen für Ältere und Behinderte) sind in der Literatur mittlerweile hinreichend dokumentiert. Dem Boden kommt bis heute allerdings nicht die gebührende Bedeutung zu, was sich an dem meist unbedarften Umgang mit ihm zeigt. Die Flächenkreislaufwirtschaft möchte hier Abhilfe schaffen und legt der Nutzung von Flächen eine veränderte Philosophie zugrunde, die sich mit der Formel „Vermeiden – Verwerten – Ausgleichen“ ausdrücken lässt. Sie hat vorrangig und systematisch die Ausschöpfung aller bestehenden Flächenpotenziale im Bestand zum Ziel und lässt nur unter bestimmten Bedingungen die Inanspruchnahme neuer Flächen zu. Die nachhaltige und schonende Nutzung von Ressourcen, die die Kreislaufwirtschaft allgemein anstrebt, steht auch bei diesem flächenbezogenen Ansatz im Vordergrund.

Zur Unterstützung einer Flächenkreislaufwirtschaft existiert eine Vielzahl an Instrumenten, wie etwa Zweckzuweisungen im kommunalen Finanzausgleich, zonierte Satzungsrechte, Vorkaufsrechte, Kosten-Nutzen-Betrachtung im Rahmen von fiskalischen Wirkungsanalysen, Abgaben für Neuausweisungen, handelbaren Flächenausweisungszertifikaten bis hin zur Abschaffung von Subventionen wie der Pendlerpauschale. Auch steuerliche Anreizsysteme werden diskutiert, neben einer Reform der Grunderwerbssteuer

vor allem verschiedene Varianten der Grundsteuer.

Die Flächenkreislaufwirtschaft hat dabei viel Potenzial: In Boom-Regionen verhindert Grundstücksspekulation häufig eine zielgerichtete Stadtentwicklung, andernorts bleiben Leerstände und Brachflächen lange ungenutzt. Auch wenn Sanierungen sinnvoll oder notwendig erscheinen, behaupten sich allzu oft die „altersschwachen, ausgewohnten, von Schmutz und Rauch geschwärzten Häuser (...), sie bleiben im Feld, sie weichen nicht, frech wie die Kröte auf dem Krönungsmantel“ wie Hans Bernoulli es einst formulierte. Die Kröten heißen heute eben auch Leerstand, Baulücke und Spekulationsgrundstück, denn die ungenutzte Hortung oder das Warten auf künftige Entwicklungsoptionen und Wertsteigerungen sind heute meist nicht mit wirtschaftlich nachteiligen Konsequenzen für die Eigentümer verbunden. Besteht vonseiten der Eigentümer keine Bereitschaft, die Flächen zur Verfügung zu stellen, können städtebauliche Maßnahmen ungeachtet ihrer Notwendigkeiten häufig nicht durchgeführt werden, müssen aufgegeben oder in die örtlichen Randgebiete verlegt werden, was den Flächenverbrauch weiter antreibt.

Die Reform der Grundsteuer

Das Bundesverfassungsgericht hat im Frühjahr 2018 die Grundsteuer für verfassungswidrig erklärt, da derzeit ein sogenanntes Einheitswertverfahren als Grundlage für die Grundsteuerberechnung dient, das von einer Schätzung des Immobilienwerts zum Stichtag im Jahre 1964 (West) bzw. 1935 (Ost) ausgeht und deshalb mit völlig veralteten Werten arbeitet. Im Dezember 2019 verabschie-

dete die Bundesregierung daher fristgerecht eine Reform, die allerdings aus verschiedenen Gründen als problematisch bewertet wird. Die Reform auf Bundesebene sieht wie bisher eine Substanzbesteuerung sowohl des Bodens als auch des Gebäudes vor. Doch die regelmäßige Gebäudebewertung ist sehr aufwändig – tausende neue Finanzbeamte werden notwendig sein, um das geplante Modell umzusetzen. Erwünschte Investitionen in die Gebäude, z. B. in die Wärmedämmung, wirken wertsteigernd und somit steuerlich belastend. Außerdem gelten solch „verbundene Grundsteuern“ aus flächenhaushaltspolitischer Sicht als verzerrende Steuern und setzen Anreize zu einer ineffizienten Nutzung. Nachverdichtungen, Innenentwicklung, Modernisierungen und kompakte Bauweisen werden – ganz im Gegensatz zur Spekulation mit Grundstücken – fiskalisch belastet, was zu einer Angebotsverknappung und damit hohen Bodenpreisen und Mieten beiträgt. Der Träger des Alfred-Nobel-Gedächtnispreises für Wirtschaftswissenschaften William Vickrey urteilte über die verbundene Grundsteuer daher, dass es sich um die Kombination einer der schlechtesten Steuern (auf das Gebäude) mit einer der besten Steuern (auf den Bodenwert) handele.

Die nun verabschiedete Grundsteuerreform sieht die Einführung eines verbundenen Steuersystems vor, enthält allerdings eine Öffnungsklausel, die es den Bundesländern ermöglicht, abweichende Modelle einzuführen. Baden-Württemberg nutzt diese Möglichkeit mit einer von der Bundespolitik weitgehend vernachlässigten Alternative, die effizientes Bauen fördert und Spekulation bestraft: die Einführung einer Bodenwertsteuer. Sie ist diese „beste Steuer“ im Sinne Vickreys.

Die Bodenwertsteuer

Die Preise für unbebaute, baureife Grundstücke haben sich in den letzten zehn Jahren mehr als verdoppelt. Dasselbe gilt für Wohnungen in Deutschland, in Boom-Städten wie Berlin haben sich die Preise mehr als verdreifacht. Bei kleinen Wohnungen (30 m²) waren die Preissteigerungen sogar noch deutlicher. Aufgrund der niedrigen Zinsen dienen Immobilien heute häufig als Anlage- oder Spekulationsobjekt, was die Nachfrage zusätzlich anheizt und einen wichtigen Grund für die Preissteigerungen darstellt. Der Grundstückspreis wird dabei grundsätzlich vor allem durch die örtlichen infrastrukturellen Gegebenheiten bestimmt: ein Theater, schnelle Internetverbindung, Straßensanierungen, Autobahnanbindung, moderne Krankenhäuser und Kindergärten, Gymnasien und Universitäten – all das sorgt für steigende Grundstückswerte. Die Wertzuwächse zeigen sich dabei nicht nur in den Großstädten mit angespannten Wohnungsmärkten, sondern vor allem auch in deren Umland, den sogenannten Speckgürteln, die durch eine bessere Anbindung, etwa durch neue S-Bahn-Linien, und günstigere Immobilienpreise stark an Anziehungskraft vor allem für junge Familien gewinnen. Die resultierenden Gewinne werden durch die Grundstückseigentümer vereinnahmt, denn ein Ausgleich planungsbedingter Bodenwertgewinne findet im Bodenrecht grundsätzlich nicht statt. Hier gilt eindrücklich: Die privaten Eigentümer profitieren, die Allgemeinheit zahlt. Die Vereinten Nationen bezeichneten diesen privaten Vermögenszuwachs schon 1976 als unverdient und forderten

eine Abschöpfung durch die Kommunen. Hier setzt die Bodenwertsteuer an.

Die Bodenwertsteuer belastet den unbebauten Boden ebenso stark wie den bebauten und übt so einen sanften Druck auf den Eigentümer aus, das Grundstück entsprechend der vorgesehenen Planung zu nutzen. Sie setzt im Gegensatz zu einer verbundenen Steuer keine finanziellen Anreize für ineffiziente Flächennutzung und verhält sich damit neutral gegenüber der Planung. Dies reduziert den Druck auf die Kommunen, weiteres Bauland auf der ‚grünen Wiese‘ auszuweisen und führt zu einer besseren Nutzung von Brachflächen und Leerständen sowie zur Schließung von Baulücken. Die *Bernoulli'schen Kröten* könnten sich mithilfe der Bodenwertsteuer also wieder in Prinzen zurückverwandeln und die Idee einer Flächenkreislaufwirtschaft kann erleichtert werden: kann oder möchte der Eigentümer das Grundstück nicht nutzen, muss er eine finanzielle Belastung tragen oder aber das Grundstück verkaufen und anderen zur Verfügung stellen.

Auch politisch kann die Abschöpfung der (wachsenden) Bodenerträge große Vorteile mit sich bringen: Investitionen, die für die notorisch klammen kommunalen Haushalte anderweitig nicht finanzierbar wären, sind plötzlich möglich bzw. für die Zukunft geplante Vorhaben können vorgezogen werden. Außerdem bringt das aus Planungssicht unerwünschte Halten von unbebauten oder mindergenutzten Grundstücken finanzielle Nachteile für die Eigentümer mit sich, Spekulation und Hortung lohnen sich nicht mehr.

Zudem scheint eine Besteuerung in Abhängigkeit der Bodenwerte eine vergleichsweise gerechte Sache zu sein,

da die Wertzuwächse nur in den seltensten Fällen auf der persönlichen Leistung der Grundstückseigentümer basieren. Eigene Leistungen (v. a. Investitionen in Gebäude) bleiben von der Steuer unberührt, lediglich die Bodenwerte sind Gegenstand der Besteuerung. Das ist gerecht, da nur diejenigen Immobilienanteile besteuert werden, die maßgeblich von öffentlichen Leistungen (Planung, Infrastruktur etc.) bestimmt werden.

Die induzierte Angebotserhöhung der städtischen Flächen und die Kapitalisierung der Steuer in die Bodenpreise haben überdies auch einen (miet)preisdämpfenden Effekt. Die Bodenwertsteuer wird daher nicht nur von Umweltverbänden wie dem BUND Naturschutz oder dem NABU unterstützt, sondern u.a. auch vom Institut der deutschen Wirtschaft in Köln und dem Deutschen Mieterbund.

Ein weiterer Vorteil der Bodenwertsteuer: Die Bodenwerte liegen für Deutschland bereits heute fast flächendeckend in Form der Bodenrichtwerte vor, womit sich eine aufwändige Ermittlung der Bemessungsgrundlage, die die Gebäudebesteuerung mit sich bringt, erübrigt. Das macht die Bodenwertsteuer zu einer unbürokratischen und einfachen Steuer. Die Zeit wird zeigen, welchen Beitrag die Bodenwertsteuer tatsächlich in der Lage ist, zu einer Reduzierung des Flächenverbrauchs zu leisten. Konzeptionell ist sie sehr vielversprechend.

Prof. Dr. Daniel Mühlleitner ist als Dozent für Volkswirtschaftslehre und öffentliche BWL an der Hochschule Kehl tätig.

Landratsamt Böblingen nutzt „Tess“-Anrufdienst

Von Carolin Reiser, Stuttgart, Marion Rüdinger, Landkreis Böblingen, und Reinhard Hackl, Landkreis Böblingen

Seit Corona sind viele Ämter für hörbehinderte Menschen schwieriger zu erreichen. Durch den Telefondolmetschdienst „Tess“ ist das Telefonieren zwischen einem Amt und hörbehinderten Menschen möglich. Das Landratsamt Böblingen machte sich dies zu Nutze und bietet seit Dezember 2021 Tess für hörbehinderte Menschen an.

In der Coronapandemie ist nicht nur die Mund-Nasen-Maske eine Hürde für hörbehinderte Menschen. Viele Ämter und Behörden bieten nur schriftliche oder telefonische Kontaktmöglichkeiten an. Das erschwert den Zugang, da die meisten gehörlosen Menschen die Gebärdensprache zur Kommunikation nutzen. Telefonieren über die Lautsprache ist ausgeschlossen und die schriftliche Kommunikation fällt vielen gehörlosen Menschen sehr schwer. Bei persönlichen Kontakten konnten diese Schwierigkeiten ausgeglichen werden, da „mit Händen und Füßen“, Schrift in leichter Sprache und teilweise auch die Stimme zur Verständigung genutzt wurde. Am besten läuft die Kommunikation mit einem Gebärdensprachdolmetschenden, der vor Ort auf dem Amt simultan übersetzt.

Marion Rüdinger aus der Beratungsstelle der Paulinenpflege Winnenden e.V. für gehörlose und schwerhörige Menschen für den Landkreis Böblingen ist dies auch aufgefallen, da vermehrt hörbehinderte Menschen Unterstützung bei der Kommunikation mit dem Amt brauchten. Briefe und Unterlagen waren häufig zu kompliziert und wurden deshalb nicht verstanden. Dadurch konnten Anträge nicht bearbeitet werden. So trat Frau Rüdinger in Kontakt mit dem Landratsamt

und in Zusammenarbeit mit Reinhard Hackl, dem Beauftragten für Menschen mit Behinderung aus dem Landratsamt Böblingen, wurde die Tess-Möglichkeit eingerichtet. Dafür war ein Test-Anruf durch das Versorgungsamt notwendig und die Aufklärung der Mitarbeitenden des Landratsamtes.

Nun besteht die Möglichkeit für gehörlose Menschen, sich über Tess mit den zuständigen Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeitern telefonisch zu verständigen. Sie können um einen Rückruf bitten oder selbst anrufen und die Kosten beim Amt einreichen. Voraussetzung ist, dass der gehörlose Mensch die nötige App oder den Account bereits auf einem Endgerät mit Videokamera installiert hat. Auch für die Mitarbeitenden des Landratsamtes ist dies eine Erleichterung, da sie die gehörlosen Gesprächspartner erreichen können und sich dadurch Zusatzarbeit und Wartezeiten sparen. Der Anrufdienst eignet sich besonders als Ersatz für Telefonate, bei kurzen oder eiligen Fragestellungen, bei Lockdowns und bei Menschen, die das Haus nicht verlassen können. Bei längeren Beratungen werden Gebärdensprachdolmetschende benötigt.

Eine großartige Möglichkeit, um mehr Barrierefreiheit und Selbstständigkeit für hörbehinderte Menschen zu ermöglichen, auch unabhängig von der Pandemielage. Zudem wird der gesetzliche Auftrag zur Anerkennung der Gebärdensprache als Amtssprache und den der gleichberechtigte Zugang zu Sozialleistungen dadurch erfüllt. Der Landesverband der Gehörlosen hofft, dass auch andere Ämter und Behörden sich daran ein Beispiel nehmen und zukünftig die

Bedarfe von hörbehinderten Menschen in Blick genommen werden.

Hintergrund

TESS ist ein Telefondolmetschdienst über diesen hörbehinderte Menschen auf zwei verschiedene Möglichkeiten mit hörenden Menschen telefonieren können: in Gebärdensprache oder in Schriftsprache. Das Unternehmen Tess-Relay-Dienste GmbH wurde im Rahmen eines Projektes der Deutschen Gesellschaft der Hörgeschädigten – Selbsthilfe und Fachverbände e.V. und der Deutschen Telekom AG aufgebaut, um hörbehinderten Menschen ein barrierefreies und eigenständiges Telefonieren für den privaten und beruflichen Bereich zu ermöglichen. Weitere Informationen gibt es in der örtlichen Beratungsstelle für gehörlose und schwerhörige Menschen oder bei: www.tess-relay-dienste.de.

Dieser Text erschien nahezu wortgleich in „visuellaktuell“ der Zeitung des Landesverbandes der Gehörlosen.

Carolin Reiser ist Referentin der Geschäftsstelle des Landesverbands der Gehörlosen Baden-Württemberg.

Marion Rüdinger ist in der Beratungsstelle für gehörlose und schwerhörige Menschen in den Landkreisen Böblingen, Tübingen und Reutlingen der Paulinenpflege Winnenden e.V. tätig.

Reinhard Hackl ist Beauftragter für Menschen mit Behinderung im Landratsamt Böblingen.

Interkommunale Zusammenarbeit im Bereich Schuldigitalisierung: Rhein-Neckar-Kreis und vier Pilotkommunen auf gemeinsamen Weg zur digitalen Bildung von morgen

Von Leonie Conteh, Rhein-Neckar-Kreis

Durch den Trend zur Digitalisierung in Arbeitswelt, Bildung und Gesellschaft kommt auch in den Schulen im Rhein-Neckar-Kreis vermehrt Informations- und Kommunikationstechnologie zum Einsatz. Die Anbindung an schnelles Internet und die Verfügbarkeit moderner Arbeitsmittel wie Whiteboards und interaktiver Tafeln werden neben der Vermittlung digitaler Kompetenzen zu entscheidenden Faktoren einer zukunftsfähigen Schulbildung.

Bereits seit einigen Jahren treibt der Rhein-Neckar-Kreis in seiner Rolle als Schulträger die Digitalisierung seiner zwölf kreisangehörigen beruflichen Schulen und den vier sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren zentral voran.

Digitalisierung kreisangehöriger Schulen: Ausstattung mit Medientechnik bis Mitte 2022 im Fokus

Das im Rahmen des Digitalpakts Schule geförderte Digitalisierungsvorhaben umfasst dabei sowohl die Einführung eines schulübergreifenden pädagogischen Systems sowie die Zentralisierung der Schulverwaltungssysteme innerhalb des Rechenzentrums des Rhein-Neckar-Kreises. Darüber hinaus ermöglichen eine einheitliche Medienausstattung in Form von Hard- und Software sowie deren zentrale Verwaltung und Steuerung weitreichende Kosteneinsparungen auf Grundlage gemeinsamer Ausschreibung und geteiltem Know-how. Die infrastrukturelle Basis bilden eine 10 Gigabit Glasfaseranbindung sowie der Aufbau eines umfassenden WLAN-

Netzes für Mitarbeitende der Schulverwaltung, Lehrkräfte und Schülerinnen und Schüler an den jeweiligen Schulstandorten. Diese netzwerktechnische Anbindung bietet die Voraussetzung für Cloud-Services und den Einsatz mobiler Endgeräte wie Tablets und Smartphones in einer modernen und zukunftsfähigen Lernumgebung.

Bis Mitte 2022 steht insbesondere die Ausstattung der Klassensäle mit Medientechnik im Fokus. Mit dem Ziel mittelfristig 30 Prozent der Räumlichkeiten auf einen einheitlichen, digitalen Standard zu ertüchtigen und somit voll-digitalisierten Unterricht ohne Papier zu ermöglichen, erfolgt der Rollout sukzessive in den Ferienzeiten. Nach aktuellem Stand sind die Bildungszentren in Weinheim und Schwetzingen bereits mit neuer Medientechnik ausgestattet. Die Standorte in Sinsheim und Eberbach folgen zeitnah.

Eingesetzte Tools wie Apple-TV und Mirrorcast ermöglichen die Vernetzung der verschiedenen Geräte zur gemeinsamen Erarbeitung digitaler Dokumente, zum Online-Austausch von Dateien und zur drahtlosen Übertragung von Präsentationen. Das gemeinsam durch den Eigenbetrieb Bau, Vermögen und Informationstechnik, das Amt für Schule, Kultur und Sport und das Medienzentrum Heidelberg entwickelte Konzept fußt dabei auf eine möglichst intuitive Handhabung mit wiederkehrenden Bedienelementen sowie auf ein an die jeweiligen Raumanforderungen abgestimmtes technisches Equipment wie Touchscreen-Bildschirme, Beamer, PCs, Dokumentenkameras und iPad-Klassensätze.

Interkommunale Zusammenarbeit: Erfahrungen und Erfolge von Schulen in der Trägerschaft des Rhein-Neckar-Kreises werden landkreisweit geteilt

Um zukünftig auch die kreisangehörigen Kommunen in ihrer Schulträgerschaft zu unterstützen und die Erfahrungen und Erfolge aus den Schulen in der Trägerschaft des Rhein-Neckar-Kreises landkreisweit zu teilen, startete der Rhein-Neckar-Kreis Mitte 2021 eine interkommunale Kooperation zur Schul-Digitalisierung. Im Rahmen einer öffentlich-öffentlichen Zusammenarbeit im Rahmen der Digitalisierungsstrategie zur Errichtung, Umsetzung und Beratung von EDV-Netzwerken zwischen dem Eigenbetrieb Bau-, Vermögen und Informationstechnik und vier interessierten Pilotkommunen befindet sich das Projekt zwischenzeitlich in der Pilotphase.

Die Kooperationsvereinbarung umfasst dabei die Unterstützung bei der Erarbeitung und Umsetzung einer Digitalisierungsstrategie für die Schulen in der Trägerschaft der Pilotkommunen. In Abhängigkeit der Medienentwicklungspläne der jeweiligen Schulen werden gemeinsame Standards abgestimmt und zentral entwickelt. Darauf aufbauend werden die Schulen bei der Erstellung und Umsetzung verschiedener Konzepte in den Bereichen Netzwerk, Hardware, Software sowie gemeinsamer Beschaffung über Rahmenverträge und zentralem Mobile-Device-Management aktiv begleitet.

Im ersten Schritt haben sich mit den Kommunen Wilhelmsfeld (rund 3.100

Einwohner), Bammental (rund 6.600 Einwohner), Ladenburg (rund 11.900 Einwohner) und Mühlhausen (rund 8.700 Einwohner) vier Pilotkommunen dem gemeinsamen Vorhaben angeschlossen. So startete die Pilotphase im ersten Jahr durch eine Beratung zur technischen Umsetzung der Medienentwicklungspläne und die somit zielgerichtete Antragsstellung für Mittel aus dem Digitalpakt Schule anhand erfahrungsbasierter Kostenschätzungen.

Der Eigenbetrieb Bau, Vermögen und Informationstechnik übernimmt seither die Rolle als Berater und Koordinator in der Konzeptions- und Umsetzungsphase. Erzielt wird dabei, dass die Pilotkommunen in ihrer Rolle als Schulträger einen verlässlichen und erfahrenen Umsetzungspartner zur Seite wissen, um eine nachhaltige, erfahrungsbasierte Schuldigitalisierung zu gewährleisten. Bei Bedarf werden weitere, externe Dienstleister hinzugezogen, um die Kommunen bestmöglich zu unterstützen. Auch das Medienzentrum Heidelberg behält eine aktive Unterstützungsrolle, bringt wertvolles Erfahrungswissen ein und berät unter anderem zur Verwaltung mobiler Endgeräte.

Um eine durchgehende Kommunikation und Koordinierung auf allen Ebenen zu gewährleisten und die Anforderungen aller Anspruchsgruppen entsprechend einzubeziehen, gibt es auf Seiten der Pilotkommunen sowohl im Rathaus als auch an den beteiligten Schulen zentrale Ansprechpersonen in technischer und organisatorischer Hinsicht.

Ausblick: Ausweitung der landkreisweiten IT-Kooperationsmöglichkeiten in Vorbereitung

Für die Zukunft ist eine Ausweitung der interkommunalen Zusammenarbeit auf weitere, interessierte Kommunen angedacht. Perspektivisch sollen neben Unterstützungsleistungen im Bereich der Schul-IT auch innerhalb der Rathaus-IT verschiedene Kooperationsmöglichkeiten auf Landkreisebene eingerichtet werden. Erst kürzlich erfolgte zu diesem Zweck ein kreisweites Interessenbekundungsverfahren, welches die Bedarfe und Anforderungen aller Kreiskommunen erfasste. Auf dieser Basis und den Erfahrungen aus der Pilotphase wird derzeit durch den Eigenbetrieb Bau, Vermögen und Informationstechnik ein

Unterstützungsangebot für die Kommunen erarbeitet.

Als zentrales Learning aus der Pilotphase lässt sich zugleich festhalten, dass durch Wissensaustausch und interkommunale Zusammenarbeit maßgeblich zur Schul-Digitalisierung beigetragen werden kann. Dabei sind ein kooperatives Zusammenwirken und die stetige Abstimmung und Einbeziehung aller Ebenen und Anforderungsgruppen zentral, um bestmögliche Zentralisierung und Standardisierung zu erreichen.

Schließlich werden Lehrkräfte entlastet und Schülerinnen und Schüler bestmöglich auf dem Weg in eine digitale Zukunft unterstützt. Es werden moderne und zukunftsweisende Lernumgebungen geschaffen, die standortunabhängig einen einheitlichen, digitalen Standard in den Schulen im Rhein-Neckar-Kreis etablieren.

Leonie Conteh arbeitet im Eigenbetrieb Bau, Vermögen und Informationstechnik Rhein-Neckar-Kreis im Geschäftsbereich IT.

Der Runde Tisch zur wirksamen Vermeidung von Stromschulden und Stromsperren im Landkreis Tübingen – Ein Erfahrungsbericht

Von Thomas Frisch, Landkreis Tübingen

Wer seine Stromkosten nicht bezahlen kann, muss schlimmstenfalls mit einer Stromsperre rechnen. Laut dem Monitoring-Bericht der Bundesnetzagentur für das Jahr 2020 wurden 2019 bundesweit rund 289.000 solcher Stromsperren vorgenommen. Darüber hinaus haben Stromlieferanten rund 4,8-Millionen Sperrandrohungen gegenüber den Haushaltskunden ausgespro-

chen. Diese Zahlen verdeutlichen eindrücklich die Tragweite einer sozialen Problematik, welche sich durch aktuelle Entwicklungen möglicherweise noch verschärfen wird – auch wenn seit Dezember 2021 mit der „Verordnung zur Anpassung der Stromgrundversorgung und der Gasgrundversorgung“ neue Schutzvorschriften für Kunden in Kraft getreten sind.

Denn der Strompreis für Haushaltskunden steigt bereits seit mehreren Jahren an: Im Oktober 2021 vermeldete das Statistische Bundesamt in einer Pressemitteilung für das 1. Halbjahr 2021 einen Anstieg um 4,7 % gegenüber dem 2. Halbjahr 2020. In der zweiten Jahreshälfte 2021 hat sich dieser Trend noch weiter verstärkt. Wie das Statistische Bundesamt in einer Mitteilung zu den

Erzeugerpreisen festhielt, war Haushaltsstrom im Januar 2022 durchschnittlich 9,7 % teurer als noch im Januar 2021. Die Eskalation des Ukraine-Konfliktes und die daraus folgenden Sanktionen werden die Preisentwicklung auf dem Energiemarkt ebenfalls weiter negativ beeinflussen. Trotz der geplanten Entlastungsprogramme des Bundes in Form des Heizkostenzuschusses für Studierende, Auszubildende und Wohngeldempfänger*innen oder die Abschaffung der EEG-Umlage ist von einer verstärkten Belastung der Haushaltskunden auszugehen.

Übergeordnetes Ziel: Teilhabe sichern

Die Abteilung Soziales im Landratsamt Tübingen arbeitet für das Ziel, Teilhabe im Landkreis Tübingen zu sichern. Die Klient*innen sind häufig Menschen, die in ihren Teilhabechancen eingeschränkt sind. Die Gründe dafür können verschieden sein: Krankheit und Pflegebedürftigkeit, Alter, Migrationsgeschichte, Arbeitslosigkeit, Behinderung, Verschuldung oder geringes Einkommen.

Insbesondere bei Menschen mit geringen Einkommen können steigende Energiekosten und eine ineffiziente Energienutzung zu einer finanziellen Überforderung des Haushalts beitragen. Stromschulden oder gar eine Stromsperre sind für die betroffenen Personen oder Familien in der Regel mit drastischen Auswirkungen und existenziellen Ängsten verbunden: kein Licht, keine warme Mahlzeit, verdorbenes Gefriergut und Beschämung.

Erste Selbsthilfversuche scheitern oftmals an mangelnden Kommunikations- und Organisationsfähigkeiten oder auch an bürokratischen Hürden. Dies führt zu unnötigen Verzögerungen und einer Verschärfung der jeweiligen Problemstellung. Monatlich fällige Ratenzahlungen bei Stromschulden oder Energiedarlehen engen darüber hinaus die geringen finanziellen Spielräume der betroffenen

Haushalte langfristig weiter ein. In der Folge kann sich auch eine ungünstigere Prognose hinsichtlich einer Eingliederung in den Arbeitsmarkt ergeben.

Stromschulden oder Versorgungsunterbrechung sind somit aus verschiedenen Gesichtspunkten eindeutig Teilhabebarrieren. Die Abteilung Soziales und die Schuldnerberatung des Landkreises Tübingen – als kommunaler Träger der Leistungen nach § 16a SGB II bzw. § 11 SGB XII – leiten hieraus den Auftrag ab, sich dieser Problemstellung aktiv zu widmen.

Auftakt

Am 28. September 2021 lud die Sozialabteilung des Landratsamts zum ersten Runden Tisch zur wirksamen Vermeidung von Stromschulden und Stromsperren im Landkreis Tübingen ein. Dabei konnten sämtliche Akteure, welche im Landkreis mit der Thematik befasst sind, an einen Tisch gebracht werden, um sich auszutauschen. Neben den örtlichen Energieversorgern nahmen die Sozialberatungsstellen von Diakonie, Caritas und Schuldnerberatung, die Verbraucherberatung der Agentur für Klimaschutz Kreis Tübingen und die Verbraucherzentrale Baden-Württemberg teil. Wesentlich war auch die Teilnahme der Sozialleistungsträger von Stadt und Landkreis Tübingen, welche in ihrer Zuständigkeit die Leistungen der Rechtskreise SGB II, SGB XII und Asylbewerberleistungsgesetz sicherstellen.

Zielsetzung des Runden Tisches

Der Runde Tisch bietet ein Forum für den persönlichen und fachlichen Austausch und ermöglicht somit die Entwicklung eines gemeinsamen Problembewusstseins. Durch die Vernetzung der Akteure können Kanäle für eine weitere – auch individuell fallbezogene – Zusammenarbeit erschlossen werden. Absprachen und koordinierte Vorgehensweisen sollen zu transparenteren und niederschweligen Abläufen und Zugängen der

Betroffenen zu konkreten Lösungen beitragen. So ist beispielsweise die Verständigung auf einheitliche Ansprechpartner*innen und Informationsblätter beabsichtigt. Zur Erreichung der Ziele ist eine Verstärkung des Austausches angestrebt.

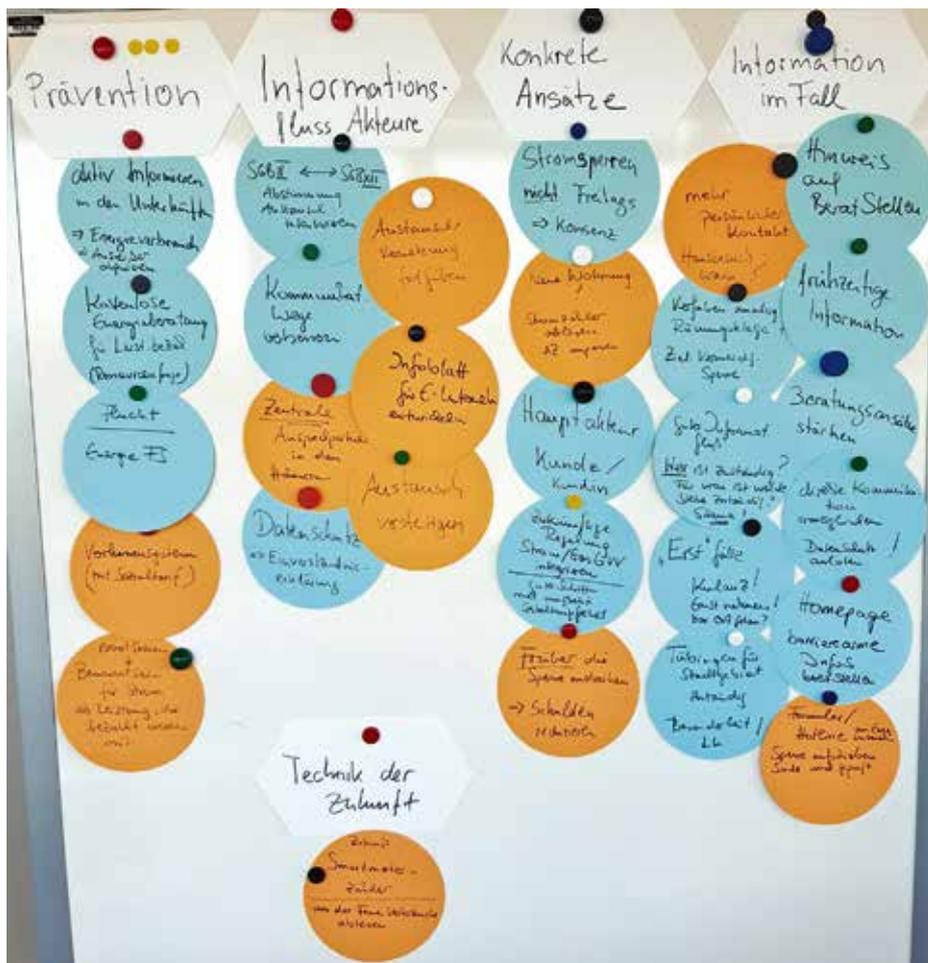
Ablauf des ersten Runden Tisches

Zu Beginn beschrieben die Teilnehmenden jeweils aus ihrer Sicht die Berührungspunkte mit dem Thema und Problemstellungen. Unterschiede und Gemeinsamkeiten in der Wahrnehmung wurden deutlich und konnten zusammengeführt werden. Anschließend wurde in Kleingruppen diskutiert, welche Lösungen für die zuvor beschriebenen Probleme wünschenswert wären und wie Verbesserungen konkret umgesetzt werden könnten. Die Ergebnisse der Diskussionen wurden anschließend über eine Verschlagwortung auf einer strukturierten thematischen „Landkarte“ festgehalten, die als Maßgabe zur weiteren Bearbeitung und Themensetzung dient.

Erkenntnisse aus der Auftaktveranstaltung

Der Austausch ermöglichte erstmals eine genauere Einschätzung der Anzahl der Stromsperren im Landkreis Tübingen, welche sich auf einem eher niedrigen Niveau bewegt. Von Stromsperren sind nach Schilderung der lokalen Energieversorger nicht nur Menschen im Leistungsbezug oder mit geringen Einkommen betroffen, sondern Menschen aus allen Einkommensschichten der Gesellschaft. Erfreulich war der Konsens unter den teilnehmenden Energieversorgern, dass Stromsperren prinzipiell nicht vor dem Wochenende durchgeführt werden – eine Selbstverpflichtung, die nicht prinzipiell vorausgesetzt werden konnte.

Der oft fehlende Informationsfluss zwischen Betroffenen, Energieversorgern und Beratungsstellen bzw. Leistungsträ-



Thematische „Landkarte“ des Runden Tisches

Quelle: Landratsamt Tübingen

gern stellt nach Erkenntnis der Akteure ein Haupthindernis für eine effiziente Regulierung von Stromschulden und die Vermeidung von Stromsperrern dar. Die Wahrnehmung, dass die Betroffenen häufig erst bei unmittelbar bevorstehender Stromsperrere die Regulierung der Schulden angehen und den Kontakt zum Versorger oder einer Beratungsstelle suchen, wurde von den Teilnehmenden geteilt. Der Handlungsdruck auf alle Beteiligten die Sperre „kurz vor knapp“ noch abzuwenden, ist dann sehr hoch. Aus dieser Problemstellung heraus entstand der Wunsch nach einer datenschutzkonformen Lösung für eine direkte Kommunikation von Leistungsträgern, Beratungsstellen und Versorgern im konkreten Einzelfall. Hierdurch soll die Abwendung einer Stromsperrere erleichtert werden. Die Entwicklung eines einheitlichen Verfahrens für den Land-

kreis Tübingen wurde bereits angestoßen. Alle Beteiligten hoben klar hervor, dass Kund*innen die Hauptakteure im Regulierungsprozess sind und es auch bleiben müssen. Die Zielsetzung bei konkreten Maßnahmen muss somit insbesondere die Betroffenen und deren Befähigung zur Eigenverantwortlichkeit in den Fokus nehmen.

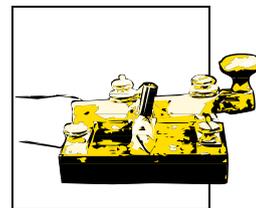
Fazit und Ausblick

Der Runde Tisch ist ein wichtiges Instrument, um dem Ziel der Vermeidung von Stromsperrern und Stromschulden näher zu kommen und so einen Beitrag zur Teilhabe der Menschen im Landkreis zu leisten. Regionalen Strukturen und Besonderheiten sollten bei der Konzeption entsprechender Formate prinzipiell berück-

sichtigt werden. In manchen Landkreisen bestehen beispielsweise sogenannte „Notfall-Fonds“, die unbürokratische Hilfe außerhalb sozialrechtlicher Strukturen ermöglichen. Andernorts kann hingegen die niederschwellige Vermittlung von bestehenden Hilfen innerhalb des Sozialleistungssystems der effizienteste Weg sein, die krisenhafte Situation einer drohenden Stromsperrere aufzulösen. Auch wenn regional unterschiedliche Ausgangsbedingungen differenzierte Lösungswege erfordern, lässt sich festhalten, dass durch kooperative Strukturen ein Mehrwert für alle Beteiligten geschaffen werden kann. Hierfür ist der im Jahr 2015 gegründete Runde Tisch des Landes Bremen ein gutes Beispiel. Durch das Zusammenwirken der verschiedenen Akteure konnte dort zwischen 2015 und 2020 die Anzahl der Sperrern von Strom, Wasser und Gas um insgesamt 43 % reduziert werden.

Im Landkreis Tübingen eint die Akteure des Runden Tisches das große Interesse an der gemeinsamen Entwicklung konkreter Maßnahmen und Verbesserung von Abläufen, das über die Verbesserungen durch die neuen Regelungen der Gas- und Stromgrundversorgungsverordnungen hinaus geht. Beim nächsten Treffen soll die Präventionsarbeit als weitere Säule zur Vermeidung von Stromschulden oder Stromsperrern im Mittelpunkt stehen. Denn wer Information und Beratung über die effizientere Nutzung von Elektrizität erhält, ist für seinen eigenen Stromverbrauch und dessen direkte Auswirkungen auf den eigenen Geldbeutel sensibilisiert. Wesentliche Fragestellungen können hierbei sein, wie zielgruppenspezifisch ein größeres Bewusstsein für Stromverbrauch geschaffen und ein niederschwelliger Zugang zur Beratung hergestellt werden kann.

Thomas Frisch ist Sachgebietsleiter in der Abteilung Soziales im Landratsamt Tübingen.



NACHRICHTEN

Ministerium der Justiz und für Migration, Landkreistag, Städtetag und Gemeindetag verständigen sich auf enge Zusammenarbeit zur Aufnahme von Flüchtenden aus der Ukraine vom 27. Februar 2022

Unter der Leitung von Baden-Württembergs Ministerin der Justiz und für Migration Marion Gentges haben sich das Ministerium der Justiz und für Migration, der Landkreistag, der Städtetag und der Gemeindetag Baden-Württemberg sowie alle vier Regierungspräsidien auf ein gemeinsames und planvolles Vorgehen sowie schnelle und unbürokratische Maßnahmen zur Vorbereitung der Aufnahme von Flüchtenden aus der Ukraine verständigt.

In einer Telefonkonferenz am gestrigen Samstag (26. Februar 2022) aller an der Aufnahme von Menschen im Land Beteiligter stellte Ministerin Marion Gentges den Stab „Flüchtende aus der Ukraine“ vor, der im Ministerium der Justiz und für Migration einberufen wurde. Dieser dient der Koordinierung der Maßnahmen zur Aufnahme von Menschen, die vom Krieg in der Ukraine nach Baden-Württemberg fliehen. Neben den zuständigen Fachbereichen des Ministeriums der Justiz und für Migration sind die Kommunalen Landesverbände sowie die Regierungspräsidien im Stab vertreten. Der Stab unter der Leitung von Migrationsstaatssekretär Siegfried Lorek wird ab dem morgigen Montag arbeitstäglich tagen.

Als erste Maßnahmen haben die Beteiligten bereits vereinbart:

- Eine enge, vertrauensvolle Zusammenarbeit sowie ein permanenter Informationsaustausch zwischen Ministerium der Justiz und für Migration, den vier Regierungspräsidien und den Kommunalen Landesverbänden.
- Alle Partner begrüßen die hohe Hilfs- und Aufnahmebereitschaft der Baden-Württembergern und Baden-Württemberger, die auf allen Ebenen spürbar ist.
- Die Beteiligten sind sich einig, gemeinsam alles zu unternehmen, um für eine geordnete und koordinierte Aufnahme der aus der Ukraine nach Baden-Württemberg Flüchtenden zu sorgen – auch für Flüchtende, die bei Verwandten oder Freunden unterkommen.
- Die Landeserstaufnahmeeinrichtungen werden die Funktion einer Erstanlaufstelle für alle Ankommenden, die nicht bei Verwandten oder Freunden unterkommen, übernehmen.
- In Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration wird allen Ankommenden rasch ein Angebot für eine Covid-19-Schutzimpfung unterbreitet.
- Wir haben bereits dafür Sorge getragen, dass ukrainische Staatsangehörige, die sich derzeit visafrei zu einem Kurzaufenthalt bei uns befinden, bei den Ausländerbehörden eine Aufenthaltserlaubnis für einen weiteren Aufenthalt einholen können.
- Auf der Homepage des Ministeriums der Justiz und für Migration wird zeitnah ein Informationsangebot zu Fragen der Aufnahme von Flüchtenden aus der Ukraine eingerichtet.

Gemeinsame Erklärung von

Ministerin der Justiz und für Migration
Marion Gentges MdL
Migrationsstaatssekretär
Siegfried Lorek MdL
Landrat Joachim Walter,
Präsident des Landkreistags,
Gudrun Heute-Bluhm,
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied
Städtetag Baden-Württemberg,
Steffen Jäger, Präsident Gemeindetag
Baden-Württemberg
Regierungspräsidentin Bärbel Schäfer
Regierungspräsidentin Sylvia M. Felder
Regierungspräsidentin Susanne Bay
Regierungspräsident Klaus Tappeser

„Dass mitten in Europa wieder ein blutiger Krieg tobt, war vor wenigen Tagen für uns alle unvorstellbar. Unsere Gedanken und Gebete sind bei den Opfern dieses brutalen Angriffs. Derzeit ist noch nicht absehbar, wie viele Menschen, wann und in welchem Umfang vor Putins Krieg nach Baden-Württemberg flüchten. Gemeinsam und vertrauensvoll unternehmen wir jedoch alles, um für eine Aufnahme dieser Menschen vorbereitet zu sein.“

Landkreise werden Land bei Aufnahme von Flüchtlingen aus der Ukraine konsequent unterstützen vom 25. Februar 2022

Zu dem bestürzenden Kriegsgeschehen in der Ukraine äußert sich der Präsident des Landkreistags Baden-Württemberg, Landrat Joachim Walter (Tübingen), wie folgt:

„Als baden-württembergische Landkreise sind wir entsetzt über den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Unser Mitgefühl und unsere Solidarität gilt der ukrainischen Bevölkerung, die Opfer des russischen Überfalls ist. Es ist für uns daher auch nur selbstverständlich, dass wir das Land bei der Aufnahme der Menschen engagiert unterstützen werden, die durch die russische Invasion zur Flucht gezwungen werden. Dies wird Herausforderungen mit sich bringen. Aber die Aufnahme flüchtender Menschen ist die konkreteste Form der Unterstützung, die Landkreise aktuell leisten können. Und die vorbehaltlose Unterstützung der Ukrainerinnen und Ukrainer ist für uns das Gebot der Stunde.“

**Zumeldung
des Landkreistags
Baden-Württemberg
zur Pressemitteilung des
Ministeriums für Ernährung,
Ländlicher Raum und
Verbraucherschutz
Baden-Württemberg
Nr. 23/2022 – Minister Hauk
MdL: „Mit 108 Millionen Euro
ist die Förderung ein starkes
Zeichen für die Wertschät-
zung unseres Ländlichen
Raums und der Menschen,
die dort leben und arbeiten“
vom 25. Februar 2022**

Zur Bekanntgabe der Programm-entscheidung 2022 des Entwicklungsprogramms Ländlicher Raum äußert sich der Hauptgeschäftsführer des Landkreistags Baden-Württemberg, Prof. Dr. Alexis von Komorowski, wie folgt:

„Das ELR ist für die Entwicklung des ländlichen Raumes in Baden-Württemberg ein zentrales und unverzichtbares Strukturentwicklungsprogramm – und dies seit mehr als einem Vierteljahrhundert. Mit der heutigen Programm-entscheidung werden in für die Zukunft wichtigen Themenfeldern erfolverspre-

chende Impulse und Investitionsanreize gesetzt. Dies gilt insbesondere für die Innenentwicklung sowie die Sicherung und Schaffung zukunftsfähiger Arbeitsplätze. Das ELR trägt dadurch dazu bei, den ländlichen Raum als Wohn-, Lebens- und Arbeitsraum stark und attraktiv zu halten. Dies ist ein wichtiges Signal. Schließlich zählen rund 70 Prozent der Landesfläche in Baden-Württemberg zum Ländlichen Raum.“

**Landkreistag zum Tod
von Hans-Ulrich Sckerl:
„Engagierter Fürsprecher
der Landkreise“
vom 15. Februar 2022**

Zum Tod des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden und Parlamentarischen Geschäftsführers der grünen Landtagsfraktion Hans-Ulrich Sckerl erklärt der Präsident des Landkreistags Baden-Württemberg, Landrat Joachim Walter (Tübingen):

„Hans-Ulrich Sckerl hat sich als Abgeordneter der kommunalen Sache besonders verbunden gefühlt. Als langjährigem Kreisrat waren ihm die Belange der Landkreise stets ein besonderes Anliegen. Die Landkreise verlieren in ihm einen engagierten Fürsprecher. Wir werden Hans-Ulrich Sckerl ein ehrendes Andenken bewahren.“

**Einrichtungsbezogene
Impfpflicht:
Landkreistagspräsident
Joachim Walter schreibt an
Bundesgesundheitsminister
Prof. Dr. Karl Lauterbach –
„Staatsverdrossenheit zu
fördern, kann nicht unser Ziel
sein“ vom 10. Februar 2022**

In einem Brief an Bundesgesundheitsminister Prof. Dr. Karl Lauterbach plädiert der Präsident des Landkreistags Baden-Württemberg, Tübingens Landrat Joa-

chim Walter, „dringend für einen Aufschub der geplanten einrichtungsbezogenen Impfpflicht“. Diese würde vor allem ein „Behördenbeschäftigungsprogramm ohne erkennbare positive Auswirkungen auf das pandemische Geschehen“ bedeuten und die Versorgungssicherheit im pflegerischen Bereich massiv gefährden. Der Beschluss des Bundestags sei im Dezember gefasst worden – auf Basis der damals vorherrschenden Delta-Variante. Zu der Zeit sei es auch richtig gewesen, sich mit einer Impfpflicht auseinanderzusetzen, so Walter. Aber mit Blick auf die derzeit vorliegenden Erkenntnisse über die milderen Verläufe bei der Omikron-Variante müsse genau abgewogen werden, ob die „Inpflichtnahme von Menschen, die einen bestimmten Beruf ausüben, gerechtfertigt ist“, schreibt Walter. Ziel könne es nicht sein, die Staatsverdrossenheit zu fördern.

In einem weiteren Brief bittet Landkreistagspräsident auch Ministerpräsident Winfried Kretschmann um Unterstützung für einen Umsetzungsaufschub bei der Impfpflicht in Pflegeeinrichtungen.

**Einrichtungsbezogene
Impfpflicht gilt,
aber rechtswirksame
Aussetzung wünschenswert
vom 9. Februar 2022**

Zur aktuellen Diskussion um die einrichtungsbezogene Impfpflicht äußert sich der Präsident des Landkreistags, Landrat Joachim Walter (Tübingen), wie folgt:

„Die Entscheidung für eine einrichtungsbezogene Impfpflicht ist vom Bundesgesetzgeber getroffen worden. Die Gesundheitsämter müssen diese daher auch vollziehen. Die Bindung an Recht und Gesetz ist in einem Rechtsstaat nicht verhandelbar. Allerdings arbeiten die Gesundheitsämter nun schon seit vielen Monaten am Limit. Der Vollzug der einrichtungsbezogenen Impfpflicht stellt die Gesundheitsämter daher vor massive

Herausforderungen. Die Gesundheitsämter werden unzählige Meldungen von Einrichtungen über ungeimpfte Mitarbeitende verarbeiten, ärztliche Atteste überprüfen, gemeldete Einrichtungsmitarbeiter kontaktieren und zur Vorlage von Nachweisen auffordern sowie schwierige Ermessensentscheidungen etwa über Betretensverbote treffen müssen. Allein dies wird die Gesundheitsämter für eine lange Zeit binden und dazu führen, dass die einrichtungsbezogene Impfpflicht ressourcenbedingt nur allmählich umgesetzt wird. Vor diesem Hintergrund wäre eine rechtswirksame Aussetzung der einrichtungsbezogenen Impfpflicht aus Sicht der Gesundheitsämter durchaus wünschenswert. Beispielsweise würde eine neuerliche Länderinitiative gegenüber dem Bund Sinn machen. Der Landkreistag unterstützt entsprechende Initiativen nachdrücklich, zumal auch etliche Rechtsfragen nach wie vor ungeklärt sind.“

Landkreise verteidigen den neuen Handlungsleitfaden des Landes zum Umgang mit Corona-Infektionen in Schulen und Kitas gegen aufkommende Kritik – Landkreistagspräsident Walter: „Ganze Klassen und Kita-Gruppen in Quarantäne zu schicken, ist nach Auffassung unserer Gesundheitsämter nicht erforderlich. Der Präsenzunterricht und der staatliche Bildungsauftrag müssen nun wieder absolute Priorität haben.“ vom 3. Februar 2022

Zu der teilweise aufkommenden Kritik am Handlungsleitfaden für die Gesundheitsämter zum Umgang mit Infektionsfällen in Schulen und Kindertagesstätten äußert sich der Präsident des Landkreistags Baden-Württemberg, Landrat Joachim Walter (Tübingen), wie folgt:

„Ohne die nun erfolgte Fortschreibung des Leitfadens des Landes wären in absehbarer Zeit kein geregelter Schulbetrieb und keine geordnete Kindertagesbetreuung mehr möglich gewesen. Die ohnehin schon spürbaren Negativfolgen der Pandemie für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen wie auch für die Familien hätten sich noch weiter verschärft. Es war und ist daher richtig, dass der Leitfaden des Landes zum Infektionsgeschehen in Schulen und Kitas – auch auf unsere entsprechenden Hinweise hin – angepasst wurde. Denn diese Anpassung ist auch aus Sicht der Gesundheitsämter in den Landratsämtern angesichts der aktuellen Infektionslage fachlich verantwortbar und im Hinblick auf die sozialen Kollateralschäden eines andernfalls nicht mehr funktionierenden Schul- und Kindergartenbetriebs dringend geboten. Ohne Anpassung des Handlungsleitfadens wären erneut die Kinder und Jugendlichen die Hauptbelasteten der Pandemie gewesen. Dafür, dies verhindert zu haben, verdienen Gesundheitsminister Lucha und Kultusministerin Schopper Respekt und Anerkennung. Als Landkreise werden wir diesen Kurs des Landes weiter vorbehaltlos unterstützen.“

Landkreise erleichtert über Lösung für Gebäudeförderung vom 1. Februar 2022

Der Landkreistag Baden-Württemberg begrüßt die Entscheidung der Bundesregierung, wonach alle 24.000 bis zum 24. Januar eingegangenen Anträge auf Förderung für Energiesparhäuser geprüft und bei Förderfähigkeit genehmigt werden. „Klimaschutzinvestitionen sind immer auch Vertrauenssache. Daher ist es gut, dass der Bund nun eine den Vertrauensschutz wahrende Lösung für die Gebäudeförderung gefunden hat. Nicht zuletzt können dadurch auch Verzögerungen bei kommunalen Projekten ver-

mieden werden“, erklärte Hauptgeschäftsführer Prof. Dr. Alexis von Komorowski heute in Stuttgart.

Antisemitismus bekämpfen, jüdisches Leben fördern und schützen, Erinnerung wach halten – Landkreistagspräsident Walter zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocausts vom 26. Januar 2022

Zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocausts äußert sich der Präsident des Landkreistags Baden-Württemberg, Landrat Joachim Walter (Tübingen), wie folgt:

„Am 27. Januar gedenken wir in Trauer der Millionen jüdischer Frauen, Männer und Kinder sowie aller Opfer, die im Holocaust ermordet wurden. Wir tun dies, um uns in Fassungslosigkeit vor den Toten zu verneigen. Unser Gedenken ist zugleich aber auch in die Zukunft gerichtet – als ‚Nie wieder!‘ Mit Sorge nehme ich wahr, dass der Antisemitismus nicht kleiner wird, sondern gerade auch in den sozialen Medien wie ein Krebsgeschwür wirkt. Die baden-württembergischen Landkreise werden auch in Zukunft alles daransetzen, den Antisemitismus konsequent zu bekämpfen, jüdisches Leben zu fördern und zu schützen und die Erinnerung an die Opfer der Schoah wach zu halten.“

Landkreise erwarten von Bund und Land finanzielle Unterstützung für Kliniken– Landkreistagspräsident Walter: „Krankenhäuser dürfen wirtschaftlich nicht ins Schlingern geraten!“ vom 27. Dezember 2021

Zu den aktuellen Presseverlautbarungen der Krankenhausverbände, dass die wirtschaftliche Lage der Kliniken so schlecht sei wie seit mehr als zwei Jahrzehnten nicht mehr, äußert sich der Präsident des Landkreistags Baden-Württemberg, Landrat Joachim Walter (Tübingen) wie folgt:

„Die Belastungssituation in den Kliniken ist bereits riesig, und mit Omikron wird sie sich noch weiter verschärfen. Insofern sind es wichtige Signale, dass das Bundesgesundheitsministerium die Ausgleichszahlungen für Coronabedingt ausgefallene Operationen bis in den März kommenden Jahres weiterlaufen lässt und dass Baden-Württemberg einen Landesrettungsschirm auf den Weg bringen will.

Allerdings reichen die auf Bundesebene ergriffenen Maßnahmen nach wie vor nicht aus, um die Kliniken in Baden-Württemberg zu stabilisieren. Wenn nach den aktuellen Zahlen der Landeskrankenhausgesellschaft rund zwei Drittel der Kliniken für 2021 mit roten Zahlen rechnen, dann spricht dies Bände. Der Bundesschutzschirm muss daher noch weiter aufgespannt werden. Insbesondere muss der unzureichende Ausgleich der pandemiebedingten Erlösverluste korrigiert werden.

In den in Aussicht gestellten Landesrettungsschirm müssen die 240 Millionen Euro, die auch Gegenstand der Verhandlungen von Land und Kommunen waren, vollumfänglich eingebracht werden. Das Hilfspaket muss kurzfristig geschnürt werden, denn wir können es uns nicht leisten, dass Krankenhäuser wirtschaftlich ins Schlingern geraten. Deswegen ist

auch so wichtig, dass die weiteren Baustellen wie die unzureichende Pauschalförderung der Krankenhäuser ebenfalls geschlossen werden.“

Landkreistag unterstützt Haltung des Ministerpräsidenten zur Entschuldung von Kommunen– Landkreistagspräsident Walter: „Entschuldung von Kommunen ist Ländersache!“ vom 15. Dezember 2021

Zur dpa-Meldung, wonach Ministerpräsident Kretschmann die Ampel-Pläne zur Entschuldung von Kommunen durch den Bund kritisch bewertet, äußert sich der Präsident des Landkreistags Baden-Württemberg, Landrat Joachim Walter (Tübingen), wie folgt:

„Ich teile ausdrücklich die Auffassung von Ministerpräsident Kretschmann, dass Länder jetzt nicht vom Bund dafür belohnt werden dürfen, dass sie ihre Kommunen in der Vergangenheit nicht ausreichend mit Finanzmitteln ausgestattet haben.“ Die Sicherstellung kommunaler Selbstverwaltung durch eine ausreichende Zuweisung von Finanzmitteln sei ureigene Aufgabe der Länder. Walter, der zugleich Vizepräsident des Deutschen Landkreistags ist, liegt mit dieser Haltung auf einer Linie mit dem Spitzenverband der Landkreise in Berlin.

Landkreistag begrüßt Karlsruher Entscheidung zum Recht auf schulische Bildung– Landkreistagspräsident Walter: „Gut, dass die Hürden für Schulschließungen höher gelegt wurden“ vom 30. November 2021

Zum Beschluss des Ersten Senats des Bundesverfassungsgerichts zu den Schulschließungen (1 BvR 971/21, 1 BvR 1069/21) äußert sich der Präsident des Landkreistags Baden-Württemberg, Landrat Joachim Walter (Tübingen), wie folgt:

„Als Landkreise haben wir in der Vergangenheit immer wieder darauf hingewiesen, dass der Wegfall des Präsenztunterrichts nicht nur zur Lernrückständen, sondern auch zu teils gravierenden Defiziten in der persönlichen Entwicklung führt. Ich bin daher froh, dass unser höchstes Gericht nun erstmals ein Recht auf schulische Bildung anerkannt hat und Schulschließungen als schwerwiegende Beeinträchtigung dieses Rechts qualifiziert. Damit werden die verfassungsrechtlichen Hürden für Schulschließungen höher gelegt. Die Landkreise bekräftigen in diesem Zusammenhang erneut ihren politischen Appell, die anstehenden Corona-Maßnahmen immer auch an dem Oberziel auszurichten, die Bildungs- und Betreuungseinrichtungen offenzuhalten

**Landkreise wollen flächen-
deckende Schließungen
von Bildungs- und
Betreuungseinrichtungen
unbedingt vermeiden –
Landkreistagspräsident
Walter: „Erneute Schul- und
Kitaschließungen würden
Kindern und Jugendlichen
massiv schaden.“
vom 27. November 2021**

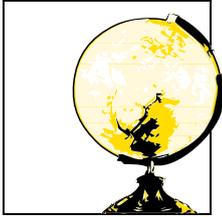
„Ich appelliere an die Verantwortlichen in Bund und Land, alle Maßnahmen der Pandemiebekämpfung, die in dieser vierten Corona-Welle zur Entscheidung anstehen, konsequent an einem Oberziel

auszurichten: Bildungs- und Betreuungseinrichtungen wie Schulen, Kindertagesstätten sowie die Kindertagespflege müssen regulär offengehalten werden“, erklärte Landkreistagspräsident Joachim Walter (Tübingen) mit Blick auf die angespannte Pandemiesituation.

„Durch die wiederholten Schulschließungen in 2020 und 2021 sind bereits jetzt Lernrückstände entstanden, die sich kaum vollständig aufholen lassen. Gerade Kinder aus bildungsfernen Familien verlieren uneinholbar den Anschluss. Auch die Zahl der Kinder und Jugendlichen, die sich aufgrund lockdownbedingter Folgen in Behandlung befinden, ist erschreckend hoch. Die

Kinder- und Jugendpsychiatrien sind überlastet durch die Vielzahl behandlungsbedürftiger junger Menschen“, betonte Präsident Walter.

„Erneute Schul- und Kitaschließungen würden Kindern und Jugendlichen massiv schaden. Sie müssen daher unbedingt verhindert werden. Die negativen gesellschaftlichen Auswirkungen sind erschreckend“, unterstrich Landkreistagspräsident Walter und ergänzte: „Erkrankte Schülerinnen und Schüler tragen ersichtlich nicht zur Überlastung des Gesundheitssystems bei, denn der Verlauf der Erkrankung ist in aller Regel mild. Und Erwachsene im Umfeld des Kindes können sich durch eine Impfung schützen.“



SPEKTRUM

Bildung

Nach einem erfolgreichen ersten Projekt unterstützt der Landkreis Karlsruhe beim Bau einer weiteren Schule in Burkina Faso

Die Gemeinschaftsinitiative „1000 Schulen für unsere Welt“ der kommunalen Spitzenverbände liegt dem Landkreis Karlsruhe auch künftig am Herzen. Nach Abschluss des ersten erfolgreichen Schulbauprojektes in Sorgo in Burkina Faso nimmt der Landkreis daher an einem weiteren Vorhaben teil und unterstützt den Aufbau einer Grundschule in Damzoussi. Diese Entscheidung begrüßte der Verwaltungsausschuss bei seiner Sitzung am Donnerstag, 25. November 2021, im Kurhaus in Waldbronn. Ziel der Gemeinschaftsinitiative ist es, Menschen durch Bildung eine Zukunft in ihrer Heimat zu ermöglichen und damit die Grundlage zu legen, dass sie als Erwachsene den Lebensunterhalt für sich und die Familie erwirtschaften können.

Der Förderkreis Burkina Faso Rhein- stetten e.V. ist im Frühjahr 2021 mit dem neuen Schulbauprojekt in Damzoussi an den Landkreis Karlsruhe herangetreten. Das Dorf liegt im Departement Saponé der Provinz Bazèga im Zentrum von Burkina Faso und hat knapp 500 Einwohner. Die Schülerinnen und Schüler aus Damzoussi gehen derzeit auf unterschiedliche, weit verstreute Grundschulen in anderen Dörfern. Diese sind jedoch in der Regenzeit aufgrund von Überschwemmungen oft nicht erreichbar. Die Kinder können somit über längere Zeit hinweg nicht am Unterricht teilzunehmen. Das

soll sich mit dem Neubauprojekt ändern. Geplant sind zwei Gebäude mit je drei Klassen- und einem Lehrerzimmer sowie Brunnen und Latrinen.

Die Kosten des Projekts liegen bei rund 51.000 Euro und sollen mittels Bürger-spenden und Sponsorengelder gedeckt werden. Darauf will der Landkreis bei Ver-anstaltungen aufmerksam machen. Erst wenn das notwendige Geld gesammelt ist, kann der Bau beginnen.

Die Umsetzung wird wie bereits beim Vorgängerprojekt von der Stiftung „Fly & Help“ unterstützt. Diese steht wiederum der Gemeinschaftsinitiative „1000 Schulen für unsere Welt“ als Partner zur Seite, plant und beaufsichtigt in Abstimmung mit den Akteuren den Schulbau und liefert Berichte an den Landkreis. Die Stiftung verpflichtet Partnerorganisatoren vor Ort vertraglich dazu, den Bau unter streng vorgegebenen Richtlinien ordnungsgemäß sicherzustellen, so dass der

Schulbetrieb nach Abschluss der Bauarbeiten umgehend aufgenommen werden kann. Nachdem die Schule errichtet ist, übergibt die Stiftung diese an die Kommune oder den Träger, welche die Lehrkräfte bereitstellen.

Zollernalbkreis: Künstliche Intelligenz am beruflichen Schulzentrum

Vor 5 Jahren hat die Philipp-Matthäus-Hahn Schule als einer der ersten beruflichen Schulzentren in Baden-Württemberg eine Lernfabrik 4.0 eingerichtet. Dort werden Schülerinnen und Schüler auf die Herausforderungen der digitalen Arbeitswelt vorbereitet. Die Lernfabrik wird jetzt um zusätzliche Module der künstlichen Intelligenz erweitert.

Die Module beinhalten verschiedene Komponenten zum Erlernen der Grundlagen der künstlichen Intelligenz, Robotik, Microcontrolling sowie ein so-



Quelle: Landratsamt Zollernalbkreis

genannter Digitaler Zwilling zur digitalen Darstellung von Anlagenteilen. Zudem wird ein Augmented-Reality-Modul für die Fernwartung und -diagnose realisiert. Schüler aller Bereiche der Philipp-Matthäus-Hahn Schule können die Module flexibel und nach ihrem Bedarf einsetzen. Insgesamt 80.000 Euro – je zur Hälfte vom Land und dem Zollernalbkreis finanziert – stehen dem Schulzentrum zur Verfügung.

Jetzt sind je acht Kleinroboter und Kamerasysteme, vier Förderbänder und acht Mikrocontrollersysteme mit entsprechender Software und KI-Algorithmen in der Schule eingetroffen und werden nun in Betrieb genommen. „Damit sollen vollständige Lernumgebungen geschaffen werden, die die Funktionsweisen von Robotern sowie die Interaktion von Mensch und Maschine beleuchten. Neben der Vermittlung des technischen Verständnisses legen wir besonderen Wert auf die Förderung der 4K: Kritisches Denken, Kreativität, Kollaboration und Kommunikation“, erläutert der zuständige Projektleiter an der Philipp-Matthäus-Hahn Schule, Markus Haigis.

„Uns ist es besonders wichtig, die künstliche Intelligenz als Chance zu vermitteln, während gleichzeitig der richtige und verantwortungsvolle Umgang damit geschult wird“, so Landrat Günther-Martin Pauli. Karl Wolf, Dezernent der Hauptverwaltung des Zollernalbkreises, ergänzt: „Die Verbindung von Industrie und Bildung bietet den Schülern nicht nur einen Einblick in die Technik, sondern ermöglicht auch das Knüpfen von Kontakten und damit einen idealen Übergang von Schule in Ausbildung und Beruf“. Die Lernfabrik wird für die Bereiche Steuer- und Regelungstechnik, Automatisierungstechnik/SPS, Pneumatik/Hydraulik, Industrierobotik und Handhabungstechnik, Antriebstechnik sowie CNC Technik genutzt. Ein pädagogisches Konzept, unterschiedlichste Kooperationen zwischen Schule und Industrie sowie Konzepte für eine Nutzung

als regionales Demonstrationszentrum für Industrie 4.0 waren Kriterien für die Zuwendung.

Digitalisierung

Main-Tauber-Kreis: Per App metergenau zum Unfallort in Wald oder Feld – Leitstelle und Landkreis setzen auf AML-Technik und Drei-Wort-Adressen

Bei einem Unfall kann schnelle medizinische Hilfe unnötiges Leid verhindern und Leben retten. Was aber, wenn eine Notsituation beispielsweise in Wald oder Feld eintritt? Die Integrierte Leitstelle Main-Tauber-Kreis kann von Personen, die per Smartphone einen Notruf absetzen, häufig mittels der AML-Technik („Advanced Mobile Location“) Standortdaten erhalten, auch wenn sich der Standort mitten in der Natur befindet.

Darüber hinaus empfehlen Erster Landesbeamter Florian Busch, Leitstellenleiter Matthias Hofmann und Kreisbrandmeister Andreas Geyer allen Bürgerinnen und Bürgern, die kostenfreie App „What3Words“ auf ihren Smartphones zu installieren und zu nutzen. Sie steht in den gängigen App-Stores zur Verfügung. Mittels der App ist es möglich, den Aufenthaltsort einer Person auf drei Meter genau zu bestimmen. Für die Rettung im Notfall von untergeordneter Bedeutung sind dagegen Forst-Rettungspunkte im Wald. „Das System ist für Mitarbeitende in der Forstwirtschaft durchaus geeignet, für die breite Bevölkerung bieten aber nur Alternativen wie AML und What3Words einen echten Nutzen“, fasste Erster Landesbeamter Busch zusammen.

Mittels „Advanced Mobile Location“ werden die genauen Standortdaten einer Person, die eine Notrufnummer gewählt hat, übermittelt – beispielweise an die Integrierte Leitstelle Main-Tauber-Kreis. „Aufgrund unserer hochmodernen technischen Ausstattung können wir diese

Daten empfangen und auslesen“, erläuterte Leiter Matthias Hofmann bei einer Besprechung in der Leitstelle. AML ist in den Betriebssystemen moderner Smartphones enthalten, sowohl bei Android- als auch bei iOS-Geräten. Die Technik funktioniert vollautomatisch. Die Anruferin oder der Anrufer muss nichts tun, außer die Notrufnummer 112 zu wählen und dort das Anliegen zu schildern. Während des Anrufs werden die Standortdaten vom Smartphone an die Leitstelle gesendet, so dass die Anruferin oder der Anrufer beispielsweise durch einen Rettungswagen zielgenau angesteuert werden können.

Leitstellenleiter Hofmann machte aber auch deutlich, dass damit noch nicht alle Hilfe suchenden Personen lokalisiert werden können. Immerhin jedoch würden derzeit bereits bei 60 bis 70 Prozent der mobilen Notrufe AML-Daten übermittelt. In den anderen 30 bis 40 Prozent der Fälle seien die Notrufenden Roaming-Teilnehmer, Nutzer von Fremdnetzen – außerhalb des Netzes des eigenen Mobilfunkanbieters – und Personen, die sehr schnell wieder auflegen. Ist die Anrufzeit zu kurz, versendet das Smartphone keine AML-Daten. Auch ältere Smartphones, beispielsweise ältere Geräte als das iPhone 6s, können keine AML-Daten versenden. Dies betrifft auch Mobiltelefone, die keine Smartphones sind. Laut Statistischem Bundesamt lag deren Anteil im Jahr 2019 noch bei knapp 20 Prozent. Ebenfalls keine AML-Daten versandt werden dann, wenn der Ladezustand des Akkus unter fünf Prozent liegt, da dann der Sprachanruf nicht gefährdet werden soll. Bei Android-Geräten ist es zudem möglich, AML zu deaktivieren. Die Leitstelle rät hiervon ausdrücklich ab. Ebenfalls keine AML-Datenübertragung gibt es bei Notrufenden mit Providern ohne eigene Mobilfunknetze, welche diese Funktion noch nicht unterstützen.

„Der Empfang der AML-Daten ist eine tolle Sache, aber nicht in jedem Fall möglich“, bilanzierte Matthias Hofmann. So könne es gerade in Wald und Feld



Kreisbrandmeister Andreas Geyer und Leitstellenleiter Matthias Hofmann demonstrierten dem Ersten Landesbeamten Florian Busch (von rechts), wie in der Integrierten Leitstelle Rettungsfahrzeuge mithilfe von Drei-Wort-Adressen exakt an den genauen Zielpunkt navigiert werden können.

Alle drei appellieren an alle Bürgerinnen und Bürger, sich mit der Installation der App „What3Words“ für Notfälle zu wappnen.

Quelle: Landratsamt Main-Tauber-Kreis

immer sein, dass das gebuchte Mobilfunknetz nicht erreichbar ist, ein Notruf über ein fremdes Netz erfolgt und dann keine Datenübertragung stattfindet. Auch seien viele Situationen denkbar, in denen der Rettungsdienst gar nicht an den Ort gelotst werden soll, an dem sich der Anrufer befindet, sondern an eine andere Stelle. Immer dann, wenn AML-Daten nicht zur Verfügung stehen oder nicht geeignet sind, kann nach seinen Worten die App „What3Words“ weiterhelfen.

Die Macherinnen und Macher von „What3Words“ haben die ganze Welt in drei mal drei Meter große Quadrate eingeteilt und jedes dieser Quadrate mit einer eindeutigen Adresse aus drei Wörtern bezeichnet. Beispielsweise liegt der Eingang der Integrierten Leitstelle in der Bad Mergentheimer Rotkreuzstraße im Quadrat mit der Drei-Wort-Adresse „messer.abriss.einreise.“ Ein Notrufender, der die App auf dem Mobiltelefon installiert hat, kann die Drei-Wort-Adresse für seinen Standort einfach ablesen und der Leitstelle telefonisch durchgeben. Dies funktioniert auch offline, ohne Internetverbindung. Außer-

dem kann die Disponentin oder der Disponent in der Leitstelle eine SMS an die Anruferin oder den Anrufer mit einem „FindMe-Link“ versenden. Über diesen kann die richtige „What3Words“-Adresse angezeigt und vorgelesen werden. Auch ist es möglich, dass die Anruferin oder der Anrufer über die Karte in der App einen gewünschten Zielpunkt für den Rettungswagen heraussucht und die entsprechende Drei-Wort-Adresse durchgibt.

Weniger geeignet für die Rettung von Personen aus der breiten Bevölkerung sind dagegen nach der Überzeugung des Ersten Landesbeamten, des Kreisbrandmeisters und des Leitstellenleiters die Forst-Rettungspunkte im Main-Tauber-Kreis. Diese Lotsenpunkte sind zwar in Karten der Forstverwaltung verzeichnet und auch der Leitstelle bekannt, aber oftmals nicht öffentlich ausgeschildert. Sie liegen häufig kilometerweit auseinander. Dem System liegt der Gedanke zugrunde, dass Forstwirtinnen und Forstwirte in der Regel mindestens zu dritt im Wald arbeiten. Verletzt sich eine Person, bleibt die zweite bei ihr und leistet Erste Hilfe. Die dritte fährt zum Lotsenpunkt –

beispielsweise an einem markanten Gebäude in einer Ortschaft –, trifft sich dort mit dem Rettungsfahrzeug und navigiert dieses zur Unfallstelle im Wald. „Radfahrern und Wanderern, die alleine unterwegs sind, hilft dieses System in der Regel nicht weiter“, machte Kreisbrandmeister Geyer deutlich. Weder sei klar, wie weitere, nachrückende Fahrzeuge zum Unfallort gelangen, noch sei es für den Einsatz von Rettungshubschraubern praktikabel. Hilfesuchende Personen aus der Bevölkerung – außerhalb des forstwirtschaftlichen Personals – würden zumeist weder die Rettungspunkte kennen noch die Entfernung zum nächsten Rettungspunkt einschätzen können. Daher setze der Rettungsdienst im Landkreis auf AML und „What3Words“.

Bundesministerium für Digitales und Verkehr fördert Landkreis-Projekt „Rettungskette 5G“ – Ostalbkreis erhält endgültige Zusage für Innovationsprojekt zur Verbesserung der Notfallversorgung

Im Rahmen einer digitalen Auftaktveranstaltung des 5G-Innovationswettbewerbs hatte der damalige Bundesminister Andreas Scheuer im April 2021 für das Projekt des Landkreises „Rettungskette 5G“ die Förderung der praktischen Umsetzung in Aussicht gestellt. Ende 2021 erhielt der Ostalbkreis die verbindliche Förderzusage. Damit fließen rund 4 Mio. Euro Fördergelder für das Projekt, welches mit Gesamtkosten von 5,75 Mio. Euro veranschlagt ist.

Neben dem Ostalbkreis sind als Kooperationspartner das Ostalb-Klinikum Aalen, der DRK-Kreisverband Aalen, die Hochschule Aalen sowie sechs weitere hochspezialisierte Technologiepartner beteiligt und steuern insgesamt rund 1,8 Mio. Euro bei. Mit der Umsetzung des Projekts wurde im Januar 2022 mit einer Auftaktveranstaltung in den Räumen der Landkreisverwaltung begonnen, die Projektdauer beträgt drei Jahre.



Ein Teil der Teilnehmenden der Auftaktveranstaltung mit Landrat Dr. Joachim Bläse (Mitte) vor dem Gebäude Q1 in der Aalener Gartenstraße, wo der für das Projekt federführend verantwortliche Geschäftsbereich Geoinformation und Landentwicklung des Ostalbkreises untergebracht ist.

Quelle: Landratsamt Ostalbkreis

„In den vergangenen Monaten mussten alle Konsortialpartner einen ausführlichen Antrag abgeben sowie Ergänzungen liefern. Wir freuen uns, dass wir nun die endgültige Zusage der Bundesanstalt für Verwaltungsdienstleistungen erhalten haben und mit diesem Innovationsprojekt starten können“, so Landrat Dr. Joachim Bläse. Was genau hinter der „Rettungskette 5G steckt, erläutert Jürgen Eisenmann, Leiter des Geschäftsbereichs Geoinformation und Landentwicklung im Landratsamt: „Mit Hilfe des neuen Mobilfunkstandards 5G soll die notfallmedizinische Versorgung der Bevölkerung spürbar verbessert werden. Durch die Weiterentwicklung bestehender und die Entwicklung neuer digitaler Anwendung für den Rettungsdienst und die Notaufnahme sollen die Überlebens- und Heilungschancen der Patienten wesentlich erhöht werden.“

Technische Voraussetzung für die Durchführung des Projektes ist zunächst der Aufbau eines 5G-Mobilfunktestfeldes. Hierzu soll vom Mobilfunkanbieter Telefónica ein Testgebiet vom Ostalb-Klinikum bis zur südlichen Gemeindegrenze von Essingen technisch aufgerüstet werden. Die im Pilotprojekt eingesetzten

Rettungswagen sollen mit einem Ultraleichtroboter für eine KI-unterstützte Ultraschalluntersuchung direkt im Rettungswagen ausgestattet werden. Durch eine Echtzeitübertragung zwischen Rettungsdienst, Leitstelle und Krankenhaus u.a. von Vitaldaten und Ultraschallbildern sowie eine Diagnostikunterstützung durch die KI-Roboter sollen Diagnose und Therapie beschleunigt werden.

Die Verfügbarkeit von medizinischem Equipment, speziell Defibrillatoren, soll mit autonomen Hochgeschwindigkeitsdrohnen verbessert werden. Ergänzt werden soll dieses Modul durch eine Ersthelfer-App mit Anbindung eines digitalen Pflasters an das 5G-Smartphone für die Anleitung von Ersthelfern bei der Herzdruckmassage sowie Sensoren an öffentlichen Defibrillatoren.

Die umfassende Kommunikation innerhalb der Rettungskette wird über Augmented Reality-Datenbrillen sichergestellt. Damit sollen Infos über medizinische Maßnahmen und die Abfrage von Vorbefunden, wie etwa Medikation und Vorerkrankungen, direkt am Einsatzort schneller erfolgen können. Über eine GPS-gestützte Kapazitätsverwaltung soll eine Echtzeit-Lenkung und

Überwachung von Rettungsmitteln und Patientenströmen auf Basis von Live-daten aus der Rettungskette möglich werden. Auch die Abläufe bei Patientenverlegung sind Teil des Projekts und sollen weiter digitalisiert werden.

Landrat Dr. Bläse dankt dem Bund für die hochkarätige Förderung. „Das Projekt soll die technischen Möglichkeiten ausloten, um den Rettungsdienst noch besser zu machen. So schafft die Digitalisierung einen enorm wichtigen Mehrwert, weil im Notfall die Rettung durch ein intensiveres Zusammenspiel von Rettungsdienst und Notaufnahme im Klinikum noch schneller und gezielter erfolgen kann“, so der Landrat.

Ostalb-Landrat stellt „Schulnavi“ vor – Neue Online-Plattform informiert über Abschlüsse, Bildungsgänge und Weiterbildungen an den Beruflichen Schulen

Als Träger der Beruflichen Schulen hat es sich der Ostalbkreis zur Aufgabe gemacht, allen Interessierten, ob Schülerinnen und Schülern, Eltern oder Berufstätigen, die Vielzahl der Bildungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten an den Beruflichen Schulen im Kreis zugänglich zu machen.

In der Vergangenheit erfolgte dies mit Hilfe der analogen „Broschüre Berufliche Schulen“, die an allen weiterführenden Schulen verteilt wurde und als PDF-Download auf der Ostalbkreis-Homepage zur Verfügung stand.

„Angesichts des digitalen Wandels und dem inzwischen geänderten Nutzerverhalten junger Menschen haben wir jetzt das ‚Schulnavi Ostalbkreis‘ entwickelt. Unser Online-Angebot richtet sich vor allem an die Schülerinnen und Schüler der Klassenstufen 7 bis 10 der allgemeinbildenden Schulen. Da sich diese Zielgruppe hauptsächlich digital im Netz informiert, wurde eine digitale Lösung erarbeitet“, sagte Landrat Dr. Joachim Bläse im Aalener Landratsamt anlässlich der Vorstellung des „Schulnavi“, das ab

sofort unter schulnavi-ostalbkreis.de/ im Netz zu finden ist.

In Zusammenarbeit mit der Technischen Schule, der Kaufmännischen Schule und der Justus-von-Liebig Schule in Aalen, der Gewerblichen Schule, der Kaufmännischen Schule und der Agnes-von-Hohenstaufen-Schule in Schwäbisch Gmünd, der Gewerblich-Kaufmännischen und der Gewerblich-Hauswirtschaftlichen Schule in Ellwangen sowie der Gesundheitsakademie Ostalb haben die Firmen Kaisa Media um Josef Saum und dege.kommunikation GmbH aus Reutlingen die Web-Anwendung umgesetzt.

Das „Schulnavi“ setzt technisch auf dem Content Management System „ProcessWire“ auf und wurde insbesondere für mobile Endgeräte optimiert. Das komplette Design der Web-App ist responsiv angelegt, damit in erster Linie Smartphones, aber auch PCs und Tablets mit der Web-Anwendung interagieren können.

„Den Schülerinnen und Schülern soll das ‚Schulnavi‘ eine Orientierungshilfe sein, sodass sie sich in einfachen Schritten und entsprechend ihrer persönlichen, schulischen und beruflichen Neigungen und Voraussetzungen leicht zurechtfinden“, so Finanz- und Schuldezernent Karl Kurz. Der Landrat betonte, durch dieses Unterstützungsangebot bei der Berufsorientierung wolle der Ostalbkreis vor allem in Zeiten der Pandemie das duale System stärken, Ausbildungsberufe attraktiv präsentieren und Bildungsgänge in den Fokus rücken.

Im „Schulnavi“ werden alle Beruflichen Schulen des Ostalbkreises an den Standorten Aalen, Schwäbisch Gmünd und Ellwangen mit ihren Schulprofilen und Verlinkungen vorgestellt. Auch können parallel die spezifischen Bildungsgänge der einzelnen Beruflichen Schulen eingesehen werden, sollte jemand an einer speziellen Beruflichen Schule interessiert sein.

Grundsätzlich wurden alle Bildungsgänge in Voll-, Teilzeit und Weiterbil-



V. l. n. r.: Adam Pfeilsticker, dege.kommunikation GmbH, Sabrina Günther, Geschäftsbereich Bildung und Kultur, Landratsamt Ostalbkreis, Josef Saum, KAISA Medien, Landrat Dr. Joachim Bläse, Dezernent Karl Kurz, Martin Dege, dege.kommunikation GmbH, Jens-Peter Schuller, Schulleiter Agnes-von-Hohenstaufen-Schule

Quelle: Landratsamt Ostalbkreis

dungen aller Beruflichen Schulen erfasst und den Bildungsbereichen „Technik/Industrie/Handwerk“, „Wirtschaft/Verwaltung“, „Medien/Gestaltung“, „Landwirtschaft/Forstwirtschaft“, „Gesundheit/Pflege/Soziales“ und „Ausbildungsvorbereitung“ zugeordnet.

Darüber hinaus erfahren die Nutzenden den Inhalt eines Bildungsgangs, die Zugangsvoraussetzungen, Abschlussmöglichkeiten, die Ausbildungsart (Teil- oder Vollzeit), die anbietende Berufliche Schule, den Schulstandort und ob ein Partnerunternehmen des Ostalbkreises den Bildungsgang in einer dualen Ausbildung anbietet. Eine weitere Feingliederung der Bildungsbereiche erfolgt nach Bedarf. Somit haben interessierte Jugendliche die Möglichkeit, innerhalb eines Interessengebietes berufsspezifische Informationen zu bestimmten Bildungsgängen zu sammeln, und dies ohne eine örtliche Eingrenzung oder Zugangsbeschränkung.

Rein visuell wurde das Bildungsangebot des Ostalbkreises in der „Bildungslandschaft“, einer interaktiven SVG-Landschaftsillustration, aufgearbeitet. Hierbei hat der Nutzer die Möglichkeit, zuerst rein optisch in einer Landkarte des Kreises zu navigieren und so eine spezielle Berufliche Schule oder ein Part-

nerunternehmen näher zu betrachten. Unter der Rubrik „Wusstest du schon?“ werden u.a. Themen wie Lernfabrik 4.0 an der Technischen Schule in Aalen, die Ausbildungsmessen in Aalen und Ellwangen, Berufsorientierungsmaßnahmen ZUKUNFT des Ostalbkreises, das Dual Degree in Kooperation mit der Gewerblich-Kaufmännischen Schule in Ellwangen oder der neue Bildungsgang Kaufmann/Kauffrau für E-Commerce am Standort in Ellwangen aufgeführt. Verlinkt sind diese Informationen zusätzlich über einen Avatar am entsprechenden Bildungsgang.

Um den Nutzenden die Ablage des „Schulnavi“ auf dem Handy oder Tablet zu erleichtern und den Wiedererkennungswert zu steigern, wurde ein eigenes Icon, ein sogenanntes Favicon, designt und integriert.

37 Unternehmen und Institutionen unterstützen das Engagement des Ostalbkreises und sind mit ihrem Markenauftritt vertreten. Zusätzlich besteht eine Verlinkung zu den dualen Ausbildungen der Unternehmen, die an den acht Beruflichen Schulen angeboten werden.

„Wegen der Corona-Pandemie hatten viele junge Menschen nicht die Möglichkeit, sich über ihren späteren Bildungsweg im Anschluss an die allgemeinbil-

dende Schule in Präsenz zu informieren. Mit dem ‚Schulnavi‘ können sie jetzt über den ‚Bildungsnavigator‘ auf Grundlage ihres bestehenden Abschlusses und ihres gewünschten Bildungsabschlusses, des Wunschstandortes sowie der Auswahl eines Bildungsbereiches eine Vorauswahl von Bildungsgängen abfragen, die ihren Interessen und Neigungen entsprechen“, beschreibt Bläse die Vorteile der digitalen Anwendung.

Startschuss zum Projekt

„Integreat“ App – Neue digitale Integrations-Plattform im Landkreis Rastatt

Bei der Implementierung der Integrations-Plattform „Integreat“ handelt es sich um eine für neue Mitbürger kostenlose mobile App für Smartphone und Computer, die helfen soll, in mehreren Sprachen zahlreiche Informationen zu finden, die das Ankommen im Landkreis Rastatt erleichtern. Die App soll das Online-Portfolio des Landkreises erweitern und ist nach erstmaligem Installieren auch offline nutzbar. Beim Online-Auftaktworkshop Ende Januar mit mehr als 40 Teilnehmenden stellten das Sachgebiet Integration und die Tür-an-Tür-Digitalfabrik die „Integreat“-App allen Beteiligten und Kooperationspartnern vor und erarbeiteten gemeinsam alle relevanten Themen und Inhalte aus den jeweiligen Bereichen sowie eine Gliederungsstruktur für die neue App. Die einmaligen und jährlichen Kosten trägt der Landkreis Rastatt.

Beteiligt an der Umsetzung sind neben dem Integrationsamt, Sozialamt, Jugendamt, Gesundheitsamt und der Volkshochschule des Landkreises Rastatt auch Behörden und Organisationen aus den Kommunen. Genannt seien hier die jeweiligen Integrationsbeauftragten der Städte und Gemeinden, die Agentur für Arbeit, das Jobcenter, Wohlfahrtsverbände – insbesondere Migrationsberatung – wie auch Sprachkursträger im Landkreis.

„Die App bündelt lokale Informationen und Angebote zu Sprachkursen, Kindergartenplätzen, Schulsystem, öffentlichen Verkehrsmitteln, Behördengänge, Gesundheitswesen, Bildung, Familie, Arbeit, Freizeit und Alltag“ erklärt David Leonte, Amtsleitung Migration, Integration und Recht. „Die Inhalte werden in einfacher Sprache wiedergegeben und sind in verschiedenen Fremdsprachen verfügbar. Verschiedene Kategorien mit entsprechenden Icons leiten die Nutzer durch die App.“

Die Corona-Pandemie machte im vergangenen Jahr auch im Rahmen der Digitalisierung deutlich, wie wichtig es ist, dass neue Mitbürger unkompliziert und schnell auf aktuelle Informationen zugreifen können. „Diese App soll den Integrationsprozess unterstützen und Hilfestellung geben, sich in der neuen Umgebung zurechtzufinden“, so Leonte. „Die Menschen erhalten einen Überblick über die verschiedenen Strukturen vor Ort und einen umfassenden Wegweiser für alle Fragen, die das tägliche Leben und Ankommen im Landkreis Rastatt betreffen.“

Doch nicht nur zugewanderte Menschen profitieren von diesem Angebot, sondern auch Hauptamtliche in der Integrationsarbeit, verschiedene Behörden, Ehrenamtliche sowie Interessierte, die sich zu bestimmten Themen informieren wollen. Die App kann als zusätzliche Entlastung für die Behörden dienen sowie eine Hilfestellung und zusätzliche Informationsquelle sein. Die Informationen in der App können auch als PDF-Dateien ausgedruckt werden, um sie bei Bedarf den Ratsuchenden mitzugeben.

Entwickelt wurde diese Plattform 2015 vom gemeinnützigen Verein „Tür an Tür“ gemeinsam mit der TU München und dem Sozialreferat der Stadt Augsburg. Bereits über 60 Kommunen deutschlandweit nutzen „Integreat“. In Baden-Württemberg ist der Ortenaukreis seit April 2020 online, der Landkreis Karlsruhe seit Anfang 2021 und der Enzkreis derzeit noch in der Entwicklung. Auch die

Stadt Baden-Baden beabsichtigt eine Umsetzung in etwas kleinerem Rahmen. „Geplant ist, im Sommer 2022 mit „Integreat“ online zu gehen“ so Carmen Langenbacher, Projekt- und Ehrenamtskoordination im Sachgebiet Integration. „Ein großer Dank geht dabei an die Städte und Kommunen sowie alle am Projekt Beteiligten, die neben ihrer täglichen Arbeit mit großem Engagement einen wichtigen Beitrag zu einer gelungenen Integration leisten.“

Straßenmeisterei des Landratsamtes Zollernalbkreis: Durch digitale Lösungen mehr Sicherheit bei Schnee und Eis

Winter im Zollernalbkreis bedeutet: Hochsaison bei den Straßenmeistereien des Landratsamtes. Rund 630 km Bundes-, Landes- und Kreisstraßen müssen täglich von Schnee und Eis befreit werden. Hierzu sind ab 3 Uhr morgens bis zu 21 Fahrzeuge im Einsatz.

Die Streusalzlager sind mit ca. 5.400 Tonnen Auftausalz und ca. 220 Tonnen Salzlösung gefüllt. Jedes Jahr werden durchschnittlich 7.500 Tonnen Auftausalz verbraucht. „Je nach Winter müssen wir ein bis zwei Mal unsere Lager wieder auffüllen“, berichtet der Leiter des Straßenbauamtes, Helmut Renz. Um die Straßen im Winter sicherer zu machen und den Streusalzeinsatz weiter zu optimieren, setzen die Straßenmeistereien im Zollernalbkreis auf modernste digitale Lösungen.

Hierfür wird die Intelligenz der Fahrzeuge als bewegliche Mikro-Wetterstationen genutzt. Mercedes-Benz Fahrzeuge, die über die Car-to-X Technologie verfügen und deren Besitzer den Live Traffic Service über die Mercedes me App aktiviert und dem Teilen der anonymisierten Daten aktiv zugestimmt haben, liefern die dafür notwendigen Informationen. Erkennen die ESP®- oder ABS-Sensoren dieser Fahrzeuge rutschige Straßenverhältnisse, wird dies samt Positionsdaten über das fest eingebaute Mobilfunknetz des Fahrzeuges in Echtzeit an



Quelle: Landratsamt Zollernalbkreis

die Mercedes-Benz Cloud gesendet. Diese anonymisierten und validierten Informationen werden dann auf dem Mercedes-Benz Road Safety Dashboard in der Straßenmeisterei bereitgestellt. Von dort können die Mitarbeitenden Glätte- und andere Wetterereignisse abrufen.

Neben den Mercedes-Benz Fahrzeugdaten ermöglicht der sogenannte „Mobility Data Space“ eine sichere Integration von fahrzeuggesteuernden Daten wie z.B. Wetterkarten des Deutschen Wetterdienstes. Dadurch erhält die Straßenmeisterei ein ganzheitlicheres Bild der Straßenzustände, um somit deren Sicherheit zu erhöhen. „Aus den Daten über Glätteereignisse, die Luft- und Bodentemperatur sowie aktuelle Wetterinformationen können wir wichtige Schlüsse für den Einsatz der Fahrzeuge ziehen, beispielsweise bei überfrierender Nässe. Die Mitarbeitenden können die Gefahrenstellen gezielt anfahren und durch Streuen oder Räumen schnell beseitigen“, erläutert Herbert Hafner von der Straßenmeisterei Albstadt.

„Die Zusammenarbeit mit der Mercedes-Benz AG dient der Qualitätssicherung und Wirtschaftlichkeit. Anhand der vorliegenden Daten kann die betriebliche Steuerung verbessert und besondere Gefahrenstellen auch für kommende Jahre entschärft werden“, so der Erste Landesbeamte Matthias Frankenberg.

Im September 2021 fanden im Auftrag der acatech (Deutsche Akademie der Technikwissenschaften) Dreharbeiten zur Vorstellung des Projekts statt. Der dabei entstandene Film wurde unter anderem auf dem ITS World Congress in Hamburg gezeigt und kann ab sofort auf der Homepage des Zollernalbkreises unter www.zollernalbkreis.de sowie auf <https://mobility-dataspace.eu/> abgerufen werden.

Feuerwehr

Der Digitalfunk hält Einzug bei den Feuerwehren im Landkreis Biberach

Die Feuerwehrfahrzeuge im Landkreis Biberach werden seit Ende letzten Jahres sukzessive auf den Digitalfunk und den neuesten Stand der Technik umgerüstet. Neben den rund 90 Fahrzeugen des Kreisfeuerlöschverbands, welche in der Überlandhilfe eingesetzt werden, werden alle weiteren Gemeinden mit ihren rund 270 Feuerwehrfahrzeugen in den kommenden drei Jahren auf Digitalfunk umrüsten und umstellen müssen.

„Ziel ist es, die Umstellung von Analog- auf Digitalfunk bis Ende 2023 abzuschließen“, sagt Landrat Dr. Heiko Schmid, der sich in der Kreisgerätewerkstatt darüber informieren ließ, wie der Einbau in einem Fahrzeug vonstatten geht. Die gesamten Investitionskosten belaufen sich auf rund 620.000 Euro. Für jedes Funkgerät, das digital umgerüstet wird, erhalten der Kreis bzw. die Stadt oder Gemeinde einen Zuschuss von 600 Euro. Dadurch, dass die Kreisgerätewerkstatt für die meisten Wehren im Kreis den Umbau übernimmt, sparen die Verbandsmitglieder weitere 420.000 Euro.

Um die Städte und Gemeinden des Landkreises zu unterstützen, hat das Amt für Brand- und Katastrophenschutz rund 400 Geräte ausgeschrieben und bestellt. Andreas Wohzab, Mitarbeiter des Amtes, steht für Fragen rund um den Digitalfunk den Kommunen und Feuerwehren zur Verfügung und berät bei der benötigten Ausrüstung der Fahrzeuge und Feuerwehrhäuser. „So können wir die Gemeinden unterstützen, diese Migration bedarfsgerecht und kostengünstig zu bewerkstelligen“, freut sich Landrat Dr. Schmid, der sich in der Kreisgerätewerkstatt die Umbaumaßnahmen zeigen ließ.



Landrat Dr. Heiko Schmid lässt sich den Digitalfunk und den Einbau von Andreas Wohzab (rechts), Thorsten Bingel (z. v. l.) sowie Dezernent Bernd Schwarzendorfer (links) und Kreisbrandmeisterin Charlotte Ziller erklären.

Quelle: Landratsamt Biberach

Der Umbau der Fahrzeuge und sogenannten „Feststationen“ in den Feuerwehrhäusern muss entweder bei zertifizierten Werkstätten durchgeführt werden oder in der Kreisgerätekwerkstatt des Löschverbandes. In der Kreisgerätekwerkstatt werden derzeit Fahrzeuge in Handarbeit umgebaut. Hierfür steht ein Mitarbeiter für den Umbau zur Verfügung. Denn, diese Umrüstung benötigt Zeit: „Jedes Fahrzeug ist anders, keines ist schraubengleich oder gar „von der Stange“, erklärt Werkstattmeister Thorsten Bingel im Gespräch mit dem Landrat. „Je nach Baujahr müssen Kabel durch das gesamte Fahrzeug neu gelegt werden. Dafür muss die Innenraumverkleidung heruntergenommen werden und Einzelösungen für die Geräteinstallation gefunden werden“.

Damit die neue Technik dem Datenschutz gerecht wird, wird neben der Standard-Verschlüsselung beim Digitalfunk eine zusätzliche, spezielle Verschlüsselung durch den Einsatz der sogenannten BSI-Sicherheitskarte in jedem Funkgerät eingesetzt. Diese Karte muss für jedes Funkgerät eigens beantragt werden und ist „personalisiert“. Auch hier werden die Gemeinden durch das Amt unterstützt: Die Karten wurden gesammelt bei der Technischen Betriebsstelle bestellt und von Andreas Wohzab abgeholt. Per Post versandt werden die Sicherheitskarten nicht, zu groß ist das Sicherheitsrisiko, dass die Verschlüsselungsdaten für einen gesamten Landkreis verloren gehen oder in falsche Hände geraten.

Aber auch nach der Umstellung bleiben Arbeiten im Digitalfunkbereich nicht aus: Die Programmierung der Funkgeräte wird derzeit noch ausschließlich durch zertifizierte Händler bewerkstelligt. Es ist in Planung, diese Programmierungen und zukünftige Updates dezentral in die Landkreise zu delegieren. Hier ist die Kreisgerätekwerkstatt bereits gerüstet: Sie hat seit Anfang des Jahres bereits die nötige Messtechnik (Funkmessplatz) beschafft, um damit die analogen und

digitalen Funkgeräte zu überprüfen und zukünftig nötige Updates auf die digitalen Funkgeräte zu programmieren. Das Land hat für diese Investition einen Zuschuss in Höhe von 16.000 Euro bewilligt, ein Hinweis darauf, dass sich diese Technik durchsetzen könnte. „Erste Überlegungen die Einsatzstellenfunkgeräte für die Feuerwehrleute ebenfalls umzustellen, stehen bereits. Es kann also sein, dass in naher Zukunft rund 1.500 Handfunkgeräte im Landkreis ebenfalls auf Digitalfunk umgerüstet werden müssen“, weiß Andreas Wohzab vom Amt für Brand- und Katastrophenschutz. „Das bedeutet für uns: nach dem Umbau ist vor dem Umbau.“

Schwarzwald-Baar-Kreis: Kreislogistikzentrum für Feuerwehr und Katastrophenschutz eingeweiht

Am Standort der Straßenmeisterei in Hüfingen wurde nach sechsmonatiger Bauzeit ein Kreislogistikzentrum für die Feuerwehr und den Katastrophenschutz fertiggestellt. Jetzt wurde das Gebäude durch Landrat Sven Hinterseh eingeweiht und seiner Nutzung übergeben.

Zuvor stand auf dem Grundstück eine alte Salzlagerhalle, an deren Stelle nun eine neue Halle in Stahlbauweise zur Unterbringung von feuerwehrtechnischen Geräten, Fahrzeugen und sogenannte Abrollbehälter errichtet wurde.

Der Bau des Kreislogistikzentrums für Feuerwehr und Katastrophenschutz wurde erforderlich, da die Grundlagen der Landesgesetzgebung (Feuerwehrgesetz, Rettungsdienstgesetz und das Landeskatastrophenschutzgesetz) vorsehen, dass den Kommunen und Landkreisen konkrete Aufgaben der abwehrenden Daseinsvorsorge übertragen werden. Daraus leitet sich ab, dass Sonderfahrzeuge und -geräte bereitgestellt werden, die vorwiegend überörtlich zum Einsatz kommen.

Für den nun erweiterten Fuhrpark (inklusive Abrollcontainer) entstand somit ein zusätzlicher Bedarf an Unterstellfläche. Aktuell stehen im Schwarzwald-Baar-Kreis insgesamt 33 Fahrzeuge des Bundes, des Landes und des Landkreises für die Feuerwehr und den Katastrophenschutz zur Verfügung. Diese sind bei den Rettungs- und Hilfsorganisationen sowie auf kommunaler Ebene in Feuerwehrgerätehäusern untergestellt.



Nach sechsmonatiger Bauzeit wurde jetzt am Standort der Straßenmeisterei in Hüfingen das Kreislogistikzentrum für die Feuerwehr und den Katastrophenschutz durch Landrat Sven Hinterseh eingeweiht.

Bei der Einweihung waren Bundestagsabgeordneter Thorsten Frei, die Landtagsabgeordneten Niko Reith, Martina Braun und Gudjo Wolf sowie Bürgermeister Michael Kollmeier, Bezirksbrandmeister Christoph Glaisner, Vertreter der Führungskräfte der Feuerwehren aus dem Schwarzwald-Baar-Kreis und Kreisräte vertreten. Gesegnet wurde die Halle durch Diakon Michael Radigk. Quelle: Kramer, Stefanie

Die nun fertiggestellte Halle soll als Unterstellmöglichkeit für Einsatzmaterialien für die Feuerwehr und den Katastrophenschutz dienen. Hierzu wurden sechs Stellplätze geschaffen. Im rückwärtigen Hallenbereich wurde ein Hochregalsystem zur Lagerung von verschiedenen Einsatzmaterialien, teils auf Paletten und Gitterboxen eingerichtet. Zudem wurde eine Werkbank für kleinere Reparaturen und zur Ablage von Material installiert.

Die Entwurfs- und Baugenehmigungsplanung für das Gebäude wurde durch die Architekten des Amtes für Schule, Hochbau und Gebäudemanagement übernommen. Die Statik für den Rohbau lieferte das Ingenieurbüro Isenmann aus Hausach/Villingen. Die Firma Stahlbau Münch aus Brigachtal setzte den Bau um. Insgesamt lagen die Kosten bei zirka 790.000 Euro. Der Bau wurde durch das Land Baden-Württemberg mit einem Betrag in Höhe von 141.073 Euro gefördert.

Gesundheit

Long-Covid-Projekt startet im Landkreis Calw – Gezielte und zeitnahe Hilfe für Betroffene / Arztpraxen werden entlastet

Seit Anfang 2020 hat die Corona-Pandemie die Welt fest im Griff. Offiziell waren fast neun Millionen Menschen in Deutschland mit Corona infiziert. Im Anschluss an eine Covid-19-Erkrankung können Beschwerden über längere Zeit anhalten. Meistens kommt es nach wenigen Wochen zu einer deutlichen Besserung der Beschwerden, doch manche Patientinnen und Patienten brauchen deutlich länger, um zu genesen. Bei einigen Betroffenen treten erst Wochen nach der Infektion neue Symptome auf, die im Zusammenhang mit der vorangegangenen Covid-Infektion stehen. Long-Covid bezeichnet Beschwerden, die länger als vier Wochen nach der Infektion

auftreten oder fortbestehen. Je nach Studie haben 20 bis 50 Prozent der Patientinnen und Patienten noch vier Wochen nach einer Covid-19-Infektion mit den Folgen zu kämpfen. Zu den häufigsten Symptomen von Long-Covid zählen allgemeine Schwäche und Abgeschlagenheit, eingeschränkte Belastbarkeit, Atemnot bei Belastung, Kopfschmerzen, Muskelschmerzen, Gliederschmerzen sowie Geruchs- und Geschmacksstörungen. Die Ursachen für Long-Covid sind noch weitgehend ungeklärt. Aus diesem Grund durchlaufen Betroffene zahlreiche Untersuchungen in unterschiedlichsten Arztpraxen. Ebenso ist derzeit noch unklar, ob Long-Covid ebenso häufig nach einer Infektion mit der Omikron-Variante auftritt.

Die Versorgung der Long-Covid-Patientinnen und Patienten ist aktuell sehr schwierig, da es an den Schwerpunktabteilungen der Universitätskliniken und anderen großen Kliniken sehr lange Wartezeiten gibt. Aus diesem Grund haben sich einige niedergelassene Ärzte und einige Klinikärzte aus dem Landkreis Calw zusammengetan, um ein interdisziplinäres Angebot für die betroffenen Patientinnen und Patienten zu schaffen. Vorrangiges Ziel des Long-Covid-Projekts ist die zeitnahe diagnostische und therapeutische Versorgung der betroffenen Patientinnen und Patienten im Landkreis Calw.

Zur Long-Covid-Arbeitsgruppe gehören Herr Dr. Thomas Breitzkreuz, Chefarzt des Paracelsuskrankenhauses Untertengenhardt, Herr Dr. Dennis Schlak, Chefarzt Neurologie des Krankenhauses Calw, Frau Dr. Susann Strötter, Chefärztin der Klinik für Psychosomatik am Zentrum für Psychiatrie Hirsau, Herr Andre Wolff, Oberarzt für Hämatologie und Onkologie am Krankenhaus Calw, Herr Dr. Bernhard Plappert, niedergelassener Kardiologe Calw, Herrn Lothar Ginader, niedergelassener Allgemeinmediziner in Calw, Herr Prof. Martin Kohlhäufel, niedergelassener Lungenfacharzt in Leonberg, Herr Dominik Orth, Medizinstudent an

der Universität Tübingen und Prof. Martin Oberhoff, Chefarzt der Abteilung Innere Medizin am Krankenhaus Calw. Unterstützt wird der Arbeitskreis durch Frau Gisela Daul, AOK Baden-Württemberg, und Frau Carolin Gutsch, Landratsamt Calw.

Das Projekt startet zunächst als Pilotprojekt. Über die am Pilotprojekt teilnehmenden Arztpraxen werden betroffene Patientinnen und Patienten rekrutiert. Nach ausführlicher Anamnese werden Krankheitsverlauf und Symptomatik der Betroffenen von den Ärztinnen und Ärzten der Arbeitsgruppe diskutiert und Empfehlungen zur weiteren Diagnostik und Therapie gegeben. Die am Arbeitskreis beteiligten Ärztinnen und Ärzte stellen hierbei sicher, dass die empfohlenen diagnostischen und therapeutischen Maßnahmen zeitnah erfolgen können. Die Behandlung der Long-Covid-Betroffenen wird zudem wissenschaftlich begleitet und ausgewertet. Nach Abschluss der Pilotphase werden alle Arztpraxen im Landkreis Calw Patientinnen und Patienten an die Long-Covid-Arbeitsgruppe überweisen können. Hier kann ihnen dann gezielt geholfen werden und die Praxen werden entlastet. Patientinnen und Patienten, die keine der Pilotpraxen besuchen, können sich aktuell an ihren Hausarzt bzw. ihre Hausärztin wenden.

Ernährungstage 2022 im Landkreis Ludwigsburg: Minister Hauk MdL und Landrat Allgaier besuchen Betriebsgastronomie von Bosch

Im Rahmen der Ernährungstage 2022 besuchten Minister Peter Hauk MdL und Landrat Dietmar Allgaier am 17. Februar die Betriebsgastronomie der Robert Bosch GmbH in Schwieberdingen. Das Verpflegungskonzept der Bosch-Betriebsgastronomie mit seiner Vielfalt und regionalen Produktfrische wurde als Vorbildprojekt für andere Gemeinschaftskantinen vorgestellt und an-



Minister Peter Hauk (links) und Landrat Dietmar Allgaier überzeugen sich in der Bosch-Betriebsgastronomie von der Vielfalt und regionalen Produktfrische.

Quelle: Landratsamt Ludwigsburg

schließlich schwäbisch regionale Speisen live zubereitet.

Die Ernährungstage, die vom 14. bis 18. Februar 2022 landesweit stattfanden, standen dieses Jahr unter dem Motto „entspannt und regional genießen“. Bei den verschiedenen Aktionen boten Expertinnen und Experten mit speziellen Angeboten Tipps und Tricks für eine gesundheitsförderliche und genussvolle Ernährung und standen den Verbraucherinnen und Verbrauchern für einen gemeinsamen Austausch zur Verfügung.

„Die Nachfrage der Verbraucherinnen und Verbraucher nach regionalen und saisonalen Gerichten ist groß und regional aufgestellte Einrichtungen der Gemeinschaftsverpflegung können ihre Gäste mit einem entsprechenden profilierten Angebot überzeugen. Die Betriebsgastronomie ist ein wichtiger Partner, wenn es darum geht, die Gesichtspunkte Nachhaltigkeit, Regionalität, Gesundheit und Genuss zu vereinen. Ein attraktives Angebot ist die beste Gewähr, dass die Gäste, in diesem Fall

die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, zufrieden sind und auch der Genuss nicht zu kurz kommt“, sagte der Minister für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Peter Hauk MdL.

Dr. Thomas Pauer, Mitglied des Bereichsvorstands Powertrain Solutions der Robert Bosch GmbH und Leitung des Standorts Schwieberdingen: „Unser vielfältiges Speisenangebot, das moderne Ambiente sowie das Zubereiten von frischen und auch regionalen Zutaten vor dem Gast tragen zur physischen und psychischen Gesundheit unserer Mitarbeitenden bei. Die Betriebsgastronomie ist für Bosch ein wichtiger Baustein des betrieblichen Gesundheitsmanagements.“

Landrat Dietmar Allgaier stellte bei dem Termin die Angebote des Ernährungszentrums Mittlerer Neckar des Landratsamts vor, das als Kompetenzzentrum rund um Essen, Trinken und heimische Lebensmittel fungiert. Bereits seit Mitte 2020 setzte das Ernährungszentrum auf digitale Veranstaltungsangebote und Kochworkshops, die stark nachgefragt

werden. „Die Verarbeitung regionaler Produkte und ein bewusster Umgang mit Lebensmitteln waren schon immer Bestandteil der Veranstaltungen des Ernährungszentrums“, so Landrat Dietmar Allgaier.

Hintergrundinformation:

Der Landesregierung sind die Regionalität und die Wertschätzung von Lebensmitteln und genussvolles, ausgewogenes Essen ein wichtiges Anliegen. Das Ministerium für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz (MLR) setzt sich daher für gutes Essen in Baden-Württemberg ein, so zum Beispiel mit den seit 2015 einmal im Jahr stattfindenden Ernährungstagen. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf dem Thema „Essen zwischen Hektik und Genuss“, der Wertschätzung und der Regionalität von Lebensmitteln. Auch gibt das Ministerium Impulse für eine nachhaltige, gesundheits- und genussorientierte Außer-Haus-Verpflegung (AHV), denn immer mehr Menschen essen auswärts.

Weitere Informationen rund um das Thema Ernährung gibt es unter www.ernaehrung-bw.de, www.mlr-bw.de und www.machs-mahl.de.

(Haus-)Ärztin/(Haus-)Arzt werden im Ostalbkreis: Landkreis und Kliniken unterstützen Medizinstudierende durch Vergabe von Stipendien

Der Ostalbkreis und die Kliniken Ostalbkreis bieten Medizinstudierenden eine finanzielle Unterstützung in Form von Stipendien an. Ziel ist es, damit dem zunehmenden Mangel an Ärztinnen und Ärzten im ländlichen Raum entgegenzuwirken und Medizinstudierende frühzeitig für eine spätere Tätigkeit im ländlichen Raum zu begeistern. Dadurch soll auch in Zukunft eine flächendeckende und möglichst wohnortnahe medizinische Versorgung auf qualitativ hohem Niveau im Ostalbkreis gewährleistet werden.

Immer weniger Medizinstudierende können sich vorstellen, ihren Lebensmittelpunkt später im ländlichen Raum zu wählen. Aufgrund dieser Ausgangslage müssen angehende Ärztinnen und Ärzte bereits im Studium für ein späteres Tätigwerden auf dem Land begeistert werden. Der Ostalbkreis und die Kliniken Ostalb fördern daher mit Stipendien Medizinstudierende, die bereit sind, nach dem Studium im Ostalbkreis tätig zu sein.

Ab dem 5. Semester fördert der Ostalbkreis Studierende der Humanmedizin mit einer Vergütung von monatlich 450 Euro, beginnend mit dem Sommersemester 2022 für die Dauer von maximal sieben Semestern und vier Monaten. Im Gegenzug verpflichten sich die Stipendiaten, nach Erteilung der Approbation ihre Weiterbildung zum Facharzt für Allgemeinmedizin oder Innere Medizin mit dem Ziel einer hausärztlichen Tätigkeit in den Kliniken Ostalb bzw. in einer Weiterbildungspraxis im Ostalbkreis zu absolvieren und danach für mindestens drei Jahre als Hausärzte im Ostalbkreis vertragsärztlich tätig zu werden.

Die Kliniken Ostalb fördern Studierende der Humanmedizin ebenfalls ab dem 5. Semester mit einer Vergütung von monatlich bis zu 500 Euro für die Dauer von maximal 36 Monaten. Nach Abschluss des Studiums erhalten die Stipendiaten eine Stelle als Ärztin/Arzt in Weiterbildung entsprechend des Wunschbereichs in den Kliniken Ostalb. Im Gegenzug verpflichten sich die Stipendiaten nach abgeschlossener ärztlicher Ausbildung, eine Beschäftigung für mindestens drei Jahre im Rahmen der Weiterbildung zum Facharzt in den Kliniken Ostalb gkAÖR aufzunehmen.

Antragsberechtigt sind Studierende des Studiengangs Humanmedizin, die an einer Universität im Bundesgebiet oder an einer Hochschule in einem Mitgliedsland der EU eingeschrieben sind, deren Approbation in Deutschland anerkannt wird und die den Ersten Abschnitt der Ärztlichen Prüfung (Vorklinik) bestanden haben.

Interessierte können sich ab sofort bis zum 20. September 2022 (für den Start im Wintersemester 2022) für das Stipendienprogramm bewerben.

Weitere Informationen und Kontakt:
Stipendienprogramm –
Landratsamt Ostalbkreis
Diana Kiemel, Telefon 07361 503-1114,
E-Mail: diana.kiemel@ostalbkreis.de
Link: <https://bit.ly/3dz3SUO>

Stipendienprogramm –
Kliniken Ostalb gkAÖR
Teresa Kacinski, Telefon: 07361 55-3510,
E-Mail:
Teresa.kacinski@kliniken-ostalbkreis.de
Link: <https://bit.ly/3y5QwJ4>

Kinder und Jugend

Präventionsnetzwerk gegen Kinderarmut im Landkreis Esslingen ins Leben gerufen

Im Beisein von Vertreterinnen und Vertretern aus Politik, kommunaler Verwaltung und freier Träger wurde im Dezember 2021 im Quadrium Wernau das Präventionsnetzwerk gegen Kinderarmut im Landkreis Esslingen mit dem Projektnamen „Familien fördern“ gegründet. „Mit dem Projekt ‚Familien stärken‘ werden wir unsere sozialen- und familienorientierten Konzepte gegen Kinderarmut als landkreisweites Präventionsnetzwerk ganzheitlich weiterentwickeln“, betonte Frau Kiewel, Dezernentin für Soziales im Landratsamt Esslingen. Im Zuge der Strategie „Starke Kinder – chancenreich“ fördert das Sozial- und Integrationsministerium Baden-Württemberg das Präventionsnetzwerk gegen Kinderarmut mit insgesamt 100.000 Euro über eine Laufzeit von zwei Jahren. Ziel ist es, durch die Präventionsnetzwerke vor Ort eine integrierte Strategie zu entwickeln, um Kinderarmut wirksam zu bekämpfen.

Im Landkreis Esslingen sollen während der Projektlaufzeit unterschiedliche Maßnahmen zur Unterstützung der Familien entwickelt werden. Mit viel Engagement und Motivation erarbeiteten die Teilnehmenden der Gründungsveranstaltung in sechs Workshops erste Ziele und Bedarfe, sowie notwendige Maßnahmen. Viele verschiedene Angebote bestehen bereits im Landkreis. Es zeigte sich, dass für eine wirkungsvolle Unterstützung der von Armut betroffenen Familien die Zugänge zu diesen Angeboten für die Zielgruppen verbessert werden sollen. Schließlich sollte erklärtermaßen kein Kind verloren gehen. Seit Januar 2022 wird eine Projektkoordinatorin eingesetzt werden. Gemeinsam mit teilnehmenden Kommunen und freien Trägern gilt es, den von ihr ausgearbeiteten Projektplan konkret umzusetzen, zu evaluieren und weiterzuentwickeln, um Kinderarmut und die hieraus resultierenden Benachteiligungen, beispielsweise in den Bereichen von Bildung und Gesundheit, wirksam zu begegnen.

Runder Tisch Kinderschutz im Landkreis Esslingen gegründet

Der Landkreis Esslingen hat einen Runden Tisch zum Thema Kinderschutz gegründet und folgt damit den Empfehlungen der Kommission Kinderschutz, des Landkreistages sowie dem Landeskonzept Kinderschutz in Baden-Württemberg. Der Runde Tisch kommt bis zu zweimal jährlich zusammen. Zur Auftaktveranstaltung im November 2021 waren alle Familienrichterinnen und Familienrichter aus den Amtsgerichtsbezirken Esslingen, Kirchheim und Nürtingen zum fachlichen Austausch gemeinsam mit den zuständigen Fachämtern der Jugendhilfe und des Rechtsamts ins Esslinger Landratsamt eingeladen. In einem Fachvortrag „Kinderschutz durch Familiengericht und Jugendamt“ analysierte Professor Jan Kepert von der Hochschule für öf-

fentliche Verwaltung in Kehl als Fach- und Rechtsexperte des Kinder- und Jugendhilferechts und Kinderschutzes die wichtigsten Erkenntnisse aus dem „Fall Staufen“ und leitete Handlungsempfehlungen für eine künftige Kooperationspraxis der beteiligten Stellen auf Landkreisebene ab.

Der Landkreis hat als Träger der öffentlichen Jugendhilfe einen umfassenden Kinderschutzauftrag. Gemeinsam mit den weiteren Akteuren auf dem Gebiet, den Familiengerichten, der örtlichen Polizei sowie weiteren Netzwerkpartnern, will der „Runde Tisch Kinderschutz“ zu einer intensivierten und abgestimmten Zusammenarbeit beitragen und durch eine gute interdisziplinäre Kooperation das Wohl der Kinder im Landkreis in den Blick nehmen. Der „Runde Tisch Kinderschutz“ wird künftig ein- bis zweimal im Jahr zusammenkommen.

Rems-Murr-Kreis ist Spitzenreiter bei der Jugendbeteiligung – Jugendamt bringt sein Know-how in die Kommunen – Landrat: Jugendliche auch bei kreispolitischen Themen stärker beteiligen

Beteiligung wird im Rems-Murr-Kreis großgeschrieben. Schon bei der Entwicklung der Medizinkonzeption der Rems-Murr-Kliniken, aber auch beim Radwegekonzept oder dem neuen Abfallwirtschaftskonzept wurden von der Kreisverwaltung Formate gesucht und ausprobiert, um die Bürgerinnen und Bürger zu erreichen, umfassend zu informieren und Anregungen aufzunehmen. Es ist daher selbstverständlich, dass auch Jugendbeteiligung für den Rems-Murr-Kreis ein zentrales Thema ist. Damit Kinder und Jugendliche dauerhaft gehört und beteiligt werden, sollen neue Strukturen aufgebaut und gefördert werden. Genauso sollen die bewährten Strukturen gemeinsam mit den Städten und Gemeinden weiterhin gut begleitet und miteinander verbunden werden.

Schon weit vor der Corona-Pandemie ist die Fachstelle Sozialraumorientierte Jugendarbeit und Jugendbeteiligung des Kreisjugendamtes (SoJa) in die Kommunen gegangen, um auch dort die Jugendbeteiligung zu fördern. Die Fachstelle SoJa begleitet und berät die Kommunen in diesem Bereich. Dies betrifft beispielsweise die unterschiedlichen Prozesse bei der Jugendbeteiligung, genauso aber auch Beteiligungsaktionen. Hierzu gehören unter anderem Jugendhearings. Durch das landesweite Projekt „Jungsein in der Kommune“ (PJUK) wurde die Arbeit der Fachstelle SoJa intensiviert und noch stärker in die Kommunen gebracht: Während 2020 insgesamt 68 Prozent der Kommunen Formen der Jugendbeteiligung implementiert hatten, sind es 2022 bereits 75 Prozent.

„Welche Wünsche und Interessen haben Jugendliche? Was können wir tun, um diese umzusetzen und zu erfüllen? Damit wir diese Fragen beantworten können, gehen wir in die Kommunen, um sie bei der Jugendbeteiligung mit fachlichem Know-how, aber auch personell zu unterstützen. Dafür bekommen wir sehr positive Rückmeldungen aus den Rathäusern, die mit uns kooperieren“, sagt Birte Brinkmann, stellvertretende Jugendamtsleiterin.

„Das Thema Jugendbeteiligung liegt auch mir persönlich am Herzen. Als Jugendlicher war ich selbst engagiert und beruflich habe ich den Austausch mit Jugendlichen immer als wertvoll empfunden, zum Beispiel bei der Weiterentwicklung der Nachtverkehre im Verkehrsverbund Stuttgart (VVS). Die Chance, mit dem Förderprogramm des Landes Jugendbeteiligung weiterzuentwickeln, haben wir als Landkreis daher trotz Corona genutzt. Dass so viele Kommunen dafür gewonnen werden konnten, bei PJUK mitzumachen, zeigt, dass Jugendbeteiligung nicht nur mir ein echtes Anliegen ist. Dass wir als Landkreis sogar Spitzenreiter in Baden-Württemberg sind, ist eine Bestätigung der guten Arbeit unseres Jugendamtes und

motiviert weiterzumachen“, sagt Landrat Dr. Richard Sigel. „Wir möchten die Jugendlichen in Zukunft auch verstärkt bei kreispolitischen Themen mitnehmen. Ich denke vor allem an das Zukunftsthema Klimaschutz und auch den ÖPNV. Diese Themen betreffen die zukünftigen Generationen unmittelbar“, betont Landrat Dr. Richard Sigel.

Ziel: Mehr Jugendbeteiligung auf Kreisebene

Neben dem Ausbau der Jugendbeteiligung in den Kommunen soll auch die landkreisweite Vernetzung und die Beteiligung der Jugendlichen bei Kreisthemen weiter ausgebaut werden, zum Beispiel bei der Neuauflage des Klimaschutz-Handlungsprogramms. Für Sommer 2022 ist ein erster Jugenddialog zwischen dem Landrat, der Kreisverwaltung und den Jugendvertretungen geplant.

So funktioniert Jugendbeteiligung in den Kommunen

Im Projektzeitraum März 2021 bis Februar 2022 nahmen beim Projekt PJUK insgesamt 14 Kommunen in Baden-Württemberg teil. Sechs davon kamen aus dem Rems-Murr-Kreis: Alfdorf, Auenwald, Kernern, Rudersberg, Urbach und Welzheim nahmen die Bedarfe der Jugendlichen in den Blick und starteten individuell auf die Kommunen abgestimmte Jugendbeteiligungsprozesse. Das Projekt wurde durch das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg finanziert. Die einzelnen Kommunen erhielten jeweils 15.000 €, um die Jugendarbeit und die Jugendsozialarbeit vor Ort zu stärken und den Jugendlichen Gehör zu verschaffen.

In allen sechs Gemeinden zeigte sich, dass die Kinder und Jugendlichen durchschnittlich gern bis sehr gern in ihrer Gemeinde leben. Viele Interessen und Wünsche von Kindern und Jugendlichen deckten sich in den verschiedenen Gemeinden. Hierzu gehört beispielsweise

der Wunsch nach mehr Veranstaltungen und Events. Darüber sind Klima, ÖPNV, Jugendtreffpunkte und Freizeiteinrichtungen wie etwa Skateanlagen oder Pumptracks Themen, die die Jugendlichen in den Kommunen beschäftigen. Jugendliche erleben Jugendbeteiligung als besonders gewinnbringend, wenn ihre Wünsche und Bedarfe gesehen werden und bereits in erste Ergebnisse fließen.

Landratsamt Zollernalbkreis bietet Unterstützung für Schutzkonzept gegen sexuellen Missbrauch in Kindertageseinrichtungen

Ein Kinderschutzkonzept ist heute ein zwingend vorzulegender Bestandteil der Voraussetzungen, die für den Betrieb einer Kindertageseinrichtung zu erfüllen sind. In enger Kooperation entwickelten Claudia Kanz von der Beratungs- und Informationsstelle gegen sexuellen Missbrauch im Zollernalbkreis Feuervogel e.V. zusammen mit der Fachberaterin für Kindertageseinrichtungen des Landratsamtes Conny Richter eine praxistaugliche Fortbildungsreihe zur Erstellung dieser Konzepte.

Als Erste im Zollernalbkreis nahmen pädagogische Fachkräfte der Kindertageseinrichtungen in Bitz das Angebot wahr. Gemeinsam mit Claudia Kanz absolvierten sie die umfangreiche Bildungsreihe, analysierten die vielschichtigen und komplexen Gefahrenlagen und entwarfen Konzepte, die diesen Ereignissen vorbeugen und bestmöglich ausschließen. Mit vielen Informationen eigneten sich die Fachkräfte das notwendige Wissen an und vertieften das Gefahrenbewusstsein in ausführlichen Gesprächen und Übungen.

In Coaching-Sitzungen wurden die Einrichtungsleitungen von der Diplom-Pädagogin und Leiterin der Präventionsarbeit der Fachstelle ausführlich in ihren Verantwortlichkeiten und Aufgaben zum Kinderschutz geschult. Bei Elternabenden wurde den Erziehungsberech-



V.l.n.r.: Pfarrer Dr. Thomas Gerold, Träger der evangelischen Kindertagesstätte; Isabell Barth, Leitung Jugendamt Zollernalbkreis; Susanne Scharlach, Leitung Kindergarten Conrad-Schick; Bürgermeister Hubert Schiele; Corinna Reinauer, Leitung Kindergarten Heinrich-Cless; Eileen Winter, Leitung Kindergarten Lichtenstein; Claudia Kanz, Fachreferentin Prävention, Informations- und Beratungsstelle gegen sexuellen Missbrauch, Feuervogel e.V.; Tania Maier, Hauptamtsleitung der Gemeinde Bitz.

Quelle: Gemeinde Bitz, Carmen Doller

tigten der Kinder das Bewusstsein für die Thematik geschärft.

Innerhalb eines Jahres absolvierten die Einrichtungen in Bitz die verschiedenen Module. Nun konnte Isabell Barth, Leiterin des Jugendamts Zollernalbkreis, die Zertifikate übergeben: „Um Kinder schon präventiv vor sexueller Gewalt zu schützen, ist die enge Kooperation von pädagogischer und sozialer Arbeit essenziell“. Nur durch diese enge Zusammenarbeit konnte die Modulreihe erfolgreich konzipiert werden. Im Beisein von Bürgermeister Hubert Schiele und Pfarrer Dr. Thomas Gerold erhielten die Einrichtungsleitungen Corinna Reinauer und Eileen Winter der städtischen Kindertageseinrichtungen Heinrich-Cless und Lichtenstein sowie die Leiterin Susanne Scharlach der evangelischen Kindertagesstätte Conrad-Schick ihre Zertifikate. „Wir freuen uns, wenn weitere Kindertageseinrichtungen diesem Beispiel folgen und das Angebot nutzen“, so Barth weiter.

Mobilität

Landkreis Karlsruhe: Einstieg in die Elektromobilität bei den Busverkehren: E-Busse im Ettliger Stadtgebiet unterwegs

Seit dem Fahrplanwechsel am 12. Dezember sind die ersten fünf Elektrobusse im Landkreis Karlsruhe unterwegs, die ihren Strombedarf zu 100 % aus regenerativen Energien decken. Sie kommen überwiegend im Stadtgebiet von Ettlingen sowie auf den Verbindungen nach Rheinstetten sowie Malsch-Völkersbach zum Einsatz.

Den Grundstein für diesen wegweisenden Schritt in Richtung des Klimaschutzzieles „zeozweifrei bis 2035 – ein klimaneutraler Landkreis“ legte der Kreistag des Landkreises Karlsruhe bereits im Mai 2019. In der Sitzung fasste das Gremium den Grundsatzbeschluss, bei den Busverkehren in die Elektromobilität einzusteigen. In den darauffolgenden Ausschreibungen von Buslinienbündeln wurde erstmals der Einsatz von

fünf Elektrobussen verpflichtend vorgeschrieben. Die Unternehmen können die Busse auf dem angemieteten Gelände der Albtal-Verkehrs-Gesellschaft mbH in Ettlingen laden, dort hat der Landkreis Karlsruhe zusammen mit seinen Partnern, den Stadtwerken Ettlingen/SWE Netz GmbH, der Albtal-Verkehrs-Gesellschaft GmbH und der DB Energie GmbH, die notwendige Ladeinfrastruktur mit Netzanschluss, Trafostation sowie insgesamt zehn Ladesäulen errichtet.

„Im Gegensatz zu Städten verfügt der Landkreis Karlsruhe über keine eigene Busflotte. Somit liegt es an den von uns beauftragten Verkehrsunternehmen, die Elektrobusse zu beschaffen, was einen höheren Abstimmungsbedarf bedeutet und natürlich deren Bereitschaft voraussetzt, in das Projekt Elektromobilität einzusteigen. Wir sind sehr zufrieden, als erster Landkreis in Baden-Württemberg eine eigene Ladeinfrastruktur in diesem Umfang aufgebaut zu haben, um gemeinsam mit den Verkehrsunternehmen den Kundinnen und Kunden einen nachhaltigen, weil emissionsfreien, Busverkehr bieten zu können“, zeigte sich Landrat Dr. Christoph Schnaudigel erfreut.

Seinen Dank für die gute Zusammenarbeit richtete er an das Busunternehmen Friedrich Müller Omnibusunternehmen GmbH, eine Tochter von DB Regio Bus.

„Mit dem Einstieg in die Elektromobilität beim Busverkehr machen sich der Landkreis Karlsruhe und die Verkehrsunternehmen auf einen neuen Weg zu einer lokal emissionsfreien Mobilität. Deshalb fördert das Land die Anschaffung von fünf E-Bussen über das diesjährige Busförderprogramm. Ein Großteil der Zuschüsse wird bereits heute für die Anschaffung von Fahrzeugen mit Batterie- oder Brennstoffzellenantrieb sowie von Oberleitungsbussen eingesetzt. Diesen Anteil wollen wir kontinuierlich steigern, um die Antriebs- und Verkehrswende auch im Öffentlichen Verkehr voranzubringen“, macht Verkehrsminister Winfried Hermann deutlich.

Voraussichtlich ab Dezember 2022 kommen im benachbarten Buslinienbündel Pfinztal/Albtal weitere fünf Elektrobusse zum Einsatz, die ebenfalls die vom Landkreis in Ettlingen bereitgestellte Ladeinfrastruktur nutzen.



Einer von insgesamt fünf Elektrobussen, die überwiegend im Bereich der Stadt Ettlingen seit dem Fahrplanwechsel am 12. Dezember emissionsfrei im Einsatz sind.

Quelle: Friedrich Müller Omnibusunternehmen GmbH

Landkreis Konstanz: Ausbau zum klimaneutralen Landkreis-Fuhrpark

Im Laufe des Jahres 2022 erweitert der Landkreis Konstanz seinen Fuhrpark mit alternativen Antriebstechnologien und geht damit einen entscheidenden Schritt in Richtung Klimaneutralität.

Das Landratsamt Konstanz schöpft im Rahmen seines noch laufenden Leasing-Vertrags die höchstmögliche Zahl an Neubestellungen für elektrifizierte und Hybrid-Plugin Fahrzeuge aus. Damit wurde ein weiterer wichtiger Schritt gemacht, um dem Ziel einer klimaneutralen Kreisverwaltung schnellstmöglich ein Stück näher zu kommen. Dazu ist im laufenden Jahr 2022 die Anschaffung von sieben neuen Elektrofahrzeugen vorgesehen, die in mehreren Liefertranchen den landkreisweiten Dienststellen zur Verfügung gestellt werden. 2022 kann auch der Anteil der Hybrid-Plugin Fahrzeuge auf 30 Fahrzeuge deutlich gesteigert werden. Insgesamt werden alternative Antriebstechnologien dann bei rund 73 Prozent der Landkreis-Fahrzeugflotte zum Einsatz kommen. Die Fahrzeuge werden mit Ökostrom geladen.

Dies ist zugleich der Auftakt für den nun geplanten Umbau der Fahrzeugflotte. „Unser Ziel ist es, den Landratsamt-Fuhrpark ab Januar 2024 weitestgehend auf Elektroantrieb umgestellt zu haben“, so Landrat Zeno Danner. „Deshalb werden wir künftig keine Autos mehr mit reiner Kraftstoff-Technologie anschaffen, sondern auf die Elektrifizierung beziehungsweise Plugin-Hybrid-Technologie setzen.“

Der Ausbau des elektrischen Fuhrparks und der notwendigen Ladeinfrastruktur ist ein wichtiger Schritt, um die Klimaschutzziele zu erreichen. Weitere Maßnahmen zur Förderung nachhaltiger Mobilitätsformen in der Kreisverwaltung werden folgen. So ist das sogenannte JobRad für Mitarbeitende in Planung und auch die Ladeinfrastruktur soll in einem nächsten Schritt für Mitarbeitende und



Gestalten den Landkreis-Fuhrpark nach und nach klimaneutral (v.l.n.r.): Kathrin Roth (Leiterin des Amtes für Klimaschutz und Kreisentwicklung), Martin Wendt (Stellvertretende Leitung Amt für Hochbau und Gebäudemanagement), Landrat Zeno Danner, Marguerite Danegger (Amt für Klimaschutz und Kreisentwicklung).
Quelle: Landkreis Konstanz

Öffentlichkeit ausgebaut werden. Schon jetzt stellt das Landratsamt seinen Mitarbeitenden vier E-Pedelecs und zwei normale Fahrräder zu Dienstzwecken zur Verfügung und fördert den Radverkehr durch einen Zuschuss zur jährlichen Fahrradwartung und zur Anschaffung von Fahrradhelmen. Darüber hinaus wird die Mobilitätswende im künftigen integrierten Klimaschutzkonzept für den gesamten Landkreis betrachtet und mit konkreten Maßnahmen forciert.

Neue Dienstfahrzeuge für das Landratsamt Schwarzwald-Baar-Kreis – überwiegend batterieelektrisch betriebener Fuhrpark

Der Fuhrpark des Landratsamtes wird mit neuen Fahrzeugen ausgestattet. Von den insgesamt 30 zentral verwalteten Leasingfahrzeugen sind künftig 17 Fahrzeuge batterieelektrisch betrieben. Die Fahrzeuge werden in der Regel über eine Dauer von drei Jahren geleast. Jetzt

wurden die ersten acht E-Fahrzeuge geliefert.

„Unser Ziel war es, eine möglichst große Anzahl an Fahrzeugen auf batterieelektrischen Betrieb umzustellen“, so Landrat Sven Hinterseh. Von den insgesamt 31 Leasingfahrzeugen war es möglich, 17 Fahrzeuge auf batterieelektrischen Antrieb umzustellen. Zudem konnte durch eine effektive Planung ein Fahrzeug eingespart werden.

Parallel zum Ausschreibungsverfahren wurden die sogenannten „Wallboxen“, also die Ladestationen, an den drei Standorten des Landratsamtes Schwarzwald-Baar-Kreis, Am Hoptbühl 2 und 5 in VS-Villingen sowie in der Humboldtstraße 11 in Donaueschingen installiert. Die ersten E-Fahrzeuge wurden bereits angeliefert und sind schon im Einsatz. Bei den Verbrennern und weiteren E-Fahrzeugen verzögert sich die Auslieferung durch Lieferschwierigkeiten der Hersteller.

Die Umstellung der Fahrzeugflotte wurde unter anderem auch durch breit aufgestellte Förderprogramme ermöglicht. Neben dem Umweltbonus für die E-Fahrzeuge konnten die Kosten für die Ladeinfrastruktur und den Betrieb mit den Landesförderprogrammen Charge BW sowie dem BW-e-Gutschein reduziert werden.

Soziales

Schaffung von bezahlbarem Wohnraum im Landkreis Böblingen – Kooperation des Landratsamtes und der Caritas Schwarzwald-Gäu – Landrat Roland Bernhard und die Regionalleiterin der Caritas Ulrike Sommer unterzeichnen Kooperationsvertrag

Das Landratsamt Böblingen und die Caritas Schwarzwald-Gäu kooperieren seit dem 24. Januar 2022, um im Landkreis Böblingen mehr bezahlbaren Wohnraum



Die Mitarbeiter des Landratsamtes sind ab sofort auch mit elektrischen Fahrzeugen unterwegs. Landrat Sven Hinterseh freute sich mit Lisa Wenzler, Leiterin des Sachgebiets Zentraler Service und Organisation und Hauptamtsleiterin Patricia Ehret über die erste Lieferung von zwei neuen E-Fahrzeugen für den Fahrzeugpool des Landratsamtes.
Quelle: Landratsamt Schwarzwald-Baar-Kreis, Sabrina Kwidzinski

zu schaffen. Landrat Roland Bernhard und die Regionalleiterin der Caritas Schwarzwald-Gäu Ulrike Sommer unterzeichneten am 24. Januar 2022 im Landratsamt einen Kooperationsvertrag. Landrat Roland Bernhard erklärt: „Der Wohnungsmarkt im Kreis Böblingen ist angespannt und die Bevölkerungszahl steigt dank der prosperierenden Wirtschaft. Die Kooperation mit der Caritas ist sehr erfreulich. Sie ist ein weiterer Baustein, um leerstehende Wohnungen als dringend benötigten bezahlbaren Wohnraum zu gewinnen“.

„Menschen mit geringem Einkommen, Alleinerziehende, Seniorinnen und Senioren oder Menschen mit Handicap, um nur ein paar Beispiele zu nennen, haben es besonders schwer bei der Wohnungssuche. Die zentrale Aufgabe der Wohnraumoffensive „Herein“ ist es für diese Menschen ein bezahlbares Zuhause zu finden“, so Caritas-Regionalleiterin Ulrike Sommer.

Die Ressourcen und Möglichkeiten des Landratsamtes und der Caritas werden hierbei gebündelt. Die Zusammenarbeit erstreckt sich über die Öffentlichkeitsarbeit, die Beratung und Begleitung sowohl von Wohnungseigentümerinnen und Wohnungseigentümern als auch von Wohnungssuchenden, die Auswahl der Mietparteien bis hin zur sozialpädagogischen Betreuung der Mietverhältnisse.

Der Landkreis Böblingen bietet im Rahmen des Programms „Wohnungsleerstände aktivieren im Landkreis Böblingen“ attraktive Anreize für Vermieterinnen und Vermieter, die ihre Wohnungen zu sozialen Bedingungen an bedürftige Menschen vermieten. Diese sind unter anderem ein Investitionszuschuss, eine Mietausfallgarantie über mehrere Jahre, sozialpädagogische Begleitung von Mietverhältnissen sowie einen konstanten Ansprechpartner und Problemlöser für die Vermieterseite über die gesamte Laufzeit der Miet-Kooperation. Der Landkreis kann sogar selbst als Mieter auftreten.



Auf dem Foto sehen Sie Landrat Roland Bernhard (vorne rechts), die Caritas-Regionalleiterin Ulrike Sommer (vorne links), Sozialdezernent Dusan Minic (hinten links) sowie die Projektverantwortlichen Thomas Schuler (Landratsamt; hinten rechts) und Bettina Hummel-Lehnhardt (Caritas; hinten Mitte) bei der Unterzeichnung des Kooperationsvertrages.

Quelle: Landratsamt Böblingen

Die Caritas Schwarzwald-Gäu hat das Projekt „Herein – kirchliche Wohnraumoffensive Schwarzwald-Gäu“ ins Leben gerufen. Es wird gefördert aus Mitteln des Förderfonds „Bezahlbarer Wohnraum – kirchliche Wohnrauminitiative“ der Diözese Rottenburg-Stuttgart. Mit diesem Projekt sollen durch aktive Akquise von Wohnraum potenzielle Vermieterinnen bzw. Vermieter und Wohnungssuchende zusammengebracht werden. Darüber hinaus werden beide Seiten auch nach Abschluss eines Mietvertrags begleitet und es wird eine Sozialbetreuung für die vermittelten Mietparteien angeboten.

Projektpartner in der regionalen Wohnraumoffensive sind die Caritas und die Dekanate Böblingen und Calw sowie die katholische Gesamtkirchengemeinde mit Verwaltungszentrum.

Gut verdienende Fachkräfte und junge Familien wandern in den Landkreis Böblingen zu, wodurch der Bedarf an Wohnraum und damit auch die damit verbundenen Kosten auch in Zukunft weiter steigen werden. Kinderreiche Familien, alleinerziehende Mütter und Väter, Menschen mit geringem Einkommen, Menschen mit Behinderung, Geflüchtete und Personen in schwierigen Lebenssituationen haben im Wettbewerb um geeigneten Wohnraum

immer öfter das Nachsehen, weil sie auf günstige Mieten angewiesen sind oder aufgrund anderer sozialer oder gesundheitlicher Aspekte das Vertrauen von Vermieterinnen oder Vermietern nicht gewinnen können. Andererseits gibt es im Kreis Böblingen eine hohe Zahl an leerstehenden Wohnungen, deren Eigentümerinnen oder Eigentümer nicht vermieten müssen oder wollen, weil sie schon einmal schlechte Erfahrungen mit Mietverhältnissen gemacht haben oder diese befürchten.

Interessierte Wohnungseigentümerinnen und Wohnungseigentümer können sich an den zentral im Landratsamt Böblingen angesiedelten Wohnraumkümmerer Thomas Schuler sowie an die Caritas wenden. Wohnungssuchende werden von den Gemeinden, Jobcentern, Sozialdiensten und freien Trägern an diese Kümmerer-Stelle gemeldet und bei einem geeigneten Angebot mit der Vermieterin oder dem Vermieter zusammengebracht.

Thomas Schuler ist zu erreichen unter der Telefonnummer 07031-663 3484 und per Mail an wohnraum@lrabb.de. Bettina Hummel-Lehnhardt, Caritas Schwarzwald-Gäu ist unter der Telefonnummer 07031/649633 oder E-Mail: hummel-lehnhardt@caritas-schwarzwald-gaeu.de erreichbar.

Zehn Jahre Jobcenter Enzkreis – Rückblick auf eine Erfolgsgeschichte: Im Mittelpunkt steht stets der einzelne Mensch

Seit zehn Jahren sind sie nun am Start: die Jobcenter, die seit Januar 2012 die Vermittlung von Langzeitarbeitslosen selbst in die Hand nehmen durften und für diese Menschen – oft auch als Hartz-IV-Empfänger bezeichnet – vollständig die Aufgaben der Agentur für Arbeit übernahmen. Hartmut Schölch, der Leiter des Enzkreis-Jobcenters, blickt auf die Anfänge und die Entwicklung „seines“ Amtes in diesem Zeitraum zurück.

„Im Jahr 2011 hat die damalige Bundesregierung 41 Land- und Stadtkreisen die Möglichkeit eingeräumt, zusätzlich zu den seit 2005 bereits agierenden 69 sogenannten „Optionskommunen“ die Verantwortung für „Hartz IV“ oder besser für das Sozialgesetzbuch II (SGB II) selbst zu übernehmen“, erinnert sich Schölch, zu diesem Zeitpunkt noch Leiter des Sozial- und Versorgungsamtes im Landratsamt. „Intern waren der damalige Landrat Karl Röckinger, Sozialdezernent Roland Hübner und ich uns sofort einig, dass wir diese Gelegenheit beim Schopfe packen müssen.“

Dafür waren allerdings zunächst zwei Hürden zu nehmen: Die erste war der Kreistag, der diesem Vorhaben mit einer Zweidrittel-Mehrheit zustimmen musste – „was er schlussendlich zu unserer großen Freude sogar einstimmig tat“, freut sich Schölch noch heute.

Die zweite Hürde war der Antrag beim Sozialministerium. Der Enzkreis musste darin ausführlich seine „Fähigkeit zur Erfüllung der Aufgaben und Ziele der Grundsicherung für Arbeitsuchende“ darstellen. „Uns war dabei klar, dass sich in Baden-Württemberg erheblich mehr Interessierte um diese „Option“ bewerben würden als letztlich den Zuschlag erhalten konnten. Wir gingen daher sehr motiviert ans Werk und reichten unsere ausführlichen Bewerbungsunterlagen erst kurz vor Toresschluss ein“, erzählt Schölch.

Diese Anstrengungen zahlten sich aus: Ende März erhielt der Enzkreis den Zuschlag – gemeinsam mit fünf weiteren Stadt- und Landkreisen, darunter auch die Stadt Pforzheim. Damit blieben noch knappe neun Monate, um das Enzkreis-Jobcenter organisatorisch, technisch und personell so aufzustellen, damit es zum Jahresbeginn 2012 seine Arbeit aufnehmen konnte.

„Es war ein unglaublicher Kraftakt“, erinnert sich Schölch, der das neue Jobcenter künftig leiten sollte und dies mit Herzblut bis heute tut. „Erstmals bekamen wir eine Außenstelle in Mühlacker. Sechs neue Kräfte wurden eingestellt, 36 Beschäftigte wechselten von der Agentur für Arbeit und weitere 30 kamen vom Sozialamt des Enzkreises. Doch alles lief wie am Schnürchen, und das Abenteuer konnte pünktlich beginnen“, so Schölch weiter. „Und ein solches war es zu anfangs schon“, gesteht er, „denn die unterschiedlichen Unternehmenskulturen und Arbeitsgewohnheiten mussten sich erst zusammenfinden und zu einer Einheit verschmelzen – das brauchte Zeit“, schmunzelt er rückblickend.

Dass dies gut gelang, ist auch dem Umstand zu verdanken, dass im Fokus des Jobcenters von Beginn an stets die betroffenen Menschen mit all ihren Fragen und Problemen standen. „Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fühlten sich persönlich für die Hilfesuchenden verantwortlich und waren direkt für sie telefonisch und vor Ort erreichbar“, lobt Schölch das Engagement seines Teams. „Zudem nutzten wir ausgiebig unsere gute Vernetzung mit anderen Sozialleistungsbehörden, um unsere Klientel zu unterstützen und möglichst wieder in Lohn und Brot zu bringen oder auch in eine Ausbildung zu vermitteln.“

Um dieses Ziel zu erreichen, sei es nötig, den Menschen auch in ganz anderen Zusammenhängen zu helfen – wie beispielsweise bei sprachlichen Hürden, der Suche nach Kinderbetreuungsmöglichkeiten, bei Schulden, einer psychischen Erkrankung oder einer Suchtmittelabhängigkeit, ergänzt Schölchs Stellvertreter Achim Oeder. Und auch Enzkreis-Sozialdezernentin Katja Kreeb pflichtet ihnen bei: „Ein funktionierendes Netzwerk ist für die Arbeit mit langzeitarbeitslosen Menschen extrem wichtig. Für uns als Kreis ist die Arbeit des Jobcenters eine wichtige sozialpolitische Aufgabe, die wir auch weiterhin mit viel Engagement bestmöglich erfül-



Sozialdezernentin Katja Kreeb (rechts) und die Erste Landesbeamtin Dr. Hilde Neidhardt freuen sich mit Amtsleiter Hartmut Schölch (links) und Stellvertreter Achim Oeder über das zehnjährige Bestehen des Enzkreis-Jobcenters. „Stark. Sozial. Vor Ort“ – ist es an zwei Standorten präsent: hier im Foto direkt beim Landratsamt in Pforzheim sowie seit Mitte November 2021 in der Außenstelle Im Ludlein 6 in Eutingen betreut, berät und vermittelt man langzeitarbeitslose Menschen wieder in Arbeit oder Ausbildung.

Quelle: Landratsamt Enzkreis, Stefanie Frey

len wollen – ganz im Interesse der hilfebedürftigen Menschen und auch der Gemeinden, anderen Sozialleistungsträger und sozialen Einrichtungen, die sich gemeinsam mit uns für sie engagieren“, betont Kreeb.

Diese Aufgabe war in den letzten zehn Jahren sicher nicht immer einfach. Das Jobcenter musste so manchen „Sturm“ bewältigen – seit 2015 den Zustrom von Geflüchteten in das Hilfesystem und aktuell den starken Anstieg der Fallzahlen im Jobcenter auf Grund von Corona. Und intern ist die größte Herausforderung trotz eines guten Betriebsklimas die hohe Fluktuation des Personals. „Wir sind ein sehr fruchtbares Amt“, lachen Schölich und Oeder: Rund 40 Jobcenter-Kinder kamen in den zehn Jahren zur Welt – „wahrhaft ein Kontrapunkt zum demographischen Wandel!“

Kümmerer-Projekt als wichtiger Baustein für Integration und Fachkräftesicherung im Landkreis Esslingen

Beim Projekt „Integration durch Ausbildung – Perspektiven für Zugewanderte“ werden Unternehmen und Flüchtlinge sowie Zugewanderte im Landkreis Esslingen bei Ausbildungsfragen beraten und unterstützt. Das Gemeinschaftsprojekt wird getragen vom Landkreis im Rahmen des Bündnisses für Fachkräftesicherung Landkreis Esslingen in enger Zusammenarbeit mit der Industrie- und Handelskammer (IHK) und der Kreishandwerkerschaft Esslingen-Nürtingen. „Praktika und Ausbildung sind für zugewanderte Personen der entscheidende Schlüssel zum Start ins Berufsleben. Das Kümmerer-Projekt ist deshalb ein wichtiger Baustein für Integration und zugleich der Fachkräftesicherung“, sagt Landrat Heinz Eininger. „Der Landkreis Esslingen übernimmt bei diesem wichtigen Thema Verantwortung und leistet einen konkreten Beitrag zur Eingliederung erwerbsfähiger Einwanderer in den Arbeitsmarkt.“

Die finanzielle Förderung des Projekts durch das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Baden-Württemberg wurde kürzlich um ein weiteres Jahr bis Ende 2022 verlängert. Nun hat auch der Sozialausschuss des Kreistags grünes Licht gegeben. Aus den Landesmitteln wird in erster Linie eine „Kümmerer“-Projektstelle gefördert, die aktuell von Monika Brucklacher besetzt wird. Die Projektleiterin zieht nun gemeinsam mit Landrat Heinz Eininger, Heike Gehring-Kauderer, Präsidentin der IHK Bezirkskammer Esslingen-Nürtingen, sowie Fabian Weber, Geschäftsführer der Kreishandwerkerschaft Esslingen-Nürtingen, eine Zwischenbilanz zum Projekt und wagt einen Ausblick in das neue Jahr.

Das 2016 gestartete Projekt zielt darauf ab, die Integration von jungen Zugewanderten in die berufliche Ausbildung zu unterstützen und somit dem Fachkräftemangel in vielen Bereichen der Wirtschaft entgegenzuwirken. Dieser wird sich in den kommenden Jahren, wenn die geburtenstarken Jahrgänge in Rente gehen, noch weiter verschärfen. Neben einigen technischen Berufen, der Gastronomie sowie dem Gesundheits- und Pflegebereich zeichnet sich insbesondere auch im Handwerk ein dramatischer Mangel an qualifizierten Arbeitskräften ab. „Deshalb ist es notwendig, alle Fachkräftepotenziale für den Arbeitsmarkt zu erschließen. Dazu gehören auch Zugewanderte, die ein beträchtliches Fachkräftepotenzial darstellen“, sagt Eininger.

Monika Brucklacher betreut vorrangig junge Geflüchtete und neu Zugewanderte Personen mit einer guten Bleibeperspektive. Seit dem Projektstart vor fünf Jahren wurden insgesamt 236 junge Leute betreut, wobei die Anzahl der Anfragen wesentlich höher liegt. Die Nachfrage ist so hoch, dass derzeit etwa 70 Personen auf eine Betreuung warten. Brucklacher legt Wert darauf, dass alle ihre Klienten aus freien Stücken auf sie zukommen: „Niemand wird ge-

zwungen, dieses Angebot wahrzunehmen.“

Zum größten Teil werden die betreuten Personen in eine Ausbildung im Handwerk, in der Gastronomie und in der Pflege vermittelt, also Wirtschaftsbereiche, die besonders unter dem Fachkräftemangel und den Auswirkungen der Pandemie zu leiden haben. Von den 236 Projektteilnehmern konnten 152 in eine Ausbildung vermittelt werden, was einer Quote von 64 Prozent entspricht.

Der Prozess, den die Teilnehmer dabei durchlaufen, sieht in der Regel so aus: Los geht es mit einem ersten Praktikum, worauf in einigen Fällen noch eine Einstiegsqualifizierung folgt, bei der sich die Jugendlichen im Rahmen eines weiteren Praktikums auf die Ausbildung im Betrieb vorbereiten. Dabei werden sie an die entsprechenden Ausbildungsinhalte herangeführt und können ihre Fähigkeiten unter Beweis stellen. Im Erfolgsfall endet die Betreuung der Zugewanderten mit der erfolgreichen Vermittlung in eine Ausbildung. „Bis es soweit ist, werden die Nerven und das Durchhaltevermögen der Teilnehmer oft auf eine harte Probe gestellt“, berichtet Brucklacher. „Der Weg in eine Ausbildung ist oft steiniger als sich viele dies zunächst vorstellen.“ Beispielsweise genügen die Qualifikationen aus dem Herkunftsland oftmals nicht den geforderten Standards. Der Einstieg erfolgt daher in vielen Fällen auf einem niedrigeren Niveau als erhofft. Durch die Pandemie hat sich der Vermittlungsprozess zudem schwieriger gestaltet. So ist die Möglichkeit in den Unternehmen Praktika zu absolvieren noch immer stark eingeschränkt.

Nach der Vermittlung in eine Ausbildung geht die Betreuung weiter. Im ersten halben Jahr nach Beginn der Ausbildung werden sowohl Betrieb als auch Teilnehmende bei den ersten Schritten ins Berufsleben weiter begleitet. Bereitgestellt werden ausbildungsbegleitende Hilfen und Betreuung durch einen ehrenamtlichen Helfer. Diesem Umstand ist es wohl zu verdanken, dass die Abbruch-

quote der in einer Ausbildung vermittelten Klienten mit rund 15 Prozent relativ gering ist.

Bei der Industrie- und Handelskammer Bezirk Esslingen-Nürtingen, wo die Kümmerer-Stelle räumlich angedockt ist, zieht Präsidentin Gehrung-Kauderer ein rundum positives Fazit: „Mit diesem Projekt profitieren alle Seiten: Wir integrieren zum einen Geflüchtete in den Arbeitsmarkt und führen zum anderen Wirtschaftsbereichen, die besonders vom Fachkräftemangel betroffen sind, qualifizierte Nachwuchskräfte zu.“ Auch Fabian Weber, Geschäftsführer der Kreis-handwerkerschaft Esslingen-Nürtingen, sieht in dem Projekt einen großen Mehrwert: „Um dem vorhandenen Mangel an qualifizierten Facharbeitern in vielen Gewerken entgegenzuwirken, reicht es nicht mehr aus, sich ausschließlich auf den Nachwuchs zu konzentrieren. Die Integration von Zugewanderten und geflüchteten Personen trägt dazu bei, zumindest einen Teil der Lücke zu schließen.“

Deshalb setzen die Projektpartner fest darauf, dass das Projekt eine langfristige Perspektive erhält.

**„Toller Erfolg“:
Enzkreis erhält Zuschlag
als Host Town für Special
Olympic World Games Berlin 2023**

Riesen-Freude bei Landrat Bastian Rosenau: Der Enzkreis wurde als Host Town für die Special Olympic World Games Berlin 2023 ausgewählt – dem weltweit größten inklusiven Sportevent. „Das Konzept, das wir mit Blick auf die vor Ort geplanten inklusiven Aktivitäten vorgelegt haben, hat die Jury offenbar überzeugt“, so der Kreischef. Bundesweit haben 216 Kommunen den Zuschlag als Host Town erhalten, in Baden-Württemberg neben dem Enzkreis mit dem Rems-Murr-Kreis nur noch ein weiterer Landkreis, ansonsten noch einige Städte wie beispielsweise Pforzheim, Stuttgart, Karlsruhe oder Baden-Baden.



Toller Erfolg: Der Enzkreis hat den Zuschlag als Host Town für die Special Olympic World Games 2023 erhalten.

Quelle: Special Olympic World Games

„Unter dem Motto „Zusammen inklusiv“ wird vom 17. bis 25. Juni 2023 das nach Angaben des Veranstalters größte kommunale Inklusionsprojekt in der Geschichte der Bundesrepublik stattfinden – „und der Enzkreis ist ein Teil davon“, ergänzt Rosenau nicht ohne Stolz. Als Host Town sei es Aufgabe des Kreises, vor Beginn der Wettbewerbe in Berlin über vier Tage – vom 12. bis 15. Juni 2023 – sich um eine internationale Delegation behinderter Athletinnen und Athleten aus den verschiedensten Sportarten zu kümmern.

„Wir erfahren erst im Mai dieses Jahres, welche Delegation uns zugewiesen wird. Dann können wir hier vor Ort in die Feinplanung gehen“, erläutert JugendhilfepLANER Paul Renner vom Orga-Team des Enzkreises. Einige Städte und Gemeinden im Kreis hätten bereits ihr Interesse bekundet, sich bei der Unterbringung der Gäste oder der Schaffung von Trainingsmöglichkeiten einzubringen. Diese Unterstützung freue ihn und das Team natürlich, und er ist sich sicher, dass gemeinsam ein tolles Programm für die vier Tage auf die Beine gestellt werden kann.

„Mit dem Zuschlag als Host Town verbinde ich jedoch noch einen ganz anderen positiven Effekt“, ergänzt Rosenau. „Ich betrachte diese Veranstaltung als

einen wertvollen Beitrag zur Inklusion und bin zuversichtlich, dass er die Aufmerksamkeit auch auf das „Bündnis für Inklusion“ lenken wird, an dem wir seit mehr als zwei Jahren im Landratsamt schmieden.“ Bei dem Bündnis gehe es um eine noch bessere Vernetzung aller Akteure, eine „Beratung aus einer Hand“ sowie um die Schaffung neuer Angebote, dort wo es bisher noch Lücken gebe. Kreistag, Verwaltung, Gemeinden, der Inklusionsbeirat des Enzkreises und der Stadt Pforzheim sollen dabei ebenso eingebunden werden wie externe Partner.

„Auch bei den Special Olympic World Games geht es um Vernetzung, und ich bin gespannt, wen wir alles für diese tolle Veranstaltung ins Boot bekommen“, so Rosenau abschließend. „Jedenfalls danke ich bereits jetzt dem Projekt-Team für die super Vorarbeit. Ein guter Grundstein ist gelegt. Freuen wir uns schon jetzt auf die Menschen aus aller Welt, die im nächsten Jahr in den Enzkreis kommen werden.“

**Rems-Murr-Kreis wird Gastgeber bei
den Special Olympics World Games –
Die Großen Kreisstädte Backnang,
Waiblingen und Winnenden empfangen
gemeinsam mit dem Landkreis
Sportlerinnen und Sportler der
Special Olympics 2023**

Der Sozialausschuss des Kreistages hat im Herbst 2020 einstimmig beschlossen, eine Inklusionsstrategie für den Rems-Murr-Kreis zu entwickeln. Jetzt folgt daraus das erste Großprojekt, das Inklusion im Rems-Murr-Sport voranbringen kann: Im Vorfeld der Special Olympics World Games 2023, der Olympischen Spiele für Menschen mit geistiger und mehrfacher Behinderung, empfängt der Rems-Murr-Kreis für drei Tage eine Delegation von Sportlerinnen und Sportlern. Diese frohe Botschaft haben die drei großen Kreisstädte und der Landkreis nun erhalten. „Neben der Kultur ist Sport ein ideales Medium, um Menschen zu verbinden“, sagt Landrat Dr. Richard Sigel. „Wir sind

sehr froh, dass wir gemeinsam mit Backnang, Waiblingen und Winnenden ein so großes Ereignis in den Rems-Murr-Kreis holen konnten. Schließlich hat Inklusion bei uns im Landkreis einen besonders hohen Stellenwert. Der Olympische Geist und Gedanke soll dabei unsere Bemühungen um mehr Teilhabe von Menschen mit Behinderung weiter voranbringen“, so der Landrat weiter. Zuvor hatte der Landkreis unter anderem ein großes Inklusionskonzert mit Andrea Berg veranstaltet.

Die gemeinsame Bewerbung war auch deshalb erfolgreich, weil es gelungen ist, gemeinsam ein dreitägiges Programm für die Sportlerinnen und Sportler zu gestalten, das sowohl Trainingsmöglichkeiten, aber auch Möglichkeiten der Begegnung zwischen Menschen mit und ohne Behinderung bietet. So ist zum Beispiel geplant, dass Menschen mit Behinderungen auch als Expertin in die Ausarbeitung des Programms miteingebunden werden.

„Ich finde es toll, dass wir Athletinnen und Athleten mit Behinderungen zu uns in den Landkreis einladen. Ich freue mich sehr, dass es geklappt hat und ich das Projekt mit unterstützen kann. Sport ist für alle Menschen gut und wichtig“, so Martin Baum, einer der Athletensprecher der Special Olympics Baden-Württemberg, der in der Diakonie Stetten betreut wird.

Übernachten wird die Delegation in Waiblingen. Die Willkommens- und Abschiedsveranstaltungen werden daher hier stattfinden. Oberbürgermeister Andreas Hesky sagt: „Waiblingen ist eine weltoffene Stadt. Die Inklusion von Menschen ist uns ein besonderes Anliegen. Gerne sind wir Gastgeber, weil man Waiblingen immer zeigen und sich mit unserer Stadt sehen lassen kann. Wir freuen uns sehr, die Sportlerinnen und Sportler der Special Olympics World Games 2023 willkommen heißen zu können! Besten Dank an alle, die mithelfen, dass der Aufenthalt für die Sportlerinnen und Sportler gelingt, und die Stadt dabei



Martin Baum ist einer der Athletensprecher der Special Olympics Baden-Württemberg. Er lebt in der Diakonie Stetten.

Quelle: Diakonie Stetten

unterstützen, eine gute Gastgeberin zu sein.“

In Winnenden wird es eine Trainingseinheit für die Athleten gemeinsam mit dem SV Winnenden geben, sowie eine Führung bei der Firma Kärcher. „Winnenden ist stolze Mit-Gastgeber-Stadt für die Special Olympics 2023 in Berlin – und zwar genau im Jubiläumsjahr 200 Jahre Paulinenpflege Winnenden“, sagt Oberbürgermeister Hartmut Holzwarth. Die zentrale Feier, ein großes inklusives Fest, findet auf dem Gelände der Paulinenpflege anlässlich der 200-Jahr-Feier der Einrichtung statt.

In Backnang veranstaltet die Stadt gemeinsam mit der TSG Backnang eine große inklusive Sportveranstaltung. Oberbürgermeister Maximilian Friedrich sagt: „Für Backnang ist das ein großer Gewinn. Menschen mit Beeinträchtigungen stehen bei uns nicht am Rand, sondern haben einen zentralen Stellenwert in unserer Gesellschaft. Als Stadt engagieren wir uns gegen Ausgrenzung und für eine gleichberechtigte Teilhabe im Alltag. Wir freuen uns darauf, zusammen mit der TSG Backnang sportliche Begegnung zu ermöglichen und das Thema Inklusion noch stärker in den Fokus der Öffentlichkeit zu rücken.“

Zu diesem Tag sollen Sportlerinnen und Sportler, ob mit oder ohne Behinderung, aus dem Landkreis eingeladen werden. Am vierten Tag wird die Delegation in Waiblingen vor der Abreise nach Berlin verabschiedet.

Um Inklusion im Sport erlebbar zu machen und Menschen mit geistigen und Mehrfachbehinderungen über den Sport in Verbindung zu bringen, ist eine weitere Bewerbung des Landkreises auf dem Weg. Ziel ist es, im Vorfeld des Gastgeberprogramms bereits in diesem Jahr verschiedene Veranstaltungen und Schulungen für Vereine anzubieten. Eine Entscheidung, ob der Landkreis auch hierfür den Zuschlag erhält, steht allerdings noch aus und soll in den nächsten Tagen entschieden werden.



Toller Erfolg: Der Enzkreis hat den Zuschlag als Host Town für die Special Olympic World Games 2023 erhalten.

Quelle: Special Olympics World Games

„Wir hoffen, dass die Strahlkraft der Special Olympics als Motor für unser inklusives Sportprojekt wirkt und wir viele Vereine und Menschen mit Behinderungen mobilisieren können“, wünscht sich Roland Noller, der Behindertenbeauftragte des Rems- Murr-Kreises. Sozialdezernentin Stefanie Böhm ergänzt: „Wir setzen große Hoffnungen in das Projekt. Wir möchten im Rahmen unserer Inklusionsstrategie nicht nur Projektarbeit betreiben, sondern tolle Events wie diese nutzen, um ein Umdenken in unserer Gesellschaft zu erreichen und nachhaltige Strukturen in Richtung Inklusion zu schaffen.“

Hintergrund:

Die Special Olympics World Games 2023 in Berlin

Vom 17. bis 25. Juni 2023 finden die Special Olympics World Games in Berlin statt – und damit erstmals in Deutschland. Die Special Olympics World Games sind die weltweit größten Sportwettkämpfe für Menschen mit geistiger und mehrfacher Behinderung. Die Athletinnen und Athleten treten in 26 Sportarten und zwei Demonstrationssportarten an.

Noch bevor die Flamme der Special Olympics World Games 2023 im Berliner Olympiastadion entzündet wird, sollen die Sportlerinnen und Sportler der teilnehmenden 170 Nationen in 170 Kommunen in Deutschland vom 12. bis 15. Juni 2023 empfangen werden (Host-Town-Programm). Das Ziel dieses Gastgeberprogramms ist es, in den Kommunen die Inklusion über den Sport sichtbar zu machen und gemeinsame, inklusive Veranstaltung und Wettbewerbe zu organisieren.

Weit über 200 Kommunen haben sich für dieses Gastgeberprogramm beworben. Der Rems-Murr-Kreis mit seinen großen Kreisstädten Backnang, Waiblingen und Winnenden haben mit einer gemeinschaftlichen Bewerbung und ihrer Projektidee die Veranstalter überzeugt.

Mit 25 neuen Job Coaches hat sich der Landkreis Karlsruhe im vergangenen Jahr weiter für die Integration von zugewanderten Menschen auf dem Arbeitsmarkt aufgestellt

Die Kreisintegrationsstelle im Landratsamt Karlsruhe hilft Zugewanderten auf ihrem Weg in den Arbeitsmarkt und hat dafür im Jahr 2021 insgesamt 25 neue Job Coaches qualifiziert. Die Ehrenamtlichen agieren als Bindeglied zwischen Neuzugewanderten und Unternehmen. Praxisnah und niedrigschwellig helfen die Job Coaches bei der Stellensuche, beim Schreiben von Bewerbungsunterlagen, unterstützen aber auch bei Verwaltungsangelegenheiten und sind kompetente Ansprechpersonen für die Unternehmen. Das hierfür notwendige Wissen wird in den Seminaren der Kreisintegrationsstelle vermittelt. „Viele Zugewanderte scheitern schon an der sprachlichen Hürde, wenn es darum geht, eine Bewerbung zu schreiben. Wir hoffen, auf diese Weise einen Beitrag gegen den Arbeitskräftemangel und für die Integration leisten zu können“, fasst Bettina Lichter von der Kreisintegrationsstelle im Landratsamt Karlsruhe das Ziel der Arbeit zusammen.

Das Team der Job Coaches ist inzwischen auf 40 Personen angewachsen, die in 18 Kommunen aktiv sind: Malsch, Ettlingen, Karlsbad, Waldbronn, Weingarten, Sulzfeld, Bretten, Gondelsheim, Bruchsal, Bad Schönborn, Kronau, Forst, Waghäusel, Linkenheim, Dettenheim, Graben-Neudorf, Stutensee sowie Karlsruhe.

Um den Job Coaches den Start ins Ehrenamt zu erleichtern, findet zu Beginn ein Runder Tisch mit allen Hauptamtlichen statt, die in der jeweiligen Kommune an der Arbeitsmarktintegration beteiligt sind. Bettina Lichter, Programmverantwortliche, möchte auf diese Weise die Netzwerkbildung sowie den Dialog zwischen den Beteiligten anstoßen. So werden Ressourcen von Haupt- und Ehrenamt zusammengeführt.

„Ich ließ mir noch einen Termin beim Bürgermeister geben, um mein Engagement vorzustellen. Der war sehr angetan und hat mir gleich einen Beratungsraum angeboten“, erzählt ein Job Coach über den Beginn seiner Tätigkeit. Denn Zentrum der ehrenamtlichen Arbeit ist ein kleines Büro, das von den meisten Kommunen zur Verfügung gestellt wird. Die Kreisintegrationsstelle unterstützt mit technischen Geräten wie Laptop, Drucker und Handy. Die Job Coaches bieten ihre Sprechstunden situationsabhängig nach vorheriger Terminvereinbarung oder digital an. Neu ist eine zentrale, gut erreichbare Sprechstunde im Internationalen Begegnungszentrum in Karlsruhe für Geflüchtete sowie Migrantinnen und Migranten aus den Landkreiskommunen, in denen noch keine Job Coaches vor Ort tätig sind. Damit wird für den gesamten Landkreis ein ehrenamtliches Unterstützungsangebot für arbeitssuchende Zugewanderte gemacht.

Die Kontaktdaten der Job Coaches finden sich auf der Internetseite unter www.landkreis-karlsruhe.de sowie in der Integreat App. Informationen für Interessierte am Ehrenamt gibt es per Mail an amt33.arbeitsmarktintegration@landratsamt-karlsruhe.de.

Inklusionskonferenz des Landkreises Ludwigsburg: Was die künftigen Herausforderungen sind bei der Inklusion für Kinder und Jugendliche mit Behinderung und ihre Familien

„Inklusion für Kinder und Jugendliche mit Behinderung und ihre Familien – wo stehen wir und was sind zukünftige Herausforderungen?“ – das war der Titel der Inklusionskonferenz des Landkreises, die in Kooperation mit Scala Kultur Live GmbH kürzlich als hybride Veranstaltung stattgefunden hat.

Sozialdezernent Heiner Pfrommer begrüßte die rund 90 Teilnehmenden, die zum kleineren Teil im Scala Ludwigsburg, zum größeren Teil online die Veranstaltung verfolgten. Pfrommer betonte, dass

dem Landkreis die gelungene Teilhabe von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung und deren Familien ein großes Anliegen sei.

Die Kinderbuchillustratorin und Kolumnistin Birte Müller aus Hamburg schilderte mit schonungsloser Offenheit und Humor, was das Leben mit einem Kind mit Behinderung für eine Familie bedeutet. Dazu zeigte die Künstlerin im Hintergrund Fotos und Bilder aus dem Familienalltag – von glücklicher Familie bis zum vollgekoteten Bett des Sohnes. „Im letzten Jahr war ich so am Ende meiner Kräfte, dass ich es beispielsweise nicht geschafft habe, einen Antrag auf eine mir zustehende Mutter-Kind-Kur zu stellen“, schildert Müller. Auch die Zeit der Pandemie, in der alle äußeren Entlastungsstrukturen plötzlich fehlten, war eine große Herausforderung.

Weitere Gäste waren die Schulleiterin Ulrike Schiller, die an der Grundschule Pattonville seit Jahrzehnten inklusiv arbeitet. Sie schilderte, dass die Schule sich darum bemühe, mehr Vielfalt zu erreichen und jedes Kind erfahren sollte: „Hier bin ich richtig, hier kann ich mich ausdrücken und mitbestimmen.“ Peter Hömseder mit seiner musikalischen Klasse 4 der Blankensteinschule in Steinheim schilderte gemeinsam mit Horst Tögel von der Brenzband, wie er musikalische Projekte, unter anderem mit der Brenzband, und seinen Schülerinnen und Schülern umsetzt. Über das gemeinsame Musizieren und gemeinsame Konzerte würden die Kinder Menschen mit Behinderung ganz selbstverständlich als Musizierende kennenlernen und an Selbstvertrauen gewinnen, so Hömseder und Tögel. Am Mädchenspektakel, einem Tag nur für Mädchen in einem Jugendhaus im Landkreis, nehmen seit einigen Jahren auch Mädchen mit Behinderung teil. Gestärkt durch ihre positiven Erfahrungen, sollen zukünftig noch mehr Mädchen mit Behinderung, auch mit Assistenzbedarf, an der Veranstaltung teilnehmen können, kündigten Judith Heintze, Kreisjugendpflegerin, Heike Betzler und Christina

Jungnitz, Schulsozialarbeiterinnen am SBBZ, an. Patrik Burtchen, Leiter der Abteilung Jugend bei der Stadt Ludwigsburg, berichtete, dass die Arbeit an der eigenen Haltung das Kernstück auf dem Weg zur Inklusion in der offenen Kinder- und Jugendarbeit sei. Mitarbeiterin Franziska Marquart berichtete von einem Konzeptpapier, das dazu mittlerweile entwickelt wurde. Barbara Finkbeiner vom Stadtjugendring Esslingen berichtete, dass ihr Träger vor mehreren Jahren begonnen hatte, auf Jugendliche mit Behinderung zuzugehen. Aus einer kleinen Gruppe sei ein großes Projekt (MiMaMo – Mitmachmomente) entstanden, das sich immer weiterentwickle und stark nachgefragt werde.

In einer abschließenden Gesprächsrunde schilderte Julia Merz von der Stadt Schramberg, wie durch eine gute Kooperation zwischen Kommune und Lebenshilfe, sich ein inklusives Ferienprogramm etablieren kann. Thomas Zitterbart von der Lebenshilfe Ludwigsburg berichtete, wie die Lebenshilfe sich an allen Orten „zeigt“, die gerne von Familien besucht werden. Sichtbarkeit auch bei besonderem Verhalten sei wichtig. Claudia Lychacz, kommunale Behindertenbeauftragte, erklärte, dass ihr Ziel die selbstverständliche Teilhabe aller Menschen in unserer Gesellschaft sei. Petra Nicklas von gemeinsam e.V. appellierte eindringlich: „Machen Sie Fehler und trauen Sie sich zu, auch schwerer beeinträchtigte Kinder zu betreuen, und bauen Sie die Bürokratie ab!“

Geplant und moderiert wurde die Veranstaltung von Katharina Binder, Sozialplanerin des Landkreises, und Silke Rapp vom Netzwerk Inklusion.

Inklusionskonferenzen sind ein festes Veranstaltungsformat des Landkreises Ludwigsburg, um das Thema „Inklusion“ in breite gesellschaftliche Bereiche zu transportieren. Eingeladen dazu sind daher unter anderem Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Kreisrätinnen und Kreisräte, Interessenvertretungen von Menschen mit Behinderung und

deren Angehörige, Tourismusorganisationen, aber auch Organisationen aus dem Bereich Kultur, Sport, öffentlicher Nahverkehr, IHK oder Schulen und soziale Einrichtungen sowie viele weitere Institutionen. Ziel der Konferenzen ist, landkreisweit in enger Zusammenarbeit mit allen beteiligten Akteuren Prozesse und Strukturen in bestimmten Themenschwerpunkten inklusiv weiter zu entwickeln und möglichst nachhaltig zu verankern.

Start des Modellprojektes „Verhinderungspflege in Gasthaushalten“ im Landkreis Ravensburg

Die Pflege und Betreuung eines Menschen stellt für pflegende Angehörige eine Herausforderung dar. Nicht selten gehen pflegende Angehörige an oder auch über die Grenzen ihrer eigenen Belastbarkeit. Ein hoher Stellenwert kommt daher entsprechenden Entlastungsangeboten wie etwa der Kurzzeitpflege, Tagespflege, organisierten Nachbarschaftshilfe sowie häuslichen Betreuungsdiensten oder Demenzbetreuungsgruppen zu. Nicht selten kommt es hier zu Versorgungsengpässen.

Welche alternativen Versorgungskonzepte gibt es? Mit unter anderem dieser Frage beschäftigten sich verschiedene Akteure im Landkreis Ravensburg. Entstanden ist dabei das Versorgungskonzept „Verhinderungspflege in Gasthaushalten“. Mit diesem Konzept soll durch die Zusammenarbeit bürgerschaftlich Engagierter und professioneller Dienstleister im Quartier eine mögliche Antwort auf den Mangel von Entlastungsangeboten für pflegende Angehörige im ländlichen Raum gegeben werden.

Diese neue Versorgungsform wird von Vertretern der Solidarischen Gemeinde Reute-Gaisbeuren e.V., der Sozialstation Gute Beth Bad Waldsee gGmbH und des Landratsamtes Ravensburg, Stabsstelle Sozialplanung, gemeinsam erarbeitet. Dabei werden sie von der Beratungs-

firma aku aus Bad Dürkheim begleitet. Anschließend sollen die gewonnenen Erkenntnisse zu einer gelingenden Versorgung im Quartier auch auf andere Quartiere übertragen werden können. Ziel dabei ist es, die Versorgung in der eigenen Häuslichkeit möglichst lange zu ermöglichen.

Die Solidarische Gemeinde Reute-Gaisbeuren e.V. möchte in Kooperation mit der Sozialstation Gute Beth Bad Waldsee gGmbH die Versorgung pflegebedürftiger Menschen für einen begrenzten Zeitraum im Teilort Reute-Gaisbeuren der Gemeinde Bad Waldsee anbieten. Pflegebedürftige Angehörige oder Pflegepersonen können zur Entlastung oder bei kurzfristigem Ausfall die zu pflegende Person als Gast in einem Gasthaushalt betreuen lassen. Die Gasthaushalte werden von der Sozialstation Gute Beth fachlich begleitet und unterstützt. Das vom Sozialministerium Baden-Württemberg geförderte, auf zwei Jahre angelegte Modellprojekt „Verhinderungspflege in Gasthaushalten“ startete im September 2021 mit einer Konzeptionierungsphase. Träger des Projektes ist die aku GmbH mit Sitz in Bad Dürkheim.

Bei Fragen zum Projekt steht die Koordinationsstelle der Solidarischen Gemeinde – Herr Wallnöfer – (telefonisch: 07524 4093372 oder per E-Mail: qi@solidarische.de) zur Verfügung.

Case-Management des Schwarzwald-Baar Klinikums besucht Musterwohnung BEATE

Von der großen Auswahl an Hilfsmitteln, Alltagshelfern und Möglichkeiten der Barriere-Reduzierung in der Musterwohnung BEATE konnten sich die Mitarbeiter des Case-Managements des Schwarzwald-Baar Klinikums überzeugen. Fabienne Klausmann von der Beratungsstelle Alter & Technik führte die Mitarbeiter durch die Musterwohnung, die speziell für Demonstrationszwecke eingerichtet wurde.



Mitarbeitende des Case-Managements im Schwarzwald-Baar Klinikum Markus Hetzinger und Irina Eiternik sowie Fabienne Klausmann, Mitarbeiterin der Beratungsstelle Alter & Technik.

Quelle: Landratsamt Schwarzwald-Baar-Kreis, Sabrina Kwidzinski

Das Case-Management des Schwarzwald-Baar Klinikums unterstützt Patienten während ihres stationären Aufenthalts in sozialen Fragen des täglichen Lebens und berät bei einer Erkrankung. Insbesondere pflegebedürftige Personen sind auf individuelle Beratung angewiesen. Die Rückkehr in das eigene Zuhause ist oft der größte Wunsch der Patienten bei der Entlassung. Um diesen Wunsch umzusetzen, ist die Beratungsstelle Alter & Technik die erste Anlaufstelle und arbeitet mit dem Case-Management des Klinikums zusammen. Die Beratungsstelle berät umfassend zu altersgerechtem Wohnen im eigenen Zuhause und gibt Infos zu hilfreichen Technologien und Hilfsmitteln sowie der Wohnraumgestaltung inklusive Barrierefreiheit.

Beim Besuch der Musterwohnung BEATE zeigten sich die Case-Management-Mitarbeiter besonders von den vielen kleinen Tipps zur Badezimmergestaltung beeindruckt. Zudem konnten die verschiedenen ausgestellten Hausnotruf- und mobilen Notrufsysteme ausprobiert werden. „Das Beste dabei ist, dass zahlreiche Hilfsmittel durch die Krankenkasse bezuschusst werden. Bei einer Einstufung in einen Pflegegrad ist es

möglich, dass die Pflegekasse Maßnahmen, die das Wohnumfeld verbessern mit bis zu 4.000 Euro bezuschusst“, so Fabienne Klausmann.

Zu besichtigen ist die Musterwohnung BEATE werktags nach Terminvereinbarung oder innerhalb der „offenen Sprechstunden“ an ausgewählten Sonntagen, welche vorzeitig angekündigt werden. Weitere Infos oder Terminvereinbarungen unter Telefon: 07721 913-7074 oder Mail: AlterundTechnik@irasbk.de.

Woche der Pflege widmete sich der Betreuungsstruktur im Zollernalbkreis

Das Landratsamt veranstaltete die erste gemeinsame Gesundheits- und Pflegekonferenz. Ziel ist es, durch den Austausch die Pflege- und Versorgungsstruktur im Zollernalbkreis auszubauen und Betroffenen eine umfängliche Betreuung zu bieten. In der „Woche der Pflege“ ging es darum, den zunehmenden Herausforderungen einer alternden Bevölkerung und fehlenden Fachkräften entgegen zu treten, Betroffenen und Angehörigen Unterstützung im komplexen Thema Pflege zu bieten und das kreisweite Netzwerk auszubauen.

Unter dem Titel „Pflege im Fokus“ trafen bei der ersten gemeinsamen Pflege- und Gesundheitskonferenz Vertreter von Kliniken und Ärzteschaft, der Krankenkassen, Akteure des ambulanten und stationären Pflegesektors sowie Vertreter aus Kreistag und Verwaltung zusammen. „Nur wenn es gelingt, attraktive Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt sowie im Pflegeberuf selbst zu schaffen, werden ihn qualifizierte Menschen ergreifen“, betonte Landrat Günther-Martin Pauli in seiner Begrüßung. Hierfür gelte es, innovative und nachhaltige Konzepte zu finden. Entsprechende Einblicke in die Praxis der Fachkräftegewinnung gaben Blerta Muqaku, Pflegedirektorin am Zollernalb-Klinikum, und Andrea Schittenhelm von der Stiftung Lebenshilfe Zollernalb. Dass dieser Markt hart umkämpft ist, stellte Nico Maier von der Agentur für Arbeit ebenfalls fest: Im Bereich Pflege gibt es kaum arbeitslose Personen. Gleichzeitig seien in der Altenpflege nur wenige freie Stellen gemeldet. Innerhalb eines Beteiligungsworkshops erarbeiteten die Teilnehmenden Ideen und Lösungen zu unterschiedlichen Fragestellungen, beispielsweise welche Voraussetzungen geschaffen werden müssen, um Pflegefachkräfte im Zollernalbkreis zu gewinnen und halten zu können. Die Ergebnisse dieser Experten-

gruppen fließen in eine im Juli 2021 gegründete Arbeitsgruppe der Pflegekonferenz mit ein.

Der Weltalzheimerstag wurde Betroffenen und deren Angehörigen gewidmet. Ute Hauser, Geschäftsführerin der Alzheimergesellschaft BW, und Doris Sohmer, Leitungsteam Angehörigen-gruppe zur Begleitung Demenz, gaben wertvolle Einblicke über das Krankheitsbild, dessen Hintergrund und Folgen. Herausfordernd für Angehörige und nahestehende Personen ist speziell der Umgang mit Betroffenen. Eigene Erfahrungen konnten Interessierte dabei im interaktiven Demenzparcours sammeln und in die Welt der Erkrankten eintauchen.

Nach einem Vernetzungsworkshop für Anbieter von Unterstützungsangeboten folgte eine öffentliche Vortragsreihe zu Pflegebedürftigkeit, Nachsorge und Wohnformen. Heide Rath gab den Interessierten einen Einblick in ihre Tätigkeit beim Pflegestützpunkt in Balingen: was im Falle einer eintretenden Pflegebedürftigkeit oder bereits vorsorglich zu tun ist, wie es nach einem Krankenhausaufenthalt mit der Nachsorge weitergeht und welche Wohnformen es im Alter gibt. „Die Anforderungen pflegebedürftiger Menschen sind so individuell und unterschiedlich wie die Menschen selbst.“, so ihr Fazit. Genauso vielfältig



Quelle: Landratsamt Zollernalbkreis

und komplex seien die Angebote und Hilfen bei pflegerischen und sozialen Versorgungs- und Betreuungsangeboten. Rechtliche Bestimmungen in Bezug zur Pflegebedürftigkeit und dem Tod können Menschen aller Altersgruppen vor Herausforderungen stellen, weshalb Nicole Molsen und Claudia Heinemann vom Betreuungsverein Lebenshilfe Zollernalb e.V. in einer weiteren Veranstaltung zur Betreuungsverfügung und Vorsorgevollmacht referierten.

Tourismus

Donaubergland: Geheimtipp Donauwelle – Donauwellen-Premiumweg nominiert für deutschlandweite Wahl der schönsten Wanderwege

Die Donauwellen schlagen bundesweite Wellen. Der Premiumweg „Donauwelle Eichfelsen-Panorama“ wurde von der führenden Fachzeitschrift für Wandern für die Wahl „Deutschlands schönste Wanderwege“ nominiert. Das Expertengremium des Wandermagazins setzte die beliebte Tour am Eichfelsen auf die Wahlliste in der Kategorie „Tagestouren“. „Schon die Auswahl und Nominierung in diesen Reigen der zwanzig schönsten Touren in Deutschland ist eine Auszeichnung für unsere Region“, freut sich der



Quelle: Landratsamt Zollernalbkreis



Quelle: Thomas Bichler

Tuttlinger Landrat Stefan Bär, Donau-bergland-Geschäftsführer Walter Knittel ist sich sicher: „Wir treten bei dieser hochkarätigen Konkurrenz sicher als Geheimtipp an. Wir setzen dafür in den kommenden Wochen unsere Kampagne „Geheimtipp Donauwelle“ auf und hoffen, dass uns viele unterstützen. Jeder kann mitmachen und für unsere Tour abstimmen“. Insgesamt zwanzig hervorragende Touren in ganz Deutschland stehen in der Kategorie „Tagestouren“ zur Wahl. Abgestimmt werden kann noch bis 30. Juni 2022, entweder online oder mit der Abstimmungskarte per Post. Zu gewinnen gibt es auch noch etwas. Im August werden die Ergebnisse bekanntgegeben.

Gemeinsam mit dem „Albschäferweg“ in der Heidenheimer Brenzregion, der bei der Wahl in der Kategorie „Mehrtagestouren“ nominiert ist, setzen die beiden Tourismusregionen in „Ost und West auf der Schwäbischen Alb“ zudem in einer Kooperation ihrer „Albschönheiten“ auch auf die Unterstützung von der gesamten Alb.

Die Projektleiterin für das Wegemanagement der Qualitäts- und Premiumwege im Donaubergland Anita Schmidt ist überzeugt, „dass unser Premiumweg alles hat, was eine ideale Tagestour braucht, viel Natur, tolle Aussichten, kulturelle Highlights wie das Kloster Beuron und die Burg Wildenstein sowie Einkehrmöglichkeiten.“

Die 14 Kilometer lange Tour startet am Kloster Beuron, führt über den Spaltfelsen und Rauhen Stein zum Eichfelsen bei Irndorf. Von dort geht es hinunter zur Donau und auf der gegenüberliegenden Seite wieder hinauf zur Burg Wildenstein. Das letzte Teilstück führt dann über die Petershöhle zurück nach Beuron. Sie ist eine der sechs Donauwelle-Premiumwege im Donaubergland. Offizieller Wegepatte ist das Tuttlinger Unternehmen KARL STORZ.

Alle wichtigen Infos zur Wahl und zur Tour unter www.geheimtipp-donauwelle.de

Landkreis Konstanz: Neue Publikation von Kreisarchiv und Hegau-Geschichtsverein

Mit der überarbeiteten und völlig neu gestalteten Neuauflage des erfolgreichen Buches „Kunstschätze im Kreis Konstanz“ veröffentlichen Landratsamt und Hegau-Geschichtsverein erneut ein Werk zu Geschichte und Kultur im Landkreis Konstanz.

Das im Stil eines Führers verfasste und gestaltete Buch stellt in übersichtlichen und reich bebilderten Artikeln zu den 25 Kreisgemeinden die dort befindlichen Baudenkmäler, Kunstwerke und Besonderheiten vor. Es ist in enger Zusammenarbeit zwischen Hegau-Geschichtsverein und Kreisarchiv Konstanz entstanden. Autorinnen und Autoren sind verschiedene Fachleute zu Kunst- und Kulturgeschichte in den Städten und Gemeinden des Landkreises. Das Buch richtet sich keineswegs nur an Touristen, die den Landkreis kennenlernen wollen – auch die Alteingesessenen werden viel Neues und Unerwartetes entdecken. Das Buch ist ab sofort im örtlichen Buchhandel für 16,80 Euro erhältlich.



Die neue Ausgabe der „Kunstschätze im Kreis Konstanz“ ist ab sofort im örtlichen Buchhandel für 16,80 Euro erhältlich.

Quelle: Landratsamt Konstanz

**Tourismusverband
„Liebliches Taubertal“:
Radweg „Klassiker“ erneut mit
fünf Sternen ausgezeichnet – Wieder
Höchstwertung des Allgemeinen
Deutschen Fahrradclubs erreicht**

Der Radweg „Liebliches Taubertal – Der Klassiker“ wurde vom Allgemeinen Deutschen Fahrradclub (ADFC) zum fünften Mal in Folge mit fünf Sternen ausgezeichnet. Dies ist die bestmögliche Wertung, mit der sich nur noch ein weiterer Radweg in Deutschland schmücken darf. Über die Auszeichnung freuen sich Landrat Christoph Schauder als Erster Vorsitzender des Tourismusverbandes „Liebliches Taubertal“, Geschäftsführer Sven Dell und Ursula Mühleck, Tourismus-Dezernentin beim Landratsamt Main-Tauber-Kreis. „Eigentlich hätten wir die Urkunde auf der Urlaubsmesse CMT in Stuttgart erhalten sollen. Die Messe kann dieses Jahr pandemiebedingt leider nicht stattfinden, aber die offizielle Übergabe wird hoffentlich zu einem späteren Zeitpunkt in einem größeren Rahmen nachgeholt“, sagt Landrat Schauder. „Ich freue mich sehr, dass der Radweg erneut diese Klassifizierung erhalten hat. Dies unterstreicht, dass das Liebliche Taubertal eine der Top Urlaubsdestinationen in Deutschland ist.“

Die Klassifizierung der Route ist mit viel Aufwand verbunden, da die Prüfer des ADFC kritisch die Qualität des Radwegs begutachten. „Schon seit verganginem Frühjahr wurde die immerhin 100 Kilometer lange Strecke von unserem Radwegbeauftragten auf Herz und Nieren überprüft. Ohne die tatkräftige Mitarbeit unserer Städte und Gemeinden wäre die Instandhaltung und stetige Verbesserung gar nicht zu bewältigen“, erklärt Dezernentin Ursula Mühleck. Geschäftsführer Dell ergänzt: „Um dieses Top-Ergebnis zu erzielen, muss alles passen: die Wegbeschaffenheit, die Beschilderung, die touristische Infrastruktur und vieles mehr. Das positive Ergebnis ist diese Mühe aber wert.“



Über die ADFC-Klassifizierung mit fünf Sternen für den Radweg „Liebliches Taubertal – Der Klassiker“ freuen sich (von links): Landrat Christoph Schauder, Dezernentin Ursula Mühleck und Tourismusverbands-Geschäftsführer Sven Dell.

Quelle: Landratsamt Main-Tauber-Kreis, Frank Mitnacht

Der „Klassiker“ führt einmal die Tauber entlang. Von der hoch über der Tauber thronenden mittelalterlichen Stadt Rothenburg ob der Tauber bis zur Mündung in den Main in Wertheim passieren Fluss und Radweg zahlreiche schmucke Städte und Dörfer, kulturelle Sehenswürdigkeiten und nicht zuletzt die idyllische Landschaft des „Lieblichen Taubertals“.

Umwelt – Klima

HyStarter Wasserstoff-Projekt geht im Landkreis Göppingen an den Start – Akteurs-Netzwerk ermittelt Potenziale für Wasserstoff in der Region

Am 24. Februar 2022 fiel bei einem virtuellen Auftakttreffen der Wasserstoffregion Landkreis Göppingen mit Landrat Edgar Wolff und über 50 weiteren Teilnehmern der Startschuss zum Projekt „HyStarter“. Unter der Federführung der Energieagentur des Landkreises Göppingen und der Nuts One GmbH wird in den kommenden Monaten zusammen

mit einem Akteurs-Netzwerk eine gemeinsame Wasserstoffstrategie für die Region erarbeitet.

Der Landkreis Göppingen wurde im September 2021 als eine von bundesweit 15 HyStarter-Wasserstoffregionen ausgewählt. Um die Potenziale von Wasserstoff als wichtigem Baustein in Sachen Klimaschutz in Angriff zu nehmen, kam jetzt ein Akteurs-Netzwerk aus Industrie, Wissenschaft, Bildung, Kommunalpolitik und Landkreisverwaltung online zum ersten Strategie-Dialog zusammen. Gemeinsam mit den Experten und lokalen Akteuren sollen die Potenziale dieser Schlüsseltechnologie vor Ort erkannt und vorangetrieben werden. Bis Jahresende sind fünf weitere Dialoge geplant, um ein Konzept zur Etablierung einer regionalen Wasserstoffwirtschaft, einen weiteren Fahrplan und möglichst auch bereits konkrete Projektideen zu entwickeln.

In einem ersten Schritt werden nun die Ausgangslage und die Rahmenbedingungen analysiert. „Ich freue mich, dass der Landkreis Göppingen als Wasserstoffregion ausgewählt wurde und wir diese zukunftssträchtige Technologie

auch hier in der Region verankern und weiterentwickelt können. Das ist ein wichtiger Impuls für unseren Wirtschaftsstandort. Der Landkreis Göppingen nimmt dadurch eine Vorreiterrolle ein,“ freut sich Landrat Edgar Wolff.

In den weiteren Treffen stehen die regionalen Ziele der verschiedenen Akteure im Fokus. Gemeinsam soll das Potenzial analysiert werden, um daraus Vorschläge für Handlungsansätze zu finden. Dabei werden alle Perspektiven der Wasserstoffwirtschaft von der Erzeugung, Speicherung und Verteilung bis zu den verschiedenen Einsatzmöglichkeiten betrachtet. „Wasserstoff hat das Potenzial entscheidend zur Energiewende beizutragen, da er erneuerbar erzeugt und auch gespeichert werden kann. Umso mehr freuen wir uns, dass unser Landkreis die Chance erhält, die Grundlage für eine lokale und zukunftsorientierte Wasserstoffwirtschaft zu schaffen.“, so Timm Engelhardt, Geschäftsführer der Energieagentur Landkreis Göppingen.

Die Teilnehmer brachten sich beim Auftakttreffen als Experten ihrer Branche und ihrem regionalen Wissen in die Diskussion ein. Gemeinsam wurden erste Ansätze für verschiedene Projekte mit Bezug zu Wasserstoff erarbeitet, die im Landkreis weiterverfolgt werden könnten. Ziel ist es, den Einsatz fossiler Brenn- und Kraftstoffe im Landkreis zu reduzieren.

Nach Abschluss der Dialoge werden die Ergebnisse und Visionen auch der interessierten Öffentlichkeit präsentiert. Das HyStarter-Projekt wird von der Energieagentur des Landkreises Göppingen sowie der Nuts One GmbH in Kooperation mit weiteren Fachpartnern begleitet. Gefördert wird das Projekt durch das Bundesministerium Digitales und Verkehr (BMDV).

Landkreis Ludwigsburg: Landkreispreis für Kommunale Klimascouts: Azubis für mehr Klimaschutz

Die deutschlandweit durchgeführte Fortbildung „Kommunale Klimascouts“ integriert das Thema Klimaschutz in die Ausbildung von kommunalen Azubis. Emily Buschmann aus Tamm überzeugte die Jury bei der Projektpräsentation im Landkreis Ludwigsburg mit ihrem Projekt „Energiesparwettbewerb in den Kitas in Tamm“.

Der Kreis Ludwigsburg startete als einer der ersten Kreise das Workshop-Programm mit den Schwerpunkten „Kommunaler Klimaschutz“ und „Projektmanagement“ im November 2021. Im Anschluss erarbeiteten 35 Auszubildende aus zehn Kommunen eigene Klimaschutzprojekte an ihrem Arbeitsplatz.

Emily Buschmann aus Tamm überzeugte die Jury bei der Projektpräsentation mit ihrem Projekt „Energiesparwettbewerb in den Kitas in Tamm“ durch die geschickte Verknüpfung der beiden Handlungsfelder Energieeinsparung und Bildung. Weitere Projekte waren ein

Local-Food-Guide, eine Fassadenbegrünung oder die Nutzung von Regenwasser statt Trinkwasser. In Begleitung ihrer Mentorin Alina Heidak und dem 2. Bürgermeister der Gemeinde Tamm Dr. Andreas Richter durfte Emily Buschmann nun den Landkreispreis „Kommunale Klimascouts 2021/22“ – überreicht von Landrat Dietmar Allgaier – entgegennehmen.

Landrat Allgaier war sichtlich begeistert über das Engagement der Auszubildenden insgesamt und über das Gewinnerprojekt im Speziellen: „Mit diesem Projekt werden bereits die Kleinsten sensibilisiert. Sie entdecken spielerisch die Möglichkeiten für Klimaschutz und Energieeinsparung. Damit passt das Projekt wunderbar in unser Anliegen, die nächste Generation von frühestem Alter an für diese Themen zu gewinnen, was wir auch mit den Energiesparmodellen an Schulen als Landkreis verfolgen.“

Das Klimaschutz-Team des Landkreises bedankte sich bei allen Beteiligten und machte deutlich, dass die Preisverleihung nicht das Ende, sondern erst der Beginn einer Reihe von Klimascouts



Teilnehmende der Preisverleihung (v.l.): Dr. Andreas Richter (stellv. Bürgermeister der Gemeinde Tamm), Tina Prietz (Beauftragte für Klimaneutrale Verwaltung Landratsamt Ludwigsburg), Dr. Christian Sußner (Dezernat II Landratsamt Ludwigsburg), Alina Heidak (Mentorin aus der Gemeinde Tamm), Dietmar Allgaier (Landrat im Kreis Ludwigsburg), Emily Buschmann (Gewinnerin des Klimascouts-Projekts), Anja Noel (Projektbetreuerin bei der Energieagentur Kreis Ludwigsburg LEA e.V.), Georgios Sidiropoulos (Ausbildungsleiter Landratsamt Ludwigsburg), Julia Neuhäuser (Klimaschutzmanagerin Landratsamt Ludwigsburg)

Quelle: Landratsamt Ludwigsburg

darstellt, die in den nächsten Jahren ausgebildet werden. Die Aktion wird jedes Jahr neu durch die Energieagentur Kreis Ludwigsburg LEA durchgeführt.

Entwickelt wurde „Kommunale Klimascouts“ vom Deutschen Institut für Urbanistik (Difu), gefördert über die Nationale Klimaschutzinitiative des Bundesumweltministeriums. Kooperationspartner vor Ort ist die Energieagentur Kreis Ludwigsburg LEA e.V., unterstützt vom Klimaschutz-Team im Landkreis Ludwigsburg.

Interessierte Kommunen und kommunale Eigenbetriebe können bereits jetzt ihre Azubis für die Fortbildung „Kommunale Klimascouts 2022/23“ anmelden.

Kontakt: Anja Noël, Umweltbildung, LEA e.V., Tel. 07141 / 68893-025, anja.noel@lea-lb.de

Starke Online-Beteiligung beim 13. KlimaFORUM OSTALB mit Umweltministerin Thekla Walker

Am Donnerstag, 18. November 2021, hatte der EUROPoint Ostalb gemeinsam mit dem EnergiekompetenzOstalb e.V. zum 13. KlimaFORUM des Ostalbkreises eingeladen. Aufgrund der aktuellen pandemischen Lage musste die eigentlich in Teilpräsenz geplante Veranstaltung online durchgeführt werden. Rund 100 Teilnehmende nutzten die Gelegenheit, um mit Umweltministerin Thekla Walker und Landrat Dr. Joachim Bläse über die Fortschritte beim Klimaschutz zu diskutieren.

Landrat Dr. Bläse freute sich in seiner Begrüßung über die Aufbruchsstimmung in der Region. Das vergangene Jahr bezeichnete er als enttäuschend im Hinblick auf die Klimapolitik der globalen Staatengemeinschaft und hob den Green Deal der Europäischen Kommission als große Chance hervor, das Pariser Klimaabkommen verwirklichen zu können. Die Aufbruchsstimmung, die im Ostalbkreis zu spüren sei, wünsche er sich auch auf nationaler Ebene. An die virtuelle Runde gerichtet stellte er daher



Die Umweltministerin des Landes, Thekla Walker, stellt sich den Fragen des Online-Publikums beim 13. KlimaFORUM Ostalb.

Quelle: Landratsamt Ostalbkreis

die Frage: „Was können wir im Ostalbkreis dazu beitragen, die Klimaziele bis 2040 umzusetzen?“

Mit Blick auf die Wirtschaft in der Region gab der Landrat zu bedenken, dass diese nicht von heute auf morgen auf Klimaneutralität umstellen könne. Zur Sprache kam dabei auch das Thema Kompensation. Es brauche die gesellschaftliche Mitte, um Dinge voranzubringen und diese sah Bläse bereits mit an Bord, weshalb dem Ostalbkreis eine zukunftsorientierte Vorreiterrolle zugesprochen werden könne.

Auch die Umweltministerin des Landes, Thekla Walker, lobte das Engagement des Ostalbkreises und betonte die essentielle Rolle der Regionen, ohne die die Energiewende nach dem Motto „global denken – lokal handeln“ nicht umgesetzt werden könne. Den Weltklimagipfel in Glasgow bezeichnete sie trotz der bekannten Schwächen als großen Meilenstein für die internationale Staatengemeinschaft und deren Willen zur Zusammenarbeit beim Klimaschutz. Die Ziele von Glasgow müssten jetzt aber mit verbindlichen Maßnahmen hinterlegt werden. Auch den Green Deal und das dazugehörige Fit-for-55-Paket der EU-Kommission bezeichnete sie als großen Schritt und machte Mut zu einer

positiven Sichtweise. Deutschland sah sie in einer besonderen Rolle und Verantwortung innerhalb der EU, den Prozess zu einem guten Ende zu führen. Metaphorisch sprach Walker bei der Umstellung von fossilen auf erneuerbare Energieträger von einem großen Tanker, der nicht schnell gewendet werden könne aber inzwischen einen neuen Kurs eingeschlagen habe. Unter anderem verwies sie auf die vor sechs Jahren zwischen Baden-Württemberg und Kalifornien gegründete „under 2 coalition“, die mittlerweile auf 260 Regionen weltweit angewachsen sei und mit 1,7 Mrd. Menschen rund 50 % der Weltwirtschaft umfasse.

Die Klimapolitik auf EU- und Bundesebene sei sehr ambitioniert und habe das Zeug zu echten Veränderungen, jedoch müsse jetzt weiter ausgehandelt werden, damit konkrete Maßnahmen auf den Tisch kämen. Vor allem auch der soziale Ausgleich müsse eine große Rolle beim Klimaschutz spielen, so Walker. Baden-Württemberg habe ambitionierte Ziele gesetzt. Allerdings seien noch nicht genügend Flächen für den Ausbau der erneuerbaren Energien vorhanden und insgesamt müsse der Ausbau deutlich mehr vorankommen. Statt wie bisher nur 0,3 % der Landesfläche sollen künftig 2 %

für Photovoltaik oder Windenergie zur Verfügung gestellt werden.

Die anschließenden Fragen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren inhaltlich sehr fundiert und sparten teilweise auch nicht an Kritik an getroffenen Entscheidungen unterschiedlichster staatlicher Ebenen. Diskutiert wurden u. a. die Themen Freiwilligkeit versus gesetzlicher Regelungen bei der Umstellung auf erneuerbare Energien, Fördermöglichkeiten für Kommunen, fehlende Netzkapazitäten, Landwirtschaft und Klimaschutz aber auch darüber, dass Kommunen mehr von erneuerbaren Energien profitieren sollten, um so einen größeren Anreiz für die Umsetzung des Flächenziels zu setzen. Abschließend sprach sich die Ministerin für eine frühzeitige und transparente Bürgerbeteiligung aus, die sich in einem klar gesteckten Rahmen bewege. Insgesamt lässt sich so auch der Austausch der öffentlichen Hand mit der Zivilgesellschaft zu den essentiellen Zukunftsthemen und der dadurch deutlich gewordene Wille zu Transparenz und Inklusion als sehr positiv bewerten.

Das KlimaFORUM wird seit Jahren als regelmäßige Diskussionsreihe vom EURO-Point Ostalb durchgeführt und soll auch weiterhin die Klimadebatte im Ostalbkreis transparent und offen gestalten. Der EUROPoint Ostalb, als Teil des Informationsnetzwerkes Europe Direct der Europäischen Kommission, steht als regionaler Ansprechpartner für Fragen rund um die Europäische Union im Landratsamt zur Verfügung.

Weiterführende Informationen sind auf dem Facebook-Profil „EUROPoint Ostalb“ oder auf der Website des EUROPoint Ostalb unter www.europoint-ostalb.de zu finden.

Wirtschaft

Gründungsfreundlicher Landkreis: „Founding Forest“ geht online – Internetplattform der Wirtschaftsförderung des Landkreises Calw soll den Weg für Start-ups und Existenzgründer ebnen

Es braucht viel Anstrengung, um ein Unternehmen zu gründen, aufzubauen, wachsen zu lassen und erfolgreich im Markt einzuführen. Um Gründungswillige bei der Umsetzung ihrer Idee aktiv zu unterstützen, etabliert der Landkreis Calw unter der Dachmarke „Founding Forest“ ein regionales Start-up-Ökosystem. Das Start-up-Ökosystem setzt im Rahmen des Projekts „Gründungsfreundlicher Landkreis Calw“ gemeinsame Veranstaltungen für Start-ups und etablierte Unternehmen um, vernetzt gezielt regionale Akteure, Gründerinnen und Gründern und fördert den aktiven Austausch zwischen Unternehmern, Start-ups, Investoren und Institutionen. Ein wichtiger Baustein dabei ist die nun online geschaltete Plattform www.startup-cw.de, welche die Bereiche rund um das Thema Existenzgründung beleuchtet und dabei nützliche Informa-

tionen zentral bereitstellt. So werden Interessierte über die Plattform auf anstehende Netzwerkveranstaltungen aufmerksam gemacht und erhalten die Möglichkeit, sich hierfür anzumelden. Darüber hinaus wird zukünftig der Zugang zu Räumen und Arbeitsplätzen, sogenannte Co-Working-Places, welche derzeit in Zusammenarbeit mit den Kreisgemeinden dezentral im Landkreis entstehen, ermöglicht.

„Die Co-Working-Places sollen Gründerinnen und Gründern künftig kreativen Raum für die Umsetzung ihrer Ideen bieten. Denn Gründungen gelingen dort am besten, wo Talente zusammentreffen, Offenheit für Innovationen vorhanden ist und Experimentierräume existieren,“ so Johannes Schaible von der Wirtschaftsförderung des Landkreises.

Landrat Helmut Riegger betont die Wichtigkeit der Plattform mit den Worten: „Menschen, die mit viel Innovationsgeist und Engagement an der Umsetzung Ihrer Ideen arbeiten, tragen maßgeblich dazu bei, unsere Region zukunftsfähig zu halten und Arbeitsplätze zu schaffen. Eine Übersicht aller Unterstützungs- und Beratungsangebote auf einen Blick ermöglicht einen niederschweligen und unbürokratischen Start in die Existenzgründung.“



Manuela Opel und Johannes Schaible von der Wirtschaftsförderung des Landkreises unterstützen Gründungsinteressierte bei der Umsetzung ihrer Ideen.

Quelle: Landratsamt Calw.

Der Landkreis ist Mitglied des Netzwerks Ökosystem-Nordschwarzwald, einem Zusammenschluss aus Kommunen und Unternehmen, die gemeinsam mit vielen Partnern, Netzwerken und Institutionen für ein gründungsfreundlicheres Klima in der Region Nordschwarzwald sorgen. Mit dem Projekt „Founding Forest – Gründungsfreundlicher Landkreis“ soll nun auch ein Netzwerk auf Kreisebene entstehen.

Interessierte können sich gerne an die Wirtschaftsförderung des Landkreises Calw, Manuela Opel (Manuela.Opel@kreis-calw.de) oder Johannes Schaible (Johannes.Schaible@kreis-calw.de) wenden.

Kooperation Hochschule und Landratsamt Enzkreis: Studierende entwickeln Ideen – Praxisnahes Marketingkonzept soll regionale Vermarktung ankurbeln

„Von Kooperationen zwischen Unternehmen oder Behörden und Hochschulen profitieren alle Beteiligten“, ist Jochen Enke, Wirtschaftsbeauftragter beim Landratsamt Enzkreis, das bereits mehrfach erfolgreich gemeinsame Projekte mit der hiesigen Hochschule erarbeitet und umgesetzt hat, überzeugt.

„Wir haben daher erneut ein interessantes Projekt gemeinsam realisiert: Im Studiengang Master Corporate Communication Management an der Business School der Hochschule Pforzheim werden innovative Konzepte für die Praxis entwickelt und ein solches braucht es, um den „Dorfplatz.eu“ als virtuelle Einkaufsplattform in der Region weiter bekannt zu machen“, erklärt Enke. Diese Homepage war ursprünglich im Dezember 2020 als „digitaler Weihnachtsmarkt“ für regionale Händler, Gastronomen wie auch für Vereine eingerichtet worden, um deren Angebote während des Lockdown im Internet zu präsentieren und sie so zu unterstützen. Aufgrund der guten Resonanz wurde die Plattform anschließend weitergeführt.



Unter dem Motto #supportyourlocals haben Studierende der Hochschule Pforzheim Ideen entwickelt, um ein Kommunikationskonzept zu erstellen, das sowohl Händler als auch Endkunden künftig noch besser auf den Online-Marktplatz „Dorfplatz.eu“ aufmerksam machen soll. Xenia Mönch, Auszubildende beim Landratsamt, durfte die Präsentation mitverfolgen.

Quelle: Landratsamt Enzkreis; Fotografin: Patrizia Joos

Unter dem Motto #supportyourlocals haben nun zwei Gruppen von Studierenden der Pforzheimer Hochschule unter der Leitung von Prof. Dr. Felix Krebber unabhängig voneinander Ideen entwickelt, um ein Kommunikationskonzept zu erstellen, das sowohl Händler als auch Endkunden künftig noch besser auf den Online-Marktplatz aufmerksam machen soll – mit dem tollen Effekt, dass beide Gruppen außergewöhnliche und überzeugende Lösungen präsentierten.

„Eine gelungene Mischung der beiden Konzepte, die sich gut ergänzen und aus denen wir bereits direkte Maßnahmen ableiten können, wird nun gemeinsam mit einer Werbeagentur in die Realität umgesetzt“, zeigt sich Enke begeistert und hofft damit der Online-Vermarktung von regionalen Produkten nochmals einen ordentlichen Schub verleihen zu können.

Das Landratsamt unterstützt den Online-Marktplatz „Dorfplatz.eu“ aus zwei-

erlei Gründen: „Zum einen möchten wir den Handel vor Ort gezielt stärken, um dem Verbraucher den Bäcker, Metzger oder auch den Einzelhandel in erreichbarer Nähe zu erhalten und dessen Existenz zu sichern“, erläutert der Enzkreis-Wirtschaftsförderer. „Zum zweiten hat das den schönen Nebeneffekt, dass wir wegen der kurzen Wege gleichzeitig das Klima schützen.“

Insofern hat das Kooperationsprojekt zwischen Hochschule und Amt gleich einen doppelten Win-Win-Effekt: Dank der erfolgreichen Zusammenarbeit zwischen Hochschule und Behörde können Studierende wertvolle Praxiserfahrungen sammeln, von der wiederum die Menschen in der Region profitieren, indem für sie mehr und mehr hybride Einkaufsformen – also online und gleichzeitig immer noch vor Ort – geschaffen und unterstützt werden“, freut sich Enke.

Rems-Murr-Kreis: Einheitlicher Handwerkerparkausweis ist da – Ein Parkausweis für alle Kommunen des Rems-Murr-Kreises – Wirtschaftsförderung ganz praktisch

Mit dem Beginn des neuen Jahres ist im Rems-Murr-Kreis ein neues digitales Verwaltungsangebot an den Start gegangen: der einheitliche Handwerkerparkausweis. Der Handwerkerparkausweis für den Rems-Murr-Kreis soll Handwerksbetrieben das Arbeiten erleichtern, wenn sie häufig an unterschiedlichen Einsatzorten im Landkreis tätig sind. Der neue Parkausweis steht für Bürokratieabbau, Digitalisierung in der öffentlichen Verwaltung und für ein ganz praktisches Beispiel der Wirtschaftsförderung.

Bisher mussten Handwerker, um Parksonderrechte in Anspruch nehmen zu können, für jeden Einsatzort bei der betreffenden Kommune einen eigenen Parkausweis beantragen. Das Verfahren war unübersichtlich, es gab unterschiedliche Zuständigkeiten, Laufzeiten und Gebühren. Mit dem kreisweiten Park-

ausweis müssen die Betriebe nicht mehr für jeden Ort eine eigene Ausnahme-genehmigung zum Parken im öffentlichen Raum beantragen, sondern können einen einheitlichen, gebietsübergreifenden Ausweis für alle Kommunen nutzen. Nach einer einjährigen Pilotphase und einer Evaluierung soll geprüft werden, ob der Ausweis auch auf andere Berufsgruppen, wie beispielsweise Hebammen oder Pflegedienste, ausgeweitet werden kann. Ein weiteres Ziel könnte in der Zukunft ein einheitlicher Ausweis für die gesamte Region Stuttgart sein.

Hintergrund:

2019 wurde die Kreiswirtschaftsförderung von der Kreishandwerkerschaft gebeten, einen einheitlichen Handwerkerparkausweis einzuführen. Vorbild war der vor über 12 Jahren in der Rhein-Neckar-Region eingeführte Parkausweis, der als Erfolgsmodell gilt.

Nach einer Abstimmung in der Bürgermeisterkreisversammlung 2019 und zwei Arbeitssitzungen mit den kommunalen Verwaltungen kann zu Beginn des neuen Jahres 2022, ab dem



So wird der Handwerkerparkausweis im Einsatz aussehen.

Quelle: Landratsamt Rems-Murr-Kreis

17. Januar 2022 im Rems-Murr-Kreis für 31 Städte und Gemeinden ein einheitlicher Handwerkerparkausweis eingeführt werden.

Praktische Hinweise:

Der Ausweis kann ab 17. Januar 2022 von Handwerksbetrieben über die Verwaltungsplattform ServiceBW des Landes Baden-Württemberg digital beantragt werden. Alternativ kann er persönlich, per Post oder per Fax bei den Stadt- und Gemeindeverwaltungen oder dem Landratsamt gestellt werden.

Nach Prüfung und Genehmigung wird die digitale Rechnung erstellt, nach Zahlungseingang kann der Ausweis dann selbst ausgedruckt werden. Der Ausweis gilt nach Ausstellung immer ein Jahr, kostet 50 Euro und kann auf bis zu drei Fahrzeuge ausgestellt werden.

Weitere Informationen gibt es bei Timo John, Kreiswirtschaftsförderer, unter der Telefonnummer 07151-501-1193 oder handwerkerparkausweis@remsmurr-kreis.de, außerdem im Internet unter <https://wirtschaftsfoerderung-remsmurr-kreis.de/handwerkerparkausweis/>



Petra Ehm, Geschäftsführerin Kreishandwerkerschaft, Thomas Schieck, Kreishandwerksmeister, Landrat Dr. Richard Sigel und Kreiswirtschaftsförderer Dr. Timo John präsentieren den neuen Handwerkerparkausweis.

Quelle: Landratsamt Rems-Murr-Kreis

Verschiedenes

Förderzusage für Projekt: Landkreis Ludwigsburg unterstützt Kommunen bei ihrer Innenentwicklung

Der Landkreis Ludwigsburg hat eine Förderzusage für sein Projekt „Schaffung von bezahlbarem Wohnraum in der Innenentwicklung im Landkreis Ludwigsburg“ durch das Land erhalten. Damit sollen Kommunen unterstützt werden, bei ihrer Innenentwicklung bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.

Der Landkreis hatte sich beim Förderprogramm „Flächen gewinnen durch Innenentwicklung“ 2021 beim Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen beworben. Dafür hat er nun die Förderzusage über 39.000 Euro erhalten.

„Mehr bezahlbaren Wohnraum im Landkreis zu schaffen, ist aktuell eines der wichtigsten Themen im Kreis. Daher freue ich mich über die Förderung unseres Projekts ‚Schaffung von bezahlbarem Wohnraum in der Innenentwicklung im Landkreis Ludwigsburg‘ durch das Land“, so Landrat Dietmar Allgaier.

Mit diesem Projekt möchte der Landkreis Kommunen dabei unterstützen, Innenentwicklungspotentiale und Leerstände zu erheben und Aktivierungsansätze für Innenflächen zu entwickeln. Die Umsetzung des Projekts erfolgt bis Ende 2023 und wird durch das IfSR Institut für Stadt- und Regionalentwicklung fachlich begleitet.

Neben dem Landkreis erhalten auch Sachsenheim und Hessigheim für ihre Projekte Unterstützung aus diesem Förderprogramm.

Mehr Bio aus der Region für die Region: Förderung der Bio-Musterregion Ludwigsburg-Stuttgart bis 2026 verlängert

Mit der weiteren Förderung durch das Land kann die Bio-Musterregion Ludwigsburg-Stuttgart ihre Arbeit zur Stär-

kung der regionalen Bio-Wertschöpfungskette fortsetzen.

Der Ludwigsburger Landrat Dietmar Allgaier zeigt sich erfreut über die Verlängerung: „Die Bio-Musterregion hat die gesamte Wertschöpfungskette in der Region, vom Acker und Stall über Verarbeitung, Handel, Kantinen und Küchen bis zum Teller im Blick.“ Auch die Landeshauptstadt Stuttgart begrüßt die Verlängerung. Sie hat im Bereich der Kita-Verpflegung bereits Einiges vorzuweisen: der Bio-Anteil in der Verpflegung liegt momentan bei 44 % und soll noch nächstes Jahr auf 50 % steigen. Damit die Bio-Ware aus der Region stammen kann, müssen auch die regionalen Vermarktungs- und Verarbeitungsstrukturen noch besser ausgebaut werden. „Die Bio-Musterregion unterstützt uns dabei durch ihre überregionale Netzwerkarbeit“, so Matthias Pfeiffer von der Wirtschaftsförderung Stuttgart.

Im Bereich Gemeinschaftsverpflegung ist es das ehrgeizige Ziel der Bio-Musterregion Ludwigsburg-Stuttgart, bis Anfang 2023 die bereits interessierten sowie weitere neue Kantinen fest eingebunden zu haben, um dann bis 2026 mehr Bündelung und Vorverarbeitung von küchenfertigem Bio-Gemüse aus dem Stadt- und Landkreis oder angrenzenden Regionen zu erreichen. Eine wichtige Grundvoraussetzung dafür ist es, bis dahin die ökologischen Betriebe untereinander und auch über ihre unmittelbare Region hinweg vernetzt zu haben. Dies ist nötig, um genug Rohwaren für die Vorverarbeitung zu bündeln. Mit Umsteller-Informationen-Tagen und der Fortsetzung der Online-Kochkurse nimmt die Bio-Musterregion auch die Landwirtschaft und Verbraucherinnen und Verbraucher mit auf den Weg zu mehr Bio aus der Region für die Region.

Hintergrund zur Bio-Musterregion Ludwigsburg-Stuttgart

Der Landkreis Ludwigsburg wurde gemeinsam mit der Landeshauptstadt Stuttgart 2019 vom Ministerium für Er-

nährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz ausgewählt und ist seit Februar 2020 als Bio-Musterregion aktiv. Die Förderung umfasst die Stelle des Regionalmanagements zu 75 %, sowie die Kosten für den Arbeitsplatz und die Maßnahmen und Aktivitäten der Bio-Musterregion.

Weitere Informationen zu den Bio-Musterregionen unter www.biomusterregionen-bw.de

Zahlen zur ökologischen Landwirtschaft in der Region: Beantragte Ökoförderung über das Förderprogramm für Agrarumwelt, Klimaschutz und Tierwohl (FAKT) 2020: 69 Betriebe im Landkreis Ludwigsburg und der Landeshauptstadt Stuttgart haben Ökoförderung über FAKT beantragt, was einer Fläche von 2200 Hektar entspricht.

Breitbandausbau, ÖPNV und Tourismus im Fokus – Landkreise Main-Tauber und Würzburg im gemeinsamen Gespräch

Vertreterinnen und Vertreter des Main-Tauber-Kreises und des Landkreises Würzburg haben sich vor kurzem zu einem Länder und Landkreise übergreifenden Gespräch getroffen. Nachdem beide Landkreise mit Christoph Schauder (Main-Tauber) und Thomas Eberth (Würzburg) jeweils einen neuen Landrat haben, fand das Gespräch erstmals unter der neuen Führung im Kurhaus in Bad Mergentheim statt. Die Vertreterinnen und Vertreter der Landkreise tauschten sich zu wichtigen Themen aus, die beide Verwaltungen beschäftigen. Außerdem diente das Gespräch zum gegenseitigen Kennenlernen.

„Wir haben uns alle sehr auf das Gespräch gefreut“, sagte Landrat Christoph Schauder. „Es ist wichtig, dass die beiden Landkreise sich in regelmäßigen Abständen austauschen. Trotz der geographischen Nähe sind hier nicht nur zwei verschiedene Landkreise, sondern sogar zwei verschiedene Länder vertreten. Die unterschiedlichen Regelungen in Baden-



Dezernent Werner Rüger, Dezernentin Ursula Mühleck, Erster Landesbeamter Florian Busch, Landrat Christoph Schauder, Landrat Thomas Ebert, der Leiter des Zentralen Steuerungs- und Service-Bereichs Rainer Künzig, der Kreisentwicklungsleiter Michael Dröse und die Leiterin des Büros des Landrats Isabell Schumacher (von links) im Gespräch: Die Vertreterinnen und Vertreter der beiden Landkreise Main-Tauber und Würzburg tauschten sich zu aktuellen Themen aus.

Quelle: Landratsamt Main-Tauber-Kreis, Aylin Wahl

Württemberg und Bayern sind sehr interessant“, ergänzte Schauder.

Bei dem Gespräch unterhielten sich die Landräte und deren Führungsriege unter anderem über die Themen Breitbandausbau, ÖPNV, Tourismus und Straßenbau. „Diese Themen beschäftigen uns alle, unabhängig von Landkreis- oder Landesgrenzen“, sagte Schauder.

„Es ist schön, heute Gast im Main-Tauber-Kreis zu sein. Der Austausch und das gegenseitige Kennenlernen im kleinen Kreis sind für beide Seiten gewinnbringend. Wir würden uns freuen, wenn die Gespräche und auch die Zusammenarbeit im Anschluss an diesen Termin weiter intensiviert werden“, betonte Landrat Thomas Eberth.

Bei dem Thema Bio-Musterregion im Main-Tauber-Kreis und Öko-Modellregion im Landkreis Würzburg waren sich alle Beteiligten einig, dass es viele Gemeinsamkeiten gibt. Das Verständnis für regional erzeugte Produkte soll durch beide Modelle gestärkt und die Absatzketten sollen optimiert werden, erläuterten die Landräte.

Die Corona-Pandemie habe gerade auch im Tourismus eine neue Realität geschaffen. Der Urlaub zu Hause spiele sowohl im Main-Tauber-Kreis als auch im Landkreis Würzburg mittlerweile eine große

Rolle, sagte Landrat Schauder. Corona sei hier auf jeden Fall eine Chance, um auf die Erholungs- und Freizeitangebote in der Heimat aufmerksam zu machen, erläuterte Landrat Eberth. Diese Chance gelte es nun zu nutzen und auszuweiten, waren sich beide einig. Ein positives Beispiel ist die Initiative des Landkreises Würzburg mit „Urlaub dahemm“, um die Attraktivität der eigenen Heimat darzustellen und zu bewerben.

Außer Landrat Christoph Schauder nahm aus dem Main-Tauber-Kreis noch der Erste Landesbeamte Florian Busch teil, der gleichzeitig auch Dezernent für Recht und Umwelt beim Landratsamt ist. Zudem waren die Dezernentin für Kreisentwicklung und Bildung, Ursula Mühleck, und der Dezernent für Technik, Werner Rüger, anwesend.

Von Seiten des Landratsamtes Würzburg waren außer Landrat Thomas Ebert auch der Leiter des Zentralen Steuerungs- und Service-Bereichs, Rainer Künzig, der Leiter der Kreisentwicklung, Michael Dröse, sowie die Leiterin des Büros des Landrats, Isabell Schumacher, vertreten.

Die Länder und Landkreise übergreifenden Gespräche zwischen dem Main-Tauber-Kreis und dem Landkreis Würzburg finden seit vielen Jahren regelmäßig statt. Normalerweise nehmen außer den

Vertreterinnen und Vertretern der Landratsämter auch die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der Gemeinden teil, die an den jeweiligen Nachbarlandkreis angrenzen. Aufgrund der Tatsache, dass sich die handelnden Akteure beider Landratsämter geändert haben, diente das Gespräch als erstes Kennenlernen im kleinen Rahmen. „Wegen der Corona-Pandemie wäre eine größere Runde auch nur unter erschwerten Bedingungen möglich gewesen“, sagte Landrat Schauder.

Die Landräte Schauder und Eberth waren sich einig, dass dieser Austausch in regelmäßigen Abständen wiederholt werden soll, dann auf jeden Fall auch wieder unter Beteiligung der jeweiligen Kommunen. „Denn die Bürgerinnen und Bürger denken nicht in Grenzen, und deshalb ist diese Abstimmung auch in den Themen Kreisentwicklung, länderübergreifender ÖPNV, Schülerverkehre, Radwegbau und in vielen weiteren Bereichen wichtig“, betonten beide Landräte.

Bio-Musterregion Rems-Murr-Ostalb gestartet

Im Dezember 2020 wurde der Zusammenschluss aus Rems-Murr-Kreis und Teilen des Ostalbkreises als eine der fünf neuen Bio-Musterregion des Landes Baden-Württemberg ausgewählt. Damit gibt es in Baden-Württemberg nun vierzehn Bio-Musterregionen (BMR), in denen die ökologische Landwirtschaft entlang regionaler Wertschöpfungsketten gestärkt werden soll.

Doch was verbirgt sich hinter dem Titel „Bio-“? Mit dieser Initiative will das Land Baden-Württemberg den Ökolandbau und die nachgelagerte Wertschöpfungskette stärken, wobei jede Region ihre eigenen Schwerpunkte, je nach den Gegebenheiten vor Ort, setzt. Die ersten vier Regionen wurden dafür bereits im Januar 2018 ausgewählt; im Frühjahr 2019 kamen fünf weitere dazu. Kern der Förderung durch das Land ist die Stelle

des Regionalmanagements, die die engagierten lokalen Akteure aus Landwirtschaft, Verarbeitung und Handel sowie Verbraucherinnen und Verbraucher miteinander vernetzt, Projekte koordiniert und so die Entwicklung neuer Ideen voranbringt.

In der BMR Rems-Murr-Ostalb ist Vera Brosche seit Oktober 2021 die Regionalmanagerin und damit erste Ansprechpartnerin für alle, die sich hier einbringen wollen. Mit der initialen Beiratssitzung am 19. November 2021 ist die Bio-Musterregion Rems-Murr-Ostalb nun in die Umsetzung gestartet. Hier trafen sich Vertreterinnen und Vertreter der verschiedenen Bereiche entlang der Bio-Wertschöpfungskette. Gemeinsam mit den Landwirtschaftsverwaltungen der beiden Landkreise und der Regionalmanagerin wurden die Schwerpunktthemen aus dem Bewerbungskonzept besprochen und erste Projekte definiert, die nun angegangen werden.

Als Triebfeder für die Entwicklung des Ökolandbaus und der damit verknüpften Wertschöpfungsketten soll in der Bio-Musterregion die Nachfrage nach bioregionalen Produkten gesteigert werden. Ein Ansatz, der auch von anderen Regionen verfolgt wird, ist es, die Verwendung von mehr Bio-Lebensmitteln in Schulmensen, Kantinen und in der Gastronomie zu etablieren. Dieses Thema soll nun auch eines der ersten Projekte der BMR Rems-Murr-Ostalb werden, weil hier einerseits ein zunehmendes öffent-



Erste Beiratssitzung der neuen Bio-Musterregion Rems-Murr-Ostalb im Sitzungssaal des Landratsamts in Backnang.

Quelle: BMR Rems-Murr-Ostalb

liches Interesse besteht, aber auch bereits einige Kantinen von sich aus aktiv werden möchten. Geplant ist eine erste Infoveranstaltung im Frühjahr 2022 in Kooperation mit der benachbarten BMR Heidenheim Plus. Hier sollen sich interessierte Kommunen über das Thema „Bio und Regionalität in Ausschreibungen“ informieren und Erfahrungen austauschen können.

Ein weiteres Projekt ist die Schaffung von Möglichkeiten zur hofnahen Schlachtung von Bio-Tieren. Bereits in der Bewerbungsphase der Region war das für einige Betriebe, wie dem Impulsgeber Helmut Voltz vom Breitwiesenhof Burgstetten, ein zentrales Anliegen. Viele haben sich hier bereits informiert und Kontakte zu Metzgereien geknüpft. In Projekttreffen soll dieses Engagement nun gebündelt werden.

Um die Vielfalt der Produkte aus der Bio-Musterregion Rems-Murr-Ostalb auch sichtbar zu machen, sollen außerdem bald Bio-Musterregale in örtlichen Lebensmittelgeschäften etabliert werden. Regionalmanagerin Vera Brosche ist vom Erfolg der Biomusterregion überzeugt: „Für mich war bei dem ersten Beiratstreffen besonders motivierend zu sehen, wie viel sich seit der Bewerbung zur BMR und dem Start jetzt nach einem Jahr bereits bewegt. Es gibt viele Ideen in der Region und auch den Willen sie umzusetzen.“

Mehr Informationen über die Bio-Musterregion Rems-Murr-Ostalb, sowie die Aktivitäten aus anderen Regionen finden Sie unter www.biomusterregionen-bw.de.

Die nächste Ausgabe der Landkreisnachrichten
erscheint am 15. Juli 2022

LANDKREIS KARLSRUHE



Regierungsbezirk Karlsruhe
Einwohnerzahl: 448.826 (Stand 30.09.2021)
Fläche in km²: 1.085,0 (Stand 31.12.2019)
Zahl kreisangehöriger Städte/Gemeinden: 32
davon Große Kreisstädte: 6

Hausanschrift:
Landratsamt Karlsruhe
Beiertheimer Allee 2
76137 Karlsruhe

Postanschrift:
Landratsamt Karlsruhe
Postfach 31 47
76126 Karlsruhe

Zentrale:
Telefon: 0721 / 936-50
Telefax: 0721 / 936-5100
E-Mail: posteingang@landratsamt-karlsruhe.de



Landrat:
Dr. Christoph
Schnaudigel
seit 13.09.2007

Sitzverteilung:

Gesamt 88 Sitze, davon	
CDU:	26
Freie Wähler:	16
SPD:	15
Bündnis 90/Grüne :	14
FDP:	5
AfD:	5
Die Linke:	2
FE e.V.:	2
Junge Liste:	2
ULi:	1

Geografische Lage:



Mehr Infos:
www.landkreis-karlsruhe.de

Wissenswertes

Der Landkreis Karlsruhe ist zum 1.1.1973 im Rahmen der Kreisreform entstanden und profitiert von einer hohen Standortgunst. Zentral in Europa und im Schnittpunkt bedeutender Wasser-, Schienen- und Straßenverbindungen gelegen, erstreckt er sich über den nördlichen Schwarzwald, die Rheinebene und den Kraichgau.

So unterschiedlich wie die Topografie der Landschaften, so facettenreich sind die 32 Städte und Gemeinden mit ihren Stadt- und Ortsteilen und ganz eigenen Traditionen. Der Landkreis ist Teil der Technologie-Region Karlsruhe und von einer außerordentlich guten Infrastruktur und hoher Prosperität gekennzeichnet: Mittelständische Betriebe und weltweit agierende Unternehmen bieten Arbeitsplätze, renommierte Bildungseinrichtungen haben hier ihren Sitz. Auf einer Fläche von 1.085 km² leben hier rund 448.000 Menschen. Die Einwohner genießen eine bevorzugte Wohnlage mit vielen Bildungs-, Betreuungs-, Sport- und Freizeitmöglichkeiten und es gibt eine Fülle kultureller Angebote.



Barockschloss Bruchsal